

Unabhängige Bauernstimme, März 2012

Kommentar

Wann, wenn nicht jetzt?

Mehr als 200 Bürgerinitiativen und Verbände verhindern bundesweit über ihr „Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ erfolgreich Tierfabriken vor Ort. Die Demonstration zur Grünen Woche in Berlin mit 23.000 Teilnehmern zeigt, dass das Motto „Bauernhöfe statt Agrarindustrie“ mitten in der Gesellschaft angekommen ist.

CDU-Landräte in den Intensiv-Tierhaltungsregionen und der Landkreistag als Zusammenschluss der Landkreise fordern eine baurechtliche Einschränkung von Großmastanlagen. Ebenso Bürgerinitiativen und Parlamente in Nachbarstaaten. Kommunen, Städte und Landkreise sprechen sich in Resolutionen gegen die agrarindustrielle Tierhaltung und für eine bäuerliche Landwirtschaft aus. Nach Initiativen mehrerer Bundesländer und Parteien muss Bundesbauminister Ramsauer im Baugesetzbuch das Recht der Gemeinden verankern, gewerbliche Tierhaltungsanlagen ohne genügend Futterfläche oberhalb bestimmter Tierzahlen zu unterbinden.

Die EU-Kommission mahnt alle EU-Länder mit Androhung von Vertragsstrafen an, endlich die EU-Richtlinien zum Tierschutz umzusetzen, so z.B. das Verbot des Kupierens von Körperteilen und das Gebot des Zugangs zu Stroh. Niedersachsen als Kernland der Intensivtierhaltung muss im „Neuen Tierschutzplan“ viele strukturelle Missstände auflisten und Fristen setzen zu deren Beseitigung. In der EU-Agrarreform kann Tierschutz als Prämienbedingung verankert werden, ebenso eine stärkere Bindung der Tierhaltung an betriebseigenes Futter – EU-weit ohne Wettbewerbsverzerrungen.

Keine Woche ohne neue Medien-Enthüllungen über agrarindustrie-immanente Missstände: Antibiotika und resistente Keime, Qualzucht und Qualhaltung, ruinöse Ausbeutung in Schlachthöfen und in der Vertragsmast, Futtermittelimporte und Fleischexporte zu Lasten der Bauern und der Ernährungssouveränität der Länder des Südens. Auch wenn die meisten Verbraucher beim Einkauf der undeklarierten Billigprodukte noch inkonsequent sind, lehnen sie als Bürger bei Befragungen zu 90% die Weiterführung der agrarindustriellen Qualhaltung klar und deutlich ab.

Angesichts der anhaltend ruinösen Überschussproduktion für den Weltmarkt zweifeln immer mehr Bauern an der Fortführung dieser Strategie von Schlachtereis- und Agrarindustrie-Konzernen. Agrarindustrie und Bauernverband sehen sich „an der Wand“, die Parolen vom „Mitnehmen zur modernen Tierhaltung“ verhallen hohl. Einige Länder fördern nur noch Stallbauten für artgerechte Tierhaltung unterhalb bestimmter Tierzahl-Obergrenzen; die Exportsubventionen werden abgebaut, es gibt neben Bio oder Neuland weitere neue Programme mit einer artgerechteren Tierhaltung und heimischen Futtermitteln. Der Stopp der Agrarindustrie und die Tierschutz- und Umweltschutz-Forderungen böten die Chance fairer Erzeugerpreise – wegen der damit verbundenen Mengenreduzierung, Flächenbindung und Akzeptanz.

Erstaunlich viele und rasche Erfolge einer neuen gesellschaftlichen Bewegung. Und doch warnen manche vor „zuviel Optimismus“. Denen ist zu sagen: Gewiss, die Obergrenzen im Baurecht sind noch viel zu hoch und gelten noch nicht für flächenstarke Betriebe – aber es stehen solche Grenzen als Einstieg erstmals im Gesetz. Gewiss, viele Forderungen einer artgerechten Tierhaltung wie Weidegang und Auslauf stehen noch nicht im Tierschutzplan – aber die meisten der genannten Missstände werden sich in Großanlagen ohne Auslaufmöglichkeiten auch bei „bestem Management“ nicht abstellen lassen. Gewiss, es wird an Antibiotika-

Reduzierungsprogrammen gebastelt – aber nur eine artgerechte Tierhaltung hängt nicht am Medikamenten-Tropf.

Und ja, gewiss: die Gegenseite ist mächtig – aber auch geschwächt. Und vor allem: Wir haben gerade erst angefangen. Beim Schwung der neuen Bewegung „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ können wir noch mächtig drauflegen. Man muss gewinnen wollen – nur dann wird man auch gewinnen. Und wir wollen gewinnen. Jetzt.

Eckehard Niemann

Vertreter der AbL in der Netzwerk-Koordination „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“

Neue OZ online

28.02.2012, 20:31

Diesen Artikel finden Sie unter: <http://www.noz.de/lokales/61159075/zu-wenig-land-fuer-den-duenger>

Ausgabe: Meppener Tagespost

Veröffentlicht am: 28.02.2012

Zu wenig Land für den Dünger tb Meppen

Meppen. Im Emsland und der Grafschaft Bentheim gibt es infolge der gestiegenen Nutztierzahlen immer mehr Wirtschaftsdünger, vor allem Gülle und Festmist. Die Verwertung des Düngers in der Region selbst ist nicht mehr möglich: Alles in allem fehlen 83835 Hektar – Millionen von Tonnen Dünger werden deshalb exportiert.

Das hat Franz Jansen-Minßen von der Landwirtschaftskammer Niedersachsen in seinem Vortrag zum 12. Forum emsländischer Landwirte (wir berichteten) deutlich gemacht. Jansen-Minßen berichtete, im Emsland und der Grafschaft Bentheim fielen schon seit vielen Jahren Nährstoffüberschüsse an. Dies gelte für alle sogenannten Veredelungsregionen in Niedersachsen, also auch für Vechta oder Cloppenburg.

Allen gemein ist demnach ein hoher bis extrem hoher Viehbestand. Jansen-Minßen erläuterte, auf Basis der bei der Tierseuchenkasse Niedersachsen gemeldeten Bestandszahlen ergebe sich für das Emsland eine Viehdichte von 2,5 Großvieheinheiten (GV) je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Für die Grafschaft seien es 2,52 GV, in Cloppenburg 3,49 GV, in Vechta 4,07 GV. Zum Vergleich: In der Ackerbauregion Braunschweig liegt der GV-Wert bei 0,29. Eine Großvieheinheit entspricht rechnerisch einem 500 Kilogramm schweren Tier.

Diese Unterschiede hätten schon vor zwei Jahrzehnten bestanden, wenn auch nicht in dieser Ausprägtheit, sagte Jansen-Minßen. Schon damals habe die Landwirtschaft damit begonnen, auf freiwilliger Basis dafür zu sorgen, dass die Nährstoffe aus den viehreichen in die vieharmen Gegenden gebracht würden, wo man sie zur Düngung verwende. Von dort kam unter anderem Getreide in die Region zurück. Dieser Kreislauf habe lange gut funktioniert – nun zeige sich aber, dass angesichts der stark gestiegenen Tierzahlen und durch die Gärreste aus Biogasanlagen die vorhandenen Stoffströme gewachsen seien.

Im Zuge gesetzlicher Änderungen habe man die Stoffströme inzwischen erfasst und dem Nährstoffbedarf pro Hektar und der Flächenausstattungen der Landkreise gegenübergestellt. In Niedersachsen ergebe sich eine Flächenversorgung aus Wirtschaftsdünger für den Nährstoff Phosphat von 65 Prozent. Im Emsland und der Grafschaft liege der Anteil aber schon bei 128 Prozent, in Cloppenburg bei 209 und in Vechta bei 246 Prozent. Hier wird also viel mehr Dünger produziert als benötigt.

Immer mehr Gärreste

Rechne man nun noch die Gärreste aus Biogasanlagen hinzu, die ebenfalls auf die Äcker ausgebracht werden, sehe die Lage noch dramatischer aus. Dann nämlich fehlen dem Emsland und der Grafschaft bei 228000 Hektar vorhandener landwirtschaftlicher Nutzfläche zusammen 83835 Hektar – deutlich mehr als bisher gedacht. Schließe man nun auch noch die Wirtschaftsdüngerimporte aus den Niederlanden mit ein, wo strenge Vorgaben zu massenhaftem Export führten, und nehme man noch die Nährstoffe aus Klärschlämmen hinzu, dann fehlten in Weser-Ems rund 600000 Hektar Fläche.

Dies bedeute, dass 11,2 Millionen Tonnen Wirtschaftsdünger und Gärreste exportiert werden müssten, aus dem Emsland rund drei Millionen Tonnen. Diese Aufgabe sei anspruchsvoll, aber lösbar, sagte Jansen-Minßen.

AbL-Pressemitteilung

AbL enthüllt unkontrollierte Trockenkot- und Gülle-Flut aus Agrarfabriken

Auf eine wachsende Flut von Gülle und Geflügelmist aus Agrarfabriken, die bislang weitgehend unkontrolliert verteilt und ausgebracht werde, verweist die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Den niedersächsischen Agrarbehörden lägen hierzu offenbar intern seit längerem besorgniserregende Zahlen und Fakten vor, die jetzt endlich umfassend veröffentlicht werden müssten und aus denen rasch Schlussfolgerungen zu ziehen seien. Dies betreffe sowohl die Höhe der Nährstoff-Überschüsse aus neuen Großmastanlagen und Groß-Biogasanlagen als auch den Umfang legaler und illegaler Transporte aus den Niederlanden. Aus internen Unterlagen der Landwirtschaftskammer gehe nach Aussage von Insidern zudem hervor, dass derzeit kaum systematisch kontrolliert werde, welche Flächen doppelt mit Gülleausbringung belegt seien.

In Niedersachsen sei zwischen 2007 und 2010 die Zahl der Schweine um 800.000, die der Masthühner um 14 Millionen und die der Puten um 900.000 aufgestockt worden – im wesentlichen in Großanlagen und in ohnehin schon viehintensiven Regionen. Rechne man die Nährstoff-Überschüsse aus den Biogasanlagen hinzu, dann fehlten zu deren sinnvollen Verwendung als Dünger allein im Weser-Ems-Raum etwa 90.000 Hektar, in den Landkreisen Emsland und Grafschaft Bentheim 84.000 Hektar. Durch Klärschlämme erhöhten sich die regional nicht unterzubringenden Nährstoff-Überschüsse zusätzlich noch einmal erheblich.

Hinzu kämen noch 2 Millionen Tonnen von Gülle- und Trockenkot-Exporten aus den Niederlanden nach Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, die zusätzlich 230.000 Hektar belegten. Trotz scharfen Überwachungsdrucks in den Niederlanden gingen Experten davon aus, dass mindestens jeder zweite Transport illegal erfolge. Kontrollen durch deutsche Behörden erfolgten – wenn überhaupt – nur über Stichproben. Viele LKWs seien zudem massiv überladen, was zu zahlreichen Unfällen führe.

Während ein Vertreter der Landwirtschaftskammer Niedersachsen jüngst beim 12. Forum Emsländischer Landwirte das Problem als noch lösbar bezeichnete, diese Nährstoff-Überschüsse (für zusammen 600.000 Hektar Fläche) aus dem Westen Niedersachsens sinnvoll zur Düngung in die Ackerbaugebiete Ostniedersachsens zu „exportieren“, sollen der Kammerspitze angeblich ganz andere Einschätzungen vorliegen: Demnach gibt es erhebliche Probleme und strukturelle Defizite bei der ordnungsgemäßen Ausbringung der überschüssigen Nährstoffe auf eigenen und außerbetrieblichen Flächen sowie bei deren Abgabe an Vermittler oder Verteiler (wie z.B. Güllebörsen).

Laut Aussage von Insidern werde derzeit kaum systematisch kontrolliert, ob die Düngungs-Grenzwerte bei der regionalen und besonders der überregionalen Verbringung und Ausbringung eingehalten würden - insbesondere durch gewerbliche und flächenlose Tierhaltungs- und Biogasanlagen. Dies gelte auch für die Kontrolle der „Qualifizierten Flächen-Nachweise“ (QFN) für den Verbleib von Gülle, Hühnertrockenkot oder Biogassubstrat, den Investoren vor der Genehmigung ihrer Anlagen eigentlich erbringen müssten. Wenn die Nährstoffe an einen Vermittler wie eine Güllebörse abgegeben würden, dann sei bisher lediglich ein bloßer Abnahmevertrag anstelle eines wirklichen QFN erforderlich. Eine wirkliche Kontrolle, so eine kammerinterne Einschätzung, finde nur in wenigen Landkreisen statt.

Die Einhaltung der Düngeverordnung werde zwar formal durch die Landwirtschaftskammer überwacht, allerdings routinemäßig nur mit Stichproben von 2 bis 2,5% - und selbst diese Zahl könnten die überlasteten Prüfdienste nicht einhalten. Verstöße würden häufig gefunden. Dies liege auch an der wachsenden Zahl nicht der Düngeverordnung unterliegender (gewerblicher, flächenloser) Tierhaltungs- und Biogasanlagen, die durch den bisherigen Kontrollansatz nicht erfasst würden. Wenn bei Stichproben festgestellt werde, dass die Verwertung nicht gemäß den Vorgaben der Baugenehmigung erfolgte, werde von Baubehörden in der Regel oft nur ein neuer QFN mit neuem Abnahmevertrag gefordert. Über die Zuständigkeiten der Genehmigungsbehörden nach der Erstellung der Genehmigung bestünden hinsichtlich der Überwachung und Kontrolle oftmals Zuständigkeits-Probleme.

In Kammer und Agrarministerium gebe es deshalb offenbar Überlegungen, die Nachweispflichten bei der Baugenehmigung von Ställen und Biogasanlagen zu verschärfen. Durch eine Neuregelung von § 42 der Niedersächsischen Bauordnung könne die bisherige Verbringungsverordnung (mit Aufzeichnungs- und Meldepflichten der Gülle- und Mist-Ströme) ergänzt werden durch eine koordinierte Kontrolle der Bau- und Dünge-Behörden über die Aufbringung auf wirklich geeigneten Flächen. Eine Verordnungs-Ermächtigung könnte zudem auch alle bereits genehmigten Anlagen in ein Prüfsystem der Düngebehörden einbeziehen – was für viele gewerbliche Großanlagen erhebliche Probleme bringen könnte.

AbL-Landesvorsitzender Martin Schulz forderte die niedersächsische Landesregierung auf, nunmehr rasch für ein funktionierendes Kontrollsystem zu sorgen. Alles andere gehe zu Lasten der Umwelt und damit auch des Ansehens der Landwirtschaft, begünstige den weiteren Bau flächenunabhängiger Agrarfabriken und benachteilige die vielen ordnungsgemäß wirtschaftenden und düngenden Landwirte. „Es ist ein Skandal“, so Schulz, „dass man bisher eine Flut von agrarindustriellen Großmastanlagen genehmigt hat, ohne wirklich den Verbleib der anfallenden Trockenkot- und Güllemengen zu kontrollieren!“ Ohne den dauerhaft überprüfbaren Nachweis, dass diese Nährstoffe auf eigenen oder anderen Flächen ordnungsgemäß eingesetzt werde, dürfe nun keine flächenunabhängige Großmastanlage mehr genehmigt werden. Die bisher erteilten Genehmigungen für Agrarfabriken seien entsprechend zu überprüfen. Dies wäre ein weiterer Schritt zu einem Verbot der Agrarfabriken und der darin praktizierten agrarindustriellen Qualhaltung – hin zu einer artgerechten Tierhaltung in mittelständischen, bäuerlichen Strukturen mit Flächenbindung und betrieblichen und regionalen Nährstoff-Kreisläufen.

6.090 Zeichen

01.03.2012

Volksstimme

Erneute öffentliche Auslegung steht noch nicht fest

Stadtrat lehnt halbiertes Schweinemastprojekt ab

03.03.2012 05:24 Uhr

Von Thomas Drechsel

Auch das halbierte Projekt einer Schweinemastanlage auf dem Flugplatz wird vom Zerbster Stadtrat abgelehnt.

Zerbst | Der Stadtrat Zerbst beschloss am Mittwochabend, das gemeindliche Einvernehmen zum Errichten und Betreiben einer Schweinemastanlage auf dem Flugplatzgelände zu verweigern. Dies hatte bereits Ende Januar schon Bürgermeister Helmut Behrendt (FDP) gegenüber dem Landesverwaltungsamt geäußert.

Das Investitionsvorhaben basiert grundsätzlich auf dem seit 2007 eingereichten Genehmigungsantrag der Görtz Zerbst GmbH Co. Agrar KG, der im Herbst 2010 öffentlich ausgelegt, kontrovers diskutiert und bis heute nicht genehmigt ist. Im September 2011 änderte der Schweinemäster seinen Genehmigungsantrag. Der Anlagen-Standort wurde leicht verschoben, die Mast- und Ferkelaufzuchtplätze halbiert, es soll keine Abluftreinigung mehr installiert werden, die Biogasanlage fällt weg. Es soll nur noch eine Güllevorgrube vorhanden sein, dafür neuerdings zwei Güllelagerbehälter und nur noch ein Regenrückhaltebecken. So, meint der Investor, sinken die umstrittenen Immissionswerte auf ein genehmigungsfähiges Maß.

Zu diesem geänderten Antrag sollte nun die Stadt ihr Einvernehmen erklären, tat es jedoch nicht. Um diese vom Bürgermeister als städtischen Vertreter geäußerte Position zu bekräftigen, hat auch der Stadtrat einen inhaltsgleichen Beschluss gefasst. Begründet wird dies mit eigenen Nachprüfungen der Immissionsprognose der neu beantragten Anlage.

Diese Nachprüfung, so Fachanwalt Peter Kremer, lasse befürchten, dass es durch die neu beantragte Anlage zu ähnlichen Umweltauswirkungen kommen würde wie bei der ursprünglichen.

Anfang Februar hatte die Stadt Zerbst beim Landesverwaltungsamt beantragt, dass auch das Verfahren zur Genehmigung der neu beantragten Anlage eine Öffentlichkeitsbeteiligung vorsehen möge. Darauf hat nunmehr der Präsident des Landesverwaltungsamtes Halle, Thomas Pleye, geantwortet. Er stellte den aktuellen Verfahrensstand dar. Demzufolge habe das Landesverwaltungsamt nach Eingang des geänderten Antrags umfangreiche Nachforderungen zu den vorgelegten Unterlagen erhoben. Zwischenzeitlich, so Pleye, habe die der Antragsteller am 15. Februar "die Antragsunterlagen erneut überarbeitet und inhaltlich ergänzt". Bis zum 16. März will das Landesverwaltungsamt diese Unterlagen hinsichtlich ihrer Vollständigkeit geprüft haben. Auch an die Stadt Zerbst ist ein Exemplar geschickt worden. Erst nach Feststellung der Prüffähigkeit der Antragsunterlagen könne, so Pleye, abschließend darüber entschieden werden, ob von einer erneuten Öffentlichkeitsbeteiligung abzusehen sei.

Ordnungsdezernent Andreas Fischer informierte den Stadtrat auf Nachfrage, dass die Verweigerung des gemeindlichen Einvernehmens nicht inhaltlich begründet werden braucht. Und: Haftungsansprüche des Investors gegen die Stadt seien nicht möglich. "Das Genehmigungsverfahren ist schließlich nicht durch uns zu verantworten."

Kreiszeitung / Wildeshausener Zeitung

Legehennenställe: Sander GmbH & Co. KG muss Abluftreinigungsanlage einbauen Teilerfolg für Bürgerinitiative

[005.03.12|Harpstedt|](#)

Harpstedt - GROSS KÖHREN · Die Helmut Sander GmbH & Co. KG darf die zwei beantragten Legehennenställe mit je 19 800 Plätzen in Groß Köhren unweit der Reithalle des RC „Sport“ bauen und hat auch schon mit der Maßnahme begonnen.

Die Bürgerinitiative (BI) Köhren-Harpstedt hätte das Vorhaben gern verhindert. Das ist ihr zwar nicht gelungen, aber immerhin konnte sie einen Teilerfolg erringen: Der Bauherr muss nun eine Abluftreinigungsanlage installieren. Ursprünglich war dies nicht vorgesehen gewesen. Das von der Betreibergesellschaft in Auftrag gegebene Emissionsgutachten kam zu dem Schluss, dass eine solche Anlage entbehrlich sei. „Wir haben Einspruch eingelegt, eine Plausibilitätsprüfung in Auftrag gegeben und das vorliegende Emissionsgutachten zwecks Überprüfung Knuth Haverkamp vorgelegt, einem staatlich geprüften Gutachter unserer Wahl“, berichtete der BI-Vorsitzende Niels Boldt gestern auf Nachfrage der Kreiszeitung. Haverkamp habe festgestellt, dass der Ausstoß an Stickstoff/Ammoniak die für den angrenzenden Wald betreffenden Grenzwerte überstiege, wenn auf eine Filterung der Abluft verzichtet würde. Inzwischen habe der Antragsteller entsprechend nachgebessert.

Durch die nunmehr doch kommende Anlage werde nach Angaben der Herstellerfirma „eine Filterleistung von mindestens 70 Prozent erreicht“, teilte Landrat Frank Eger der BI am 26. Februar in einem Schreiben mit. Mithin würden die zulässigen Grenzwerte für Ammoniak/Stickstoff in der angrenzenden Waldfläche daher eingehalten. Die Einhaltung der garantierten Reinigungsleistung werde der Landkreis „durch Messungen einer anerkannten Messstelle verifizieren lassen“. Nochmals seien alle Ge-

Genehmigungsvoraussetzungen sorgfältig gewürdigt worden. „Da keine Gründe mehr erkennbar sind, eine Genehmigung zu versagen, sind wir gehalten, jetzt die beantragte Genehmigung umgehend zu erteilen“, kündigte Eger an.

Für die BI hat sich das Engagement gegen die Auswüchse der Massentierhaltung im Allgemeinen und das Legehennen-Stallbauvorhaben im Besonderen nicht nur wegen der durchgesetzten Abluftreinigungsanlage gelohnt. „Wir haben die Bevölkerung wachgerüttelt, darüber nachzudenken, was die Menschen ihrer Umwelt antun. Wir haben auch ethische Gedanken ins Spiel gebracht und verdeutlicht, dass es nach dem Tierschutzgesetz zwar artgerecht ist, Tiere massenhaft in einen Stall zu pferchen, aber dass dies aus Sicht von Tierschützern mit artgerechter Haltung nichts zu tun hat“, resümierte Boldt. Er spielte damit auf Info-Veranstaltungen der Bürgerinitiative an, in der Referenten die Auswüchse der industrialisierten Landwirtschaft kritisch hinterfragt hatten. · boh

Südkurier

Bad Dürkheim

Schweinezuchtgegner bilden 220 Meter lange Menschenkette

03.03.2012

Von [suk](#)



In einer Länge von 220 Metern haben sich eben die Gegner der Schweinezuchtanlage in der Bad Dürkheimer Innenstadt aufgestellt. Teils in mehreren Reihen stehen die Aktivisten. Sie halten Plakate hoch, auf denen in großen pinkfarbenen Buchstaben "Stop die Schweinefabrik" oder "Wir Verbraucher können die größte Tierquälerei in BW verhindern" steht.

Die Polizei schätzt nach derzeitigem Stand, dass rund 450 Menschen in der Innenstadt

teilnehmen. Es herrscht eine friedliche Atmosphäre. Mit der Menschenkette wollen sie die Dimension des umstrittenen Bauvorhabens auf Oberbaldinger Gemarkung verdeutlichen.

Die Tierschützer haben diese Art der Demonstration in Kooperation mit der Bürgerinitiative organisiert.

Bereits um 18.35 Uhr hatte sich die Menschenkette wieder aufgelöst, die Teilnehmer gingen ins Haus des Bürgers. Hier findet ein Expertengespräch statt, an dem 450 Bürger beteiligt sind. Dabei beleuchten drei Referenten aus verschiedenen Blickwinkeln das Thema "Gesundheitsrisiko Massentierhaltung".

SÜDKURIER

Bad Dürkheim

16.660 Stimmen gegen Schweinezuchtanlage

05.03.2012

Von [CHISTINA NACK](#)



450 Menschen zu Gast beim großen Info-Abend der Bürgerinitiative gegen den geplanten Zuchtbetrieb. Geballte Ablehnung in Form von 16.660 gesammelten Unterschriften übergeben an drei Abgeordnete. „Ich werde alles tun, damit diese Anlage nicht realisiert wird. Wir kriegen das hin, darauf können Sie sich verlassen.“ Siegfried Kauder lehnte sich weit aus dem Fenster, als er das vor rund 450 Menschen versprach, die zum Expertengespräch über die geplante Schweinezuchtanlage ins Haus des Gastes gekommen waren. Zuvor hatten sie deren gewaltige Dimensionen mit einer 220 Meter langen Menschenkette verdeutlicht.

Der Mammutstall, in dem jährlich rund 30.000 Ferkel produziert werden sollen, passt nicht nach Bad Dürkheim, war einhellige Meinung auch der externen Experten, die vor gesundheitlichen Gefahren für Menschen, Tiere und Umwelt warnten. Mit 16 660

Unterschriften im Karton wurden der CDU-Mann und die Bundestagsabgeordneten von SPD und Grünen zurück nach Berlin geschickt, auf dass sie Regierung und Kabinett mit dem Massenprotest gegen Massentierhaltung unter Druck setzen.

Außer der Familie Urban Messner scheint niemand das Projekt zu wollen, gleichwohl könnte es gegen noch so breiten Widerstand realisiert werden. Der Bauantrag ist eingereicht und das Freiburger Regierungspräsidium dürfte Schwierigkeiten haben, ihn abzulehnen, sofern nicht rechtzeitig Paragraph 35 des Baugesetzbuchs geändert wird, der das Privileg von Massentierhaltung regelt.

So skizzierte Rainer Stolz, Mitbegründer der Bürgerinitiative (BI) und Geschäftsführer des Feriendorfs Öfingen, den Stand der Dinge. Der Bundestag will sich in einer Anhörung am Mittwoch, 28. März, mit der BI-Petition aus Bad Dürkheim befassen, CDU-Fraktionschef Volker Kauder hat eine erste Beratung im Bundestag vor der Sommerpause in Aussicht gestellt.

„Ist die Anlage überhaupt noch verhinderbar?“ wollte Moderator Günther Baumann wissen, Journalist aus Villingen-Schwenningen. „Wir lehnen sie ab“, beteuerte Bürgermeister Walter Klumpp mit Verweis auf das einstimmige Veto im Gemeinderat. Ob die kommunalen Planungsinstrumente aber ausreichen, sei fraglich, die Gesetzesänderung ist von entscheidender Bedeutung. „Wir müssen alle an einem Strang ziehen, um ein Zeichen gegen die Massentierhaltung zu setzen“, forderte Klumpp unter dem Beifall des Publikums. Die einzigen, die nicht klatschten, waren die Kinder der Familie Messner, die mit Freunden in den vorderen Reihen saßen und die Ausführungen der Fachleute aufmerksam und mit unbewegten Mienen verfolgten.

Eckhardt Niemann, Mitbegründer des Netzwerks „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“, warnte nicht nur vor ökologischen Gefahren insbesondere durch chemisch belastete Gülle, sondern auch vor falschen ökonomischen Erwartungen. In der Europäischen Union gebe es inzwischen eine gut zehnpromtente Überproduktion bei Schweinefleisch, der Überschuss konkurriere mit Billigfleisch aus Argentinien und den USA, Russland strebe Selbstversorgung an: „Es ist ein ruinöses Geschäft.“ Jenseits solcher Gegenargumente sei „nicht in Ordnung“, was mit Schweinen in Massenhaltung passiere.

Die Tiere - „So klug und gesellig wie Ihr Hund“ - stünden auf Spaltenböden über dem eigenen Kot, ihnen würden die Ringelschwänze abgeschnitten, um Kannibalismus in stressender Enge vorzubeugen, die Sauen ferkelten in schmalen Kästen, das Futter werde „massiv“ mit Antibiotika angereichert. „Das ist unwürdig für eine Kulturnation.“ Das Emsland sei so „zugeschissen“, dass selbst Niedersachsen die Weichen neu stellen wolle.

Tierhaltung solle nur in kleineren Strukturen und mit Bindung an die Fläche erlaubt sein, so dass ein Landwirt mindestens die Hälfte des Futters selbst produzieren könne, statt gentechnisch manipuliertes Soja aus Südamerika importieren zu müssen. Die Familie Messner sei mit einem freiwilligen Rückzug gut beraten, statt mit „geringen Gewinnaussichten Zoff mit der ganzen Gemeinde zu riskieren“.

Peter Ammann, Mediziner und Krankenhaushygieniker, veranschaulichte mit unappetitlichen Bildern, wie sich Schweinebakterien in Menschendärme fressen oder Staublungen verursachen. „900 Tonnen Antibiotika werden jährlich in deutschen Ställen verabreicht“, das sei drei Mal so viel wie in der Humanmedizin. „Dort wird es allerdings zur Rettung von Leben und nicht zur Gewinn-Maximierung gebraucht.“

„Alexander Doderer, Marketingexperte aus Villingen-Schwenningen, fürchtet einen „Regionalschaden“ durch Massentierhaltung in Tourismusgebieten und sprach von

„signifikanten Unverträglichkeiten.“ Auch das Trio aus Berlin war sich in seiner Ablehnung einig. Siegfried Kauder will die Gesetzesnovelle mit vereinter Kraft („Mein Bruder macht mit“) im Parlament „durchboxen“, für die von Rita Schwarzeluehr-Sutter (SPD) dazu geforderte Bürgerbeteiligung sei keine Zeit mehr. Die Waldshuterin ist ebenso skeptisch wie Harald Ebner (Grüne), dass der CDU-dominierte Agrarausschuss mitzieht. Beide verwiesen auf die starke Lobby von Agrarfabrikanten, die vom Bauernverband gestützt werde.

In der offenen Diskussion mit dem Publikum wurden Aspekte vertieft. Schweine- und Hühnerfleisch aus artgerechter Tierhaltung müsse teurer werden, forderten bäuerliche Landwirte und appellierten an die Sensibilisierung einer breiten Bevölkerung für „Klasse statt Masse“. „Von hundert Schweinen kann kein Landwirt leben“, sagte ein auswärtiger Schweinezüchter und warf den Politikern „Populismus“ vor.

Eine Reha-Patientin aus Brandenburg ließ ahnen, dass der Horror vor Schweinemassen noch größer sein kann. In ihrer Heimat kämpfen Bürger seit acht Jahren gegen eine Anlage für 67 000 Tiere; unlängst sei in Mecklenburg eine für 10 000 Sauen mit 250 000 Ferkeln pro Jahr genehmigt worden.

Bild/Autor: Naiemi

Neckarquelle



15.660 Unterschriften gegen Schweinezuchtprojekt Oberbaldingen auf dem Weg nach Berlin

 [Audio-Clip](#)

 [Video](#)

von Hans-Jürgen Eisenmann

**Riesig ist mittlerweile das Interesse am Thema Schweinezuchtprojekt Oberbal-
dingen. Der Siedersaal im Haus des Bürgers war bis auf den letzten Platz gefüllt
beim Expertenforum. Zuvor hatte es eine beeindruckende Menschenkette gegeben.**

15.660 Unterschriften von Gegnern der Anlage wurden symbolisch an drei Bundes-
tagsabgeordnete von CDU, SPD und Grüne überreicht. Sie wurden bereits vorab an den
Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags verschickt.

Bei der Veranstaltung der Bürgerinitiative, die vom Redaktionsleiter der NECKARQUELLE,
Günther Baumann, moderiert wurde, machte der Bundestagsabgeordnete Siegfried Kauder
(Villingen-Schwenningen) den Besuchern Hoffnung, dass die Änderung des
Bundesbaugesetzes noch so rechtzeitig geschehen könnte, dass das Bauvorhaben
verhindert wird. MEHR lesen Sie am Montag in unserer Druckausgabe

Schwarzwälder Bote

Bad Dürkheim Protest gegen Massentierhaltung

Ralf Liebermann, vom 05.03.2012 09:37 Uhr

◀ Bild 1 von ▶
61

Bad Dürkheim - Ein dick geschnürtes Paket mit 16.660 Unterschriften überreichte Rainer
Scholz, Mitgründer der Bürgerinitiative gegen Massentierhaltung auf der Baar, am
vergangenen Samstag den Bundestagsabgeordneten Siegfried Kauder (CDU), Rita
Schwärlühr-Sutter (SPD) und Harald Ebner von den Grünen.

Noch im September vergangenen Jahres hoffte man mit dem Start der Unterschriftenaktion
bei der Informationsveranstaltung in Sunthausen mit wenigstens 2000 Unterzeichner. Die
aktuellen Zahlen zeigten nun auf, wie ernst der geplante Bau einer Schweinezuchtanlage
auf der Gemarkung Bad Dürkheim von den Bürgern der Region aufgenommen wird. Bereits
vor Beginn der Expertengespräche im Weinbrennersaal formierten zahlreiche Gegner eine
Menschenkette zwischen der Rehaklinik Irma und dem Haus des Bürgers.

Symbolische Strecke von 225 Metern

Mit einer symbolischen Strecke von 225 Metern wolle man die Länge des geplanten
Schweinestalls aufzeigen, so die Anregung von Karl-Heinz Strittmatter von »Menschen für
Tiere«. Auf Plakaten und Transparenten verdeutlichten die Teilnehmer, welche Qualen
Schweine in der Massentierhaltung erleiden müssen, mit dem Kupieren der
Ringelschwänze nur ein Beispiel zu nennen.

Erinnert wurde im Zusammenhang an die im Ostalbkreis verbrannten 2300 Schweine
während eines Großbrandes Anfang Februar. Über den bisherigen Verlauf der Unter-
schriftensammlung sowie der eingereichten Petition zur Änderung des Paragraph 35 des
Baugesetzbuches berichtete Rainer Scholz einleitend zu den angekündigten Experten-
Vorträgen. So seien über 4000 elektronische sowie mehrere Hundert schriftliche
Bezeichnungen eingegangen. Demzufolge könnte noch vor der Sommerpause eine
Gesetzesänderung erfolgen, die größeren Handlungsspielraum für die Gemeinde unter
anderem in der Bebauungsplanung einräumt.

Bürgermeister Walter Klumpp steht hierbei geschlossen im Schulterschluss mit Ge-
meinderat und den Ortschaftsräten gegen die geplante Schweinezuchtfabrik um mit allen
Planungsinstrumenten die Kur- und Bäderstadt, die Wohnqualität der Ostbaar, die
Prädikatisierung so der Naherholungsort Öfingen oder die Kurcampinganlage Sunthausen,

sowie die bestehende Landwirtschaft zu schützen. Einen Einblick in die bundesweite Situation der Massentierhaltung gab Diplom-Agrar-Ingenieur Eckhart Niemann. 160 Bürgerinitiativen und 50 Verbände gehören dem Netzwerk »Bauernhöfe statt Agrarfabriken« an, die er als Agrarexperte ehrenamtlich unterstützt. Trotz einer Fleisch-Überproduktion von bis zu 20 Prozent würde eine Zukunftsgrößenordnung von 5000 Schweinen angestrebt, was eine bundesweite Protestwelle gegen Agrarfabriken auslöse.

Welche gesundheitlichen Auswirkungen große Tierzuchtanlagen auf den Menschen haben berichtete Peter Ammann als ehemaliger Hygieniker am Kreiskrankenhaus Coesfeld. In seiner unmittelbaren Nachbarschaft leben etwa eine Million Tiere in Zuchtanlagen. Feinste Staubpartikel, gekoppelt mit biologisch aktiven Substanzen, können die Lunge erreichen, etwa vergleichbar mit einer Staublunge. Die bakterielle Verunreinigung des Grundwasser durch übermäßige Ausbringung der Gülle, etwa mit E. coli-Keimen, könne schwere Erkrankungen hervorrufen.

Massentierhaltung schwäche die Region, so Alexander Doderer, der als Marketing-Spezialist die Situationen verschiedener Gemeinden mit Schweinezuchtanlagen beleuchtete. Vergleichbar große Städte wie Delmenhorst, Billerbeck, Coesfeld oder Sigmaringen würde bis zum Jahr 2030 ein starker Bevölkerungsrückgang entgegenstehen. Eine Anlage zur Massentierhaltung versende nicht eine einzige positive Botschaft, so Doderer. Stellung zur Gesetzesänderung bezogen im letzten Teil der Versammlung die Mitglieder des Bundestages, Siegfried Kauder, Rita Schwärzlühr-Sutter und Harald Ebner, die sich zwar in der Sache einig, in der Zügigkeit der Umsetzung in so manchen Punkt einen Schlagabtausch lieferten.



[Unternehmen](#)

Fleischwirtschaft Die Mäster...

...haben den Turbo eingeschaltet – mit Praktiken, die Tierschützer entsetzen.

- **Von:** [Georg Etscheit](#)
- 28.02.2012 - 06:57 Uhr

Harrie van Gennip will in Deutschland ganz groß ins Schweinegeschäft einsteigen. Ursprünglich hatte der Investor aus den Niederlanden beabsichtigt, in Haßleben in der Uckermark einen Stall mit 85.000 Mastplätzen zu bauen. Doch die Bevölkerung wehrte sich. Jetzt sollen es nur noch 67.000 Plätze werden, was den Gegnern des Projekts aber noch immer zu viel ist. »In den Niederlanden dürfen sie nicht mehr wachsen. Deswegen kommen sie zu uns«, schimpft Sybilla Keitel von der Bürgerinitiative Kontra Industrieschwein.

Sie findet das ganze System, in dem [lebende, fühlende Wesen](#) zum Produktionsmittel degradiert werden, »obszön«: Die engen »Abferkelbuchten«, in denen sich die Sauen kaum bewegen können, weil sie sonst ihre eigenen Ferkel erdrücken. Oder die zuweilen in drei Etagen übereinandergestapelten »Flatdecks« für die Jungtiere, auch »Ferkelbatterien« genannt. Und das künstliche Dämmerlicht, damit sich die Tiere möglichst wenig bewegen und in 180 Tagen ihr Schlachtgewicht von 90 Kilogramm erreichen: jeden Tag 200 Gramm mehr Fett und Fleisch.

Männliche Ferkel durchlaufen eine besondere Prozedur. Ein Arbeiter packt eines an den Hinterbeinen. Dann zwei Schnitte mit einem Messer in die blassrosa Haut, dort, wo die Hoden verborgen sind. Das höchstens sieben Tage alte Tier schreit erbärmlich. Die Samenleiter müssen mit einer Klinge durchtrennt werden, doch manchmal werden die dünnen Stränge einfach abgerissen. Es muss schnell gehen. Zeit ist Geld. Die Wunde bleibt offen. Erst jetzt wird dem Ferkel ein Mittel gespritzt, das für einige Stunden den Wundschmerz lindern soll. Doch seine Qualen sind noch nicht zu Ende.

In einem zweiten Arbeitsgang wird ihm noch der Ringelschwanz mit einem heißen Messer abgeschnitten, und die Eckzähne werden mit einer Schleifmaschine bearbeitet. Beides soll verhindern, dass sich die Tiere gegenseitig die Schwänze abbeißen. Dazu neigen sie, weil sie ihr natürliches Verhalten in den eintönigen, auf maximale Effizienz getrimmten Riesenställen nicht ausleben können.

Die archaisch anmutenden Praktiken sind Alltag bei deutschen Schweinezüchtern. Ohne Betäubung. Millionenfach. Denn anders als in Großbritannien oder Dänemark, wo die Zucht unkastrierter Schweine üblich ist, akzeptiert der deutsche Handel bislang kein Fleisch, das einen »Ebergeruch« aufweisen könnte. Dabei entwickeln nur relativ wenige Tiere einen störenden Geruch. Außerdem bemerken die Kunden meist gar nicht, dass sie Eberfleisch essen.

So mischt der Fast-Food-Konzern McDonald's seit Januar 2011 seinen Schweinefleischprodukten das Fleisch unkastrierter männlicher Tiere unter, ohne dass es deshalb zu Beschwerden kam. Es ginge also auch ohne flächendeckende Kastration. Oder zumindest mit einer Betäubung, wie in der Schweiz und den Niederlanden. Doch laxer Tierschutzgesetz und Großzügigkeit bei Kontrollen sparen Geld. Sie sind ein Standortvorteil.

Auch andere niederländische Unternehmer als Harrie van Gennip drängen in die Bundesrepublik. Denn ihr Heimatland ersäuft buchstäblich in einem Meer von Gülle. Wachstum ist dort kaum noch möglich. Deutschland ist ein gutes Land – für Investoren. Überall werden neue Ställe gebaut, vor allem für Schweine und Geflügel.

Allein für Masthähnchen seien zurzeit 900 neue Stalleinheiten mit je 40.000 Tieren geplant, heißt es im kritischen Agrarbericht 2011, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. So viel könne der Markt vermutlich gar nicht aufnehmen, eine »Hähnchenblase« drohe. Gleichzeitig wächst der Widerstand gegen die [Massentierhaltung](#) und Turbomast. Mehr als 100 größere Bürgerinitiativen sind im Netzwerk »Bauernhöfe statt [Agrarindustrie](#)« zusammengeschlossen, das erst jüngst bei einer Großdemonstration in Berlin unter dem Slogan »Wir haben es satt« Tausende von Menschen auf die Straße brachte.

Für [Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner](#) ist hingegen jeder neue Stall ein Erfolg. Die CSU-Politikerin will aus Deutschland eine führende Fleischexportnation machen, die es mit Anbietern wie Brasilien und den USA aufnehmen kann. Damit ist sie schon ziemlich weit gekommen: Seit 2005 ist die Ausfuhr von Fleisch und Wurstwaren aus Deutschland um fast 60 Prozent gestiegen, auf einen Rekordwert von 3,7 Millionen Tonnen im Jahr 2010. Mittlerweile wird in der deutschen Fleischindustrie bereits jeder fünfte Euro im Export verdient.

Um dieses Wachstum zu ermöglichen, wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche gesetzliche Restriktionen gelockert, etwa die Flächenbindung, die für Zuchtbetriebe ausreichende Ackerflächen für eigenes Futter vorsah. Auch Tierschutzstandards seien

verwässert worden, sagt Reinhild Benning, Agrarexpertin des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND).

Aigner hält dagegen. Umwelt- und Tierschützer kämpften die Schlachten der Vergangenheit. »Die Landwirtschaft hat sich längst geändert zugunsten von Verbrauchern, Tieren und Umwelt«, gab die Ministerin den Berliner Demonstranten mit auf den Nachhauseweg. Das stimmt, jedenfalls zum Teil. [So manchem Schwein geht es](#) heutzutage in einem großen und gut geführten Stall bedeutend besser als seinen Artgenossen, die früher ihr Dasein in dunklen Koben verbringen mussten. Manchmal ist das heute noch so.

Die Fortschritte kommen nur langsam voran. Im harschen Wettbewerb auf dem Fleischmarkt zählt jeder Cent. Bei gerade einmal sechs Cent liege der Durchschnittsgewinn pro Masthuhn derzeit, so der Agrarexperte Eckehard Niemann. Wer da nicht jede Möglichkeit der Effizienzsteigerung und Kostenminimierung ausnutze, gerate angesichts solcher Minimargen schnell in die Verlustzone.

Unter dem Diktat der *economy of scale* ist der Trend zu Großbetrieben deshalb ungebrochen. Seit 2001 ging die Zahl der Schweinehalter um satte 70 Prozent zurück, die Zahl der Hähnchenmäster um mehr als die Hälfte. Gleichzeitig wuchs die Zahl der gemästeten Tiere: 2010 bevölkerten 27 Millionen Schweine und 67,5 Millionen Masthühner deutsche Ställe. Tendenz: weiter steigend. In der Geflügelmast sind Ställe mit 40.000 Tieren mittlerweile die Norm.

Wenige große Konzerne liefern sich einen erbitterten Kampf um Marktanteile. Im Laufe der Zeit sind Konglomerate aus Brütereien, Zucht-, Mast- und Schlachtbetrieben entstanden, zu denen oft auch noch Hersteller von Futtermitteln gehören.

In der Sprache der Branche wandelt sich das Masthähnchen zur »Besatzdichte« von 30 Kilo Lebendgewicht je Quadratmeter in der Kurzmast. Pro Tier entspricht das in etwa der Größe eines DIN-A4-Blattes. Solche Mastbedingungen können die Tiere nur [mit regelmäßigen Antibiotikagaben](#) überstehen. Im Januar 2011 veröffentlichte die Tierrechtsorganisation Peta Deutschland Videoaufnahmen von der brutalen Räumung eines Stalles mit schlachtreifen Hähnchen, ein Prozess, der im Züchter-Fachjargon »Ausstellung« genannt wird. Das erledigen oft schlecht bezahlte »Rollkommandos«, die wenig zimperlich zu Werke gehen. Fangmaschinen, wie sie in anderen Ländern eingesetzt werden, sind den meisten Mästern zu teuer.

Viele Missstände sind allerdings so offenkundig, dass selbst dem Deutschen Bauernverband (DBV) Zweifel an der gängigen Praxis gekommen sind. Zwar läge den Landwirten das Wohl ihrer Tiere sehr am Herzen, doch mit zunehmender Größe der Ställe sei die normalerweise enge Beziehung zum Tier bei einigen wenigen Landwirten offenbar verlorengegangen, sagte DBV-Generalsekretär Helmut Born. Der niedersächsische Landwirtschaftsminister Gert Lindemann legte im April 2011 einen »Tierschutzplan« vor, der einigen tierquälerischen Praktiken ein Ende setzen soll, darunter der betäubungslosen Ferkelkastration, dem Schwänzekupieren bei Schweinen oder dem Schnabelkürzen bei Hühnern. Auf der Grünen Woche Ende Januar in Berlin kündigte auch Landwirtschaftsministerin Aigner an, das betäubungslose Kastrieren bis 2017 verbieten zu wollen.

Edmund Haferbeck von Peta Deutschland hält wenig von solchen Reformversuchen. Er hofft darauf, dass das System irgendwann »implodiert«, an seinen eigenen Widersprüchen zerbricht. Für ihn persönlich gibt es nur die »Nulllösung«: Abkehr von der Massentierhaltung, idealerweise eine vegane Lebensweise. Die Agrarindustrie habe längst alle ethischen Grenzen überschritten.

Jedes Jahr stammen schätzungsweise 30 bis 50 Millionen männliche Küken aus der Produktionslinie der Legehennen. Zur Mast taugen sie deshalb auch nicht. Sie werden vergast oder geschreddert.

- **Quelle:** [DIE ZEIT, 23.2.2012 Nr. 09](#)
- **Adresse:** <http://www.zeit.de/2012/09/Fleisch-Maesten/komplettansicht>

Kreiszeitung Diepholz

5.3.2012

EYDELSTEDT n Dicke Luft herrscht derzeit bei den Anliegern der Straße „Auf dem Flintenhöbel“. Das hat weniger mit den drei Hühnern einer Familie zu tun, die dort ihren Mist hinterlassen, als vielmehr mit den Plänen von **Viola Tiemann** aus Dimhausen, die dort einen neuen **Bio-Hähnchenaufzuchtstall mit 25 000 Plätzen** plant.

Der Landkreis Diepholz hatte bereits eine Baugenehmigung dafür erteilt und wies darauf hin, dass es sich um ein Bauvorhaben im Außenbereich handele und sowohl landwirtschaftliche als auch gewerbliche Tierhaltungsanlagen dort privilegiert seien. Andererseits sei das Wohnen im Außenbereich mit einem immissionsschutzrechtlich geringeren Schutzanspruch verbunden.

Die Nachbarn, die in der Nähe des geplanten neuen Stalles leben, wehren sich dagegen, dass sie im Außenbereich wohnen. Ihrer Ansicht nach handele es sich hier um eine Splittersiedlung. Schließlich gebe es seit Jahren keine bäuerliche Landwirtschaft mehr in diesem Bereich. „Hier leben ja nur noch Privatleute“, stellt Ulrich Birnbaum fest, „und dann soll hier ein neuer Riesen-Stall (nachdem zunächst ein Umbau geplant war) gebaut werden, wo man einer Familie den Neubau für ein Haus für deren Sohn untersagt hat?“

Vor einem weiteren Vordringen von Konzernen in der Bio-Geflügelhaltung zu Lasten bäuerlicher Strukturen warnt auch Eckehard Niemann von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und verweist dabei beispielhaft auf den „Wiesengold“-Komplex des Unternehmers Heinrich Tiemann aus Dimhausen. Ein Großteil aller deutschen Bio-Eier komme bereits von der „Eiervermarktung Wiesengold Landei“, dessen Mehrheit bereits vor einiger Zeit vom größten agrarindustriellen Eierkonzern „Deutsche Frühstücksei“ übernommen worden sei. In der ökologischen Hähnchen- und Putenmast drohe eine ähnliche Entwicklung. An vielen Standorten, nicht nur in Eydelstedt, wehrten sich bereits Bürgerinitiativen gegen die Immissionen aus Farmen mit zehntausend oder gar mehreren Zehntausenden von Tieren.

Von einer „Industrialisierung der Bio-Landwirtschaft“ spricht denn auch Walter Höhne, Vorstand der „Biohennen AG“, die die Eier von bäuerlichen Familienbetrieben vermarktet. Dies gilt laut AbL umso mehr, wenn agrarindustrielle Unternehmen auch den Biosektor abgreifen wollten.

Es reiche auch nicht, auf die relativ besseren Haltungsbedingungen in Bio-Konzern-Ställen gegenüber denen in „normalen“ Agrarfabriken hinzuweisen. Auch im Biobereich gebe es eine wachsende Bewegung für „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“. n up

Weserkurier

Massentierhaltung in Niedersachsen

- 25.02.2012

Höhere Hürden für Mega-Ställe

Von Hans Ettemeyer

Meppen·Verden. Städte und Gemeinden sollen ein stärkeres Mitspracherecht bei der Genehmigung von Massentierställen erhalten. Ab einer bestimmten Stallgröße müssen die Kommunen künftig Bebauungspläne aufstellen – mit der sie die Ansiedlung der Anlagen steuern können. Das sieht eine geplante Änderung des Baurechts vor.

Landwirtschaftliche Bauvorhaben genießen ein im Baugesetz verbrieftes Sonderrecht – die sogenannte Privilegierung. Das gilt auch für industrielle Tiermastanlagen, deren Bau inzwischen überall im Land auf Widerstand stößt. Die Einflussmöglichkeiten der Kommunen sind wegen der Privilegierung begrenzt. Bauminister Peter Ramsauer (CSU) will jetzt das Sonderrecht ab einer bestimmten Stallgröße streichen. „Eine positive Entwicklung“, heißt es in den Gemeinden. „Unausgegoren und nicht zielführend“, kritisiert das Landvolk. „Nicht weitgehend genug“, monieren Bürgerinitiativen.

Als Bemessungsgrenze will Ramsauer die Zahlen der Tierplätze festschreiben, ab denen schon heute eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) vorgeschrieben ist. Das ist zum Beispiel bei Ställen mit 3000 Mastschweinen oder 85 000 Masthähnchen der Fall. Unter bestimmten Bedingungen wird die UVP auch schon bei weniger Tierplätzen gefordert. Für alles, was darüber liegt, sollen die Sonderrechte künftig entfallen. Stattdessen sollen die Gemeinden Bebauungspläne aufstellen. Damit können sie die Ansiedlung steuern.

„Es ist gut, dass sich bei der Privilegierung endlich etwas bewegt“, sagt Dirk Kopmeyer, Fachdezernent beim Landkreis Emsland in Meppen. Für jeden Gewerbebetrieb werde eine Umweltverträglichkeitsprüfung und eine Bauleitplanung gefordert. Da sei es nicht nachzuvollziehen, warum das nicht auch für die gewerbliche Tierhaltung gelten solle. Die Privilegierung sei einst zum Schutz der bäuerlichen Landwirtschaft ins Gesetz gekommen. „Ich glaube nicht, dass die Väter des Gesetzes damit die gewerbliche Tierhaltung gemeint haben.“ Nach Angaben von Kopmeyer liegen dem Kreis Emsland zurzeit Genehmigungsanträge für elf Millionen Hähnchenplätze vor. 33 Millionen Hähnchenplätze sind bereits genehmigt.

In einem Vorschlag an den niedersächsischen Landkreistag hatte der Meppener Kreistag weitere Einschränkungen gefordert. So sollte die Genehmigung unter anderem von der Gesamtviehdichte innerhalb einer Gemeinde abhängig gemacht werden. Doch das werde im Entwurf des Bauministeriums leider nicht berücksichtigt, sagt Kopmeyer.

Als einer von vier Landkreisen hatte sich auch der Landkreis Verden in einer Arbeitsgemeinschaft des Niedersächsischen Landkreistages für die Änderung des Baurechts eingesetzt. „Wenn der Gesetzentwurf tatsächlich so verabschiedet wird, hätte sich unser Einsatz gelohnt“, sagt der Verdener Landrat Peter Bohlmann (SPD). „Die Stellung der Gemeinden wird gestärkt.“

Der Kreistag hatte in einer Resolution Veränderungen bei der Privilegierung gefordert. Er reagierte damit auf Pläne für zwei Mastställe mit 6000 Schweinen in Thedinghausen beziehungsweise 100 000 Hähnchen in Langwedel-Etelsen. Der Hähnchenstall sei mittlerweile wegen ungelöster Erschließungsfragen abgelehnt worden, teilt Bohlmann mit.

Für Michael Hettwer ist der Reformentwurf „eine Mogelpackung, die nur die Leute beruhigen soll.“ Hettwer ist Sprecher der Calenberger Initiative, einem Netzwerk von 16 Bürgerinitiativen, die sich gegen Mastställe im Raum Hannover-Springe wehren. „Wenn wir jetzt eine Obergrenze von 85 000 Tieren bekommen, nützt das gar nichts. Dann werden, wie hier in Groß Munzel, nur 84 000 Tierplätze beantragt, und schon muss das Projekt genehmigt werden.“ Seiner Meinung nach müssten Kommunen bereits bei einer Stallgröße von 15 000 Hähnchen mitreden können. „Da fängt für mich die Agrarfabrik an.“

Auch Petra Krüler aus Langwedel (Kreis Verden) geht der Gesetzesentwurf nicht weit genug. „Die Grenze müsste maximal bei 30 000 Hähnchen gezogen werden.“ Die Grünen-Kommunalpolitikerin kämpft in einer Bürgerinitiative gegen den geplanten Hähnchenmaststall in Langwedel-Etelsen.

Dem niedersächsischen Landvolk-Verband dagegen gehen die Pläne viel zu weit. Besonders hart würden sich die neuen Obergrenzen auf kleine und mittlere Familienbetriebe mit geringer Flächenausstattung auswirken. Wenn dem Betrieb nicht genügend eigene Nutzfläche für die Futtermittelversorgung zur Verfügung stehe, könne die Privilegierung schon bei 1500 Mastschweinen, 15 000 Puten oder 30 000 Hähnchen entfallen. „Für viele Landwirte werden Investitionspläne in der Tierhaltung zu einem unkalkulierbaren Risiko“, so Landvolk-Präsident Werner Hilse.

Der Gesetzesentwurf wird jetzt in den Ländern und Verbänden beraten. Bis zum Jahresende soll er verabschiedet werden.

Leserbrief zu: **Höhere Hürden für Mega-Ställe** vom 25.02.12

Wir stehen am Wendepunkt eines Systemwechsels. Dem Heiligenschein „**Geiz ißt geil**“ haben wir so ziemlich alles untergeordnet, was der Profitmaximierung, Überproduktion und dem Massenkonsum dienlich ist. Es ist an der Zeit, daß wir uns von der Unfähigkeit befreien, zwischen Preis und Wert nicht mehr angemessen unterscheiden zu können. Nur wenn dies gelingt, können wir uns den grundgesetzlich verankerten Tierschutz einerseits und die Versorgung der Bevölkerung mit unbedenklicheren Lebensmitteln andererseits wieder leisten. Denn der Verlust an Wertschätzung bedeutet auch immer ein Verlust an Qualität und führt dazu, daß wir Konsum tatsächlich neu erlernen müssen. Unter diesem Aspekt sind die Landwirte, die sich auf das System der intensiven Massentierhaltung eingelassen haben, Täter und Opfer zugleich. Selbst wenn sie es wollten, können sie sich meistens aus eigener Kraft aus diesen Zwängen nicht mehr selbst befreien. Der eingangs angesprochene Systemwechsel schließt die Verantwortung der Konsumenten mit ein, für mehr „Über“-Lebensqualität einen angemessenen Preis zu bezahlen. Nur so läßt sich der gefährliche Spuk immer größerer Ställe eindämmen. Denn darüber muß sich jeder Systembeteiligte im Klaren sein: „Die vermeintlichen Ersparnisse, die ich als Schnäppchenjäger heute realisiere, werden die später unweigerlich anfallenden Kosten, verursacht durch den Raubbau an der eigenen Gesundheit und an der Natur niemals ausgleichen.“ Wenn es jetzt nicht gelingt, die Realitäten zu erfassen, statt sie zu leugnen, werden wir eines Tages alle zu den Verlierern gehören.

Bündnis MUT

Mensch - Umwelt – Tier

Wir reden darüber und handeln danach.

Wilfried Papenhusen

Pressesprecher

www.buendnis-mut.de

Amelhauser Str. 56-58, 26197 Großenkneten-Moorbek Tel. 04433/255

Landvolk Presse Dienst

Investitionspläne in der Risikofalle

20. Februar 2012

LPD - Als unausgegoren und nicht zielführend bezeichnet das Landvolk Niedersachsen den Vorschlag der Bundesregierung zur Novellierung des Baugesetzbuches. „Ganz gleich ob die Betriebsleiter zusätzliche Einkommenschancen nutzen möchten, ihrem Nachfolger den Einstieg erleichtern oder aus Tierschutzgründen neue Haltungsverfahren umsetzen wollen, die Realisierung von Investitionsabsichten in der Tierhaltung wird für viele Bauern unkalkulierbar werden“, fasst Präsident Werner Hilse die Einschätzung des Landvolkes Niedersachsen zusammen. Besonders hart würden sich die neuen Grenzen für den privilegierten Stallbau, die sich aus dem zwischen Bau- und Agrarministerium abgestimmten Entwurf ergeben, auf kleine und mittlere Familienbetriebe mit geringer Flächenausstattung auswirken. Diese Familien hätten den wirtschaftlichen Erfolg ihres Hofes oft eng an die Tierhaltung geknüpft und seien zur Verwertung des Wirtschaftsdüngers Kooperationen mit Ackerbaubetrieben eingegangen. Für sie sieht der Verband zukünftig bei jeder Investitionsabsicht die Gefahr, aus der Privilegierung herauszufallen. Dabei sei es nach den aktuellen Plänen völlig nachrangig, ob Ställe aus Gründen des Tier- oder Umweltschutzes um- oder auch neugebaut werden sollen. Die Betriebe könnten über den Flächenerwerb die Privilegierung nicht zurück erlangen. „Dieser Weg ist nicht nur teuer, sondern wegen der sich weiter verschärfenden Flächenknappheit auch versperrt“, verdeutlicht Hilse.

Als „Abenteuer mit ungewissem Ausgang“ bezeichnet der Landvolkpräsident die Abhängigkeit der Privilegierung von der Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsstudie. (UVS). Selbst teure Vorgutachten haben nach den bisherigen Erfahrungen der Landwirtschaft die Genehmigungsbehörden häufig nicht überzeugen können, dass bei Stallbauten eine UVS keinen zusätzlichen Erkenntnisgewinn für die Genehmigungsfähigkeit bringt. Bei geringer Flächenausstattung soll die behördliche Auflage einer UVS zusätzlich dazu führen, dass ein teurer Bebauungsplan erforderlich wird. Bei wechselnden Mehrheiten hängt auch diesem Prozess das Etikett „Ausgang ungewiss“ an. „Unsere Familienbetriebe haben nicht die Umwelt- und Rechtsabteilung eines Großkonzerns an der Seite“, verdeutlicht Hilse. Eine besonders enge Auslegung der von der Bundesregierung erarbeiteten Vorschläge zur Neuordnung des landwirtschaftlichen Baurechts befürchtet er in den Regionen mit ohnehin geringen Tierbesatzdichten, wo die moderne Tierhaltung kritisch gesehen wird. Der Gesetzentwurf wird nach Überzeugung des Landvolkes Niedersachsen keine Konflikte lösen, sondern viele Höfe vor neue Probleme mit unkalkulierbaren Folgen stellen. (LPD 15/2012)

Radio aktiv Hameln



150 Gegner von Massentierhaltung diskutieren

Dienstag, 21. Februar 2012

Die Veranstaltung Boom in der Massentierhaltung wie können Bürger und Kommunen gegensteuern ist auf ausgesprochen großes Interesse gestoßen. Etwa 150 Gegner von Massentierhaltung haben gestern in der Domänenburg diskutiert. Mit dabei waren Bürger, Vertreter aus Politik und Umweltinitiativen sowie des Landkreises. Eingeladen hatte die Bürgerinitiative Dehrenberg. Hintergrund ist der geplante Bau von zwei Hähnchenmastställen für insgesamt 80.000 Tiere. Die Bürgerinitiative überreichte Baudirektor Reinhard Müller vom Landkreis Hameln Pyrmont eine Unterschriftenliste mit knapp 2.000 Stimmen gegen den Bau der Hähnchenmastanlage. Müller wies darauf hin, dass derzeit kein aktueller Bauantrag bei Landkreis vorliege.

SVZ

"Wir reden hier über ungelegte Eier"

26. Februar 2012 | 21:55 Uhr | Von: Jens Griesbach



22 Hühner auf nur einem Quadratmeter: Jutta von Kuick von der Bund-Ortsgruppe und der Wardower Harald Hagen demonstrieren die ihrer Meinung nach schlimmen Haltungsbedingungen in der industriellen Hähnchenmast. Foto: Jens Griesbach

Bild 1 von 2

Die riesige Hühneraufzuchtanlage in Bergfeld steht schon - trotz vieler Proteste. In Wattmannshagen und Wardow sollen Großanlagen zur industriellen Produktion von Masthähnchen folgen. Und in Suckwitz und Hägerfelde (siehe Beitrag unten) sind Schweinemastanlagen geplant. Ob Hühner oder Schweine - der Widerstand gegen die Massentierhaltung auf den Dörfern formiert sich. Die Bedenken der Gegner sind ähnlich: Angst vor Lärm, Gestank, erhöhter Verkehrsbelastung und vor allem vor angeblich gefährlichen Keimen, die durch das Zusammenpferchen vieler Tiere auf engstem Raum entstehen sollen. So auch in Wardow. Die Bund-Ortsgruppe unter Leitung von Jutta von Kuick lud deshalb Freitagabend zu einer Info-Veranstaltung über die zwischen Wardow und Kobrow geplante Hähnchenmastanlage ein. Hier will die Agrarproduktivgenossenschaft Wardow (APG) in zwei großen Ställen Platz für knapp 80 000 Tiere schaffen.

Informationsbedarf in Gemeinde hoch

Investor Christian Heine von der APG war trotz Einladung nicht erschienen, so dass die Gegner der Mastanlage in der Diskussion die Überhand hatten. Dass der Informationsbedarf aber immens hoch ist, bewies das total überfüllte Feuerwehrhaus. Mehr als 50 Wardower hörten interessiert die Ausführungen zu den Gefahren der industriellen Tierproduktion u.a. von Bund-Geschäftsführerin Corinna Cwielag sowie Eckehard Niemann von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. Sein Motto: "Bauernhöfe statt Agrarfabriken". Niemann koordiniert bundesweit 160 Bürgerinitiativen gegen solche Anlagen. Sein Vorwurf an den anwesenden Wardower Bürgermeister Günter Schink: die Gemeinde habe die Bürger bisher unzureichend informiert. "Ich fordere die Gemeinde auf, ein klares Nein zur Hähnchenmast abzugeben", so Niemann.

Schink nahm den Ball auf: "Wir reden hier über ungelegte Eier. Bis heute ist kein Bauantrag gestellt. Wir alle kennen noch nicht die Details." Man dürfe nicht den zweiten vor dem ersten Schritt machen. Eine Information stehe zunächst dem Investor zu. Die Gemeindevertretung könne sich so eine Anlage durchaus vorstellen, habe auch bereits eine ähnliche besichtigt. Schink stellte jedoch klar: "Ich will hier nichts mit Gewalt gegen die Bürger durchboxen, aber wir als Gemeinde werden bei dem Vorhaben auch nur angehört. Wenn sich der Investor an geltendes Recht hält, wird er eine Baugenehmigung bekommen." Er registrierte jedoch den hohen Gesprächsbedarf in Bezug auf die

Hähnchenmast in der Gemeinde. Deshalb halte er eine Einwohnerversammlung für sinnvoll. "Dabei sollten auch Alternativen zu der geplanten Anlage diskutiert werden", so Schink.

Auch die Zuhörer forderten eine öffentliche Sitzung. Wolfgang Grimme von der Bund-Ortsgruppe setzte in gegenseitigem Einverständnis den Termin zur Fortführung der Diskussion auf den 23. März fest. Der Bürgermeister habe gemerkt, dass die meisten Wardower gegen die Hähnchenmast seien, unterstrich Jutta von Kuick. "Ich freue mich, dass so viele gekommen sind. Die Dorfgemeinschaft hat ihre Zusammengehörigkeit bewiesen." Konkretes Ergebnis: nach der Veranstaltung gründete sich spontan eine Bürgerinitiative mit sieben Leuten gegen die Anlage in Wardow. "Es geht weiter", so Jutta von Kuick.

Dorfbewohner an Lärm und Gestank gewöhnt?

26. Februar 2012 | 21:55 Uhr | Von: Christian Menzel

Protest gegen die geplante Schweinemastanlage bei Hägerfelde: Auch Bürgermeister Karl-Heinz Kissmann (stehend) lehnt das Vorhaben ab. Foto: Christian Menzel

Bild 1 von 2

Gülzow-Prüzens Bürgermeister Karl-Heinz Kissmann hat die umfangreichen Unterlagen zur Schweinemast- bzw. Jungsauenzuchtanlage, die zwischen Karcheez und Hägerfelde Ausbau entstehen soll (SVZ berichtete), genau studiert. Dabei fand er in der Umweltverträglichkeitsuntersuchung einen Passus, den er den ca. 60 Bürgern, die Freitagabend zur Einwohnerversammlung ins Feuerwehrhaus Karcheez gekommen waren, vorlas: "Die hier wohnenden Menschen sind überwiegend im Dorf aufgewachsen und mit den betriebsbedingten Belastungen durch die landwirtschaftliche Produktion wie Geruch, Lärm und Verkehr vertraut. Daher ist die Empfindlichkeit der Menschen gegenüber angemessenen Belastungen dieser Art nicht sehr hoch ausgeprägt."

Die Empörung im Saal war unüberhörbar. Landwirt Gerd Fichelmann forderte eine Entschuldigung für den, wie er formulierte, "Angriff auf die Würde des Menschen". Anja Ober-Sundermeier, aus deren Planungsbüro das Papier stammt, reagierte: der Passus sei eine "unglückliche, ja dumme Formulierung." Ironischerweise erregten aber genau die drei Punkte die Gemüter der Bürger, gegen die sie eigentlich resistent sein sollten: Geruch, Lärm und Verkehr.

Die Straße zwischen Karcheez und Hägerfelde Ausbau sei für Schwerlasttransporte nicht ausgelegt, so Kissmann. Die Gemeinde habe kein Geld, um Schäden, die durch ein erhöhtes Transportaufkommen zu erwarten seien, zu beseitigen. Außerdem sei er wie andere Anwohner betroffen und werde über die Straßenausbaubeitragssatzung zur Kasse gebeten, wenn Reparaturen anfielen. Philipp Rathjen, einer der Geschäftsführer der Landgut Karcheez GbR, die die Anlage errichten will, versicherte, dass es keine hohe Belastung geben werde. Durch die Verwendung des eigenen Getreides entfielen Futtertransporte. "Nur jede zweite Woche geht ein Zug mit Mastschweinen auf die Reise", sagte er.

Bernd Zielke, Landwirt aus Hägerfelde, beklagte die Verminderung von Lebensqualität, die eine solche Anlage - entstehen sollen 6144 Tierplätze - mit sich bringe. "Die Gemeinde hat nichts davon und trägt nur die Kosten für Straßenschäden und das Risiko, wenn Gülle unkontrolliert austritt und in die Seen gelangt", meinte er. Sein Kollege Fichelmann wollte

der GbR eine Erweiterung der Produktion zugestehen, hielt aber einen Standort in Mühlengiez oder Prüzen für ökonomischer. Rathjen räumte ein, dass sich die Erschließungskosten für den gewählten Platz um bis zu 200 000 Euro erhöhen würden. Dafür aber sei es ein Alleinstandort, wodurch das Risiko der Übertragung von Krankheiten reduziert werde.

Zurzeit werden die Pläne zur Mastanlage geprüft. Daran schließt sich eine öffentliche Auslegung in der Gemeinde und im Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Rostock an. Danach haben die Bürger weitere zwei Wochen Zeit, um Einwände zu formulieren. Eventuell gibt es einen Erörterungstermin. Viele Einwohner werden sich die Unterlagen genau ansehen.

NDR

Stand: 08.02.2012 20:48 Uhr

19.000 Hühner nach Großbrand verendet



[Etwa 200 Einsatzkräfte der Feuerwehr versuchten, die beiden Brände in der Samtgemeinde Harpstedt zu löschen.](#) Das Gegacker muss groß gewesen sein, als in einem Hühnerstall in Harpstedt in der Nacht zu Mittwoch ein Feuer ausbrach. 4.000 Hühner verbrannten in den Flammen. "Der ganze Stall, etwa 100 Meter lang und 30 Meter breit, stand in Vollbrand", sagte Uwe Arndt, Sprecher des Kreisfeuerwehrverbandes Landkreis Oldenburg. 15.000 weitere Tiere hatten zwar die Flammen überlebt, mussten nach den Löscharbeiten aber notgeschlachtet werden, wie die Polizei in Oldenburg mitteilte. Der Schaden beläuft sich auf eine Million Euro. Die Brandursache ist vermutlich auf einen technischen Defekt zurückzuführen. Der erste Verdacht auf Brandstiftung bestätigte sich nicht.

Zwei Brände in einer Nacht

Etwa elf Kilometer von dem Hühnerstall entfernt, war bereits zuvor in derselben Nacht ein Großbrand in einer Werkshalle ausgebrochen. Als die Feuerwehr anrückte, sei die betroffene Tischlerei schon nicht mehr zu retten gewesen, sagte Arndt. Auch hier hatte ein technischer Defekt laut Polizei den Brand ausgelöst. Der Schaden beträgt 40.000 Euro.

Feuerwehr muss Hydranten auftauen



[Wegen des kalten Wetters mussten die Feuerwehrleute die Hydranten erst einmal auftauen.](#) Die Feuerwehr, die mit etwa 200 Einsatzkräften zu den beiden Bränden ausgerückt war, musste unter erschwerten Bedingungen arbeiten. Aufgrund der Kälte waren die Hydranten teilweise zugefroren. Diese mussten mithilfe von Gasbrennern oder entzündetem Spiritus erst aufgewärmt werden, bevor die Einsatzkräfte an das Wasser gelangen konnten.

NDR

Stand: 07.02.2012 12:22 Uhr

Hunderte Schweine sterben bei Stallbrand



[In dem Schweinestall in Lähden waren etwa 1.800 Tiere untergebracht.](#) Die Eiseskälte hat der Feuerwehr im emsländischen Lähden bei einem Großeinsatz massive Schwierigkeiten gemacht: In der Nacht zu Dienstag ist in einer Stallanlage für Schweine ein Feuer ausgebrochen. Und da die Hydranten eingefroren waren, kamen die Retter zunächst nicht an das Löschwasser.

In dem Maststall waren etwa 1.800 Schweine untergebracht. Hunderte der Tiere kamen in den Flammen ums Leben. Nur rund 350 der Tiere konnte die Feuerwehr am Morgen retten. Diese werden nun aber größtenteils wegen schwerer Rauchvergiftung notgeschlachtet. Menschen wurden bei dem Feuer nicht verletzt. Es entstand ein Schaden von mehr als einer halben Million Euro, so die ersten Schätzungen der Polizei.

Hydranten mussten aufgetaut werden

Sechs Feuerwehren waren vor Ort, um den Brand zu löschen. Die Besitzer hatten den lichterloh brennenden Stall am frühen Morgen bemerkt und die Einsatzkräfte gerufen. Diese schafften es, ein Übergreifen der Flammen auf das angrenzende Wohnhaus zu verhindern. Bei minus 18 Grad waren allerdings die Hydranten eingefroren und mussten zunächst mit einem Brenner aufgetaut werden. Schläuche froren ein und platzten, teilweise musste das Löschwasser angeliefert werden.

Brandursache noch unklar

Als das Wasser dann da war, löschte es zwar die Flammen, gefror aber sofort, sodass fast der komplette Einsatzort mit Glatteis überzogen war. Das Wasser floss auch teilweise auf die Landesstraße 65, die deshalb bis in die frühen Nachmittagsstunden gesperrt bleibt. Eine Umleitung ist vor Ort ausgeschildert.

Die Feuerwehr ist nach wie vor mit sogenannten Nachlöscharbeiten beschäftigt, die Polizei wird vermutlich erst am Nachmittag das Gebäude betreten können. Die Brandursache ist noch nicht bekannt.

NDR

Stand: 21.02.2012 09:08 Uhr

Ein Papiertiger bewacht die Mastställe



[Lähden im Emsland: Hier starben 700 Ferkel bei einem Stallbrand.](#) Die Bilanz ist erschütternd. Alleine in den letzten sechs Monaten sind bei drei Großbränden in Niedersachsen 19.000 Hühner, 1.000 Schweine sowie 700 Ferkel verendet. Beim letzten Feuer in Harpstedt haben von Tausenden und Abertausenden Hühnern am Ende nur zwei Legehennen überlebt. Dabei darf das gar nicht sein, ist Christian Meyer überzeugt. Der Landtagsabgeordnete der Grünen weist darauf hin, dass nach geltendem Recht eigentlich die meisten Tiere gerettet werden müssten. Aber die Landesregierung setze das Gesetz nicht um.

Tod in den Flammen

--
1 von 7



Tausende Tiere starben bei Stallbränden Anfang Februar in Lähden und Harpstedt - oder mussten notgeschlachtet werden. In Harpstedt (Bild) waren Hühner betroffen.



Totale Verwüstung: 4.000 Hühner starben in den Flammen.



15.000 weitere Tiere entkamen zwar dem Feuer ...



... mussten aber wegen schwerer Rauchvergiftung nach den Löscharbeiten gleich zum Schlachter.



So ging es auch Hunderten Schweinen in Lähden, obwohl ...



... hier sechs Feuerwehren angerückt waren. Bei minus 18 Grad kämpften sie mit besonders widrigen Bedingungen.



Hydranten waren eingefroren und mussten aufwendig mit Brennern aufgetaut werden. Schaden: mehr als eine halbe Million Euro.



Tausende Tiere starben bei Stallbränden Anfang Februar in Lähden und Harpstedt - oder mussten notgeschlachtet werden. In Harpstedt (Bild) waren Hühner betroffen.

"Möglichkeit zur Flucht"

Ein Sprecher der Landesregierung verweist auf die theoretisch gültige Rechtslage. "Im Baurecht muss den Belangen des Tierschutzes Rechnung getragen werden, das heißt, Tiere müssen im Brandfall die Möglichkeit haben, auch flüchten zu können. Sie müssen durch große Öffnungen aus den Ställen auch rausgetrieben werden können", sagt der Sprecher. Das war bei den jüngsten Bränden in Harpstedt oder Lähden allerdings offenbar überhaupt nicht möglich.

Wo kein Kläger, da kein Richter



[Ein halbes Jahr vor dem Brand in Lähden verendeten 1.000 Schweine bei einem Feuer bei Wolfsburg.](#) "Man kann schon sagen, dass die Landesregierung da beide Augen zudrückt", sagt Grünen-Politiker Meyer. Das Baurecht besage eindeutig, dass auch Tiere in angemessener Frist zu retten sind, so Meyer weiter. Unterstützung erhält er von Peter Kremer, einem Juristen aus Berlin. Er hat sich auf Verwaltungsrecht spezialisiert. "Das ist eine Eigenheit des deutschen Verwaltungsrechtes", sagt Kremer, "man kann die Bestimmungen nicht überprüfen, weil niemand die Rechte der

Tiere vor Gericht bringen kann. Auch nicht stellvertretend." Und wo kein Kläger, da kein Richter.

NDR

Stand: 17.02.2011 11:34 Uhr

Studie zu gefährlichen Krankenhauskeimen



[MRSA-Bakterien sind eine gefährliche Plage in Krankenhäusern.](#) Bei einer Studie in 16 Krankenhäusern in der Region Osnabrück sind bei drei Prozent der Patienten multiresistente Keime gefunden worden. Der Leiter des MRSA-Netzwerks (Methicillin resistente Staphylococcus aureus) Osnabrück sagte am Mittwochabend, dass dieser Wert zu erwarten war. Es gebe keinen Grund zur Beunruhigung. Insgesamt hatten mehr als 3.200 Patienten an den Untersuchungen vor drei Monaten teilgenommen.

Risikogruppe Schweinebauern

Die Experten wollten feststellen, welche Patienten besonders gefährdet sind und wie man Risikofaktoren möglichst früh erkennt. Die Auswertung ergab nun, dass das höchste Infektions-Risiko Menschen mit beruflichem Kontakt zu Schweinen haben. Das liege an dem früher üblichen Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung. Dadurch seien viele resistente Erreger entstanden, die sich bis heute durchgesetzt hätten. Auch pflegedürftige Menschen und Patienten mit chronischen Wunden infizierten sich leichter.

Kliniken auf MRSA vorbereiten

Die genauen Ergebnisse sollen jetzt in den einzelnen Krankenhäusern intensiv besprochen werden. So sollen die Kliniken zukünftig noch besser auf den Umgang mit MRSA-Patienten vorbereitet sein. Wie die Hygienemaßnahmen verbessert werden sollen, muss noch erarbeitet werden.

Nordkurier

Februar 20, 2012

Krankheiten von Redaktion
n

Resistenter Keim: Zehn Menschen gestorben

Die Zahl der Todesfälle durch den gefährlichen Krankenhaus-Keim MRSA hat sich verdoppelt. Kliniken verstärken nun die Kontrollen. Ein Experte fordert ein Patientenscreening auch in ambulanten Einrichtungen.

Der gefährliche Krankenhaus-Erreger MRSA (Methicillinresistenter Staphylococcus) befindet sich in Mecklenburg-Vorpommerns Kliniken und Pflegeeinrichtungen offenbar weiter auf dem Vormarsch. Nach Angaben des Sozialministeriums wurden im vergangenen Jahr 132 Infektionen gemeldet. Damit stieg die Zahl der Patienten, in deren Blut oder Körperflüssigkeiten MRSA nachgewiesen wurden, gegenüber 2010 um 36 Prozent. Landesweit starben 2011 zehn infizierte Menschen, doppelt so viele wie ein Jahr zuvor.

Vor allem ältere Menschen sind gefährdet

Vor allem Patienten im Alter über 55 Jahre steckten sich mit den multiresistenten Keimen an, wie eine neue Studie der Barmer-Krankenkasse bestätigte. Auch die Zahl derjenigen, die mit Keimnachweis wieder in eine Pflegeeinrichtung entlassen werden, nimmt zu. Dort befänden sich immer häufiger immungeschwächte Bewohner, die an chronischen Erkrankungen litten, warnte Ursula Marschall, die an der Studie mitarbeitete. Zu den Risikogruppen gehörten auch Landwirte und Tierärzte, die sich durch körperlichen Kontakt mit Tieren oder Staub in Mastanlagen infizieren könnten.

Neue Hygieneverordnung kommt Ende März

Zugleich warnen Experten aber auch vor Panikmache. Hohe Fallzahlen könnten auch Ausdruck des inzwischen verstärkten Kontrollmanagements sein, sagte Andreas Podbielski, Direktor des Rostocker Instituts für Medizinische Mikrobiologie, Virologie und Hygiene. Verglichen mit anderen Bundesländern seien die Krankenhäuser hierzulande inzwischen gut gerüstet. In den Kliniken würden Einganguntersuchungen bei Patienten durchgeführt. Zudem seien Hygiene- und Desinfektionsmaßnahmen verschärft und die Zahl regelmäßiger Mitarbeiterschulungen erhöht worden.

Dringend notwendig sei aber nun auch ein Patientenscreening bei den niedergelassenen Ärzten, forderte der Experte. Unterdessen kündigte das Sozialministerium eine neue Hygieneverordnung an. Die vom Gesetzgeber geforderten verbindlichen Richtlinien zum Umgang mit den gefährlichen Klinikkeimen würden Ende März erlassen, sagte Ministeriumssprecher Christian Moeller.

Handelsblatt

Getreide-Markt Die Rohstoff-Zocker

von [Hans Christian Müller](#)

20.02.2012, 19:17 Uhr

Neue Studien lassen vermuten, dass Spekulanten Lebensmittelpreise nach oben treiben und damit mitschuldig an Hungersnöten sind.

Der Protest, er wächst täglich: Rund 165.000 Menschen haben inzwischen eine Onlinepetition unterzeichnet, die die Finanzindustrie zum Ausstieg aus spekulativen Geschäften mit Lebensmitteln auffordert. Adressat des Aufrufs ist Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann, der auch Vorsitzender des weltweiten Bankenverbands IIF ist.

Die Aktivisten machen Geldhäuser und Börsen für die enorm gestiegenen Preise für Grundnahrungsmittel verantwortlich - und damit für die Welthungerkrise der Jahre 2007 und 2008. Innerhalb von zwei Jahren hatten sich damals die Preise für Weizen, Mais und Reis mehr als verdoppelt. Zwar fielen sie danach wieder, doch heute liegen sie erneut auf

einem gefährlich hohen Niveau. Weltweit hungern jetzt eine Milliarde Menschen, schätzen die Vereinten Nationen.

Doch was ist dran an dem Vorwurf, die Finanzinvestoren hätten Spekulationsblasen erzeugt und Hungersnöte mitverursacht? Mehrere Forscherteams haben jetzt Studien vorgelegt, die die Spekulanten in Erklärungsnot bringen.

So kommen drei Volkswirte der Universität Münster zu dem Schluss: Spekulanten haben den Weltmarkt für Getreide in den vergangenen zehn Jahren deutlich instabiler und schwankungsanfälliger gemacht. Die Ökonomen Philipp Adämmer, Martin Bohl und Patrick Stephan werteten die Börsenkurse für Weizen und Mais der letzten 25 Jahre aus. Der Anteil der Akteure, die nur aus Spekulationszwecken auf dem Markt agieren, ist in dieser Zeit deutlich gestiegen.

Parallel dazu wichen die Preise immer häufiger von dem fundamental gerechtfertigten Wert ab, der durch Angebot und Nachfrage bestimmt wird. „Unsere Ergebnisse zeigen genau an den Zeitpunkten Spekulationsblasen, wo man sie erwartet hätte“, sagt Patrick Stephan - 2008 und 2011, den Jahren mit besonders hohen Nahrungsmittelpreisen.

Die Arbeit stützt die Ergebnisse eines Forscherteams der UN-Organisation für Welthandel und Entwicklung (Unctad), das die Preisbildung nicht nur für Nahrungsmittel, sondern für Rohstoffe insgesamt untersuchte. Die Wissenschaftler kamen ebenfalls zu dem Schluss, dass die fundamentalen Faktoren von Angebot und Nachfrage für die Preisbildung an Bedeutung verloren haben und Finanzspekulationen die Preisausschläge verstärken.

Gehandelte Menge ist höher als die Ernte

Als eigene Anlageklasse haben sich Rohstoffe erst im vergangenen Jahrzehnt etabliert. Beliebt sind sie bei Investoren vor allem deshalb, weil sich ihre Preise meist unabhängig von Aktien und Anleihen entwickeln. Anleger können so ihre Risiken besser streuen. Traditionell nutzen Produzenten und Lebensmittelhändler Warentermingeschäfte, um sich gegen Preisschwankungen abzusichern: Ein Landwirt kann sich bereits im Frühjahr mit dem Händler auf den Preis seiner Ernte einigen und hat Planungssicherheit.

Heute handeln auch Spekulanten mit diesen Finanzprodukten - sie sind nicht an der Ware interessiert, sondern wollen an Preisschwankungen verdienen. Die gehandelte Menge an Getreide ist so um ein Vielfaches höher als die Ernte.

Viele Ökonomen haben bislang infrage gestellt, dass Warentermingeschäfte die Preise für den Sofortkauf - den sogenannten Spot-Markt - bewegen können. „Um Rohstoffkurse zu beeinflussen, müssten die Spekulanten die Ware wirklich entgegennehmen und dem Markt vorenthalten“, argumentierten etwa die Ökonomen Scott Irwin und Dwight Sanders in einer Studie für die OECD. Da dies nicht so sei, würde das Angebot nicht verknappt und der Spotmarktpreis könne nicht steigen.

Dem widerspricht jetzt ein interdisziplinäres Team des Instituts zur Erforschung komplexer Systeme in New England (NECSI): Zwischenhändler würden das Angebot auf dem Spotmarkt tatsächlich verknappen, wenn die Future-Preise spekulationsbedingt gestiegen sind. Dann würde es sich lohnen, einen Teil des Getreides vorerst nicht zu verkaufen, sondern im Silo zu lagern. Die Folge seien steigende Spotpreise. „Das Geschehen auf den Future-Märkten ist also direkt verbunden mit den Möglichkeiten der Menschen in den armen Ländern, Nahrungsmittel zu kaufen.“

Genau diesen Zusammenhang hatten Volkswirte wie der Nobelpreisträger Paul Krugman lange in Abrede gestellt. Es gebe in den Statistiken keine Anzeichen dafür, dass während der Hungerkrise wirklich mehr gehortet worden sei, argumentierte Krugman in seinem Blog. Die Lagerbestände seien niedrig gewesen und sogar gefallen.

Doch das Forscherteam um den NECSI-Präsidenten Yaneer Bar-Yam wirft ihm einen Denkfehler vor: Termingeschäfte würden immer einige Monate im Voraus abgeschlossen. Daher erhöhe sich die absichtlich eingelagerte Menge erst mit Verzögerung - während die Spotmarktpreise sofort stiegen. Genau dieses Phänomen konnten die Wissenschaftler in den Daten nachweisen: „Die Vorräte sind angestiegen, während Menschen, die den normalen Preis durchaus hätten zahlen können, hungern mussten.“

In den USA hat die Aufsichtsbehörde für den Future-Handel inzwischen reagiert und ein Limit eingeführt: Die Menge an Termingeschäften, die ein Spekulant besitzen darf, soll begrenzt werden. Ob die Regel in Kraft tritt, ist aber noch unklar - zwei Interessenverbände der Finanzindustrie klagen dagegen.

In der Europäischen Union wollen Kommission und Parlament in diesem Jahr über ähnliche Regeln entscheiden. Der Münsteraner Ökonom Patrick Stephan hat dafür Sympathien. „Wenn andere Forscher unsere Ergebnisse bestätigen, sollten die Regulierer solch überbordende Spekulationen nicht mehr zulassen. Das ist dann keine rein ökonomische Frage mehr, sondern auch eine ethische.“

Badische Zeitung

18.2.2012

Leserbrief

Tierversuche

Hier gibt es Fördergelder für Tierquälerei

Zu: "Die meisten Tierversuche in Baden-Württemberg", Agenturbeitrag (Land und Region, 8. Februar):

Auf die Meldung, dass bei uns in Baden-Württemberg die meisten Tierversuche vorgenommen werden, müssen wir nicht stolz sein. Mit diesem Leserbrief möchte ich auch nicht auf die zum Teil unsäglichen Qualen der Tiere eingehen, die nur noch durch die Massentierhaltung und die daraus resultierende industrielle "Weiterverarbeitung" einschließlich der Tiertransporte übertroffen werden. Zum Thema Tierversuche las ich kürzlich eine Pressemeldung der Universität Hohenheim. Titel: "Vorstufe zum Kannibalismus, Universität Hohenheim erforscht Federpicken bei Hühnern".

Dieser Pressemitteilung können wir unter anderem entnehmen: "Ungeklärtes Phänomen verursacht hohen wirtschaftlichen Schaden. Es ist ein rätselhaftes Phänomen, das wellenartig ganze Ställe heimsucht: Die Hühner fressen sich gegenseitig die Federn vom Leib. Nun suchen Tierforscher der Universität Hohenheim den Grund für den rätselhaften Heißhunger in den Genen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) fördert das Forschungsprojekt mit rund 540 000 Euro. Damit ist es ein Schwergewicht der Forschung

an der Universität Hohenheim." Weiter können wir lesen: "Deshalb haben die Forscher die Hühner mit Chips an den Beinen ausgestattet". Und: "Die Sterberate in großen Ställen steigt durch Federpicken um bis zu 20 Prozent. Somit stellt sich hier auch ein Tierschutzproblem. Doch wirtschaftlicher Schaden entsteht dem Halter bereits, weil gerupfte Hühner mehr Körperwärme verlieren und deshalb mehr fressen."

Sind Teile unserer Gesellschaft eigentlich noch normal? Hier wird Tierquälerei wissenschaftlich begleitet und dafür werden 540 000 Euro Fördergelder ausgegeben, anstatt schlicht und einfach die unsägliche Massentierhaltung abzustellen. Und so müsste der Titel der Pressemitteilung lauten: "Vorstufe zum Kannibalismus und Endstufe der Verblödung unserer Gesellschaft: Universität Hohenheim erforscht Federpicken bei Hühnern".

Aus rein wirtschaftlicher Sorge der Massentierhalter (20 Prozent Sterberate und erhöhter Futterbedarf wegen fehlender Körperwärme) werden 540 000 Euro Forschungsgelder, cofinanziert mit Steuergeldern, rausgeschmissen. Eine dreijährige holländische Studie kommt zu folgender Schlussfolgerung: "Die wesentlichen Faktoren (des Federpickens) sind sämtlich vom Geflügelhalter zu beeinflussen. Die tiergerechte Haltung von Hühnern erfordert fachmännisches Können. Es ist leider nicht einfach, aber bestimmt nicht unmöglich." Das Buch zur Studie ist zwar auf Holländisch geschrieben, enthält jedoch eine ausführliche Zusammenfassung sowie eine Liste praktischer Empfehlungen auf Deutsch. Es kostet zehn Euro. Noch ist es nicht zu spät, die Schwachsinnforschung zu stoppen: 539 990 Euro können gespart werden und sinnvoll zur Erforschung der Gene aller Federpicken-Forschungsbeteiligten eingesetzt werden!

Allgemeine Zeitung Uelzen

Wissenschaftler diskutierten über Hochleistung in Milchviehbetrieben

Die Kuh der Zukunft

[021.02.12|Uelzen||1](#)

dib Uelzen. Die Tierproduktion hat in der Landwirtschaft einen Anteil von mehr als 60 Prozent – und damit hat sie für die Branche wirtschaftlich am meisten Bedeutung.

Professor Ernst Kalm der Christian-Albrechts-Universität Kiel informierte in der Uelzener Stadthalle über moderne Züchtungsstrategien für Milchviehbetriebe.

Über die steigenden Herausforderungen haben in der Stadthalle rund 120 Tierzucht-Wissenschaftler und Rinderzucht-Praktiker miteinander diskutiert. Der Workshop wurde von den Uelzener Versicherungen und der Deutschen Gesellschaft für Züchtungskunde e. V. veranstaltet.

Die Teilnehmer aus Wissenschaft, Ministerien, Zucht- und Besamungsorganisationen beschäftigten sich mit Themen, die die Milchviehhaltung betreffen wie Ökonomie und Wertschöpfung, Züchtungsfragen (neue Merkmale), Phänotypen für Gesundheit, DNA-basierte Züchtung sowie Nachhaltigkeit. 23 Wissenschaftler von allen agrarwissenschaftlichen Universitäten Deutschlands, aus Schottland und den Niederlanden stellten den aktuellsten Stand der Wissenschaft vor und informierten darüber, wie die

Herausforderungen in der deutschen Milchrinderzucht durch die sich ändernden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen erfolgreich bewältigt werden können.

Da die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) weltweit ein Bevölkerungswachstum auf nahezu neun Milliarden Menschen voraussagt, muss nach Angaben der Uelzener Versicherung bei gleichbleibender oder sinkender landwirtschaftlicher Nutzfläche die Produktionsmenge massiv erhöht werden. Auch die Ressourceneffizienz müsse verbessert werden. Eine technische Revolution steht in der Tierzucht durch die Nutzung der genomischen Selektion und die Verfügbarkeit von Hochdurchsatz-Typisierungstechnologien bevor, erläuterte Referent Professor Dr. Dr. Ernst Kalm der Christian-Albrechts-Universität Kiel. Diese neuen Züchtungstechniken würden in der Milchrinderzucht in der Praxis angewendet werden, in der Geflügel- und Schweinezucht begännen sie ebenfalls, sich zu etablieren. Züchtung sei die effizienteste und nachhaltigste Strategie der Leistungs- und Effizienzsteigerung und eine zentrale Herausforderung zur Lösung der globalen Ernährungssituation, so Kalm. Fortschritte in der Züchtung würden zu rund 50 Prozent zur Leistungsentwicklung beitragen.

Auch die Bedingungen des Klimawandels müssten bei der Produktion bedacht werden. Beim Workshop wurden Strategien einer effektiveren Futterkonvertierung und zur Reduzierung der Methanbildung vorgestellt. Das Ziel sei, eine sogenannte balancierte Selektion zu erreichen, nämlich eine stabile, gesunde Hochleistungskuh. Das erfordere zusätzlich ein systematisches Gesundheitsmonitoring mit vielen Beteiligten, einschließlich der praktischen Veterinärmedizin.

SUS ONLINE

Vion will sich auf Heimatmärkte konzentrieren

16.02.2012

Beim Fleischeinkauf gewinnt der Faktor Regionalität an Bedeutung. Darauf machte Dr. Heinz Schweer, Direktor Landwirtschaft von Vion in Deutschland, gestern auf einer Vortragsveranstaltung in Wildeshausen aufmerksam. Die Veranstaltung „Think Pink“ stand unter dem Motto „Tierwohl in aller Munde – Chancen und Herausforderungen für Schweinehalter“ und wurde von der Firma Agravis ausgerichtet. Dr. Schweer berichtete anhand von Befragungsergebnissen, dass immer mehr Verbraucher (83 %) beim Fleischkauf über die Herkunft der Tiere informiert werden wollen. Der Hauptgrund für die Kunden, nach regionalen Fleischprodukten zu greifen, sei nicht die Unterstützung des Umweltschutzes sondern die Unterstützung der heimischen Landwirtschaft. Darüber hinaus sei ein Großteil der Verbraucher bereit, einen 19 % höheren Preis für Schweinefleisch zu bezahlen, wenn dies unter verbesserten Haltungsbedingungen erzeugt wurde. Statt 4,90 €/kg zu zahlen, seien diese Kunden bereit, 5,85 € je kg Schweinefleisch auszugeben. Um diese Kunden zu bedienen, will die Vion in Kooperation mit dem Deutschen Tierschutzbund und dem Lebensmitteleinzelhandel Coop Kiel ein Tierwohllabel für Schweinefleisch aufbauen. Dies soll zwischen den Standards der konventionellen und der Bio-Produktion einzuordnen sein.

Insgesamt wolle sich das Unternehmen Vion in Zukunft noch stärker auf die Heimatmärkte (Deutschland, Niederlande und Großbritannien) konzentrieren. Dort setze man auf Qualität statt Quantität, um den in Zukunft zunehmenden Importen aus Drittländern etwas entgegenzusetzen zu haben.

Nordkurier

Februar 21, 2012

Landwirtschaft von Redaktion

t



Streit um Schweinemast: Entscheidung bis Sommer

Ob die umstrittene Schweinemastanlage in **Haßleben** (Uckermark) in Betrieb geht, soll im zweiten Quartal 2012 feststehen.

„Wir gehen davon aus, dass es dann eine Entscheidung gibt“, sagte der stellvertretende Leiter des Landesumweltamtes, Bodo Schwiegk. Das Amt ist die zuständige Genehmigungsbehörde. Unterlagen fehlten nicht mehr, sagte Schwiegk.

Entscheidung sollte eigentlich schon 2011 fallen

Der Streit um die Schweinemast schwelt seit Jahren. Ursprünglich war im vergangenen Jahr mit einer Entscheidung gerechnet worden - sie hatte sich aber verschoben. Der Landkreis legte dem Landesumweltamt noch ausstehende Unterlagen vor. Es geht um eine Stellungnahme zu einem Moor, in dem auch geschützte Moorfrösche und Laufkäfer leben. Den Angaben zufolge können die Beeinträchtigungen des Moores wegen der Schweinemast nicht ausgeglichen werden.

Gegner kritisieren fehlenden Tierschutz

Ein niederländischer Investor möchte in Haßleben Zehntausende Schweine halten. Schon in der DDR stand dort eine Mastanlage mit rund 150 000 Tieren, die nun wieder genutzt werden soll. Gegner der Pläne kritisieren fehlenden Tierschutz und sorgen sich um die Auswirkungen auf die Umwelt. Die Befürworter, die ebenso wie die Gegner in einer Bürgerinitiative organisiert sind, verweisen vor allem auf neue Arbeitsplätze in einer strukturschwachen Region.

[▢ Auf Fristen bei Entscheidungen hingewiesen](#)

[▢ Protest gegen die Tiermast](#)

[▢ Zwei Haßlebener kontra Schweinemast](#)

NWZ

21.2.2012

Essen: Protest gegen Sonntagsarbeit in Schlachthof

Vechta/ Essen - Die katholische Kirche protestiert gegen die angekündigte Sonntagsarbeit im Großschlachthof des dänischen Fleischkonzerns Danish Crown in Essen (Landkreis Cloppenburg).

Die erste Nachtschicht am Sonntag (26. Februar) soll von einer Mahnwache am Werkstor begleitet werden, wie die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung am Dienstag in Vechta mitteilte. Der Sonntagschutz für Arbeitnehmer und deren Familien sei gefährdet, hieß es zur Begründung.

Unterstützung kam von der Kirchenleitung. Es dürfe nicht sein, dass die verfassungsrechtlich verankerte Sonntagsruhe immer weiter ausgehöhlt werde, sagte der Prälat des Bischöflich Münsterschen Offizialats in Vechta, Peter Kossen.

HAZ

26.01.2012 10:43 Uhr

Fleischbranche

Eine quälend lange Schweine-Tour im Tiertransporter

Für ein paar Cent mehr quer durch Deutschland: Die Viehtransporte werden quälend lang. Die Tiere leiden und am Ende auch der Verbraucher.

Hannover/Lüchow. Es ist noch stockdunkel. Gegen 5.30 Uhr fährt Helfried Nack im östlichen Wendland mit seinem Viehtransporter vor einer großen Flachbauhalle in der Nähe des Dorfes Pannecke vor, um 150 Schlachtschweine abzuholen. Es gehört viel Geschick dazu, den Lkw mit den zwei Anhängern rückwärts vor die Verloaderampe zu manövrieren. Doch der 41-jährige Viehfahrer, erst seit drei Monaten im Auftrag der Viehvermarktung Lüchow unterwegs, hat schon im zweiten Anlauf die richtige Position erreicht. Was folgt, ist Routine: Klappen öffnen, Sägemehl ausstreuen.

Gegen sechs Uhr kommt Jungbauer Andreas Mahnke mit seinem Vater und öffnet den Stall. Angelockt vom Licht trippelt der erste Trupp auf die Rampe. Die Schweine sind erst sechs Monate alt, aber schon im Schnitt 120 Kilo schwer. Mit einem Treiberbrett schiebt Viehfahrer Nack sie weiter auf den Anhänger. Behutsam, aber zügig. „Hey, hey, los hier.“ Am Ende wird es eng. Als der Fahrer die erste Trennwand einhängt, drängen sich zehn Schweine auf wenige Quadratmeter. Sie springen übereinander, quieken. Aber Nack muss sich schon der nächsten Schweinegruppe zuwenden, die aus dem Stall strömt. Als die dritte Gruppe auf dem Anhänger steht, wird der Metallboden hochgefahren. Jeder Anhänger hat drei Etagen, jeweils kaum mehr als einen Meter hoch. Damit wird es noch enger. Aber das ist erlaubt.

Transportdauer und Ladedichte sind zwar gesetzlich geregelt, doch aus Sicht des Tierschutzbundes ist die EU-Gesetzgebung ein „Tropfen auf dem heißen Stein“. Einem Schwein von 100 Kilogramm zum Beispiel wird nur ein halber Quadratmeter zugestanden, und es darf bis zu 24 Stunden transportiert werden.

Bei Razzien zeigt sich, dass nicht einmal die Minimalforderungen eingehalten werden. Bei einer Kontrolle von 50 Viehtransportern auf der A 1 zwischen Hamburg und Bremen stellte die Autobahnpolizei Sittensen Anfang Januar bei jedem zweiten Fahrzeug massive Verstöße fest. Auffällig oft waren die Transporter überladen. Ein Schweinetransporter aus dem Kreis Rotenburg hatte gleich 60 Tiere mehr an Bord als erlaubt. Statt auf 126 Quadratmetern wie vorgeschrieben drängten sich die Schweine auf 85 Quadratmetern. Ganz so beengt ist es für die Schweine von Bauer Mahnke nicht. Der Landwirt hat allen Tieren mit dem Schlagstempel seine Betriebsnummer auf den Rücken tätowiert, so dass sie später am Schlachtband identifizierbar sind. Hier wird das Schlachtgewicht festgestellt, das über den Preis entscheidet.

Der Gewinn liegt zwischen zehn und zwanzig Euro. Pro Schwein. „Das ist ganz knapp“, sagt Mahnke. „Da muss man mit jedem Cent rechnen.“ In diesem Fall hat Mahnke sich für den Tönnies-Schlachthof in Weißenfels bei Leipzig entschieden, rund 250 Kilometer

entfernt. „Eigentlich Blödsinn, die Viecher so weit zu karren. Aber im Wendland würde ich drei bis fünf Euro pro Schwein weniger kriegen, das kann ich mir nicht leisten.“

Die Konzentration in der Fleischbranche führt dazu, dass immer weniger Schlachthöfe immer mehr Vieh verarbeiten. Die Transportwege werden folglich länger. In die Barockstadt Weißenfels zum Beispiel werden Schweine aus ganz Deutschland gebracht – bis zu 15.000 am Tag. Ähnlich lange Wege legen die Schweine, Rinder und Kälber zurück, die auf niedersächsischen Schlachthöfen enden. Da es in der deutschen Fleischbranche keine Mindestlöhne gibt und Schlachterkolonnen aus Osteuropa für wenig Geld angeheuert werden, lassen auch Niederländer und Dänen ihre Schweine in Deutschland schlachten.

Die größten Probleme sehen Tierschützer bei Rindertransporten. „Die Rinder stoßen sich in den Doppelstockwagen die Köpfe an den niedrigen Decken wund“, sagt Frigga Wirth, Fachreferentin beim Deutschen Tierschutzbund. „Und mit der EU-Erweiterung sind die Wege immer länger geworden.“ So sei es keine Seltenheit, dass Rinder von Estland steuerlich subventioniert in die Türkei gefahren würden. „Die stehen dann oft stundenlang bei großer Hitze an der Grenze zur Türkei, ohne dass sie getränkt werden“, sagt die Tierschutzreferentin. Auch heimische Spediteure sind mit von der Partie. Eine neue Vereinbarung zwischen Berlin und Ankara macht es möglich, dass auch deutsche Zuchtrinder in die Türkei ausgeführt werden. „Schon innerhalb der EU sind die Transporte inakzeptabel“, sagt der Präsident des Tierschutzbundes, Thomas Schröder. „Die Wege bis in die Türkei sind für die Tiere eine pure Qual.“

Auch Viehfahrer Nack wird künftig vermutlich sehr viel weiter fahren müssen. Sein Chef von der Viehvermarktung Lüchow hat gerade in Kaliningrad über die Anlieferung von Rindern aus Niedersachsen verhandelt. „Man muss jede Chance beim Schopfe packen“, sagt Geschäftsführer Joachim Behrens. Eigentlich ist die Viehhandelsgenossenschaft bekannt für ihren schonenden Umgang mit Tieren. Doch der Chef ist genauso im System gefangen wie sein Fahrer, der manchmal davon träumt, wieder wie in jungen Jahren als Wanderschäfer durchs Land zu ziehen. Nur die Funksprüche vorbeifahrender Kollegen lockern die Fahrt auf: „Moin, moin ...“

Von den 180 Schweinen dagegen ist kaum mehr etwas zu hören. Manche scheinen zu schlafen. Dabei ist der lange Weg über die kurvenreichen Landstraßen der Altmark in Richtung Magdeburg keine Spazierfahrt. Aber nach dreieinhalb Stunden ist der Schlachthof Weißenfels erreicht. Doch auf dem Großparkplatz warten schon 50 Viehtransporter – manche seit dem frühen Morgen. Für Fahrer Nack erfüllt sich ein Albtraum, als er erfährt, dass beim Schichtbeginn um 4 Uhr morgens erst einmal 15 Transporter „abgefertigt“ werden mussten, die schon am Vorabend gekommen waren. Der Stau wirkt noch nach. „Lasst uns erstmal einen trinken“, scherzt ein Kollege. „Bis wir dran sind, sind wir wieder nüchtern.“ Da die Fahrer nach Stunden bezahlt werden, bleiben die meisten gelassen.

Die Schweine auf den Transportern dagegen werden immer unruhiger. Manche beißen sich, andere springen übereinander und brüllen in ihrer ungewohnten Lage vor Angst, Hunger und Durst. Damit der Darm leer ist, werden die Schweine in der Regel schon am Vortag der Schlachtung nicht mehr gefüttert. Und Wasser bekommen die Schweine in der Regel nur im Sommer, damit sie bei der Hitze nicht umkippen. Wie Hohn nehmen sich die launigen Aufschriften auf den Transportern aus. „Wir reisen gut“, ist auf einem zu lesen. Doch die fröhlichen Schweine auf der Lkw-Bemalung stehen im Gegensatz zu den leibhaftigen Tieren, die ihre Rüssel durch die Metallgitter schieben.

Kurz nach 17 Uhr ist es endlich so weit. Nack darf mit seinen 180 Schweinen an eine der vier Verladerampen vorfahren. Nach sechs Stunden Wartezeit. Es ist längst wieder dunkel.

Jetzt gilt es, keine Zeit mehr zu verlieren. Hopp, hopp, hopp, los hier.“ Den Schweinen ist die lange Fahrt anzusehen. Viele sind von ihren eigenen Exkrementen beschmutzt, andere haben blutige Striemen. Doch ihr Leidensweg nähert sich dem Ende. „Hopp, hopp.“ Schlachthofmitarbeiter scheuchen sie in Betonbuchten, die in der CO2-Betäubungsanlage münden. Eigentlich müssten die Tierärztinnen hier jedes Tier lebend begutachten. Doch sie beschränken sich auf Stichproben. Es sind einfach zu viele.

Für Viehfahrer Nack ist der Arbeitstag noch lange nicht zu Ende. Als die Schweine abgeladen sind, muss er seine Anhänger mit dem Hochdruckreiniger abspritzen. Zweieinhalb Stunden dauert das. Die Fahrt hat Spuren hinterlassen: „Die haben alles vollgeschissen.“

Gegen 22 Uhr erst kehrt Nack nach Lüchow zurück. Im Stall der Viehvermarktung brüllen Rinder. Die sollen am nächsten Morgen auf die Reise gehen. [Heinrich Thies]

Weserkurier

Motivationstraining beim politischen Aschermittwoch der Kreis-CDU

- 23.02.2012

Kohl mit Big Mac

Von Anke Landwehr

"Weil man aus seinem Namen ja was machen muss", hat Clemens Große Macke den seinen ins Englische übersetzt: Big Mac. Erster Lacher für den Landtagsabgeordneten, der am Dienstagabend beim politischen Aschermittwoch der Kreisverdenener Christdemokraten in die Bütt stieg und am Ende tosenden Beifall bekam. Vorher gab's im Dauelser Gasthaus Fruchtnicht traditionell Grünkohl satt.

Verden. Wie es in Verden um die Gleichberechtigung bestellt ist? Große Macke hat 100 vor dem Dom zusammengetrommelte Männer gefragt, wer bei ihnen zu Hause die Hosen an habe. Die Frau? Dann bitte nach links treten. Rechts steht nachher nur einer - "so ein kleiner Fiedi", der nix kapiert hat: "Mien Fro hett seggt, stell di dor hen."

Große Macke lebt in Addrup im Landkreis Cloppenburg. Dort ist er geboren, dort hat er eine Kindheit "wie im Paradies" verbracht. Nun ja, mit einer kleinen Einschränkung: "Ich habe fünf Schwestern, das war ein bisschen schwierig", sagt er, plinkert mit den Augen und erzählt, dass er drei Söhne hat.

Addrup jedenfalls hat 400 Einwohner und drei Kneipen, die ihr Überleben den Männern verdanken. Wenn die sich regelmäßig einen antüdeln, "ist das für einen guten Zweck, für unser Dorf", sagt Große Macke. "Da musst du durchziehen, da kannst du nicht schlappmachen." In seinem Fall führte das außerdem direktemang ins Leineschloss. "Einer von uns muss in den Landtag", befand die Thekenrunde eines Abends. "Und weil ich den kleinsten Hof hatte, sollte ich das sein." 2003 fuhr der einer Pferdehändler-Dynastie entstammende Katholik 76 Prozent der Erststimmen in seinem Wahlkreis ein. 2008 waren es 70 Prozent - immer noch das beste Direktwahlergebnis in Niedersachsen.

Je länger Große Macke in freier Rede kalauert und zensurverdächtige Witze einflicht, desto mehr kommt er in Fahrt. "Wähle, wolle, verantworte", ruft er in den proppevollen Saal und geißelt mal eben die, "die jeden Tag Chicken Nuggets essen wollen, aber gegen große Ställe und Schlachthanlagen sind. Glauben die denn, dass Hähnchen Suizid machen?"

Große Macke könnte auch den **Kaffeefahrten-Verkäufer** geben oder den Motivationstrainer. Wie zu deren Hochzeiten Ulrich Strunz die Menschheit in Ameisen und Adler einteilte, so tut es auch der agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion und fügt als dritte Gruppe die Enten hinzu. "Das sind die, die immer nur quaken und hinterher alles besser wissen." Der deutsche Adler jedoch ist flügelahm: "Wenn der Beute schlagen will, stellt er einen Antrag mit vier Durchschlägen und wundert sich, wenn sie dann weg ist." Große Macke fragt sich, wo die soziale Wärme in Deutschland geblieben ist, "wo der Mut zur Veränderung?" Und, als hätte er ein Seminar von Emil "Tschaka!" Ratelbrand besucht: "Morgen kann sich dein Leben ändern, du musst es nur wollen."

Wolken, Wind&Wogen tritt auf. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Andreas Mattfeldt will "Seitensprünge" hören, doch die Shantys singen lieber von Matrosen und klingenden Klampfen. Refrain: "Was kann das Leben Schön'res uns geben, wir wollen CDU-ler sein." Mattfeldt stößt auf Bundeskanzlerin Merkel an: "Was diese Frau leistet, ist phänomenal." "Bravo", ruft eine Frau, das Publikum will gar nicht mehr aufhören mit Klatschen. So enthusiastisch ist schon Heinrich Klopp begrüßt worden, der im vergangenen September gescheiterte Bürgermeisterkandidat der Verdener CDU.

Das Thema Wulff wird weitestgehend ausgeklammert, lieber erzählt Landtagsabgeordneter Wilhelm Hogrefe, wie der frühere Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke (SPD) Parteifreunde auf Staatskosten eingeladen hat.

Der Tischnachbar zur Rechten genießt die Pinkel zum Kohl. Sie schmeckt ihm fast so gut wie die in Oldenburg, wo er herkommt. "Die wird mit Graupen gemacht, von uns wegen ihrer Form Kälberzähne genannt." Keine Graupen in der Verdener Pinkelwurst. "Wir nehmen Hafergrütze", sagt Schlachtermeister Jörn Gerwinat.

Deutschland Today

Chancen und Risiken großer Stallanlagen

Körbecke (wrs) - Großmastanlagen boomen. Etwa 900 neue Mastställe für insgesamt 36 Millionen Masthühner sowie viele weitere Großanlagen für Mastputen, Legehennen und Mastschweine werden aktuell in Deutschland beantragt oder befinden sich im Bau. Viele Menschen im ländlichen Raum nehmen diese neuen Anlagen als Veränderungen in ihrem Lebensumfeld wahr. Durch aktuelle Studien zum Antibiotika-Einsatz steht insbesondere die Hähnchenmast im Fokus der Öffentlichkeit. Grund genug für die Bürgerinitiative Lebenswertes Bördeland und Diemeltal einmal Betreiber, Kritiker, Tierärzte und Humanmediziner gemeinsam einzuladen, um mit den Experten über diese Entwicklungen zu diskutieren. Die BI lädt hierzu alle Interessierten herzlich ein, sich am Montag, dem 5. März 2012, um 19.30 Uhr in der Körbecker Schützenhalle an der Diskussion zu beteiligen. Die BI möchte dazu beitragen die Diskussion zu versachlichen und den Teilnehmern die Möglichkeit bieten, sich ein eigenes Bild über die Geflügelmast zu machen, damit sie bewusste Entscheidungen beim zukünftigen Fleischkauf treffen.

Jüngst sorgte eine Studie des nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministeriums für Aufsehen, die belegt, dass insbesondere die Puten- und Hähnchenmast mit hohem Antibiotika-Einsatz erfolgt. Die Interpretation dieser Studie ist aktuell stark umstritten. Unabhängig von der Studie stellt die wachsende Zahl multiresistenter Keime, auch im Umfeld großer Stallanlagen, Humanmediziner vor die Herausforderung wirksame Antibiotika-Mittel verschreiben zu können. Obwohl grundsätzlich Übereinstimmung darin besteht, dass die Anforderungen an das Hygienemanagement mit zunehmenden

Beständen im Stall wachsen, ist die Hygiene in Großmastanlagen nach Expertenmeinungen nicht automatisch schlechter zu beurteilen als in kleineren Einheiten. Im Stadtgebiet Borgentreich sind in jüngerer Vergangenheit neue Hähnchenmastställe südöstlich von Borgholz errichtet worden. Weitere Stallanlagen werden auf der Dinkelburg zwischen Lütgeneder und Körbecke entstehen. Die Betreiber Clemens Thanheiser (Borgholz) und Dieter Urspruch (Verwalter der Dinkelburg) wollen ihre Konzepte in der Körbecker Schützenhalle vorstellen.

Klare Positionen gegen Großmastanlagen bezieht die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), die sich bereits seit Jahrzehnten für eine bäuerliche Landwirtschaft engagiert. In Körbecke wird AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Jansen aus Lüneburg Stellung beziehen. Landwirtschaft in anderen Größenordnungen, nicht in der Hähnchenmast sondern in der Legehennenhaltung, betreibt der Biolandbetrieb Krieger aus Herstelle. Genau 225 Hennen und 4 Hähne beherbergt der mobile Hühnerstall, den Herr Krieger als ein Beispiel für Landwirtschaft in kleinen Einheiten vorstellen wird.

Als weitere Gäste hat die BI Tierärzte und Humanmediziner eingeladen, um die Diskussionen rund um die Tiergesundheit möglichst fundiert führen zu können. Die BI hofft, mit der kostenfreien Veranstaltung in der Körbecker Schützenhalle ein Stück weit zur Verbraucheraufklärung beizutragen und freut sich auf reges Interesse.

Artikel vom 23.02.2012

SVZ

TOP-THEMA

Nächste Mastanlage in Hägerfelde!?

23. Februar 2012 | 12:00 Uhr | Von: Hans-Jürgen Kowalzik

Eine Einwohnerversammlung zum geplanten Bau einer Schweinemast- und Jungsauenaufzuchtanlage in Hägerfelde Ausbau findet morgen um 19 Uhr im Gebäude der Freiwilligen Feuerwehr Karcheez statt. Der Investor, die Landgut Karcheez GbR, informiert über das Projekt. Eine Diskussion schließt sich an. Bisher wurde das Projekt einmal im Juli 2011 auf einer Gemeindevertreterversammlung vom Investor vorgestellt. Zu der morgigen Runde laden die Gemeinde Gülzow-Prüzen und das Amt Güstrow-Land ein. Hintergrund ist das Genehmigungsverfahren laut Bundesimmissionsschutzgesetz, das beim Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Rostock läuft. Die Gemeinde ist beteiligt. Bis zum 6. März kann eine Stellungnahme abgegeben werden.

Die Anlage soll zwischen Karcheez und Hägerfelde, wo schon die Getreidesilos und die Getreidehalle stehen, gebaut werden. Die GbR hat vor, eine Anlage mit 6144 Plätzen zu errichten. Drei Arbeitsplätze sollen entstehen. Die Planungen sind abgeschlossen. Geht alles planmäßig, rechnet der Investor damit, dass der Bau in zwei Jahren losgehen kann (wir berichteten). Die Einwohnerversammlung findet aber auch statt, weil sich Protest regt. Vor allem Einwohner, die in der Nähe der Anlage wohnen, bekräftigt Bürgermeister Karl-Heinz Kissmann. Pikant: Kissmann wäre auch einer der unmittelbar Betroffenen. Nach seinen Angaben wird die Anlage Luftlinie 350 Meter von den ersten Häusern in Hägerfelde und 750 Meter von der ersten Wohnbebauung in Karcheez entfernt sein. Die Fragen ähneln denen anderer Projekte an anderen Orten: „Wir waren eher da. Die friedliche Idylle wird gestört. Warum gerade dort? Warum so groß?“ Angst haben die Einwohner auch vor

dem Geruch und den Transporten. Eine Alternative wurde auch schon vorgeschlagen: die alten Schweinemastställe in Mühlengeez bzw. die Anlage in Prützen weiter ausbauen.

Der Investor hat sich davon bisher nicht beirren lassen. Er hofft weiter auf Verständnis, schließlich würde etwas Neues entstehen, hatte Philipp Rathjen damals gegenüber SVZ geäußert. Für den ausgewählten Standort, so erklärte er auf der Sitzung, würde vor allem sprechen, dass der Betrieb dort einen geschlossenen Produktionsring mit dem Neubau und der Getreidehalle im Hintergrund, in der man selbst Mischfutter herstellen werde, schaffen würde. Ob es auch in Hägerfelde eine Bürgerinitiative geben wird, steht noch nicht fest. In allen anderen, ähnlichen Standorten in der Region Güstrow/ Bützow, wird schon kräftig öffentlich protestiert: in Suckwitz, Wardow und Wattmannshagen.

Volksstimme

23.2.2012

"Das ist der Auftakt zu unserem Protest"

Zu einer Informationsveranstaltung mit anschließender Podiumsdiskussion hatte für Dienstagabend die BUND-Ortsgruppe Schenkenhorst eingeladen. Im Mittelpunkt der Vorträge und der daran anknüpfenden Diskussion stand die geplante Erweiterung der Hähnchenmastanlage in Schenkenhorst.

Zichtau | "Der Verbraucher muss wieder bewusster konsumieren, bewusster darauf achten, was er isst", erklärte Undine Kurth, Bundestagsabgeordnete der Grünen und Landesvorsitzende des Bundes für Umwelt- und Naturschutz (BUND) Sachsen-Anhalt, gleich zu Beginn ihres Vortrages. Die Mitglieder der BUND-Ortsgruppe Schenkenhorst hatten die Bundestagsabgeordnete und Oliver Wendenkampf, Geschäftsführer des BUND Sachsen-Anhalt, am Dienstag zu einer Informationsveranstaltung mit anschließender Podiumsdiskussion zur Massentierhaltung auf das Gut Zichtau eingeladen. Ebenfalls eingeladen waren auch drei Vertreter des Landtages von Sachsen-Anhalt, Hans-Jörg Krause (Linke), Jürgen Barth (SPD) und Dorothea Frederking (Bündnis 90/Die Grünen). "Die Veranstaltung heute soll der Auftakt zu unserer Protestbewegung in Schenkenhorst sein", erklärte Hagen Weber von der Schenkenhorster Ortsgruppe.

Zunächst informierte Undine Kurth in ihrem Vortrag über "verantwortungsvollen Konsum". "Wir wollen die ländliche Gegend, in der Sie leben und aufgewachsen sind, erhalten. Dafür müssen wir mehr die Landwirtschaft unterstützen, die für die Region wirtschaftet und nicht für den Export", betonte Kurth. Man müsse mit Blick auf die Zukunft handeln und landwirtschaftliche Betriebe unterstützen, die zum Beispiel das Futter nicht erst importieren lassen, so Kurth weiter.

"Massentierhaltung ist ohne Antibiotika nicht möglich"

Oliver Wendenkampf sprach nach der Bundestagsabgeordneten zu dem Thema "Antibiotikaeinsatz in der Massentierhaltung". "Massentierhaltung ist ohne Antibiotika überhaupt nicht möglich, da man bei vielen Tieren auf wenig Raum überhaupt nicht sieht, wenn eines krank ist", erklärte Oliver Wendenkampf. Deshalb würden den Tieren prophylaktisch Antibiotika gegeben. Die Gefahr für den Menschen sehe Wendenkampf in den resistenten Keimen, die sich dadurch bilden können. "Wir wollen eine Verbesserung der Tierschutzstandards, dass wichtige Antibiotika umgehend für den Gebrauch in der

Nutztierhaltung ausgeschlossen werden, und Sanktionen bei einem abweichenden Einsatz von Antibiotika", fasste Wendenkampf die Forderungen des BUND zusammen. Ebenfalls sehr wichtig sei die Aufhebung der Privilegien für die Landwirtschaft, was den Bau im Außenbereich angeht, fügte Undine Kurth hinzu. Anschließend sprach Dr. Eberhard Puls zu Risiken, die resistente Keime für den Menschen haben.

Bevor die Gäste sich bei der Podiumsdiskussion mit Fragen und Anregungen an die Landtagsabgeordneten wenden konnten, stellten diese zunächst ihren Standpunkt im Bezug auf die industrielle Tierhaltung vor. "Ich bin dafür, dass sich im Bereich der Massentierhaltung etwas ändern muss. Generell bin ich aber nicht gegen die moderne Tierhaltung, sondern nur gegen den Gigantismus, der um sich greift", stellte Linke-Abgeordneter Hans-Jörg Krause klar. "Man muss den wirtschaftlichen Aspekt aber auch mit betrachten, wenn der Verbraucher sein Verhalten ändert, dann übt das größeren Druck auch auf die industrielle Tierhaltung aus", erklärte der Abgeordnete der SPD, Jürgen Barth.

"Wir müssen Bürgern die Möglichkeit geben, Nein sagen zu können"

"Wir müssen die regionale Wirtschaft stärken und den Bürgern die Möglichkeit geben, auch Nein bei solchen Großanlagen sagen zu können", betonte Dorothea Frederking von Bündnis 90/die Grünen.

Nach den Abgeordneten des Landtages von Sachsen-Anhalt meldete sich Holger Thiel, Mitglied der BUND-Gruppe Dambeck, zu Wort. "Bleiben Sie dran, liebe Schenkenhorster, machen Sie sich stark und klären Sie alle Mitbürger auf, denn das ist Ihr Vorteil, den Sie haben", riet er den Schenkenhorstern. Denn bei den unterschiedlichen Ämtern hätten sie es dann noch schwer genug, so Thiel.

Als große "Hetze gegen Landwirte" empfand eine Landwirtin aus einem Ort in der Nähe von Gardelegen die Aussagen des BUND, der Abgeordneten und der Ortsgruppen. "Wo fängt denn die Massentierhaltung an", fragte sie die Abgeordneten. Denn auch ihr Betrieb falle mit ihre 130 Milchkühen bereits unter eine Massentierhaltungsanlage. "Dabei muss ich viele Auflagen erfüllen, über jedes Medikament wird streng Buch geführt, und bei dem kleinsten Verstoß müssen wir mit Sanktionen rechnen", klagte die Landwirtin. Zumal sie ihren Betrieb ausbauen musste, weil sonst "unser Familienbetrieb nicht mehr hätte aufrecht gehalten werden können." "Wir möchten solchen Betrieben ja auch nicht schaden", klärte Krause auf. Es solle vielmehr gegen die Betriebe vorgegangen werden, die 40000 oder mehr Tiere halten.

Neue OZ online

24.02.2012, 00:12 [Fenster schliessen drucken](#)

Diesen Artikel finden Sie unter: <http://www.noz.de/artikel/61073696/wildschweine-im-schlaraffenland-maisfelder-locken-borstentiere-an>

Ausgabe: Bersenbrücker Kreisblatt

Veröffentlicht am: 23.02.2012

Wildschweine im Schlaraffenland -Maisfelder locken Borstentiere an prin Merzen

Merzen. Niedersachsens Jäger sind alarmiert. Die Zahl der Fasane, Feldhasen und Rebhühner geht bedrohlich zurück. Gleichzeitig gibt es immer mehr Wildschweine. Für die Jagd-Experten steht der Schuldige fest: der Mais.

Schadenersatz oder Urlaub? Vor dieser Frage steht Bezirksförster Martin Meyer Lührmann in diesen Tagen. Wildschweine haben eine Wiese nahe der Gemeinde Merzen (Landkreis Osnabrück) umgewühlt. „Der Bauer macht einen Schaden von 600 Euro geltend.“ Als Jagdpächter ist Meyer Lührmann schadenersatzpflichtig. „Und jetzt überlege ich mir eben, ob es trotzdem noch für den Familienurlaub reicht“, sagt der Forstmann mit gequältem Lächeln.

Die Wildschweine werden in seinem Revier zunehmend zum Problem. „Im Wald sehe ich die Tiere sehr gerne.“ Aber in den Feldern verursachen sie immer öfter erhebliche Schäden. Offensichtlich bringt die Landwirtschaft das Gleichgewicht der Waldtiere durcheinander. „Weil gewaltige Mengen Mais für Biogasanlagen benötigt werden, ziehen die Landwirte nach“, bestätigt Osnabrücks Kreisjägersmeister Helmut Spieker. In einigen Regionen Niedersachsens wächst mittlerweile auf 80 Prozent aller Äcker Mais. Für Wildschweine ist das ein Schlaraffenland: Viele Tiere ziehen sich monatelang in oft riesige, zusammenhängende Maisfelder zurück, ohne die Anpflanzungen verlassen zu müssen. Dort finden sie Nahrung und Schutz im Überfluss, so Spieker.

„Das Schwarzwild“, wie die Schweine in der Jägersprache heißen, „entwickelt sich dank dieser Aufzuchtbedingungen prächtig“, erklärt der aus dem Emsland stammende stellvertretende Präsident der Landesjägerschaft, Josef Schröer. Das belegen auch die Abschusszahlen: In der vergangenen Saison schossen Niedersachsens Jäger 55300 Wildschweine. Zehn Jahre zuvor waren es lediglich 32800. Ähnlich ist die Entwicklung im Landkreis Osnabrück. Selbst im Emsland sichte man immer öfter ganze Wildschweinrotten, so Schröer. „Früher war das ausgesprochen selten.“

Genau entgegengesetzt ist die Entwicklung des sogenannten Niederwildes. Bei den Fasanen hat sich landesweit die Zahl der Abschüsse in den vergangenen zehn Jahren mit 61000 fast halbiert. Einen deutlichen Rückgang gibt es auch bei den Feldhasen. Und mit nur noch 1700 abgeschossenen Rebhühnern sei deren Bestand schon bedrohlich niedrig, warnt Josef Schröer. Noch vor wenigen Jahren waren es doppelt so viele. „Wir empfehlen unseren Mitgliedern schon, ganz auf die Jagd von Rebhühnern zu verzichten, um den Bestand zu schützen“, so der Jagdfunktionär. Die immer häufiger vorkommenden Wildschweine zerstörten Nester und Eier von Bodenbrütern. Außerdem schränkt der Maisanbau deren Lebensraum zusätzlich ein.

Förster Meyer Lührmann plagen aber noch ganz andere Sorgen: In seinem Bramscher Revier gibt es Schweinemastbetriebe mit insgesamt mehreren Zehntausend Tieren. Durch die starke Vermehrung der Wildschweine befürchten die Bauern, dass die Gefahr der Schweinepest steigt. „Das wäre eine Katastrophe. Allein in Niedersachsen würde das Schäden in Milliardenhöhe bedeuten.“

Die Lösung liegt für die Jäger auf der Hand: Sichtschneisen in den Maisfeldern würden die Jagd auf die Schweine erleichtern und damit das Problem kurzfristig verkleinern. Langfristig helfe aber nur ein Umdenken in der Politik. „Solange ein Bauer mit einem Acker Mais mehr verdienen kann als mit einer Wiese, auf der Rinder grasen können, ändert sich nichts“, sagt Meyer Lührmann. „Das Land muss den Bauern mit Zuschüssen Anreize geben, damit sie sich gegen den Mais entscheiden.“ Die drei Jagd-Experten sind sich einig: Das Wildschweinproblem kann im Landtag sehr viele effektiver bekämpft werden als auf den niedersächsischen Hochsitzen.

OV

Mittwoch, 22. Februar 2012

Mahnwache gegen Schlachtungen an Sonntagen

Von Karin Heinrich

Essen. Kirchlicher Widerstand formiert sich gegen die Absicht des europäischen Fleischkonzerns Danish Crown.

In seinem Großschlachthof in Essen sollen ab 26. Februar nun auch sonntags Schweine geschlachtet werden. An dem Tag plant die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) ab 21 Uhr eine Mahnwache am Werkstor.

Mehr steht am Mittwoch, 22. Februar, in der gedruckten Ausgabe der OV und im [epaper](#).

NWZ

23.2.2012

Vechta: Weihbischof in Sorge um Sonntag

Protest Timmerevers solidarisch mit Mahnwache vor Essener Schlachthof

Der arbeitsfreie Sonntag sei ein hohes Gut und schützenswert. Partikularinteressen dürften es nicht gefährden.

pl

Vechta - Weihbischof Heinrich Timmerevers solidarisiert sich mit den Gegnern der Einführung der Sonntagsarbeit beim Danish-Crown-Schlachthof in Essen/Oldenburg. Bekanntlich haben die KAB, Gewerkschaften und andere für Sonntag, 26. Februar, ab 21 Uhr zur ersten Sonntagschicht zu einer Mahnwache vor den Werkstoren aufgerufen.

Aus der katholischen Bevölkerung und kirchlichen Verbänden hätten ihn Beschwerden und besorgniserregende Signale erreicht, so Timmerevers. In Verantwortung für die 265 000 katholischen Christinnen und Christen im Offizialatsbezirk Oldenburg sehe er sich verpflichtet, auf die Schutzwürdigkeit des hohen kulturellen Gutes eines arbeitsfreien Sonntags hinzuweisen. Wenn Danish Crown seine Absichten umsetze, höhle dieses Unternehmen für viele Hundert Familien das Recht auf einen arbeitsfreien Sonntag aus. Der Schutz des Sonntags habe aber für die römisch-katholische Kirche höchste Priorität, so Timmerevers.

Betroffen von der betriebswirtschaftlichen Maßnahme des Schlachthofs in Essen seien nicht allein die unmittelbar dort beschäftigten Mitarbeiter. Die künftig bereits am Sonntag beginnende Tierschlachtung löse vielmehr eine Kettenreaktion aus. Mitbetroffen von der Störung der Sonntagsruhe seien die landwirtschaftlichen Familien ebenso wie die für Zulieferung und Logistik zuständigen Mitarbeiter. Das ganze Gemeinwesen der Kommune Essen/ Oldenburg werde durch erhöhten Schwerlastverkehr am Sonntag zusätzlich belastet.

„Es darf nicht sein, dass aus ökonomischen Partikularinteressen eines Wirtschaftsunternehmens das in unserem Kulturraum über Jahrhunderte schwer erkämpfte Allgemeingut arbeitsfreier Sonn- und Feiertage von Danish Crown zu Lasten der Arbeitnehmer und ihrer Familien beschädigt wird“, so der Weihbischof. Dies gelte auch für andere Unternehmen in der Region, die bereits mit der Einführung von Sonntagsarbeit begonnen haben.

Timmerevers sieht die staatlichen Verantwortungsträger in Politik und Verwaltung in der Pflicht, sich schützend vor die betroffene Bevölkerung zu stellen. „Der Gesetzgeber und die zuständigen Behörden staatlicher Exekutive sind gehalten, dem verfassungsrechtlich verankerten Sonn- und Feiertagsschutz Geltung zu verschaffen.“ Er ermuntere alle um den freien Sonntag besorgten Frauen und Männern in den Gemeinden des Officialatsbezirks Oldenburg, mit der KAB öffentliche Zeichen des Protestes und der Solidarität zu setzen.

TAZ

23.02.2012

- [2 Kommentare](#)

Biosprit und Hunger

Schlechtes Regieren schafft Hunger

Eine neue Studie untersucht die Auswirkungen von Raps und Zuckerrohr im Tank. Bioskraftstoff wirkt sich auf die Preise aus, ist aber nur ein Faktor von vielen. von Heike Holdinghausen



Ohne Biokraftstoffe wären laut einer Studie die Weltmarktpreise für Rohrzucker um 21 Prozent niedriger, die für Ölsaaten wie Raps um 7 Prozent. Bild: dpa

Berlin taz | Einen Versuch zu ihrer Ehrenrettung hat die Biokraftstoffindustrie unternommen. Ob sie wirklich verantwortlich zeichne für hohe Lebensmittelpreise und Hunger in der Welt, wollte sie wissen. Also haben der Verband der Deutschen Biokraftstoffindustrie (VDB) und die Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen (Ufop) Michael Schmitz, Professor für Agrarökonomie in Gießen, beauftragt, diese Fragen in einer Studie zu beantworten.

Am gestrigen Donnerstag wurde sie in Berlin vorgestellt. Das Ergebnis: Der Anbau von Biokraftstoffen wirkt sich auf die Preise an den Agrarmärkten aus, aber nur als ein Faktor von vielen. Während in den vergangenen Jahren ein steter Anstieg der Preise für Agrarrohstoffe zu verzeichnen gewesen sei, habe die Volatilität, also die Schwankung der Preise, seit Ende der 50er Jahre nicht zugenommen, heißt es in der Studie.

Gäbe es keine Biokraftstoffe, lägen die Weltmarktpreise für Rohrzucker laut der Berechnung von Schmitz heute um 21 Prozent niedriger, die für Ölsaaten wie Raps oder Soja und Futtergetreide um 7 Prozent. Beim Reis - der als Nahrungsmittel in vielen Ländern eine große Rolle spielt, aber nicht zur Energieerzeugung genutzt wird - stellte Schmitz keinen Einfluss fest.

Ernteauffälle und schlechtes Wetter

Allerdings verteuere die Nachfrage nach Zucker und Raps durch Autofahrer die Agrarpreise nur dann, wenn andere Faktoren hinzukämen: etwa niedrige Lagermengen oder Ernteauffälle durch schlechtes Wetter. Als zwei der wichtigsten Faktoren nennt Schmitz den Ölpreis, der mit 123 Dollar pro Fass gestern den höchsten Stand seit zehn Monaten erreichte, aber auch die sich ändernden Essgewohnheiten etwa in China, wo mehr Fleisch verspeist werde.

Hohe Lebensmittelpreise seien, so Schmitz, nicht generell für den Hunger in den armen Ländern verantwortlich. Hier müsse zwischen der städtischen und der Landbevölkerung differenziert werden. Während Städter unter hohen Preisen leiden, weil sie Nahrungsmittel kaufen müssten, könnten hohe Preise den Bauern auf dem Land nutzen, weil sie ihnen ein höheres Einkommen bescherten.

Allerdings nur dann, wenn sie an den Weltmarkt angebunden seien. Für Schmitz trägt schlechtes Regieren die Hauptverantwortung für den Hunger. Elmar Baumann, Geschäftsführer des Biokraftstoffverbandes, betonte, "Ethik" sei ein wesentliches Thema bei der Beurteilung von Biokraftstoffen.

Versachlichung der Debatte

"Wir werden keine Biokraftstoffe mehr herstellen, wenn sich die ethischen Bedenken gegen sie wissenschaftlich untermauern lassen", so Baumann. Darum sei das Problem Hunger so zentral. Mit der Studie wolle man zu einer Versachlichung der Debatte beitragen, erklärte Stephan Arens vom Ufop.

Zu einer Bewertung von Biokraftstoffen als Teil eines Energiemixes im Verkehrsbereich gehören aber auch andere Kriterien als die Frage, welchen Anteil sie an der Lebensmittelknappheit haben.

Artikel zum Thema

-

[Biokraftstoffe](#)

[Sonnen-Diesel im Schatten](#)

-

["Land Grabbing"](#)

[Ein Gebiet so groß wie Westeuropa](#)

•

[Preise für Nahrungsmittel](#)

[Weiterhin hoch und labil](#)

•

[Ökoautos sind kein Markterfolg](#)

[An der Tanke regiert die Gewohnheit](#)

Den Druck, den der Anbau von Energiepflanzen auf Wälder oder extensiv genutzte Böden ausübt, den Energieaufwand, mit dem sie erzeugt, und die Effizienz, mit der sie eingesetzt werden, behandelt die Studie nicht.

Hamburger Abendblatt

Tierhaltung

Verbraucher befürworten Tierwohl-Siegel beim Einkaufen

20.02.2012, 16:05 Uhr

Lebensmitteln, die von Tieren stammen, sieht man nicht an, ob sie Leid erzeugt haben. Ein entsprechendes Siegel soll Auskunft darüber geben.

München. Viele Verbraucher haben ein schlechtes Gewissen, wenn sie Fleisch aus Massentierhaltung kaufen. Aber bei welchen tierischen Produkten weiß man, ob die Tiere gelitten haben? Ein entsprechendes Siegel, das beim Einkaufen Auskunft über das Wohl der Tiere gibt, wünschen sich viele Deutsche laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa.

Multimedia



[Proteste gegen vergammelte Lebensmittel](#)

[Video abspielen](#)

Die verschiedenen Siegel für Bio-Lebensmittel:

Die verschiedenen Siegel für Bio-Lebensmittel:



1 von 8



Demnach sprachen sich rund drei Viertel der rund 1000 Befragten für entsprechende Hinweise auf Fleisch, Eiern und Milchprodukten aus. Am wichtigsten seien ihnen gute Bedingungen bei der Haltung, teilte die Unternehmensberatung Engel & Zimmermann in Gauting bei München am Montag mit.

[+++Geldstrafe: Tierquäler nach Gewalt gegen Kühe verurteilt+++](#)

[+++EU-Abgeordneter spricht Klartext zu 160.000 Hähnchen+++](#)

So sollten die Tiere genug Platz im Stall haben, sowie artgerecht transportiert und stressfrei geschlachtet werden. Über solch ein Siegel wird schon seit längerem immer wieder diskutiert. 40 Prozent der Befragten machen vor allem die Landwirte für das Wohlergehen der Tiere verantwortlich. Aber auch die Verbraucher (26 Prozent) und den Staat (20 Prozent) sehen einige in der Pflicht. Für die repräsentative Umfrage über ein geprüftes Siegel für Tierwohl waren 1000 Menschen ab 14 Jahren befragt worden.

Hamburger Abendblatt

Hedendorf

EU-Abgeordneter spricht Klartext zu 160.000 Hähnchen

09.02.2012, 06:00 Uhr Kerstin Lorenz

Die Hedendorfer Initiative gegen eine Hähnchenmastanlage befürchtet Gestank und Dreck. EU-Parlamentarier erklärt heute Gesetzeslage.

Buxtehude-Hedendorf. Ammoniakgeruch und Feinstaubbelastung durch Geflügelanlagen "stinken" vielen Menschen. In der Ställen werden Tausende Tiere gemästet, bis sie nach etwa 35 Tagen schlachtreif sind. Auch in Hedendorf sorgt die Massentierhaltung in zwei Ställen mit je 40.000 Masthähnchen und eine weitere geplante Mastanlage für etwa 80.000 Tiere für kontroverse Diskussionen. Dass der Landwirt Diedrich Dammann wenige Hundert Meter südöstlich des 1700 Einwohner zählenden Ortes rund 160.000 Hähnchen mästen will, spaltet die Gemeinde in Befürworter und Gegner.

Die Bürgerinitiative (BI) Hedendorf und Umgebung e.V., wie die ehemalige "BI gegen Hähnchenmast" seit Jahresbeginn heißt, will dazu heute Abend Tacheles reden und alle Argumente diskutieren. Dazu haben sie den Europa-Abgeordneten Matthias Groote (SPD) und alle interessierten Bürger für 19 Uhr in den Klosterkrug, Cuxhavener Straße 147, eingeladen. Matthias Groote ist Mitglied des Europa-Parlamentes und Vorsitzender im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI). Er wird über Menschen- und Tierschutz sprechen.

In seinen Ausführungen wird es unter anderem um gesunde Atemluft und Filteranlagen bei Massentierhaltung gehen. Groote wird den Zusammenhang zwischen gesunden Böden und fachgerechter Entsorgung von Dung und Gülle erläutern und über artgerechte

Tierhaltung sprechen. Ebenso soll der Schutz der Umwelt unter dem Aspekt krankmachender multiresistenter Keime beleuchtet werden.

"Das sind wichtige Themen, zu denen wir mehr über die gesetzlichen Vorgaben wissen möchten", sagt Bernd Prang, Vorsitzender der Bürgerinitiative Hedendorf und Umgebung, der auch als SPD-Fraktionschef im Hedendorfer Ortsrat aktiv ist. "160.000 Hähnchen werden unsere Luft verpesten und die Lebensqualität in Hedendorf beeinträchtigen. Deshalb wäre es am Besten, die neue Anlage würde gar nicht erst genehmigt werden."

Von der EU höre man, dass die Massentierhaltung erhöhte Werte von Ammoniakgas verursache und dass etwas dagegen geschehen müsse, sagt Prang. Vom Landwirtschaftsministerium Hannover gibt es zwar eine Empfehlung, Filter einzubauen, aber im Landkreis Stade seien sie bislang nicht vorgeschrieben. Darin sehen etwa 60 Hedendorfer Bürger ein Problem. "Solange Landwirte dazu nicht verpflichtet sind, werden sie freiwillig keine Filteranlagen einbauen", sagt Prang, der als Dozent für Arbeits- und Gesundheitsschutz arbeitet. Nach seinen Schätzungen können Filtersysteme bis zu 40.000 Euro kosten, viel Geld für einen landwirtschaftlichen Betrieb. Hinzu komme eine aufwendige Wartung.

Dennoch hoffen die Mitglieder der BI, Landwirt Dammann zu überzeugen, Filter in seine bestehenden Mastanlagen einzubauen, damit die Gesundheitsgefahr für die Bevölkerung möglichst gering bleibt. Etliche Anwohner beklagen, dass sie selbst im Sommer oft ihre Fenster nicht öffnen könnten, weil unerträglicher Ammoniakgestank von den Ställen in die Wohnräume wehe.

Paradox nennen sie es, dass es innerhalb Niedersachsens unterschiedliche Regelungen zum Einsatz von Filteranlagen an Großställen gibt. Laut Prang gibt es in anderen Landkreisen sehr wohl eine Filterpflicht, und deshalb wolle die BI dafür kämpfen, dass die unterschiedliche Auslegung des Bundesimmissionsschutzgesetzes endlich beendet werde. "Wenn es Umweltverträglichkeitsprüfungen für Biotope gibt, muss es diese doch auch für die betroffenen Menschen geben", sagt Prang. Mitglieder der Bürgerinitiative waren deshalb im vergangenen Sommer im Bundestag, um mit den Abgeordneten der Ausschüsse für Agrar-, Umwelt- und Naturschutz zu sprechen. Dabei warben sie bei den Politikern für mögliche Änderungen an den Bau- und Immissionsschutzgesetzen sowie an den Umweltverträglichkeitsprüfungen. Auch wohin der Hühnermist gebracht werden soll, will die BI geklärt wissen, bevor der Mastgeflügelbestand in Hedendorf verdoppelt wird.

Als Genehmigungsbehörde für die Mastanlagen in Hedendorf ist der Landkreis Stade zuständig. Dort läuft seit vergangenem Herbst das Genehmigungsverfahren für den geplanten Hähnchenstall. Wie der zuständige Kreisbaurat Hans-Hermann Bode sagt, müssen noch offene Fachfragen geprüft werden, ebenso ein neues Gutachten zur Stickstoffbelastung der Umwelt. "Erst dann kann über eine Genehmigung entschieden werden."

Für Landwirt Diedrich Dammann ist die Lage derzeit sehr angespannt. Denn die neue Masthalle ist so gut wie fertig. Rund 1,3 Millionen Euro hat der Familienbetrieb, der seit Generationen in Hedendorf Ackerwirtschaft und Viehzucht betreibt, dafür investiert. "Das ist momentan für uns eine große Belastung. Aber ich bin zuversichtlich, dass es am Ende eine Genehmigung geben wird", sagt Dammann, der in der Hähnchenmast eine wichtige Existenzgrundlage sieht.

Etwa 800 Meter sei die nächste Siedlung von seinen Ställen entfernt, die Geruchsbelästigung könne nur auftreten, wenn der Mist aufs Feld gebracht werde, sagt Dammann.

"Wir bemühen uns, die Belastungen so gering wie möglich zu halten, achten beim Mistfahren auf die Windrichtung und pflügen den Mist sofort unter."

Altmark-Zeitung

BUND-Podiumsdiskussion in Zichtau zu Massentierhaltung / Kampf gegen Hähnchenställe bei Schenkenhorst
Wendenkampf: „Genug ist genug“

[123.02.12|Gardelegen|](#)

Zichtau / Schenkenhorst. Sie seien nicht gegen Landwirtschaft. Im Gegenteil: Die kleinen bäuerlichen Betriebe sollen geschützt werden. Und zwar vor Massentierhaltungen.

Hagen Weber, Vorsitzender der BUND-Ortsgruppe Schenkenhorst, begrüßte die Zuhörer im Gutshof von Zichtau.

Dies erklärte Oliver Wendenkampf, Geschäftsführer des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) in Sachsen-Anhalt. Im Gutshof von Zichtau fand am Dienstagabend eine Podiumsdiskussion statt, zu der die erst kürzlich gegründete BUND-Ortsgruppe Schenkenhorst eingeladen hatte. Hintergrund: Unweit von Schenkenhorst sollen Hähnchenmastställe für 173 000 Tiere errichtet werden. Dies will die Ortsgruppe verhindern.

Und sieht sich da im Einklang mit einigen Politikern. So mit Undine Kurth. Sie ist nicht nur Bundestagsmitglied von Bündnis 90 / Die Grünen. Sie ist auch Landesvorsitzende des BUND in Sachsen-Anhalt. „Es wird für Märkte produziert, die gar nicht in unserer Region sind“, erklärte sie in ihrem Referat. Gleichwohl ginge es nicht um Radikallösungen: „Ich will die Welt nicht zum Vegetarier machen.“ Wenn man die regionale bäuerliche Landwirtschaft stärken wolle, „dann geht es auch nicht um ein verklärtes Bild aus dem 16. Jahrhundert“, so Undine Kurth. Aber: „Wir brauchen aufgeklärte und informierte Verbraucher.“ Denn die würden, entgegen landläufiger Meinungen, durchaus auch auf Qualität und nicht nur auf Tiefstpreise achten.

Oliver Wendenkampf rief die Schenkenhorster BUND-Ortsgruppe zum Kämpfen auf: „Sie sind nicht alleine.“ Er geißelte die Massentierhaltung: Ein Huhn habe dort nicht mehr Platz als auf einem ausgebreiteten Papiertaschentuch. „Genug ist genug“, rief er in den Saal zu den 70 Zuhörern. „Und dieses Genug haben wir jetzt erreicht.“

In der sich anschließenden Podiumsdiskussion kamen drei Landtagspolitiker, allesamt landwirtschaftliche Sprecher ihrer Fraktionen, zu Wort. Hans-Jörg Krause (Linke) verwahrte sich „gegen Gigantismus“ in der Landwirtschaft. Jürgen Barth (SPD) erinnerte: „Vieles hängt vom Kaufverhalten der Leute ab.“ Und die Grünen-Politikerin Dorothea Frederking will „Tierhaltung, die sich am Tierwohl orientiert.“ Ihr Bekenntnis: „Wir wollen diese großen Anlagen gar nicht mehr.“ *Von Stefan Schmidt*

Bayerisches Fernsehen

Agrarzahlungen Mehr Geld für viel Arbeit?

In Deutschland werden die EU-Direktzahlungen als reine Flächenprämien ausgezahlt. Das heißt, nicht Produkte wie Kartoffeln oder Milch werden subventioniert, sondern allein die Ackerfläche. Sollte nicht auch der Arbeitsaufwand berücksichtigt werden?

Autor: Norbert Habberger Stand: 23.02.2012

55 Milliarden Euro werden jedes Jahr aus Brüssel an die Landwirte in der EU überwiesen, der größte Teil davon aus der ersten Säule der EU-Subventionen als sogenannte Direktzahlungen für die landwirtschaftliche Produktion.

Große Ackerbaubetriebe bevorzugt

In Deutschland bedeutet das: Für jeden Hektar Ackerfläche, den ein Landwirt bewirtschaftet, bekommt er zirka 300 Euro. Denn bei uns werden die Direktzahlungen ausschließlich nach Hektar berechnet. Das ist leicht verdientes Geld für einen großen Ackerbaubetrieb und schwer verdient, wenn der Landwirt eine kleinere Grundfläche hat, dafür aber Tiere hält - oder auch unterschiedliche Ackerfrüchte anbaut. Denn das macht viel mehr Arbeit. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft fordert daher, dass die Gelder nach dem Arbeitsaufwand verteilt werden. Beispiel: Ein reiner Ackerbaubetrieb mit 500 Hektar Land braucht 185 Arbeitstage um seine Felder zu bestellen und bekommt dafür 150.000 Euro. Demgegenüber hat ein mittelgroßer Milchviehbetrieb mit 50 Milchkühen und 50 Hektar Land 339 Arbeitstage im Jahr. Er bekommt aber nur 15.000 Euro aus Brüssel. Würde man stattdessen jeden Arbeitstag mit 60 Euro honorieren, käme der Ackerbaubetrieb nur mehr auf gute 11.000 Euro. Der Milchviehbetrieb dagegen auf über 20.000 Euro.

Vor- und Nachteile von Prämien für Arbeitsleistung

Auch im bayerischen Landwirtschaftsministerium denkt man darüber nach, ob die Prämien nicht besser nach dem Arbeitsaufwand eines Betriebes ausgerichtet werden sollten. Beim Bayerischen Bauernverband dagegen sieht man diesen Vorschlag sehr skeptisch: Profitieren würden vor allem die EU-Länder, in denen viele Arbeitskräfte in der Landwirtschaft gebunden sind. In Rumänien beispielsweise sind 16 Menschen beschäftigt, um 100 Hektar zu bearbeiten. In Bayern sind es nur etwa vier.

"Es würden vor allem die süd- und osteuropäischen Länder Nutzen daraus ziehen... Wir haben rund zehn Millionen landwirtschaftliche Betriebe mit weniger als fünf Hektar in Europa. Das heißt, wir in Bayern haben eine durchschnittliche Betriebsgröße vom Sechsfachen und dann sieht man sehr schnell, dass bei so einem Verteilungsschlüssel Polen, Rumänien, Bulgarien, oder auch Italien höheren Nutzen ziehen als wir."

Matthias Borst, Bayerischer Bauernverband

Wie soll also das Geld verteilt werden, das aus Brüssel in die Landwirtschaft fließt? Da es sich um Steuergelder handelt, sollten die Landwirte auch eine Leistung für die Gesellschaft erbringen, findet die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. Naturschutz zum Beispiel oder die Pflege der Kulturlandschaft. Allerdings gibt es dafür auch jetzt schon Programme, bei denen die Bauern mitmachen können.

Die zweite Säule der Subventionen

Aus der zweiten Säule der EU-Subventionen etwa stammen Zahlungen für den Erhalt des ländlichen Raums, wie die Grünlandprämie oder das Kulturlandschaftsprogramm. Die werden nicht allein von der EU finanziert, sondern von Bund oder Land kofinanziert. Sie gelten als Ausgleich dafür, dass Landwirte in bestimmten Regionen unter schwierigeren Bedingungen wirtschaften müssen oder freiwillig besondere Umweltmaßnahmen erfüllen. Bleibt die Frage, ob eine Prämie für die Arbeitsleistung noch mehr Anreize schaffen würde.

"Durch die Änderung der Prämienzahlungen wünschen wir uns, dass wenigstens der Trend, der eindeutig Richtung industrielle Landwirtschaft geht, dass der nicht noch zusätzlich unterstützt wird."

Josef Schmid, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Kombiniertes Modell denkbar

Für die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft wäre auch ein kombiniertes Modell vorstellbar, bei dem ein Teil der Prämien für die Flächen, ein anderer für die Arbeitsleistung ausbezahlt wird. Auch der Bayerische Landwirtschaftsminister Helmut Brunner würde das unterstützen, steht damit allerdings ziemlich allein in Deutschland. Die Landwirtschaftsminister der anderen Bundesländer wollen an den reinen Flächenprämien festhalten, ebenso Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner.

EU-weit keine Prämien für Arbeitsleistung geplant

Bei der EU-Agrarreform, die 2014 in Kraft treten soll, sind vorerst auch keine Prämien für die Arbeitsleistung geplant. Nach dem Vorschlag von Agrarkommissar Dacian Ciolos sollen lediglich große Betriebe, die über 150.000 Euro Flächenprämien erhalten, in Zukunft weniger bekommen. Während es für Angestellte Lohnkostenzuschüsse geben soll. Diese Lohnkostenzuschüsse gelten aber nicht für Familienmitglieder und weil die allermeisten Höfe in Bayern Familienbetriebe sind, werden sie wohl auch weiterhin nur für die Flächen, nicht aber für die geleistete Arbeit Subventionen bekommen.

Weitere Informationen

AbL – Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

"EU-Agrarreform 2013

Bindung der Direktzahlungen an kalkulatorische Arbeitszeiten"

- [Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft \[bayern.abl-ev.de\]](http://bayern.abl-ev.de)

Bayerischer Bauernverband

"Gemeinsame Agrarpolitik

Gut gedacht, schlecht gemacht"

- [Bayerischer Bauernverband \[](#)

EJZ

22.2.2012

Schlechte Laune trotz guter Ernte

Rübenanbauer fordern höhere Gewinnbeteiligung - Projekt »20/20/20« vorgestellt

tl Lüchow. Die Vertreter des Rübenanbauer- und Aktionärsverbandes und die Verantwortlichen der Nordzucker AG mochten sich bei ihrer Winterversammlung nach der abgelaufenen Rübenkampagne im Lüchower »Ratskeller« schon fast nicht mehr in die Augen schauen. Die Symbolkraft dieser Szene spiegelt nur allzugut den Streit zwischen den Lüchow-Dannenberg Rübenanbauern und dem Konzern wider: Die Landwirte machten nämlich ihrem Ärger über die nach ihren Einschätzungen zu geringen Erlöse für ihre Zuckerrüben ordentlich Luft.

Dabei war die Rübenkampagne 2011/2012 außerordentlich erfolgreich: Denn die klimatischen Bedingungen seien ideal gewesen, resümierte Christof Goebel, Vorstandsmitglied des Rübenanbauer- und Aktionärsverbandes für die Region Lüchow-Dannenberg. Die hohen Erträge, die die Rübenanbauer zwischen Elbe und Drawehn dank der guten Bedingungen erzielten, bescherten ein Zuckerrüben-Rekordjahr, hoben Frank Knälmann aus der Unternehmenszentrale in Braunschweig und Dr. Klaus-Dieter Schumacher von der Nordzucker AG hervor.

Ein Rekordjahr, von dem die Landwirte in Lüchow-Dannenberg etwas abbekommen wollen, gab Goebel mehrfach zu verstehen. Den Wunsch unterstützten auch die anwesenden Landwirte: »Wir wollen auch einen Schluck aus der Pulle haben«, forderte ein Bauer eine höhere Gewinnbeteiligung ein. Aktuell liegt der Basispreis für die Quotenrübe bei knapp 30 Euro pro Tonne. Hiesige Landwirte fordern in Anlehnung an die Auszahlungen der Südzucker AG zwischen 40 und 50 Euro. »Wir haben schon einmal verzichtet, jetzt wollen wir kämpfen«, fasste Jürgen Winter, Vorstandsmitglied des Verbandes, zusammen. Er ist für die Preisverhandlungen mit der Nordzucker AG zuständig und hat deren Erlösbeteiligungsvorschlag von zusätzlich 3,71 Euro pro Tonne abgelehnt.

»Wir müssen international konkurrenzfähig bleiben und die Preise an Ertrag, Investitionen und Risiken angemessen koppeln«, erklärte Hans-Christian Koehler von der Nordzucker Holding den aufgebrachten Landwirten. In den nächsten Jahren werden die Weltmarktpreise für Zucker wieder zurückgehen, prognostizierte Knälmann die weitere Entwicklung. Da müsse ein Polster geschaffen werden. Von dieser Geld-Zurückhalte-Strategie halten die Rübenanbauer nichts: Als »reine Spekulation« titulierten sie die Prognose. Verhandelt sind die endgültigen Preise noch nicht, doch man wolle sich für den Erhalt der jetzigen EU-Zuckermarktverordnung bis 2020, die unter anderem einen Mindestpreis pro Tonne vorsieht, einsetzen, erklärten sich die Vertreter beider Seiten wenigstens in diesem Punkt einig. Neben dem brisanten Thema Rübenpreise wurden bei der turnusgemäß stattfindenden Wahl zur Regionalvertretung des Vereins jeweils einstimmig Holger Drengemann aus Klein Gaddau im Amt bestätigt und Jörn Lesemann aus Warpke für den bisher unbesetzten Posten gewählt. Zudem informierte Georg Sander von der Rübenbüroleitung in der Zuckerfabrik Uelzen über den reibungslosen Ablauf der gerade beendeten Rübenkampagne. Tipps für den nächsten Rübenanbau erfuhren die Versammelten vom Anbauberater Ralf Wrede. Er stellte aktuelle Projekte und Versuchsauswertungen aus Norddeutschland vor. Der Geschäftsführer des Rübenanbauer- und Aktionärsverbandes, Stefan Büsching, informierte über das Projekt

»20/20/20«. Dessen Ziel ist es, bis zum Jahre 2020 mit 20 Prozent der ertragsstärksten Betriebe nachhaltig einen Ertrag von 20 Tonnen Zucker je Hektar zu erreichen.

Bild: Über Ertragsrekorde der gerade beendeten Zuckerrübenkampagne freuen sich die Lüchow-Dannenberg Zuckerrübenanbauer. Sie streiten derzeit mit der Nordzucker-AG über eine höhere Beteiligung an der Rekordernte.

Archiv.: D. Boick

dpa

vom 23.02.2012 17:43

BUND kritisiert geplante Anlage für 80 000 Masthähnchen

Wardow/Schwerin (dpa/mv) - Die Umweltschutzorganisation BUND kritisiert den geplanten Bau einer Hähnchenmastanlage in Wardow im Landkreis Rostock. Wie die Organisation am Donnerstag mitteilte, will die Agrarproduktionsgenossenschaft Wardow Ställe für fast 80 000 Tiere errichten.

Am Freitag will eine örtliche BUND-Gruppe Einwohner über mögliche Folgen des Vorhabens informieren, wie deren Vorsitzende Jutta von Kuick am Donnerstag ankündigte. Die Gegner der Hähnchenmast befürchten mehr Verkehr durch Futteranlieferungen und Tiertransporte sowie Geruchsbelästigung und Keime in der Luft. Immobilien würden an Wert verlieren.

Von Kuick forderte, das Land solle sich entscheiden, ob es industrielle Tierproduktion will oder Tourismus und bäuerliche Landwirtschaft.

Weserkurier

Beim Landkreis sind rund 40 Einwendungen gegen das Projekt eingegangen / Erörterungstermin am 16. Februar

- 07.01.2012

Hähnchenmastanlage in Nienstedt geplant

Von Christoph Starke

Ein heimischer Investor plant im Nienstedter Außenbereich zwei Hähnchenmastställe mit insgesamt 116000 Tieren. Es wäre eine der größten Anlagen im Landkreis Diepholz, teilt das Kreisbauamt mit. Gegen das Vorhaben regt sich Protest.

Bassum-Nienstedt. Geruchsbelästigung, Lärm, deutliche Zunahme des Verkehrs: Das befürchten zahlreiche Bewohner in Nienstedt, wenn die Pläne für eine Hähnchenmastanlage in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Rund 40 Einwendungen sind beim Landkreis Diepholz gegen die geplanten zwei Hähnchenmastställe eingegangen, erklärte Joachim Homburg, stellvertretender Kreisbauamtsleiter. Homburg: "Es wäre eine der größten Hähnchenmastanlagen im Landkreis Diepholz." Der Investor, bei dem es sich auch um einen Nienstedter handelt, will dort im Osten der Gemarkung in freier Natur laut

Homburg zwei Ställe mit jeweils 58000 Tieren bauen. Selbst wollte sich der Investor im Moment noch nicht öffentlich äußern.

Der Landkreis ist Genehmigungsbehörde. Die erforderliche Umweltverträglichkeitsstudie sei nach Homburg "unproblematisch" verlaufen, "auch die Emissionsrichtwerte wurden eingehalten." Aber Homburg schließt nicht aus, dass sich aus den Einwendungen noch weitere "Arbeitsaufträge" für Verwaltung und Investor ergeben könnten. Die Einwendungen werden am 16. Februar während eines öffentlichen Erörterungstermins im großen Sitzungssaal des Diepholzer Kreishauses behandelt. Beginn ist um 16 Uhr.

Die Stadt Bassum konnte nur eine planungsbaurechtliche Stellungnahme zu dem Projekt abgegeben, wie Bürgermeister Wilhelm Bäker mitteilte. Und die fiel positiv aus. Bäker: "Man kann zu Massentierhaltung stehen, wie man will. Sie ist in Deutschland aber nicht verboten." Allerdings wünscht sich die Stadt, dass die Straßen entsprechend ausgearbeitet werden und dass sich der Investor um die Unterhaltung der Zuwegung kümmert. SPD, Die Linke und Grüne in Bassum sind allerdings strikt gegen das Vorhaben. Die Sozialdemokraten führen unter anderem baurechtliche Bedenken an. Die Zuwegung müsse mindestens 3,50 Meter breit sein. Das sei nicht gegeben. "Auch inhaltlich lehnen wir das Vorhaben ab", sagte SPD-Fraktionschef Christoph Lanzendörfer.

Die Linke, im Bassumer Stadtrat durch Peter Faßbinder vertreten, hat Einwendungen gegen das Vorhaben formuliert. "Es gibt viele ethisch-moralische Gründe gegen die Massentierhaltung und gegen die Industrialisierung der Landwirtschaft", teilt die Partei in einer Pressemitteilung mit. "Durch die Industrialisierung wird vielen kleinen landwirtschaftlichen Betrieben das Wasser abgegraben, mit der Folge, dass diese das Handtuch werfen und sich ins soziale Aus begeben."

Rainer Hartmann, Fraktionsvorsitzender der Grünen, unterstützt Faßbinder in dieser Angelegenheit: "Er macht hier urgrüne Politik." Massentierhaltung sei leider nicht ungesetzlich. Sich dagegen zu positionieren, sei allerdings ein legitimes Mittel. "Und wo kann man da besser anfangen als nicht vor der eigenen Haustür?", fragt Hartmann.

Bassums CDU-Fraktions- und Stadtverbandsvorsitzende Cathleen Schorling dagegen hält fest, dass man "generell die heimische Landwirtschaft unterstützen" solle. Schorling: "Aber es muss alles vorher ordnungsgemäß geprüft werden." Wenn eine Anlage dieser Art genehmigungsfähig sei, spreche nichts dagegen, findet Christian Porsch, Fraktionschef des Bürger-Blocks. "Auch Landwirte müssen die Möglichkeit haben, sich entwickeln zu können." Generell seien solche Anlagen mittlerweile Standard. Die "romantische Landwirtschaft" gebe es eben nicht mehr.

Nienstedt Ortsvorsteherin Dörte Binder heißt es "grundsätzlich gut, wenn in Nienstedt investiert wird." Sie könne die Bedenken der Dorfbewohner in puncto Lärm, zusätzlichen Verkehr und eventueller Geruchsbelästigung aber sehr gut nachvollziehen. Die Ortsvorsteherin wünscht sich, wenn das Projekt realisiert werden sollte, dass die Ställe zumindest komplett eingegrünt werden.

Tür und Tor für ähnliche Projekte?

Einen Nienstedter, der namentlich nicht genannt werden will, stört es, dass die Anlage in freier Natur errichtet werden soll. Das könne Tür und Tor für ähnliche Projekte öffnen. "Außerdem sind die Straßen nicht dafür ausgelegt."

Die Linke will am Sonnabend, 11. Februar, mit einem Informationsstand in der Bassumer Innenstadt ihren Protest kundtun. Einen Tag später lädt die Partei zu einer

Infoveranstaltung ins Neubuchhauser Gasthaus Zur Post ein. Dort wird unter anderem Romuald Schaber sprechen, Autor des Buches "Blutmilch". Beginn ist um 10 Uhr.

Hamburger Abendblatt

Valluhn/Boizenburg

Würste, Bonbons, Kaffee: Ein Land kommt auf den Geschmack

25.02.2012, 06:36 Uhr Bob Geisler

Mit hohen Subventionen lockt Mecklenburg-Vorpommern Nahrungsmittelkonzerne an. Nun baut Nestlé in Schwerin.

Valluhn/Boizenburg. Karl-Heinz Schmidt hat einen der netteren Jobs im Fleischwerk von Edeka. Leichter Buchenduft dringt aus den 23 stählernen Kammern, in denen der Meister Tausende Würste räuchert. Mit einem kräftigen Ruck zieht Schmidt einen Rollwagen mit Wiener Würstchen heraus, beißt in eine hinein und nickt zufrieden. "Die können wir ausliefern", sagt der 56-Jährige.

Seit 3 Uhr früh läuft die Produktion im östlichsten Werk der Hamburger Supermarktkette auf Hochtouren. Mehr als 2000 Schweinehälften wandern an langen Förderbändern in die Zerlegeabteilung, werden zersägt, gepökelt, gebrüht und zu Würsten, Schinken, Kassler und Aufschnitt verarbeitet. 800 Märkte in ganz Norddeutschland beliefert Deutschlands größter Lebensmittelhändler von dem grauen Komplex aus, der direkt an der Autobahn 24 unmittelbar hinter der ehemaligen Zonengrenze liegt.

[+++ Nestlé expandiert: Neues Werk in Schwerin +++](#)

Sechs Jahre ist es her, dass sich Edeka entschloss, das Fleischwerk vom schleswig-holsteinischen Pinneberg ins Dörfchen Valluhn in Mecklenburg-Vorpommern zu verlagern. 60 Millionen Euro hat die Supermarktkette im sogenannten Mega-Park mitten im Niemandsland investiert und bis heute rund 420 Arbeitsplätze geschaffen.

Der Grund für die Verlagerung lag auf der Hand: "Hier in Mecklenburg-Vorpommern wird Investoren noch der rote Teppich ausgerollt", sagt der Geschäftsführer des Fleischwerks, Rolf Heidenberger. Mehr als drei Jahre hatte er in Pinneberg um eine Genehmigung für einen Neubau gerungen, weil das alte Werk aus allen Nähten platzte. Doch eine Bürgerinitiative machte Front gegen den ungeliebten Nachbarn, weil sie um die Wohnqualität in der Umgebung fürchtete.

Im Osten brauchte die Baugenehmigung hingegen ganze sechs Monate. Und es gab üppige Fördergelder in Höhe von 20 Millionen Euro. "Daneben hat uns die günstige Lage an der Autobahn überzeugt", sagt Heidenberger.

[+++ Nestle steigert Gewinn 2010 auf über 26 Milliarden Euro +++](#)

So wie um Edeka haben sie in Mecklenburg-Vorpommern auch um Nestlé gekämpft. Mehrere Jahre dauerte das Tauziehen um den weltgrößten Nahrungsmittelhersteller, bis die Landesregierung am Freitag den größten Coup seit Jahrzehnten verkünden konnte. Für seine Marke Nescafé Dolce Gusto wird der Schweizer Konzern ein Werk für Kaffeekapseln in einem Gewerbegebiet bei Schwerin errichten. 450 neue Jobs soll die Investition in Höhe von 220 Millionen Euro bringen. Ein Viertel dieser Kosten wird der Staat übernehmen.

Für den Weltkonzern Nestlé ist die Produktionsstätte im Osten die größte Investition in Deutschland seit der Wiedervereinigung. "Schwerin wird damit zu einer Kaffeemetropole", schmeichelte Deutschlandchef Gerhard Berssenbrügge seinen Gastgebern in der Handelskammer der Landeshauptstadt. Er räumte allerdings ein, dass neben der günstigen Lage zum Kaffee-Umschlagplatz Hamburg auch die in Aussicht gestellte Förderung die Entscheidung für Schwerin beeinflusst habe.

"Diese Ansiedlung stärkt die Ernährungsgüterwirtschaft, die schon eine wichtige Bedeutung für uns hat", sagte Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) zufrieden. Tatsächlich ist die Branche neben dem Tourismus einer der wenigen Hoffnungsträger im traditionell strukturschwachen Bundesland, das nach wie vor mit der zweithöchsten Arbeitslosenquote in Deutschland und mit einer schwachen industriellen Basis zu kämpfen hat.

[+++ Rolf Heidenberger +++](#)

Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums beschäftigen die fast 100 Betriebe der Nahrungsmittelindustrie rund 14 500 Mitarbeiter im Land. Seit 2007 kamen 1100 neue Arbeitsplätze hinzu. 3,8 Milliarden Euro setzte die Ernährungswirtschaft 2011 um. Dafür ist das Land allerdings auch bereit, hohe Summen an Subventionen zuzuschießen. Seit 1990 wurden aus Bundes-, Landes- und EU-Töpfen 383 Millionen Euro an Fördermitteln für die Branche lockergemacht.

Zu den großen Konzernen, die gleich nach der Wende in Mecklenburg-Vorpommern investierten, gehört die Oetker-Gruppe, die bei Wittenburg 75 000 Tiefkühlpizzen pro Tag herstellt und in die ganze Welt exportiert. Konkurrent Unilever ist gleich mit seiner kompletten Marke Pfanni nach Stavenhagen gezogen und verarbeitet dort jährlich 150 000 Tonnen Kartoffeln zu Knödeln, Püree und kleinen Snacks. Und Hamburgs Essighersteller Kühne baute in Hagenow eine der modernsten Fertigungsanlagen in Europa auf, in der seit Kurzem auch Salatdressings abgefüllt werden.

Den großen Erfolgen standen allerdings auch einige spektakuläre Pleiten gegenüber. Besonders peinlich war der Auftritt des Investors Frank Schaefer mit seiner Firma Caviar Creator. Ausgerechnet vom verschlafenen Demmin im Osten des Bundeslandes aus wollte er die "weltweite Marktführerschaft für die Produktion von Stör, Kaviar und Stördelikatessen" erringen. Doch der smarte Manager entpuppte sich als Millionenbetrüger, Caviar Creator ging pleite und wurde von russischen Investoren aufgekauft.

Von solchen Rückschlägen lässt man sich im Nordosten der Republik aber nicht beirren. Einer, der kräftig für den Standort Mecklenburg-Vorpommern trommelt, ist Oliver Schindler, 46. Der hochgewachsene, sportliche Manager ist ehrenamtlicher Wirtschaftsbotschafter des Landes und soll potenziellen Investoren die Vorteile des Landes erläutern. Davon kennt Schindler einige, denn im Hauptberuf führt der gebürtige Karlsruher den Bonbonhersteller Sweet Tec/Toffee Tec in Boizenburg.

In seinem silbernen Fabrikgebäude duftet es gerade nach Eukalyptus und Menthol, die Produktion von Hustenbonbons läuft. In riesigen Edelstahlkesseln köchelt die zähe, süße Masse vor sich hin, fließt dann zum Abkühlen über Förderbänder durch eine fast menschenleere Halle und wird am Ende automatisch zerteilt und in grünes Papier verpackt.

Aus einem anderen Kessel fließt die weiße Grundmasse für Kaubonbons, landet in einem weiteren Röhrensystem und kommt in fünf unterschiedlichen Farb- und Geschmacksrichtungen wieder heraus: Erdbeer, Orange, Zitrone, Kirsche und Himbeere. 3000 Bonbons pro Minute prasseln allein aus dieser Anlage, alle für den Discounter Lidl

gedacht, den Hauptabnehmer von Sweet Tec in Deutschland. Ein Umsatzplus von 20 Prozent auf 65 Millionen Euro hat Schindler 2011 für die gesamte Gruppe erzielen können.

Vor sieben Jahren setzte der Chef seine erste Fabrik auf die grüne Wiese bei Boizenburg. 25 Millionen Euro investierte er, wobei 40 Prozent als Subventionen vom Land und von der Europäischen Union kamen. "Ohne die Zuschüsse gäbe es uns heute nicht", gibt der Unternehmer unumwunden zu. Zwar stammt der Sweet-Tec-Chef aus der Karlsruher Bonbon-Dynastie Ragolds (Rachengold), doch er überwarf sich früh mit seinem Vater und stieg aus dem Familienunternehmen aus. "Wir waren das Musterbeispiel für einen nicht funktionierenden Generationswechsel", sagt Schindler lakonisch.

+++ Edeka-Umzug: Schwerer Schritt für die Mitarbeiter +++

An seiner neuen Heimat Boizenburg schätzt der Karlsruher die Nähe zur Logistikdrehscheibe Hamburg, die niedrigen Grundstückspreise und den engen Draht zu Politikern und Behörden. Während Schindler durch seine Fabrik führt, trudelt auf seinem Smartphone gerade eine E-Mail ein. "Die Baugenehmigung für unsere Werkserweiterung bei Toffee Tec", sagt der Chef. Noch einmal gut sieben Millionen Euro will der Chef in diesem Jahr in die Hand nehmen und die Zahl der Arbeitsplätze von derzeit 240 auf rund 300 erhöhen.

Allerdings ist es für Schindler nicht einfach, trotz der hohen Arbeitslosenquote passende Fachkräfte zu finden. Wegen des noch immer höheren Lohnniveaus im Westen pendeln fast zwei Drittel der Boizenburger lieber nach Hamburg oder Lüneburg, als in der eigenen Stadt zu arbeiten.

"Wir bräuchten eigentlich eine Fachschule für die Süßwarenindustrie", sagt Schindler. Immerhin gilt die Region Ludwigslust/Parchim schon heute als der "süße Landkreis". Neben Sweet Tec sitzt hier auch die ehemalige Gummibear Factory, die heute zum Fürther Süßwarenhersteller Trolli zählt. Und in Grabow werden schon seit DDR-Zeiten Schokoküsse mit dem charakteristischen Zipfel geformt.

Noch größere Nachwuchssorgen als Sweet Tec plagen die Supermarktkette Edeka mit ihrem Fleischwerk. Trotz moderner Technik sind nämlich nur wenige Schulabgänger bereit, ihr Leben zwischen Schweinehälften und Naturdärmen zu verbringen. Hinzu kommen Arbeitszeiten, die um 3 Uhr früh beginnen und Temperaturen in den Hallen, die nur wenige Grad über dem Gefrierpunkt liegen.

Zwar werden die Schweine im Fleischwerk nicht geschlachtet, doch auch das Zerlegen der Tiere ist nichts für schwache Gemüter. Mit Sägen so groß wie Wagenräder teilen die Mitarbeiter die Schweinehälften. Im Akkord schneiden andere Beschäftigte Schinken- oder Schulterstücke heraus.

Es ist die Kolonne einer Fremdfirma, die diese unappetitlichen Arbeiten in dem Fleischwerk erledigt, angeheuert über Werkverträge für eine bestimmte Zeit. Viele der Männer haben ausländische Wurzeln, woher genau die Beschäftigten stammen, ist bei der Werksbesichtigung nicht zu klären.

Dort, wo das Fleisch für die Wiener Würstchen in die Därme gefüllt wird, arbeitet eine siebenköpfige Truppe mit vietnamesischer Herkunft. Jede Woche kommt die Kolonne mit einem Bus aus Berlin, wohnt in der Nähe des Werks und kehrt am Wochenende in die Hauptstadt zurück. Werksleiter Heidenberger schätzt die Fingerfertigkeit der Asiaten, wie er sagt.

Fleischermeister Schmidt, der Herr über die Räucherammern, zählt zu den wenigen Beschäftigten in Valluhn, die schon vor dem Umzug für Edeka gearbeitet haben. "Im Vergleich zu früheren Jahren ist der Betrieb heute viermal so groß", sagt der gebürtige Pinneberger, dessen Eltern schon eine Fleischerei in der Stadt führten.

Wegen der familiären Wurzeln ist es Schmidt besonders schwer gefallen, aus der Nähe Hamburgs nach Mecklenburg-Vorpommern zu wechseln. Doch er baute im Alter von 50 Jahren noch einmal ein neues Haus im schleswig-holsteinischen Gudow, etwa zehn Minuten Autofahrt vom Fleischwerk entfernt. "Bereut habe ich es nicht", sagt der Fleischermeister. "Schließlich wollte ich meinen Job behalten. Und landschaftlich ist es hier wirklich schön."

NWZ

26.2.2012

250 Menschen protestieren in Essen gegen Sonntagsarbeit



Protestierten gegen Sonntagsarbeit: Angestellte von Danish Crown. Bild: Piet Meyer 

Essen - Gegen Sonntagsarbeit haben am Sonntagabend rund 250 Menschen in Essen bei Cloppenburg protestiert. „Es ist alles friedlich“, sagte eine Polizeisprecherin. Anlass war der Plan des Fleischkonzerns Danish Crown, schon am Sonntagabend mit der Schlachtung zu beginnen.

Das hatte den Protest von Gewerkschaften und auch der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) hervorgerufen. Inzwischen hat das Unternehmen auf die Sonntagsarbeit verzichtet. An der Mahnwache vor den Werkstoren habe man aber dennoch festhalten wollen, sagte Katharina Sedlak vom KAB-Landesverband. „Es geht uns grundsätzlich um den Schutz des Sonntags und der Erhaltung der Sonntagsruhe“, sagte Sedlak.

Einen ausführlichen Bericht lesen Sie am Montag in Ihrer NWZ.

Proplanta



AbL unterstützt Rübenbauern gegen Nordzucker und Pfeifer & Langen

Bienenbüttel - Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) unterstützt die massiven Proteste der nord- und westdeutschen Rübenanbauer gegen die Nordzucker AG und Pfeifer & Langen und deren Forderungen nach einer fairen Beteiligung an den hohen Gewinnen und Zuckerpreisen des letzten Geschäftsjahres.



(c) proplanta

Dies sei nicht nur durch die Zuckermarktordnung vorgeschrieben, sondern auch für die Zukunftssicherung der Bauernhöfe existenziell wichtig. Der niedersächsische AbL-Vorsitzende Martin Schulz verwies darauf, dass die Südzucker AG die Rübenpreise bereits vom Marktordnungs-Mindestpreis von 26 Euro auf 37 Euro je Tonne angehoben habe, während die Nordzucker ihren Anbauern bisher nur etwa 31 Euro zahlen wolle.

„Hier rächt sich“, so Schulz, „dass in der verschachtelten Nordzucker-Holding die Rechte der Landwirte kaum noch durchdringen.“ Im Aufsichtsrat der früheren „Bauernfabriken“ säßen mittlerweile Vertreter des Agrarchemiekonzerns Syngenta, des Raiffeisen-Großhandels Agravis, der Süßwaren- und der Milchindustrie. Die Gehälter der bauernfernen Vorstandsmanager seien zudem gewinnabhängig und würden durch hohe Rübenpreise weniger hoch ausfallen. Diese Konzernsprecher plädierten für die Bildung von Reserven für die absehbar schlechteren Zeiten nach dem Ende der Zucker-Marktordnung.

Die Rübenbauern erinnerten demgegenüber an die vielfältigen und teuren Fehlinvestitionen von Nordzucker-Manager mit solchen „Reserven“ und verwiesen darauf, dass auch ihre Betriebe diese Reservenbildung für die Zeit nach Ende der Marktordnung bräuchten. Dies gelte auch gegenüber dem westdeutschen Zuckerkonzern Pfeifer & Langen, der den Rübenbauern ebenfalls eine faire Beteiligung vorenthalte.

Die derzeit immens hohen Zuckerpreise haben nach Einschätzung der AbL neben dem ansteigenden Zuckerbedarf der Schwellenländer und der Ethanol-Hersteller vor allem folgende aktuelle Ursachen: Die Umstellung der Rübenernte in Brasilien von Hand- auf Maschinenernte führe dazu, dass schwere Maschinen die mehrjährigen Zuckerohrpflanzen schädigen, so dass nun in kürzeren Abständen neu gepflanzt werden müsse. Die Aufwertung des brasilianischen Real verschlechtere die Exportbedingungen zusätzlich.

Die durch diese Verknappung entstandenen hohen Weltmarktpreise führten wiederum dazu, dass die zucker-exportierenden Entwicklungsländer ihre

Exportrechte in die EU (15 % des EU-Zuckerbedarfs) nicht ausnutzen, sondern lieber auf den Weltmarkt liefern. Das führe zu einer Zuckerverknappung in der EU, die auch durch die bessere Bezahlung von „Überrüben“ (über die Quoten hinaus) und durch Importe vom Weltmarkt kaum gemindert würden.

Diese Ursachen dieser hohen Zuckerpreise werden nach Einschätzung der AbL wohl noch einige Jahre wirken, ehe dann eventuell das Ende der Zuckermarktordnung und der Zuckerquoten wirksam würden – sofern sich dies nicht verhindern lasse. „Insofern ist die derzeitige Protestwelle ein guter Anlass“, so die AbL, „endlich eine starke und konzernunabhängigere Interessenvertretung der Rübenbauern gegenüber den Zuckerkonzernen zu schaffen.“ Die AbL forderte auch den Deutschen Bauernverband auf, die Interessen der Rübenbauern konsequent zu unterstützen. (AbL)

SVZ

Investoren greifen nach LPG-Betrieben

27. Februar 2012 | 22:00 Uhr | Von: Dieter Brumm

Auch wenn die Landwirte heute zwischen 32 und 35 Cent pro Liter Milch erzielen, die Kosten können sie damit nur knapp decken. Archiv

Immer mehr Investoren und Landwirte aus anderen Bundesländern und sogar aus Holland kaufen landwirtschaftliche Großbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern. "Wir befinden uns mitten im Generationswechsel", sagt Harald Elgeti (61), Geschäftsführer des Kreisbauernverbandes Ludwigslust. Grund: Zunehmend nähern sich Gesellschafter und Geschäftsführer der LPG-Nachfolgebetriebe dem Rentenalter. "Im besten Fall findet sich für den Geschäftsführer ein Nachfolger. Nicht selten wird aber verkauft, der Trend geht dahin", berichtet Elgeti.

In seinem Verbandsgebiet, das sich von Boizenburg an der Elbe bis nach Grabow südöstlich von Ludwigslust erstreckt, befinden sich 103 ehemalige Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, die seit der Wende als GmbH oder Genossenschaft weitergeführt werden.

Diese Großbetriebe bewirtschaften insgesamt 82 000 Hektar Acker- und Grünland. Einige haben mehr als 3000 Hektar, im Durchschnitt sind es 800 Hektar. Da die Böden im westlichen Landesteil sehr sandhaltig sind und somit weniger Ertrag bringen als anderswo, spielt die Viehwirtschaft hier eine große Rolle. Mit der Folge, dass pro 100 Hektar Land annähernd zwei Arbeitskräfte notwendig sind. Womit deutlich wird, dass die Landwirtschaft auch für den Arbeitsmarkt immer noch eine Bedeutung hat. Doch der Verkauf von Großbetrieben wirkt sich oft negativ auf den Arbeitsmarkt aus, denn ein Investor betrachtet die Viehwirtschaft oft rein wirtschaftlich und stellt nach dem Kauf schnell fest: Es lohnt sich nicht. Grund: Auch wenn die Landwirte heute zwischen 32 und 35 Cent pro Liter Milch erzielen, die Kosten können sie damit nur knapp decken. Wird die Milchproduktion eingestellt, konzentrieren sich die Betriebe auf den Ackerbau, lassen auf dem Grünland nur noch Mutterkühe für die Kälberzucht grasen. Denn das Grünland in Ackerflächen umwandeln dürfen sie nicht. "Insgesamt wird die Tierproduktion schwächer, dadurch verlieren wir Jobs", sagt Elgeti, der die Milchwirtschaft auch durch die Konzentration der Molkereien bedroht sieht. In den vergangenen Jahren gab es einen starken Rückgang an Molkereien, heute sind es nur noch vier Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern. Für Elgeti ist das keine positive Entwicklung: "Mit der Konzentration steigt auch die Macht - und

zwar nicht nur gegenüber dem Einzelhandel, sondern auch gegenüber den Erzeugern." Dass eine Molkerei-Vielfalt für die Landwirtschaft besser ist, zeigt sich in Bayern. Elgeti: "Bayern hat eine große Anzahl an Meiereien und die Bauern erzielen dort höhere Preise - da besteht für mich ein Zusammenhang."

Mächtig zu schaffen macht den Landwirten in Mecklenburg-Vorpommern auch der deutliche Anstieg der Bodenpreise. Mit durchschnittlich fast 15000 Euro pro Hektar hat die Bodenverwertungs- und verwaltungsgesellschaft (BVVG) im Vorjahr den höchsten Kaufpreis seit der Bodenprivatisierung in Mecklenburg-Vorpommern erreicht. Gegenüber 2010 war dies ein Anstieg von 23 Prozent. Käufer sind im Westteil des Landes nicht selten Landwirte aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Elgeti sieht den Preisanstieg, der auch erhöhte Pachten mit sich zieht, mit Sorge. "Das verteuert die Produktion"

Doch trotz aller Probleme - die Landwirtschaft hat weniger Grund zu klagen als in den Vorjahren. So sind die Preisentwicklungen vor allem bei Getreide und Raps erfreulich. Und vor dem Hintergrund, dass die Welt immer mehr Nahrungsmittel benötigt, spricht der Geschäftsführer des Kreisbauernverbandes Ludwigslust von "guten Perspektiven für die Landwirtschaft".

Nordkurier

Februar 27, 2012

Wirtschaft + Sozial- von Redaktion
les 

Peenetal Agrar gönnt Kühen mehr Komfort

In Zarnitz sollen sich Milchkühe so richtig wohl fühlen. Die Peeneland Agrar GmbH Hohendorf testet dort tiergerechte Haltung mit neuen Lauf- und Liegeställen.

Die beiden halbrunden Foliendächer lassen viel Licht in die Milchviehanlage Zarnitz bei Wolgast. In elf Metern Höhe überspannen sie zwei 150 Meter lange und 16 Meter breite Laufställe mit Liegeboxen für insgesamt etwa 500 Milchkühe. „Luft, Licht, Platz - daran darf es nicht mangeln“, erläutert der 28 Jahre alte Landwirt Philipp Kowolik die Vorzüge der neuen Ställe.

Der Leiter der Milchviehanlage der Peeneland Agrar GmbH Hohendorf zeigt auf eine braun-weiße Kuh, die neben ihm die Silage vom Futtergang frisst. „Diese hier beispielsweise hatte im alten, niedrigen Stall immer gekränkelt. Seit sie hier ist, blüht sie richtig auf. Ihre Milchleistung hat sich deutlich verbessert“, sagt Kowolik.

Viele Bauern wollen keine Milchproduktion mehr

Viele Landwirte in Mecklenburg-Vorpommern überlegen derzeit, ob sie ihre Milchproduktion weiterführen. Denn ab 2015 werden die Milchquoten fallen, und viele befürchten dann einen Preisfall für Milch. Die Hohendorfer Agrargesellschaft entschied sich 2008 dafür. „Voraussetzung aber ist, dass wir uns bereits heute auf die Bedingungen ab 2015 einstellen“, sagt der 55-jährige Geschäftsführer Bernard Kowolik. Das heiße, mehr Milch und diese dazu noch mit geringeren Kosten zu produzieren.

Deshalb beschloss die Agrargesellschaft, den Kuhbestand bis 2014 auf etwa 1000 Tiere zu verdoppeln und die gesamte Milchproduktion auf einen Standort zu konzentrieren. Trotzdem sollten die Kühe Bedingungen vorfinden, die dem natürlichen Leben der Tierart möglichst nahe kommen. Denn der Zusammenhang zwischen dem Wohlbefinden der Kühe

und ihrer Milchleistung ist bei den Milchbauern unbestritten.

Lange Suche nach geeigneten Ställen

Zwei Jahre lang fuhr Kowolik zusammen mit seinem Sohn Philipp, der gerade sein Studium an der Universität Göttingen abgeschlossen hatte, durch Deutschland und ins Ausland, um zu sichten, was es an modernen Ställen gibt. Am Ende entschieden sie sich für die ursprünglich in Kanada entwickelten Dächer mit der lichtdurchlässigen Folie. „Vor allem bieten sie viel Raumvolumen. Das ist wichtiger als Quadratmeter Fläche pro Tier“, sagt Bauingenieur Torsten Zacher von der NBS Norddeutsche Bauernsiedlung GmbH Prenzlau, die den Bau betreute. „Die Tiere leben faktisch wie unter freiem Himmel. Und die Schlitz im Dach sorgen zusammen mit den offenen Seitenwänden für eine Thermik, die trockene und kühle Luft auch an heißen Sommertagen gewährleistet. Und das ohne Zugluft infolge der sonst erforderlichen Lüfter“, erläutert Zacher.

Ebenfalls nicht gespart wurde an den Liegeplätzen. Kühe ruhen fast die Hälfte des Tages. Das begünstigt das Wiederkäuen und damit die Futterverwertung. In Zarnitz sind die Liegeflächen größer als für eine Genehmigung erforderlich und haben eine feste Strohmattze. Die Trennbügel sind aus Holz und beweglich. Auch die Nackenbügel geben nach und unterstützen so das Aufstehen der Kühe, die sich immer zuerst mit den Hinterbeinen aufrichten. „Insgesamt erfüllt die Anlage die Kriterien einer besonders tiergerechten Haltung“, sagt Zacher.

Höhere Förderung

Das brachte der Agrargesellschaft auch eine höhere Förderung für ihre Drei-Millionen-Euro-Investition. Das sei aber nicht ausschlaggebend gewesen, sagt Bernard Kowolik. Die Ausgaben für die besonders artgerechte Tierhaltung waren höher als die fünf Prozent höhere Förderung gegenüber einem normalen Stall.

Zur Gesamtanlage gehört neben den beiden Ställen ein neues Melkhaus. Das darin befindliche Melkkarussell wurde in Irland entwickelt, 250 Tiere pro Stunde können hier gemolken werden. Von einer Plattform aus können Besucher hinter Glas das Melken beobachten. „Die Leute werden sehen, dass sich die Kühe auch in Anlagen wohlfühlen können, die als Agrarfabriken bezeichnet werden“, sagt Philipp Kowolik.

[Bauern wehren sich gegen Diffamierung](#)

Wann Milchvieh besonders tiergerecht gehalten wird
Investitionen in Laufställe für Milchvieh gelten baulich als „besonders tiergerecht“, wenn sie folgende Anforderungen erfüllen: - mindestens fünf Prozent tageslichtdurchlässige Flächen - es muss ausreichend Platz sein, dass alle Tiere gleichzeitig fressen können - jedem Tier muss eine Liegebox zur Verfügung stehen - die nutzbare Stallfläche muss mindestens fünf Quadratmeter je Kuh betragen - die Laufgänge müssen so breit sein, dass sich die Tiere stressfrei begegnen können - Liegeplätze müssen mit trockener Einstreu versehen werden können (Quelle: Richtlinie zur Förderung von Investitionen in der landwirtschaftlichen Produktion nach dem Agrarinvestitionsförderprogramm vom 12. September 2007)

Februar 26, 2012

Wirtschaft + Soziales [von Jana Otto](#)



Bauern wehren sich gegen Diffamierung

Die Landwirte in der Region haben es satt, pauschal verurteilt zu werden. Bauernpräsident Rainer Tietböhl ermutigte sie, sich der öffentlichen Diskussion zu stellen.



Bauernpräsident Rainer Tietböhl machte seinen Kollegen Mut, sich aktiv an den Diskussionen um landwirtschaftliche Betriebe zu beteiligen.

Foto: Jana Otto

Demmin (nk)

Mehr Sachlichkeit in der Diskussion um landwirtschaftliche Anlagen forderten die Landwirte der Region auf der Jahreshauptversammlung des Demminer Bauernverbandes ein. „Wir kennen die Widerstände vor Ort, ob in Tellin, Lindenhof oder Gnevezow, wenn es um neue Stallbauten geht“, sagte Karsten Trunk, Vorstandsvorsitzender des Regionalverbandes. Das Recht zur freien Meinungsäußerung sei ein hohes Gut und die Landwirte nähmen die vielen Fragen der Bürger sehr ernst. „Wir öffnen Stalltüre und geben Antworten. Wir wehren uns aber gegen Pauschalverurteilung und Diffamierung“, machte Trunk deutlich. Er betonte, dass an die Haltung und Nutzung von Tieren in Deutschland hohe Bedingungen geknüpft seien, die für alle Tierhalter gleichermaßen gelten. Diese seien beispielsweise im Tierschutz- und Arzneimittelgesetz, aber auch in der Nutztierhaltungsverordnung geregelt. Trunk wies darauf hin, dass der durchschnittliche Viehbesatz in Deutschland bei 70 Großvieheinheiten pro 100 Hektar liege. „In unserem Landkreis stehen nur knapp die Hälfte der Tiere“, sagte Trunk. Damit sei eine angemessene organische Düngung möglich und Äcker und Wiesen würden nicht zwangsläufig überdüngt werden. „Fakt ist aber auch, dass Lebensmittel aus Deutschland noch nie so sicher und preiswert waren wie zur Gegenwart. Sie zahlen heute nämlich genauso viel wie vor 20 Jahren.“

"Immer schon gesunde Lebensmittel produziert"

Angesichts dessen sei es für ihn völlig unverständlich, wenn Politiker ein Umsteuern zu mehr Verbraucherschutz forderten und Landwirtschafts-Minister Till Backhaus (SPD) auf der Grünen Woche fordere, gesunde Lebensmittel zu produzieren. „Ich kann mich nicht erinnern, dass wir je etwas anderes gemacht hätten“, kritisierte der Vorstandsvorsitzende. Er finde es richtig, dass sich sein Berufsstand den Fragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nicht verschließe, dass immer wieder über Tierschutz nachgedacht und nach besseren Lösungen gesucht werde. „Wir haben den Ausstieg aus der Käfighaltung für Legehennen vollzogen. Wir verändern unsere Sauenhaltung, wir suchen nach praktikablen Alternativen zur Ferkelkastration und zur Enthornung von Rindern“, nannte Trunk Beispiele. Allerdings forderte er gleichzeitig, dass die Lösungen für die Landwirte immer auch in der Praxis nachhaltig umsetzbar sein müssten.

Rainer Tietböhl, Präsident des Bauernverbandes Mecklenburg-Vorpommern und Mitglied im Demminer Regionalverband, ermunterte seine Kollegen dazu, sich der öffentlichen Diskussion zu stellen. „Die Arbeit der Bauern ist hervorragend. Es gibt keinen Grund, sich zu verstecken“, meinte Tietböhl. In Zeiten, in denen Wörter wie „Massentierhaltung“ und „Agrarindustrie“ zum gängigen Vokabular gehörten, frage er sich, wo genau die Masse anfange. Die FAO, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, habe die Intensivtierhaltung hingegen klar definiert. Ebenso wie Trunk manifestierte Tietböhl, dass Mecklenburg-Vorpommern dieser Definition zufolge weit unter dem Durchschnitt liege. „Demnach müsste Herr Harder als Imker der größte Massentierhalter Europas sein“, meinte Tietböhl spitzbübisch und sorgte damit für Schmunzler bei seinen Kollegen. Anschließend wurde er wieder ernst und gab zu bedenken, dass jeder Stall, der hier nicht gebaut werde, woanders hinkomme. „Und damit geben wir viel Wertschöpfung aus dem Land“, sagte der Bauernpräsident.

Neue OZ online

27.02.2012, 23:55 [Fenster schliessen](#) [drucken](#)

Diesen Artikel finden Sie unter: <http://www.noz.de/lokales/61112397/der-kampf-ums-ackerland-waechst-wer-zuerst-kommt-mahlt-zuerst>

Ausgabe: Meppener Tagespost

Veröffentlicht am: 25.02.2012

Der Kampf ums Ackerland wächst: „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ tb Meppen

tb Meppen. Land ist nicht beliebig vermehrbar, und weil im Emsland die Landwirtschaft floriert und der Bedarf unaufhörlich steigt, wird Ackerboden knapp. Kein Wunder, dass das 12. Forum emsländischer Landwirte am Freitagmorgen so gut besucht war wie nie: Mehr als 450 Teilnehmer wollten wissen: Wie geht es nun weiter mit Ställen und Biogasanlagen – die direkt oder indirekt große Flächen benötigen?

Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Volks- und Raiffeisenbanken sowie die Beratungsringe der Kreise Meppen und Aschendorf-Hümmling hatten als Veranstalter der Diskussionsveranstaltung den Nerv der Zeit genau getroffen. Kammerpräsident Arendt Meyer zu Wehdel machte deutlich, die Landwirte seien fundamental auf die Akzeptanz in der Bevölkerung angewiesen – und diese Akzeptanz schwinde. „Aber gleichzeitig müssen wir deutlich machen, warum die Betriebe in einer globalisierten Welt wachsen müssen, um zu bestehen und dass gleichzeitig auch Grenzen akzeptiert werden.“

Jan Wulkotte von der Bezirksstelle Emsland der Landwirtschaftskammer, stellte zu Beginn der vom Bezirksstellenleiter Arnold Krämer moderierten großen Runde fest: „Die Symptome der Flächenkonkurrenz werden immer sichtbarer.“ Betriebe blockierten durch eigenes Wachstum das des Nachbarn, weshalb immer häufiger das Motto gelte: „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst.“ Auswirkungen auf die Landschaft seien deutlich zu sehen, öffentliche Flächen würden illegal bewirtschaftet, und die Pachtpreise stiegen. Auch wachse der physische und psychische Druck auf die Betriebsleiter.

Umweltprüfung

Aber die Auswirkungen gehen noch weiter, wie Kreisbaurat Dirk Kopmeyer betonte. So hätten Kommunen das Heft des Handelns oftmals nicht mehr selbst in der Hand, sondern die Bauern, die durch das Baugesetzbuch privilegiert seien. So könnten sie Ställe im Außenbereich bauen, die dann gemeindliche Entwicklung oder andere Interessen wie den Tourismus blockierten.

Dieses Problem ist hinlänglich bekannt und hat zu verschiedenen Initiativen geführt. Unter anderem hat der Landkreis Emsland seine Genehmigungspraxis für Ställe verschärft und gleichzeitig darauf gedrängt, das Baugesetzbuch zu ändern. Weil aber die Mastställe nur in wenigen Landkreisen Niedersachsens ein Massen-Problem darstellen, gestaltet sich die Änderung dieses Bundesgesetzes sehr schwierig, zumal die Landwirtevertreter zum Teil dagegen opponieren.

Den aktuellen Stand der geplanten Änderung stellte Harald Wedemeyer, Rechtsanwalt des Niedersächsischen Landvolkes, vor. Demnach soll das Gesetzgebungsverfahren am 28. März beginnen – bis dahin können Eingaben gemacht werden.

Nach derzeitigem Stand also soll der Paragraph 35 des Baugesetzbuches so geändert werden, dass im Außenbereich wie bisher ein Stall gebaut werden kann, „es sei denn, es handelt sich um die Errichtung oder Änderung einer baulichen Anlage zur Tierhaltung, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) unterliegt“.

Hier gibt es mehrere Abstufungen – bei Hähnchenställen zum Beispiel ist eine UVP ab 85000 Stallplätzen zwingend. Bei 40000 Plätzen kann eine Vorprüfung verlangt werden, ab 30000 Plätzen kann die Baugenehmigungsbehörde standortbezogen eine solche UVP anordnen.

Wird also eine UVP nötig, ist im Umkehrschluss ein Stall nicht mehr privilegiert und muss der Antragsteller die Änderung des Bebauungsplanes durch die Gemeinden erhoffen. Dann entscheidet die örtliche Politik. Rechtsanwalt Wedemeyer lehnte diese Neuregelung als teuer und nicht sachgerecht ab. Den Kommunen stünden zudem schon ausreichende Instrumente zur Steuerung zur Verfügung.

Kreisbaurat Dirk Kopmeyer sah das ganz anders. Bestehende Regeln reichten nicht aus, der Landkreis Emsland kämpfte deshalb nach wie vor dafür, Stallneubauten zu entprivilegieren. Dafür habe man mehrere Parameter vorgeschlagen. Unter anderem dürfte dann nicht mehr gebaut werden, wenn im Gemeindegebiet bereits mehr als zwei Großvieheinheiten pro Hektar vorhanden seien.

Die derzeit favorisierte Koppelung an die Umweltverträglichkeitsprüfung werde eher dazu führen, dass wenige sehr große und viele kleine Ställe in der Fläche beantragt würden, fürchtete Kopmeyer.

Neue OZ online

27.02.2012, 23:57 [Fenster schliessen drucken](#)

Diesen Artikel finden Sie unter: <http://www.noz.de/lokales/61176930/staatssekretaer-hermann-kues-besucht-meppen-emslage-diskussion-ueber-biogasanlagen>
Ausgabe: Meppener Tagespost

Veröffentlicht am: 27.02.2012

Staatssekretär Hermann Kues besucht Meppen-Emslage: Diskussion über Biogasanlagen pm Meppen

Meppen. Seit mehr als zehn Jahren beschäftigt sich die CDU Emslage einer Pressemitteilung zufolge mit den Problemen, die sich aus der aktuellen Entwicklung der Landwirtschaft ergeben: „Tierhaltungsanlagen und Biogasanlagen führen immer wieder zu Konflikten mit der Wohnbevölkerung, zum Beispiel wegen Geruchsemissionen oder starker Verkehrsbelastung“, heißt es. Deshalb hatte die CDU Emslage den lokal zuständigen Lingener Bundestagsabgeordneten und Staatssekretär Hermann Kues zu einem Informationsbesuch eingeladen.

Über die Probleme in Meppen-Emslage hat sich Staatssekretär Dr. Hermann Kues bei einer Bereisung mit dem Vorstand der CDU Emslage informiert. Das Foto entstand vor der Biogasanlage von Ruth und Hermann

In enger Zusammenarbeit mit dem Rat und der Verwaltung der Stadt Meppen habe man seit langem Wege gesucht, die „berechtigten Interessen der landwirtschaftlichen Familienbetriebe und die der Wohnbevölkerung in Einklang zu bringen“, schreibt die CDU in ihrer Mitteilung. Ein Ergebnis dieser Aktivitäten sei die Bauleitplanung für den Bereich Emslage, die mittlerweile sogar bundesweite Beachtung gefunden habe. Aber trotzdem seien die Handlungsmöglichkeiten für die Stadt Meppen beschränkt, da landwirtschaftliche Baumaßnahmen durch das Bundesbaugesetz privilegiert seien.

Die Vorsitzende der CDU Emslage, Juliane Große-Neugebauer, freute sich daher, Hermann Kues jetzt in Rühle begrüßen zu können. Zusammen mit Baudirektor Dieter Müller von der Stadt Meppen und dem Vorstand der CDU Emslage habe man zunächst den Bereich westlich der Ortsteile Fullen und Versen bereist.

Dabei wiesen die Ortsvorsteher von Fullen und Versen, Ferdi Redeker und Gerd Gels, den Angaben zufolge auf das Problem hin, dass es wegen der Geruchsbelastung immer schwieriger werde, neue Flächen für Wohnbebauung auszuweisen. Auch die „Vermaisung“ der Landschaft und die noch ungelöste Trassenführung für die geplante 380-kV-Leitung wurden angesprochen.

In der anschließenden Gesprächsrunde im Franziskushaus in Rühle wies Große-Neugebauer darauf hin, dass es für die kommunale Politik nicht immer einfach sei, die „Diktate aus Berlin“ vor Ort umzusetzen.

Kues betonte, dass es wichtig sei, gerade jüngeren Landwirten Perspektiven für eine weitere Entwicklung zu bieten. Auch gesetzliche Änderungen auf Bundesebene könnten keine Patentrezepte liefern, um alle Konflikte vor Ort zu lösen. Zugleich betonte er, dass die Landwirtschaft ständigem Strukturwandel unterworfen sei, und selbstverständlich der Stand der Technik angewendet werden müsse, um zum Beispiel eine Geruchsbelastung zu verringern. Verschiedene Referentenentwürfe zur Änderung des Baugesetzbuches seien in Arbeit; der Teufel stecke aber wie immer im Detail: Insbesondere die Festlegung der Kriterien für den Privilegierungstatbestand bei landwirtschaftlichen Bauvorhaben sei problematisch.

OV

Sonntag, 26. Februar 2012

120 Schweine verenden bei Brand

Von Linda Braunschweig



[Foto: Rolf Haß](#)

Damme. Bei einem Brand in der Nacht zu Sonntag sind in Greven 120 Schweine verendet.

Auf einem Bauernhof stand beim Eintreffen der ersten Einsatzkräfte um 0.10 Uhr eine Scheune in Vollbrand. Das Gebäude und die Tiere darin sowie einige landwirtschaftliche Geräte waren nicht mehr zu retten, weil ein Zugang von außen zu den Tierställen nicht gefahrlos möglich war.

Mehr steht am Montag, 27. Februar, in der gedruckten Ausgabe der OV und im [epaper](#).

Freitag, 24. Februar 2012

Dialog über Tierhaltung fortgesetzt

Von Klaus-Peter Lammert



[Franz-Josef Holzenkamp. Foto: Esslinger](#)

Damme. Sachlich und informativ:

So bezeichneten Teilnehmer das dritte Gespräch im Rathaus über die Zukunft der Tierhaltung in Damme. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Franz-Josef Holzenkamp ging dabei auf einen Referentenentwurf zur Änderung des Baugesetzbuches ein. Nach dem Entwurf soll die Privilegierung für gewerbliche Tierhaltungsanlagen entfallen.

Mehr steht am Samstag, 25. Februar, in der gedruckten Ausgabe der OV und im [epaper](#).

Aktuelles aus Land und Forst

Lücken in der Berichterstattung?

22. Februar 2012

PressekodexDie Regeln für einen fairen Journalismus sind vom Presserat klar definiert und als Pressekodex veröffentlicht. Dazu gehört auch eine gründliche und faire Recherche. Was Iris Habermann vom Landvolk Kreisverband Hannover allerdings mit der Sendung „ZDF Zoom“ erlebte, wirft Fragen nach dem Berufsethos auf. Die viel geforderte Transparenz blieb der Sender schuldig.

Am Mittwoch, 25. Januar, lief in der Reihe „ZDF Zoom“ um 22.45 Uhr der Beitrag „Tödliche Keime aus der Massentierhaltung.“ Autor Torsten Mehlretter suggerierte in seinem 30minütigen Beitrag einen Zusammenhang zwischen dem Frühchen-Tod in Bremen und dem Gebrauch von Antibiotika in der Geflügelmast. Bereits am nächsten Morgen lieferte die Sendung den Aufmacher für die örtliche „Leine-Zeitung.“ Diese titelte: „Wird Metel ein Präzedenzfall? Keime im Umkreis eines Hähnchenstalls“

„Der Landwirt fiel aus allen Wolken, als er die Zeitung gesehen hatte – er wusste von nichts“, erklärte Öffentlichkeitsarbeiterin Iris Habermann. Im Blickpunkt stand sein Hähnchenstall in Metel (Region Hannover), der im ZDF gezeigt wurde. Rundherum hatte Film-Autor Mehlretter selbst den Keimtest mit der „Sockentupferprobe“ vorgenommen, wobei ihn der BUND unterstützte. Im Filmbeitrag heißt es: „In drei von elf Proben wurden gefährliche ESBL bildende E-Coli Bakterien gefunden.“ Weder die Untersuchungsmethodik noch das Institut, das die Proben analysiert haben soll, werden offen gelegt.

Iris Habermann findet den direkten Rückschluss auf den Hähnchenstall in Metel mehr als fraglich: „E-coli gibt es fast überall. Diese Darmbakterien können auch aus Haustierkot oder aus der Gülle stammen.“ Sie fragte in der ZDF-Redaktion nach den detaillierten Ergebnissen.

Von der zuständigen Redakteurin Claudia Ruete und Autor Mehlretter erhielt sie mit dem Hinweis auf den Quellenschutz keine Auskunft. Das verwundert umso mehr, da ansonsten von Journalisten immer maximale Transparenz eingefordert wird.

Die von Habermann inzwischen informierte „Leine-Zeitung“ bemühte sich um die Aufklärung der Sachlage wegen der Unruhe in der Bevölkerung. Die Redaktionsmitarbeiterin handelte sich ebenfalls eine Abfuhr beim ZDF ein. Daraufhin erschien in der Lokalzeitung der Bericht: „Landvolk zweifelt an Datengrundlage.“

„Die Zweifel, dass bei der im Film dargestellten Probenentnahme überhaupt gar kein wissenschaftlich belastbares Ergebnis erzielt wurde, sind damit weiter gewachsen“, sagt Habermann. Aus ihrer Sicht ist keineswegs bewiesen, dass die Erreger tatsächlich aus dem benachbarten Stall kommen.

Die LAND & Forst fasste bei den Kollegen in Mainz nach. ZDF-Redakteurin Claudia Ruete verwies auf die Ergebnisse der RESET-Studie, die unter anderem von der Tierärztlichen Hochschule Hannover begleitet wird. Außerdem fügte sie die Versuchsskizze von Autor Mehlretter für Metel bei.

Das zu Rate gezogene Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) konnte diese Skizze nicht wissenschaftlich bewerten, „da die Beschreibung der Untersuchung nicht wissenschaftlich präzise ist.“ Dr. Bernd-Alois Tenhagen von der BfR-Abteilung Biologische Sicherheit merkte an: „Es wäre methodisch sauber gewesen, wenn man die selben Keime auch im Stall nachgewiesen hätte.“ In der RESET-Studie, an der das BfR ebenfalls beteiligt ist, werden vor allem Darmbakterien auf Resistenzen untersucht. Das dreijährige Projekt läuft noch bis 2013, so dass erst vorläufige Ergebnisse vorliegen.

Der Landvolk Kreisverband Hannover wird über den Bauernverband beim ZDF-Fernsehrat Beschwerde einlegen.

Sabine Hildebrandt

**3 Fragen an Jörn Dwehus,
Hauptgeschäftsführer des Landvolk Niedersachsen - Landesbauernverband e.V.
Müssen Landwirte in Medien verbreitete Vorwürfe erdulden?**

Nein – vor allem dann nicht, wenn sie auf fraglichen oder nicht nachvollziehbaren Grundlagen beruhen. Da muss der Berufsstand auf jeden Fall die Möglichkeit haben, Dinge nachzufragen. Insofern kann es nicht sein, dass ein Sender betroffenen Personen oder anderen Medien den Zugang zu den Studien verwehrt, mit deren Ergebnissen er die Bevölkerung verunsichert und die Tierhaltung in ein schlechtes Licht rückt. Wir haben gerade im Zusammenhang mit der Rammel-Studie in NRW erlebt, dass sich bei komplexen Zusammenhängen und Zahlen durchaus Fehler in die Bewertung einschleichen können. Ein Ergebnis ohne die dazugehörige Aufgabenstellung und den Rechenweg zu präsentieren, das finden wir nicht in Ordnung – da haken wir nach.

Was erwarten die Landwirte von den Journalisten?

Es geht uns nicht darum, hier eine pauschale Medienschelte zu betreiben. Aber wir wollen schon sicherstellen, dass bei Themen und Berichterstattungen, die für unsere Landwirte existenziell sind, die notwendige journalistische Sorgfaltspflicht an den Tag gelegt wird. Bestimmte Dinge sind nun einmal sehr komplex und lassen sich nicht auf die im Journalismus so beliebten „einfachen Wahrheiten“ oder Schlagworte herunterbrechen.

Welche Tipps geben Sie den Landwirten, um Schlagzeilen wie in dem ZDF-Beitrag zu vermeiden?

Das Beispiel zeigt, dass der Bereich der reaktiven neben der proaktiven Pressearbeit an Bedeutung gewinnt: Wir sind uns einig darüber, dass der Berufsstand und vor allem die Tierhalter nicht alles unwidersprochen stehen lassen dürfen. Das gilt für unsachliche, mehr auf Emotionen denn auf Fakten beruhende Darstellungen. Das gilt aber ganz besonders für Veröffentlichungen, die auf fragwürdigen Daten beruhen oder auf falschen Schlüssen und Interpretationen.

In einer Einschätzung sind wir uns sicher: Die moderne Tierhaltung ist besser als ihr Ruf, und sie ist besser, als sie in dem ein oder anderen Medium dargestellt wird. Natürlich kann man das eine oder andere besser machen, dazu sind wir auch in einem kontinuierlichen Prozess bereit. Aber Skandalisierungen, falschen Tatsachenbehauptungen, Verallgemeinerungen, der Darstellung von einzelnen Missständen als Normalität, verkürzten Darstellungen oder falschen und aberwitzigen Schlussfolgerungen treten wir entschieden entgegen.

hb

**Aktuelles aus Land und Forst
Baurecht hat sich bewährt**

22. Februar 2012

EIN KOMMENTAR VON Gabi von der Brelie

Investitionspläne in Ställe können für Tierhalter zu einem Abenteuer mit ungewissem Ausgang werden. Die Bundesregierung will mit den jetzt vorgelegten Plänen zur Novellierung des Baugesetzbuches offensichtlich dem Druck auf kommunaler Ebene nachgeben. Städte, Gemeinden und Landkreise haben gegen die im Baurecht verankerte Privilegierung landwirtschaftlicher Bauten mobil gemacht. Bürgerinitiativen haben mit lautstarken Einwüfen den Eindruck verstärkt, dass Bauern alles dürfen – diesen provokanten Titel hat die Region Hannover jetzt für eine Podiumsdiskussion gewählt. Bei diesen Einschätzungen wird völlig übersehen, dass das Baugesetzbuch mit seinen bislang gültigen Inhalten sehr eindeutige Regeln setzt. Dazu zählen auch Steuerungsinstrumente, die Kommunen durchaus zu nutzen wissen.

Mit den vom Bauministerium in Berlin erarbeiteten Vorschlägen für ein neues Baugesetzbuch wird die Messlatte für die Privilegierung landwirtschaftlicher Tierhaltungen höher gehängt und das Baurecht mit einer Umweltverträglichkeitsprüfung verknüpft. Die bisherigen Erfahrungen damit belegen, dass sie für die investitionswilligen Betriebsleiter stets teuer waren. Je nach Gusto des in den Ämtern und zuständigen Behörden wehenden Mainstreams konnten sie trotzdem nicht die erwünschte Planungssicherheit geben. Aus landwirtschaftlicher Sicht könnte die neue Rechtslage die Betriebsleiter auf juristisch vermintes Gelände schicken.

Es sind nicht unbedingt die gewerblichen Großinvestoren, die an einer Verschärfung des landwirtschaftlichen Baurechtes scheitern, sondern vielmehr die von der Politik als schutzwürdig bezeichneten Kleinbetriebe. Es darf daher zu Recht bezweifelt werden, ob der Gesetzgeber nun ausgerechnet bei ihnen die Daumenschrauben anziehen sollte. Sie dürften nicht nur bei notwendigen Wachstumsschritten, sondern auch den von der Gesellschaft vehement eingeforderten Investitionen in Tier- oder Umweltschutz in schier unlösbare Konflikte gestürzt werden.

Der Widerstand gegen moderne Tierhaltung manifestiert sich ausgerechnet dort am heftigsten, wo man den nächsten Stall stundenlang suchen muss. In den Regionen, wo Land- und Ernährungswirtschaft als Stütze der Region gelten, dürften die Entscheidungen auch zukünftig in einem landwirtschaftsfreundlicheren Licht getroffen werden. Eine solche Zwei-Klassen-Gesellschaft löst keine Konflikte. Sie trägt vielmehr nur zur weiteren Spaltung bei – in den Dörfern selbst und auch zwischen den Regionen des Landes. Der Gesetzgeber sollte mehr Weitsicht zeigen und das landwirtschaftliche Baurecht unangetastet lassen.

Gabi von der Brölie

DBV

19.01.2012

„Die Verbraucher müssen ihr Preisverständnis ändern“

DBV-Ökobeauftragter Graf von Bassewitz in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ „Die Verbraucher müssen ihr Preisverständnis ändern. Erst dann wird sich die derzeitige Tierhaltung entscheidend verändern“. Mit dieser Aussage wird Dr. Heinrich Graf von Bassewitz, Ökobeauftragter des Deutschen Bauernverbandes (DBV), in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ in der Ausgabe am 19. Januar 2012 zitiert. Graf von Bassewitz ist Landwirt in Mecklenburg-Vorpommern und Mitglied im Nachhaltigkeitsrat der Bundesregierung.

Im Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ sagte Bassewitz, dass „die Entwicklung der heutigen Produktionsverfahren vom Markt bestimmt sei. Die Verbraucher, die sich heute über die sogenannte Massentierhaltung beschwerten, haben mit ihrem Kauf von Billig-Lebensmittel und ihrer extremen Preisbewusstheit letztlich genau diese Art der Landwirtschaft vorangetrieben“. Und weiter: „Über Massentierhaltung wird viel geredet, ohne dass dies definiert wird. Zehn Hektar Spargel könnten Agroindustrie sein, zehn Hektar mit Ochsen dagegen sind eine Misere“, kritisierte er. „Begriffe wie Massentierhaltung oder Agroindustrie sind nicht zutreffend und suggerieren falsche Eindrücke“.

Bassewitz verlangte zugleich eine bessere Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft und übte heftige Kritik an der Europäischen Union. „Die EU ist hier auf der völlig falschen

Fährte“, sagte er. Bassewitz forderte, neue Förderkriterien im Sinne eines nachhaltigen Wirtschaftens zu entwickeln. So könnte Ortsansässigkeit der Bauern ebenso belohnt werden, wie deren sozialgesellschaftliches Engagement in der Region oder Eigentum am Betrieb. „Denn das sichert die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft“, sagte Bassewitz. Entwicklungen wie in Übersee mit Finanzhais oder Hedgefonds, die nur die Rendite im Auge hätten, wolle man nicht in der deutschen Landwirtschaft.

Auch der Plan von EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș, ab einer bestimmten Flächengröße die Direktzahlungen zu kappen, entbehre jeden Realitätsbezug. „Nur weil jemand in Mecklenburg-Vorpommern 1000 Hektar Niedermoor-Boden bewirtschaftet, heißt das noch lange nicht, dass er zu viel produziert“, sagte Bassewitz. Ein Landwirt mit 200 Hektar in der Magdeburger Börde würde zum Beispiel weitaus mehr produzieren und verdienen.

PRESSEMITTEILUNG von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Niedersächsischen Landtag

NR. 86

Datum: 28. Februar 2012

GRÜNE fordern Ende der Käfighaltung innerhalb der nächsten fünf Jahre

Die Landtagsgrünen haben die heute (Dienstag) vom Landeskabinett beschlossene Fristsetzung für das Ende der Käfighaltung bis 2023 und in Ausnahmefällen sogar bis 2025 als "deutlich zu lang" kritisiert. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Christian Meyer forderte die Landesregierung, dafür Sorge zu tragen, dass der tierquälerischen Haltung von Legehennen innerhalb von fünf Jahren "vollständig und endgültig ein Riegel vorgeschoben wird. "Es kann doch nicht sein, dass es länger dauert aus der umstrittenen Käfighaltung auszusteigen, als aus der Atomenergie!"

Der Grünen-Politiker verweist auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil aus dem Jahr 2010, das vom Gesetzgeber fordert, bis Ende März dieses Jahres eine tierschutzkonforme Neuregelung vorzulegen.

Es sei äußerst zweifelhaft, ob die derzeitige Regelung, jedem Huhn in engen Käfigen lediglich die Fläche eines Aktendeckels zuzugestehen, mit dem Tierschutz im Grundgesetz vereinbar ist, sagte Meyer. "Eine artgerechte Tierhaltung sieht anders aus."

Der Grünen-Politiker erneuerte seine Forderung an Agrarminister Lindemann, sich im Bundesrat für die Ausweitung der Kennzeichnung von Eiern auch für verarbeitete Produkte einzusetzen. Meyer: "Damit würden die tierschutzgerechten Bio- und Freilandhaltungen der niedersächsischen Eierwirtschaft vor Importen illegaler Qualeier aus verbotenen Käfigbatterien aus dem Ausland im Sinne des Verbrauchers geschützt."

PRESSEMITTEILUNG der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

NR. 0163

Datum: 27. Februar 2012

Verbraucherinnen und Verbraucher wollen Tierwohllabel

Zur heute veröffentlichten Forsa- Studie zu einem Tierwohllabel erklärt Friedrich Ostendorff, Sprecher für Agrarpolitik:

Obwohl die große Mehrheit der Menschen in Deutschland ein Label für tiergerechte Haltungsformen will, ist Verbraucherministerin Aigner nach wie vor nicht bereit zu handeln. Die Forsa-Umfrage zeigt, dass drei Viertel der Verbraucherinnen und Verbraucher sich beim Einkauf tierischer Produkte nicht ausreichend informiert fühlen. Frau Aigner muss die Verbraucherinnen und Verbraucher endlich in die Lage versetzen, selbst zu entscheiden, welche Produkte sie kaufen wollen. Wir fordern seit langem ein Tierschutzlabel, das ähnlich der Eier-Kennzeichnung Aufschluss über die Haltungsform gibt.

Die Industrie hat den Bedarf bereits erkannt und Verbraucherministerin Aigner mit eigenen Tierwohllabels überholt. Die ewig Gestrigen in Industrie und Regierungskoalition befürchten zu Recht, dass bei einer flächendeckenden Einführung eines Tierwohllabels Produkte mit dem gesetzlichen Standard in den Regalen bleiben.

Denn die Forsa-Umfrage zeigt auch, dass etwa 90 Prozent der Bevölkerung erkannt haben, dass Tierhaltung in Deutschland nicht per se tierschutzgerecht ist. Völlig zu Recht werden mehr Platz und Auslauf gefordert. Frau Aigner sollte das Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher endlich nutzen und die Mindeststandards in der Tierhaltung auf ein akzeptables Niveau anheben. Wir werden uns weiterhin für die Einführung einer klaren Kennzeichnung artgerechter Haltungsverfahren in Form eines Tierschutzlabels einsetzen.

DPA

BUND kritisiert geplante Anlage für 80 000 Masthähnchen =

In einem weiteren Ort in Mecklenburg-Vorpommern entsteht Streit wegen neuer Ställe: In Wardow im Landkreis Rostock plant der ortsansässige Agrarbetrieb Anlagen für 80 000 Masthähnchen. Gegner befürchten Lärm und Gestank.

Wardow/Schwerin (dpa/mv) - Die Umweltschutzorganisation BUND kritisiert den geplanten Bau einer Hähnchenmastanlage in Wardow im Landkreis Rostock. Wie die Organisation am Donnerstag mitteilte, will die Agrarproduktionsgenossenschaft Wardow Ställe für fast 80 000 Tiere errichten. Der Vorstandsvorsitzende der Genossenschaft, Christian Heine, bestätigte das Vorhaben, das noch ganz am Anfang stehe. Zwei Firmen von Mitarbeitern der Genossenschaft und anderen Ortsansässigen wollten in die Ställe mit je 39 000 Plätzen investieren, teilte er mit. Der Gemeinderat befürworte das Vorhaben, einen Beschluss gebe aber noch nicht.

Am Freitag will die BUND-Gruppe Wardow Einwohner über mögliche Folgen des Vorhabens informieren, kündigte deren Vorsitzende Jutta von Kuick am Donnerstag an. Die Gegner der Hähnchenmast befürchten mehr Verkehr durch Futteranlieferungen und Tiertransporte sowie Geruchsbelästigung und Keime in der Luft. Immobilien würden an Wert verlieren. Von Kuick forderte, das Land solle sich entscheiden, ob es industrielle Tierproduktion will oder Tourismus und bäuerliche Landwirtschaft.

Nach Angaben des BUND unterliegen industrielle Tierhaltungsanlagen mit weniger als 40 000 Masthähnchen oder Legehennen nicht der Pflicht einer Öffentlichkeitsbeteiligung. Derzeit laufe in Mecklenburg-Vorpommern ein starker Ausbau industrieller Geflügelanlagen. Mehr als 25 Antragsverfahren seien dem BUND bekannt. Sie gelten Anlagen mit bis zu 400 000 Masthähnchen, 35 000 Legehennen oder 86 000 Masthähncheneltern. «Trotz der aktuellen Erkenntnisse zu den gesundheitlichen Risiken durch den Einsatz von Antibiotika werden die Planungen fortgesetzt», sagte-BUND Landesgeschäftsführerin Corinna Cwieliag.

Heine gab zu, dass die Zahl von zweimal 39 000 Mastplätzen «fördertechnische» Gründe habe. Er stellte jedoch klar: «Wir haben kein Interesse daran, den Leuten eine unmögliche Anlage vor die Nase zu setzen.» Geplant seien Ställe mit strengen Hygienevorschriften, so dass die Mäster fast ohne Medikamente auskommen könnten. Es werde mehr Verkehr geben als jetzt, und es werde irgendwann auch riechen. «Man kann keine Tiere halten, ohne dass es stinkt», sagte Heyne. Aber die Gesellschafter, die selbst in Wardow und Umgebung wohnten, hätten kein Interesse daran, die Luft zu verpesten.

Calenberger Initiativen

„Bürgerinitiativen begrüßen Vorschläge zu Veränderungen des Bauprivilegs für Mastställe

Der von der Regionsverwaltung der Region Hannover bei der Veranstaltung „Region im Dialog“ unter dem Titel „Dürfen Bauern alles?“ überraschend vorgestellte Diskussionsvorschlag zur Veränderung des Bauprivilegs bei Massentieranlagen wird von den **CI – {CALENBERGERINITIATIVEN} Netzwerk gegen Massentierhaltung** positiv aufgenommen.

CI – Sprecher Michael Hettwer dazu: „ Wir haben eine Diskussionsgrundlage, für die ich mich im Namen unserer Mitglieder und Unterstützer bei Professor Priebes bedankt habe, der Region vorgestellt bekommen die wir zu großen Teilen mittragen können. Wir bezweifeln mittlerweile, ob Herr Dr. Dohme noch für alle seine Mitglieder spricht, gerade auch vor dem Hintergrund der mannigfaltigen Verflechtungen der Landvolkspitze mit der Agrarindustrie.“

Zu den seit Wochen bekannt gewordenen Gefahren im Zusammenhang mit lebensgefährlichen multiresistenten Keimen u.a. auch aus der Massentierhaltung, reagiert das Landvolk entweder überhaupt nicht oder versucht die Kompetenz und Redlichkeit der Beteiligten (u.a. Wissenschaftler von internationalem Rang) in Misskredit zu bringen.

Hettwer legt für die in der CI vereinigten Bürgerinitiativen und Verbände Wert auf die Feststellung, dass man die Landwirtschaft überhaupt nicht negativ sieht. Auch sei man sich der Probleme gerade der kleineren und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe bewusst. Nur ein immer „weiter so“ und immer größeres Wachstum wird zu einem noch schnelleren Höfesterben führen und nur der Agrarindustrie in die Hände spielen.

„Wir wollen einfach eine bäuerlich strukturierte Landwirtschaft die gesellschaftlich akzeptiert ist und keine Agrarfabriken, die die überwiegende Zahl aller Landwirte nicht betreiben und wohl auch nicht betreiben wollen. Den Bauern muss ein ordentliches Auskommen für ihr Arbeit gesichert sein“, erklärt Hettwer und unterstreicht, dass man sich um Gespräche mit den

Landwirten ohne Vorbedingungen seit über einem halben Jahr bemühe. „Ob es hier eine Art Kontaktsperrung durch die Landvolkführung gibt?“, fragt sich der CI –Sprecher.“

HAZ

"Druck bei Mastanlagen wächst"

Die Region fordert ein Mitspracherecht der Kommunen beim Bau von größeren Mastanlagen außerhalb von Ortschaften. Das hat der Umweltdezernent der Region, Axel Prieb, gestern gesagt. Die Gemeinden müssten "die Entwicklung des Außenbereichs wirksam beeinflussen können", erläuterte er. Derzeit dürfen Mastställe außerhalb von Ortschaften ohne Zustimmung der Kommunalpolitik gebaut werden, wenn sie die Bauregeln einhalten. Bei einer Podiumsdiskussion der Region Hannover unter dem Titel "Dürfen Bauern alles?" am Mittwoch begründete Prieb seine Forderung mit dem wachsenden Druck der Bürger in dieser Frage. Der Geschäftsführer des Landvolkverbandes Hannover, Carl Dohme, befürchtet hingegen, dadurch solle der Bau neuer Mastanlagen durch die Kommunalpolitiker in erster Linie verhindert werden. In einer zeitweise sehr emotional geführten Debatte vor rund 400 interessierten Bürgern sagte die CDU-Bundestagsabgeordnete Maria Flachsbar, der Fleischkonsum habe in den vergangenen Jahren drastisch zugenommen, die Landwirtschaft müsse darauf reagieren. Ihr Kollege von der SPD, Matthias Miersch befürchtet Knebelverträge für Landwirte, die Mastanlagen bauen, um die Tiere dann an Großschlachtereien weiterzugeben. Erst vor zwei Monaten hatte die Region den Bau einer Hähnchenmastanlage in Barsinghausen-Groß Munzel für 82?400 Tiere genehmigt.

23.02.2012 / HAZ Seite 14 Ressort: HANN

Bericht:

AG Landwirtschaft Tierschutz Ernährung Verbraucherschutz der Piratenpartei Niedersachsen

Am 22.02.2012 fand im "Haus der Region" in Hannover im Rahmen der Reihe Region im Dialog die Podiumsdiskussion "Dürfen Bauern alles?" zum Thema privilegiertes Bauen im Außenbereich statt.

Beginn ca. 17:00 Uhr. Es waren mehrere Hundert Teilnehmer anwesend, zum größten Teil wohl Landwirte, aber auch einige Tierschützer und Vertreter des BUND. Das Bürgerfernsehen h1 hat einen Bericht gedreht.

1. Regionspräsident Hauke Jagau stellt die Region als zuständige Behörde vor.

2. Umweltdezernent Prof. Dr. Axel Prieb stellt das Baurecht im Außenbereich vor. Nach § 35 Baugesetzbuch ist das Bauen im Außenbereich grundsätzlich nicht gestattet. Ausnahmen können z. B. für land- und forstwirtschaftliche Gebäude, Windkraftanlagen, Strommasten usw. gemacht werden. §201 BauGB verlangt einen Zusammenhang zwischen landwirtschaftlicher Bodenbewirtschaftung und Tiermast. D. h. eigentlich dürfte ein landwirtschaftlicher Betrieb nur so viele Tiere halten wie er aus seiner

Bodenbewirtschaftung ernähren kann. Dieser Zusammenhang kann aber auch abstrakt sein. D. h. der Betrieb könnte auf seinen Flächen auch beispielsweise Kartoffeln anbauen und das Futter zukaufen. Stehen entsprechende Flächen nicht zur Verfügung gelten Tiermastställe zwar als gewerbliche Bauten, werden i. d. R. aber nach §35 Abs. 4 BauGB trotzdem zugelassen.

Probleme durch immer mehr und immer größere Bauten im Außenbereich: Zersiedelung der Landschaft, sinkende Akzeptanz bei Anwohnern, Unmut bei den Gemeinden weil ihnen die Steuerungsmöglichkeiten fehlen.

Biogasanlagen sind nach §35 Abs. 6 BauGB zulässig sofern der zugeordnete landwirtschaftliche Betrieb in wirtschaftlicher Hinsicht bestimmend bleibt. Dazu können aber auch mehrere Betriebe gehören die eine solche Anlage gemeinsam betreiben. Eine Steuerungsmöglichkeit gebe es für die Kommunen z. B. dann, wenn die Anlage Raumbedeutsam wäre. Das ist aber nur sehr selten gegeben.

Als gewerblich geltende Anlagen sind über B-Pläne und Flächennutzungspläne steuerbar. Ab einer gewissen Größe von Mastställen gibt es einen Planungsvorbehalt. Dies wird von den Mästern jedoch dadurch umgangen das sie mit der angegebenen Planzahl ganz knapp unter dieser Grenze bleiben.

Thesen zur Diskussion:
klassische LW-Betriebe sollen privilegiert bleiben. Es müssen jedoch Steuerungsmöglichkeiten für große Mastanlagen, Biogasanlagen, gewerbliche Betriebe und für die Entwicklung des Außenbereichs verbleiben.

3. Rosa Legatis lädt die Teilnehmer aufs Podium ein und gibt zunächst jedem Gelegenheit für ein Statement.

Uwe Sternbeck, Grüne, Bürgermeister Neustadt a. Rbg.: beklagt Preisverfall bei Lebensmitteln. Deshalb würden LW-Betriebe immer größer um immer rationeller produzieren zu können.

Dr. Carl Dohme, Geschäftsführer Landvolkkreisverband Hannover e.V.: verlangt das die Genehmigungsverfahren nicht mehr bei den Kommunen sondern an höherer Stelle, also dem Land, angesiedelt werden sollten. Die Kommunen vor Ort würden dazu neigen alle Bauvorhaben wie größere Ställe, Stromtrassen usw. nach dem St.-Florians-Prinzip abzulehnen um sie woanders anzusiedeln.

Dr. Maria Flachsbarth, MdB CDU: vergleicht landwirtschaftliche mit Industriebetrieben. Genauso wie z. B. VW müssten auch LW-Betriebe immer größer, effektiver und wirtschaftlicher werden um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Dr. Matthias Miersch, MdB SPD: hält den Weg der Region, Ansiedlungen im Außenbereich zu steuern, für den richtigen. Großbetriebe wie z. B. der Schlachthof in Wietze seien ein Irrweg und die Landwirtschaft täte sich selbst keinen Gefallen an dieser Entwicklung festzuhalten.

Prof. Dr. Christina von Haaren, Institut für Umweltplanung an der Leibniz Universität Hannover: die Gesetzgebung geht immer noch von landwirtschaftlichen Betrieben aus wie sie früher einmal waren. Die heutigen

Großbetriebe und gewerblichen Betriebe werden von der Gesetzeslage nicht berücksichtigt. Landwirtschaft war und ist von gesamtgesellschaftlichem Interesse und deshalb privilegiert. Die aktuellen Fakten, zumindest im ökonomischen Bereich, widersprechen dieser Einschätzung jedoch.

4. Podiumsdiskussion:

Dohme beklagt, die Politiker würden sich dem Mainstream beugen der sich gegen die Landwirtschaft richtet.

Sternbeck bestreitet dies. Man müsse da zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben unterscheiden.

Flachsbarth wiederholt das der Konsum von Fleisch und Geflügel stark zugenommen habe und für diese Nachfrage in großen Mengen billig produziert werden müsse.

Priebs fragt nach Alternativen. So wie in Vechta und Cloppenburg dürfe es nicht überall werden.

von Haaren weist auf große Veränderungen des Landschaftsbildes, z. B. durch große Biogasanlagen, hin. Solche Anlagen dürften ohne Wärmenutzung gar nicht mehr genehmigt werden. Auch die Lagerung der großen Restmengen sei ein Problem. Wasserwerke beklagen höhere Nitratbelastung durch den Anbau von Monokulturen.

Miersch beklagt dass alle Vorschläge von SPD und Grünen von der Nds. Landesregierung stets abgelehnt würden. Er warnt die Landwirte davor, sich mit ihren Betrieben in eine Abhängigkeit von den großen Vermarktern zu begeben.

Dohme ist lieber von der Wirtschaft abhängig als vom Staat. Die Tierhaltung habe in der Region Hannover bereits um 40% abgenommen. Größenwachstum sei sicher nicht die Antwort auf alle Probleme, die Landwirte müssten sich jedoch dem Markt stellen.

Flachsbarth bedauert das Höfesterben, das aber notwendig sei weil Betriebe ständig wachsen müssten. In Bayern gebe es noch Betriebe um 30ha, in Niedersachsen seien sie üblicherweise um 100ha groß. In den neuen Bundesländern sind LW Betriebe 1.000ha und größer. Also müssten sich die Betriebe in den alten Bundesländern dem anpassen um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Miersch bekräftigt die Abhängigkeit der Landwirtschaft von Subventionen. Zu Dohme gewandt: wenn 60% des gesamten EU-Haushaltes für Landwirtschaftssubventionen eingeplant sind könne man nicht davon sprechen das die LW Betriebe sich lieber nach dem Markt richten als nach Subventionen. Weiter beklagt er die Zustände im verarbeitenden Gewerbe wie z. B. Niedriglöhne und Scheinselbstständigkeit.

Priebs beklagt wiederholt die mangelnden Steuerungsmöglichkeiten. Die nicht verhinderbaren Großbetriebe machten die kleinen und mittelständischen Betriebe kaputt.

Sternbeck beklagt den hohen Druck auf den Außenbereich, der insbesondere auch durch die Energiewende entstände. Hieran sei auch die verfehlte EU-Subventionspolitik schuld.

5. Publikumsfragen:

Die Diskussion verläuft sehr weitläufig über das eigentliche Thema hinaus. Einige Tierschützer beklagen zurecht die nicht artgerechten Haltungsbedingungen in der Intensivhaltung.

Eckehard Niemann, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft - AbL, stellt in einem Wortbeitrag die bäuerliche Landwirtschaft als Alternative vor.

Weitestgehend wurden jedoch bereits bekannte Positionen wiederholt.

Ende der Diskussion ca. 19:10 Uhr. Rosa Legatis bringt die Diskussion vor mehreren Hundert Zuhörern professionell und zielführend fast punktgenau zum Ende.

Schlusswort von Axel Priebes.

NDR

Stand: 26.02.2012 16:01 Uhr

Auf dem Kreuzweg durch Wietze



[Erste Station des ökumenischen Kreuzweges ist der umstrittene Geflügelschlachthof in Wietze.](#) Ralf Meister ist ein Mann Gottes. Und er versteht etwas von Symbolik. Der evangelische Landesbischof Niedersachsens ist einer der Initiatoren des ökumenischen "Kreuzweges der Schöpfung", der am Sonntag in Wietze (Landkreis Celle) gestartet ist. Dort versammelten sich etwa 250 Christen, um "Gottes geknechteter Schöpfung eine Stimme zu geben", wie es auf der Internetseite des Bistums Hildesheim heißt. Die Wahl ist nicht zufällig auf die Gemeinde im Westen von Celle gefallen: Im September 2011 hat dort ein riesiger Schlachthof seine Produktion aufgenommen, dessen Ansiedlung äußerst umstritten war und ist. Protestanten und Katholiken wollen auf diese Problematik aufmerksam machen, der Landesbischof stellte in seiner Predigt nach dem Ortstermin die Frage nach der Verantwortung für Gottes Schöpfung.

Kreuzweg gegen Massenschlachtung

Mit einem ökumenischen Kreuzweg haben in Wietze 250 Gläubige gegen die Massentötung von Tieren demonstriert. An den vier kommenden Fastensonntagen wird der Kreuzweg fortgesetzt.

Zweiter Schwerpunkt: Umgang mit Atomkraft

In Wietze trugen Gläubige des Bistums Hildesheim symbolisch ein großes Kreuz mit sich. Das Holz, aus dem das Kreuz geschnitzt ist, stammt aus einer Lärche. Sie stand in der Nähe des Bergwerks Asse. Dort, im Atommülllager, wollen die Christen am 4. März als nächstes Station machen. Nach der Auseinandersetzung mit der Fleischindustrie in Wietze wollen die Christen den Schwerpunkt ihres Kreuzweges anschließend auf den Umgang mit der Atomkraft legen. Am 11. März folgt der Schacht Konrad bei Salzgitter, zum Abschluss am 18. März machen die Teilnehmer Halt in Gorleben. An allen Orten sind Andachten geplant.

Pressemitteilung : AbL unterstützt kirchlichen Kreuzweg der Schöpfung

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) unterstützt den vom Bistum Hildesheim und der Evangelischen Landeskirche Hannover durchgeführten „Kreuzweg der Schöpfung“ mit seinen Stationen am Rothkötter-Geflügelschlachthof Wietze sowie an den Atommüll-Lagern Asse, Schacht Konrad und Gorleben. Alle diese Orte symbolisierten laut Landesbischof Ralf Meister „Grenzüberschreitungen unseres Konsums“ und seien Orte, „an denen das Leiden der Schöpfung sichtbar wird“. Bei der ersten Station in Wietze, an der mehrere hundert Menschen teilnahmen, wandte sich Meister gegen die Verurteilung anderer Menschen und gegen eine politische Instrumentalisierung dieses Kreuzweges, sprach sich aber auch sehr deutlich gegen die laufende „Entgrenzung“ des Umgangs mit den Tieren aus und forderte von Verbrauchern, Beschäftigten und Unternehmern eine neue Form der Verantwortung gegenüber den Mitgeschöpfen.

Noch deutlicher hatte die Evangelische Landeskirche zuvor in einem Positionspapier „höchste Standards“ in der Tierhaltung gefordert und die „zu großen Einheiten bzw. industriellen Formen“ der Nutztierhaltung kritisiert. Angesichts der Mitgeschöpflichkeit der Tiere müsse „bezweifelt werden, dass man in Großeinheiten und Großschlachtenanlagen, wie sie heute bestehen oder geplant werden, dem Tierwohl und den sozialen und umweltethischen Anforderungen gerecht werden“ könne: „Darum sollten die bestehenden Anlagen gründlich überprüft und neue Anlagen nur dann genehmigt werden, wenn sie den genannten Maßstäben und Standards uneingeschränkt Rechnung tragen. Zu vermeiden ist eine nationale und internationale (Land)wirtschaftspolitik, die zwangsläufig von industrieller Technologie und Philosophie bestimmte Großhaltungen zur Folge hat. Technologie muss generell wieder „dienende“ Funktion übernehmen. Es ist ein Wandel notwendig, der zielgerichtet und unverzüglich zu Formen der Tierhaltung und Tiernutzung im Sinne von Tierwohl, Menschengesundheit und Nachhaltigkeit führt.“ Die Kirche forderte ein neues Leitbild, das ohne falsche Romantisierung „landwirtschaftliche Unternehmen von agroindustriellen Tierfabriken unterscheidet.“

Der niedersächsische AbL-Vorsitzende Martin Schulz bedankte sich für dieses Engagement der Kirchen für eine artgerechte Tierhaltung in lebensfähigen bäuerlichen Strukturen und forderte zugleich das Niedersächsische Landvolk (Landesbauernverband) zu einer Besinnung und fairen Diskussion anstelle von Polemik auf: In seinem „Info Öffentlichkeitsarbeit“ vom 28.2.2012 habe das Landvolk versucht, den Umwelt- und Nachhaltigkeitsbeauftragten des Bistums Hildesheim, Jürgen Selke-Witzel, als Mitorganisator der Kreuzwegs in eine parteipolitische Ecke zu drängen und zu isolieren. Man habe dagegen angebliche Proteste von Landwirten und „treuen Mitgliedern von katholischen und evangelischen Kirchengemeinden“ instrumentalisiert.

Demgegenüber verwies Schulz auf die Zustimmung sehr vieler Bäuerinnen und Bauern und Kirchenmitglieder zu diesem Kreuzweg. Dies zeige den Diskussionsbedarf auch innerhalb der Landwirtschaft über den zukünftigen Weg zu einer artgerechten und gesellschaftlich akzeptierten Tierhaltung. Diese sei nur in mittelständisch-bäuerlichen Strukturen möglich - im Interesse des Erhalts bäuerlicher Strukturen dürfe der objektive Unterschied zwischen Landwirten und Agrarindustriellen nicht beiseite geredet werden.

Die AbL äußerte die Hoffnung, dass Landesbischof Meister die Position der Kirche beim angekündigten Gespräch mit dem Landvolk-Präsidium deutlich machen könne, ebenso wie Pastor Friebe vom Kirchlichen Dienst auf dem Lande (KDL) bei einer Veranstaltung des Deutschen Bauernverbands im März in Bonn. Angesichts der Macht der Agrarindustrie-Lobby erinnerte die AbL in diesem Zusammenhang aber auch an die Äußerung Georg von Frundsbergs gegenüber dem mutigen Luther vor dem Reichstag zu Worms: „Mönchlein, Du gehst einen schweren Gang...“

3.950 Zeichen
29.02.2012

PRESSEMITTEILUNG der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

NR. 0160
Datum: 23. Februar 2012

Bundesregierung muss Länderbeschluss zum Ende der Käfighaltung umsetzen

Zum heute im Bundesratsausschuss für Agrarpolitik und Verbraucherschutz gefassten Beschluss, die Übergangsfrist für Kleingruppenhaltungen auf das Jahr 2023 festzusetzen, erklärt Friedrich Ostendorff, Sprecher für Agrarpolitik:

Grundsätzlich gilt: Jedes weitere Jahr Käfighaltung ist ein Jahr zu viel. Trotzdem begrüßen wir, dass im Bundesrat unter der maßgeblichen Initiative von Rheinland-Pfalz ein deutlich schnelleres Ende der Käfighaltung beschlossen wurde, als ursprünglich vorgesehen. Die Bundesregierung wollte als Übergangsfrist das Jahr 2035 setzen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, den anstehenden Bundesratsbeschluss umzusetzen und nicht weiter zum Schaden der Tiere um Jahreszahlen zu feilschen.

Pressemeldung DTB

Vom 23.02.2012

Bundesrat: Hühnerkäfig-Kompromiss

Der Agrarausschuss des Bundesrates hat heute in einer Sondersitzung empfohlen, dem „Kleingruppenkäfig-Kompromiss“ zuzustimmen. Die Länder Niedersachsen und Rheinland-Pfalz hatten einen gemeinsamen Antrag vorgelegt, der eine Übergangsfrist für Kleingruppenkäfige bis 2023 – statt wie von Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner ursprünglich angedacht bis 2035 – vorsieht. In Härtefällen kann ein Weiterbetrieb der Käfige bis 2025 erlaubt werden. Der Deutsche Tierschutzbund begrüßt, dass das Ende der Käfige kommt, bleibt aber bei seiner Grundsatzkritik, dass eine Übergangsfrist – zudem von mindestens elf Jahren - nicht begründbar ist. Zugleich mahnt der Verband die Bundesministerin Ilse Aigner alles zu tun, das Ende der Kleingruppenkäfige so rasch wie möglich umzusetzen. Scharf kritisiert werden die Versuche des Zentralverbandes der Deutschen Geflügelwirtschaft und des Deutschen Bauernverbandes, die Käfigqual bis mindestens 2035 durchzusetzen und die Bundesministerin dazu zu bewegen, den Kompromiss noch zu unterlaufen.

„Die Käfigqual für Legehennen in Deutschland wird enden, das ist die gute Nachricht. Die schlechte ist, dass die Eierindustrie die Kleingruppenkäfige noch mindestens elf Jahre weiter betreiben kann“, kommentiert Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, und fügt an: „Der ursprünglich geplante Bestandsschutz bis ins Jahr 2035 war inakzeptabel. Wir sind froh, dass die Länder das nun korrigieren und setzen darauf, dass sich die Bundesministerin Ilse Aigner nicht sperrt.“

Das Bundesverfassungsgericht hatte nach einer Klage der Landesregierung Rheinland-Pfalz die Verordnung für die Haltung von Legehennen in Kleingruppenkäfigen für nichtig erklärt. Eine Neuregelung musste bis April gefunden werden. Die Struktur der Käfigsysteme bietet den Legehennen keine Möglichkeit, auch nur annähernd ihre artgerechten Verhaltensweisen auszuleben. „Jeder, der die Käfige gebaut hat, wusste, dass dies in einem rechtlich unsicheren Raum passiert. Es gibt keine vernünftigen Argumente dafür, auf weitere Zugeständnisse zu pochen“, kritisiert Schröder die Bemühungen des Deutschen Bauernverbandes und des Zentralverbands der Deutschen Geflügelwirtschaft, den aus Tierschutzsicht immer noch ungenügenden Kompromiss abzuwenden.

Chronologie: Kampf für das Käfigverbot

Seit dem verstärkten Aufkommen der Käfige für Legehennen Mitte der 1960er Jahre kämpft der Deutsche Tierschutzbund gegen diese Haltung und für tiergerechtere alternative Haltungssysteme. Das Bundesverfassungsgericht (BVG) erklärte die Käfighaltung 1999 für verfassungswidrig, da sie nicht dem Gebot des Tierschutzgesetzes genügt. Betreiber von Käfigbatterien ignorierten das mittlerweile erlassene Verbot der Käfighaltung. Die CDU/CSU-/FDP-Bundesregierung und eine Bundesratsmehrheit machte das Verbot wieder rückgängig: 2006 trat eine geänderte Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung in Kraft, nach der Hühnerkäfige weiterhin erlaubt blieben. 2007 legte die rheinland-pfälzische Landesregierung die Normenkontrollklage gegen die sogenannten Kleingruppenkäfige ein. 2010 gab das BVG dieser Klage Recht.

OZ

OZ/LOKAL/HGW vom 28.02.2012 06:14
Bündnis gegen Massentierhaltung geplant

Der alternative Nobelpreisträger Michael Succow wendet sich gegen Massentierhaltung und industrielle Landnutzung. Dafür will er unter anderem mit Naturschützern, Politikern und Landwirten zusammenarbeiten.

Foto: Söllner



Greifswald/Rostock (OZ) - Der Greifswalder Landschaftsökologe Prof. Michael Succow ruft in Mecklenburg-Vorpommern zu einem Bündnis gegen industrielle Agrarnutzung auf.

Mit Naturschützern, Hoteliers, Mitgliedern und Bürgerinitiativen stehe er dazu bereits in Kontakt. Dass sich auch Politiker, Vertreter der Gesundheitswirtschaft und aufgeklärte, ökologisch wirtschaftende Landwirte der Initiative anschließen, sei ihm wichtig, meint der 71-Jährige, der 1990 als stellvertretender Umweltminister der Modrow-Regierung das ostdeutsche Nationalpark-Programm auf den Weg brachte.

Succow lehnt Massentierhaltung und industrielle Agrarnutzung ab, die aus seiner Sicht „zu ökologischer und sozialer Verödung ganzer Landstriche“ führt.

OZ vom 27.02.2012 15:09

Succow: Gequälte Tiere auf engstem Raum schrecken ab

(OZ) - **OZ:** Sie sind Ökologe. Warum beschäftigt Sie das Thema Landwirtschaft?

Michael

Succow: Ich bekomme immer häufiger Hilferufe aus Dörfern in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, in denen große Hähnchen- oder Schweinemastanlagen gebaut werden sollen. Immer mehr Bürger sind der Meinung: Dieses Land ist zu schade, um durch industriemäßige Agrarnutzung ruiniert zu werden. Nicht nur umweltbewegten Menschen wollen, dass wir gemeinsam etwas dagegen unternehmen.

OZ: Der Bauernverband meint, die Proteste kommen von kleinen Gruppen, die aber kräftig Lärm machen. Wie ist Ihr Eindruck?

Succow: Ich bin überzeugt, dass inzwischen die Mehrheit der Bevölkerung die industriemäßige Agrarproduktion für nicht mehr verantwortbar hält. Im Januar war ich in Berlin zur Grünen Woche beim Protestzug vor dem Kanzleramt dabei. Unter dem Motto „Wir haben es satt – Bauernhöfe statt Agrarindustrie“ forderten die Demonstranten von Kanzlerin Angela Merkel eine Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik. Das waren 23000 Menschen, keine Splittergruppe. Neu ist, dass aus der Landwirtschaft nicht nur Ökobauern dabei waren, sondern auch viele Milchbauern, die im Bund Deutscher Milchviehhalter organisiert sind.

OZ: Warum sind Sie gegen industrielle Agrarnutzung?

Succow: Sie führt zu ökologischer, aber auch sozialer Verödung ganzer Landstriche. Industriemäßige Anlagen kommen mit ganz wenig Beschäftigten aus. Zwangsläufig gehen Arbeitsplätze verloren, Auf dem Lande fühlen sich immer mehr Menschen nicht mehr gebraucht. Das führt zu sozialen Fehlentwicklungen. Auch dazu, dass vor allem im ländlichen Raum Neonazis Fuß fassen. Außerdem schreckt der Anblick der Großanlagen ab – Stacheldraht und nachts erleuchtete, hohe Mauern, gequälte Tiere auf engstem Raum. Das erinnert an Zuchthäuser. Wer kann, zieht weg.

OZ: Sie sprechen von der Natur als Kapitalstock. Was meinen Sie damit?

Succow: Wir sollten uns bewusst machen, dass die Natur unser Reichtum ist. Die Ostseeküste, die vielen Seen, die Wälder mit Adlern, Kranichen, Schwänen – all das macht Mecklenburg-Vorpommern zu einem begehrten Wohn- und Urlaubsland, zu einem aussichtsreichen Standort für Gesundheitswirtschaft und Regionalentwicklung. Wir haben es nicht nötig, Zerstörung durch die Agrarindustrie hinzunehmen.

OZ: Der Bauernverband meint, dass die Landwirtschaft billig produzieren muss, um wettbewerbsfähig zu sein. Was sagen Sie zu diesem Einwand?

Succow: Es kann nicht gesund sein, dass ständig mehr Brathähnchen für drei oder vier Euro auf den Markt geworfen werden, billiger als Hunde- und Katzenfutter. Deutsche Autos sind im Ausland ein Synonym für Qualität, für hochwertige Produkte. Das muss auch für hier erzeugte Nahrungsmittel gelten. Außerdem ist diese so genannte billige Produktion für die Allgemeinheit sehr teuer. Schadstoffe aus Tierfarmen kommen irgendwann im Grundwasser an. Solche Grundwassereinbrüche gibt es bereits, sie zu beheben, dafür müssen wir als Steuerzahler aufkommen. Der fruchtfolgelose Maisanbau zur Energiegewinnung in Biogasanlagen ruiniert nicht nur die Böden, sondern ist auch Energieverschwendung. Die großen Landmaschinen verbrauchen viel Treibstoff, Kunstdünger und Unkrautvernichtungsmittel müssen mit großem Energieaufwand hergestellt werden.

OZ: Was halten Sie von dem häufig angeführten Argument, dass der Hunger in der Welt allein mit ökologischer Landwirtschaft nicht besiegt werden kann?

Succow: Ich bin der festen Überzeugung: Die Lösung globaler Ernährungsprobleme findet entweder nachhaltig-ökologisch und regional statt oder überhaupt nicht. Deutschland verfügt nur über ein Prozent der Welt-Agrarfläche. Es ist unsinnig, damit die Welt ernähren zu wollen. Für das in Deutschland verbrauchte Hühner- und Schweinefutter sind 2,4 Millionen Hektar Sojaanbaufläche nötig. Soja importieren wir zum Beispiel aus Brasilien, wo dafür die Regenwälder gerodet werden. Es ist belegt, dass 90 Prozent der Rodungen im Amazonasgebiet insbesondere dem Sojaanbau dienen.

OZ: Das würde bedeuten, dass die deutsche Agrarwirtschaft auch im Ausland Landschaft zerstört. Kennen Sie solche Beispiele aus eigener Erfahrung?

Succow: Ja, meine Stiftung arbeitet in Äthiopien an einem Landnutzungsprojekt zur Stabilisierung ländlicher Räume. Dort behindern zum Beispiel Milchpulverimporte die eigenständige Regionalentwicklung. Im Sudan betreiben Investoren zweifelhafte Landraub-Machenschaften auf riesigen Flächen. Sie vertreiben sie die indigenen Völker von ihren angestammten Siedlungsplätzen.

OZ: Sie plädieren für eine Allianz der Vernünftigen gegen industriemäßige Agrarnutzung. Wen wollen Sie dafür gewinnen?

Succow: Naturschützer, Hoteliers, Politiker, die Gesundheitswirtschaft, aufgeklärte, ökologisch wirtschaftende Landwirte – alle, die die subventionierte Unvernunft nicht mehr mittragen wollen.

OZ: Was schlagen Sie stattdessen vor?

Succow: Eine ökologisch orientierte Landnutzung, die sich in Naturzusammenhänge einordnet und Lebensfülle zulässt. Äcker, über denen Lerchen jubeln, mit gesunden, humushaltigen Böden, die gutes Grundwasser bilden können. Kulturlandschaft hat etwas mit Kultur zu tun, mit einer Geisteshaltung. Landwirt zu sein heißt, die Landschaft zu bewirten. Landschaft ist ein Organismus, den wir stabilisieren müssen, nicht degradieren.

OZ: So spricht der Visionär und Wissenschaftler. Fühlen Sie sich damit von der Landespolitik verstanden?

Succow: Ja. Ich denke, dass bei unserer Landesregierung ein Umdenkprozess eingesetzt hat. Ein Gespräch mit Ministerpräsident Erwin Sellering hat mir Mut gemacht.

Interview von Elke Ehlers

MVPO.COM

Bauernverband weist Behauptungen von Michael Succow zurück

Schwerin/MVPO „Landwirte in Mecklenburg-Vorpommern sind empört, dass Michael Succow die hiesige Landwirtschaft für Verödung und Neonazismus verantwortlich macht. Wir weisen diese Behauptung als absurd zurück. Ebenso widersinnig wie falsch ist seine Vorstellung von Tierhaltung „... mit Stacheldraht, nachts erleuchteten hohen Mauern, gequälten Tieren und seinem Zuchthausvergleich.“

Wir laden Michael Succow ein, sich selbst ein Bild von Tierhaltung und Ställen zu machen, statt mit gescheiterten Ideologien gegen die Landwirtschaft zu hetzen“, erwidert Bauernpräsident Rainer Tietböhl (Foto) die verbalen Ausfälle des Greifswalder Professors, der mit seinen in der Ostseezeitung vom 28. Februar veröffentlichten Ansichten seine Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzt.

Tierhaltung und Veredlung sind die Basis für Wertschöpfung und Einkommen. Mecklenburg-Vorpommern als agrarisch geprägtes Land mit fruchtbaren Böden und ausgedehnten Grünlandflächen und einer unterdurchschnittlichen Nutztierdichte hat eine Verantwortung und auch Chancen für Beschäftigung im ländlichen Raum. Bauernpräsident Rainer Tietböhl erklärt zur Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern: „Wir Landwirte stehen zur Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, wie z. B. im Umwelt- und Tierschutzrecht. Moderne und artgerechte Nutztierhaltung ist für uns eine Frage des Managements, nicht der Größe. Die Säulen der Nachhaltigkeit, die der Berufsstand anstrebt, sollen in allen Teilen der Gesellschaft und der öffentlichen Diskussion Einzug halten. Wir zählen die Ökonomie, die Ökologie und Soziales zu den maßgeblichen Faktoren, die in Wirtschaft und Politik und der gesellschaftlichen Diskussion im Zusammenhang gesehen werden müssen.“

MVPO Schwerin red/nmp

Quelle: Bauernverband M-V



Bauernhöfe statt Agrarfabriken
Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern

Presseerklärung

Landesnetzwerk von Bürgerinitiativen dankt Prof. Succow

„für sein mutiges Interview in der Ostseezeitung gebührt Prof. Succow unser ausdrücklicher Dank. Er spricht uns allen aus dem Herzen. Dieses Land ist wirklich zu schade, um durch industriemäßige Agrarnutzung ruiniert zu werden“ fasst Jörg Kröger als Sprecher des Netzwerks zusammen.

In dem Netzwerk haben sich in MV mehr als 20 Bürgerinitiativen und Verbände zusammengeschlossen, um gemeinsam für eine bessere Agrarpolitik im Land zu werben. „Die Förderung der Agrarindustrie geht zu Lasten bäuerlicher Landwirtschaft. Riesige Tierfabriken schaden der Umwelt und den wirtschaftlichen Entwicklungschancen im ländlichen Raum. Sie richten aber sogar in den touristischen Zentren an der Küste große Schäden an, wenn es wegen der Überdüngung der Ostsee wieder zu Blaualgenblüte und Badeverboten kommt“ so Kröger weiter.

Der Bauernverband und die CDU im Land gerieten mit ihrem ewigen „Weiter so!“ zunehmend ins gesellschaftliche Abseits. Jeder Fortschritt im Umwelt- und Verbraucherschutz und beim Tierwohl müsse derzeit mühsam gegen den Widerstand dieser Industrielobby durchgesetzt werden. Hinterher werde dann gern auf die „hohen Standards“ in Deutschland verwiesen. Glaubwürdiger wäre, wenn man die „hohen Standards“ auch mal aus eigenem Antrieb fordern würde.

Sprecher des Netzwerks

Jörg Kröger
Wietzow 10
17129 Daberkow
Tel. 039991 367 23

Statement zu den Aussagen von Prof. Succow in der OZ und den Äußerungen des Bauernverbands:

Schade und leider auch bezeichnend, dass dem so genannten „Bauern-Verband“ Mecklenburg-Vorpommern angesichts der breiten gesellschaftlichen Kritik an der agrarindustriellen Tierhaltung und der Äußerungen von Professor Succow nichts anderes einfällt, als mit recht schlichten Argumenten die Agrarindustrie zu verteidigen. Dabei ist eigentlich doch unübersehbar, dass immer mehr außerlandwirtschaftliche Agrarkonzerne und auch viele verselbstständigte Manager oder auch stille Kapital-Teilhaber von LPG-

Nachfolgebetrieben nicht nur zur Verödung der Regionen und zur Vernichtung von Arbeit und Standortfaktoren beitragen, sondern auch bäuerliche Betriebe und die noch vorhandenen echten Agrar-Genossenschaften verdrängen. Das alles wird bisher systematisch gefördert durch die Agrarpolitik. Gut, dass sich so viele Bürgerinitiativen und Menschen für eine Agrarwende einsetzen, mit einer Bindung der Subventionen an gesellschaftliche Leistungen und an die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte!

Eckehard Niemann, Vertreter der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) im bundesweiten Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken, 29553 Varendorf, 0151-11201634

[Aus den Regionen](#) | 29.02.2012 

Geflügelzüchter drohen Niedersachsen mit Millionenklage

Hannover - Der niedersächsische Geflügelzüchterverband hat massiven Widerstand gegen ein früheres Aus für die Käfighaltung von Legehennen angekündigt.

Verbandspräsident Wilhelm Hoffrogge sagte dem NDR Fernsehmagazin "Hallo Niedersachsen" am Dienstag: "Das Land Niedersachsen muss sich darauf einstellen, dass die Tierhalter, die Kleingruppenhaltung betreiben und ab 2023 auf ein anderes Haltungssystem umrüsten müssen, Schadenersatzforderungen stellen werden. Und so wie wir das beurteilen, kann das durchaus im Bereich von 50 Millionen Euro sein.". Am Freitag soll im Bundesrat beschlossen werden, die sogenannte Kleingruppenhaltung spätestens 2023 per Verordnung zu verbieten. Der Geflügelzüchterverband sieht darin einen "massiven Eingriff in das Eigentum der Tierhalter".

dpa/Ini

[Sonstiges](#) | 29.02.2012 

Es gibt keinen Rechtsanspruch mehr

Der Entwurf einer Novellierung des Baugesetzbuches wurde veröffentlicht. Gravierender Unterschied zur jetzigen Situation: Gewerbliche Stallneubauten oberhalb der UVP-Grenzen haben danach keinen Rechtsanspruch mehr auf eine Genehmigung.

Laut Novelle des Baugesetzbuches würde die Gemeinde oder Stadt künftig entscheiden, ob ein größerer gewerblicher Stall gebaut werden darf. Bei einem „Ja“ fallen für den Antragsteller ggf. enorme zusätzliche Kosten an.

© CDL

Nach der Novelle des Baugesetzbuches sollen landwirtschaftliche Anlagen zur Tierhaltung im Außenbereich grundsätzlich weiterhin zulässig (privilegiert) sein. Es gilt jedoch die Einschränkung, dass gewerbliche Tierhaltungsanlagen nur noch privilegiert sind, wenn sie keiner Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) unterliegen.

Bekanntlich definiert das Baugesetzbuch landwirtschaftliche Tierhaltung so, dass das Futter überwiegend, sprich zu über 50 %, auf den zum Betrieb gehörenden Flächen erzeugt werden kann. Wer diese Flächen nicht hat, ist (baurechtlich gesehen) gewerblicher Tierhalter - was gerade in Weser-Ems für zahlreiche Betriebe mit Schweine- oder Geflügelhaltung zutrifft.

Bislang bestand für alle privilegierten Stallbauvorhaben ein Rechtsanspruch auf eine Genehmigung. Wenn einem geplanten neuen Stall keine öffentlichen Belange entgegenstanden, musste eine Genehmigung erteilt werden. Die in der Tabelle aufgeführten Tierplatzschwellenwerte bestimmen, welche Prüfverfahren ab welcher Tierzahl erforderlich sind.

Durch die Novellierung des Baugesetzbuches ergäbe sich für größere baurechtlich gewerbliche Tierhaltungen eine gänzlich neue Situation. Bevor sie in das übliche Ge-

nehmungungsverfahren eintreten könnten, bräuchten sie eine Zustimmung der Gemeinde oder Stadt und es müsste ein Bebauungsplan für den geplanten neuen Stall erstellt werden.

In der Tabelle sind die Grenzen aufgeführt, ab wann eine standortbezogene Vorprüfung bezüglich der UVP-Pflicht erforderlich ist. Diese Grenzen liegen bei 1.500 Mast-schweineplätzen, 560 Sauenplätzen, 15.000 Legehennen- oder 30.000 Masthähn-chenplätzen. Entscheidet der Landkreis als zuständige Behörde nach der Vorprüfung (die schnell 2.000 bis 3000 € kosten kann), dass eine UVP-Pflicht für den geplanten Stallneubau besteht, geht das Ganze dann zunächst zur Entscheidung an die zuständige Gemeinde/Stadt. Es hängt hier dann allein von der Meinung der politischen Vertreter im Rat ab, ob ein Stallbauvorhaben positiv beschieden wird oder nicht.

Würde es positiv beschieden, könnte der Bauherr dann ein Planungsbüro beauftragen. Vereinbart würden Kostenregelungen mit der Gemeinde/Stadt und zu erfüllende Nebenforder-ungen (Erschließung etc.) des Bauherrn. Er müsste dann die Kosten für das Aufstellungsverfahren mit Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung sowie den sonstigen Verwaltungs- und Planungsaufwand tragen; sie liegen in der Regel über 5.000 €.

Erst bei einer positiven Entscheidung der Kommune würde dann das Genehmi-gungsverfahren anlaufen. Dabei würden die Belange des Immissionsschutzes, aber auch des Umweltschutzes mit Betrachtung der Geruchs-, Staub-, Ammoniak- oder Bioaerosolsituation im Gesamtbereich der neuen Anlage, abgearbeitet. Auch deren Wirkung auf Mensch und Umwelt würden wie bislang üblich bewertet.

Nachfolgend finden Sie die Tabelle zum Herunterladen:

- [Tab. 1: Tierplatzschwellenwerte](#)

Franz-Josef Blome, LWK Niedersachsen

TAZ

27.02.2012

- [4 Kommentare](#)

Mitsprache der Kommunen bei Massenställen

Der Zersiedelung vorbeugen

Beim Bau von Ställen für Massentierhaltung soll Gemeinden nun ein größeres Mit-spracherecht eingeräumt werden. Das behindert den Fortschritt, findet der Bauernverband. von Svenja Bergt

BERLIN taz | Die Bundesregierung will den Bau von Massenställen neu regeln. So hat das Bundesbauministerium jetzt einen Entwurf für eine Gesetzesnovelle zur Stellungnahme an Länder und Verbände geschickt – in Abstimmung mit dem Landwirtschaftsministerium, wie eine Sprecherin von Ministerin Ilse Aigner (CSU) betont.

Der Entwurf sieht unter anderem vor, dass vor dem Bau großer Anlagen künftig ein Bebauungsplan aufgestellt werden muss – das würde das Mitspracherecht der Kommunen bei der Errichtung von Massenställen stärken. Nur Anlagen, die unter den Grenzen für eine Umweltverträglichkeitsprüfung liegen, dürften noch ohne Bebauungsplan genehmigt werden.

„Die Anzahl der errichteten und beantragten Betriebe hat in den letzten Jahren stark zugenommen“, heißt es in der Begründung zu der Novelle. Massenställe sind im Baurecht bevorzugt: Eigentlich soll außerhalb von Gemeinden nicht gebaut werden, um einer Zersiedelung vorzubeugen. Die Ställe gehören zu den Ausnahmen, bei denen doch gebaut werden darf, was Tierschützern seit langem ein Dorn im Auge ist.

Kritik an dem Gesetzentwurf kommt vom Bauernverband. „Mit einem Bebauungsplan wird es nicht mehr möglich sein, Ställe zu bauen“, sagt Sprecher Michael Lohse. Da komme es der Erfahrung nach sofort zu Protesten von Bürgerinitiativen.

Grünen finden geplante Neureglung schwach

Zwar gebe es derzeit aus Regionen, in denen sich Anlagen befinden, auch Klagen, beispielweise über Geruchsbelästigungen oder verschmutzte Gewässer, etwa wenn Gülle zu konzentriert auf die Felder gebracht werde. „Aber hier müssen die Länder die vorhandenen Gesetze konsequent anwenden“, sagt Lohse. Die Novelle in ihrer jetzigen Form führe dazu, dass einfach alte Anlagen weiter betrieben würden anstelle von neuen, moderneren Anlagen.

Den Grünen ist die geplante Neuregelung dagegen zu schwach. Denn beispielsweise bei Mastgeflügel ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung mitunter erst ab 85.000 Tieren Pflicht. „Die Grenzen sind noch viel zu hoch“, sagt Friedrich Ostendorff, Agrarexperte der Grünen. Wer die Hürde umgehen wolle, bleibe eben hundert Tiere unter der Grenze. Er fordert, die Grenzen mindestens zu halbieren. Zudem müsse festgelegt werden, dass mehr als die Hälfte des notwendigen Futters auf Flächen angebaut wird, die zum Betrieb gehören.

Diese Ergänzung sieht auch ein Papier aus dem Bundesumweltministerium vor. „Eine Tierhaltung, die nicht in einem ausgewogenen Verhältnis zum Pflanzenbau steht, führt zu einer Reihe negativer Umweltauswirkungen“, heißt es zur Begründung. Als „deutlich besser“ bezeichnet auch Ulrich Jasper von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) die Ergänzungen aus dem Umweltministerium.

Dass die Ministerien überhaupt an einer Änderung des Baurechts für Tierställe arbeiten, ist auch auf den Druck aus den Kommunen zurückzuführen: In der Vergangenheit war es wiederholt zu Fällen gekommen, in denen geplante Massenställe zu anhaltenden Protesten aus der Bevölkerung führten und die Kommunen sich mehr Handlungsmöglichkeiten wünschten, um den Bau von Massenställen abzulehnen. Das Gesetz soll nach der derzeitigen Planung Mitte des Jahres verabschiedet werden.

Artikel zum Thema

-

[Agrarfabrik](#)

[Hähnchenmast mit Hindernissen](#)

•

[Demo zum Start der Grünen Woche](#)

[Protest gegen Agrarindustrie](#)

•

[Demonstration zur Grünen Woche](#)

[Umweltschützer fordern Agrarwende](#)

•

[Massientierhaltungs-Gegner](#)

[Bündnis gegen Billigfleisch](#)

Nordkurier

Februar 28, 2012

Vermischte von Jana Otto
s 

Bauern wehren sich gegen Diffamierung

Die Landwirte haben es satt, pauschal verurteilt zu werden. Bauernpräsident Rainer Tietböhl ermutigte sie, sich der öffentlichen Diskussion zu stellen.

Demmin/Jarmen/Loitz (nk)

Mehr Sachlichkeit in der Diskussion um landwirtschaftliche Anlagen forderten die Landwirte auf der Jahreshauptversammlung des Demminer Bauernverbandes ein, zu dessen Bereich auch die Ämter Jarmen-Tutow und Peenetal-Loitz gehören. „Wir kennen die Widerstände vor Ort, ob in Tellin, Lindenhof oder Gnevezow, wenn es um neue Stallbauten geht“, sagte Karsten Trunk, Landwirt aus Görmin und Vorstandsvorsitzender des Regionalverbandes. Das Recht zur freien Meinungsäußerung sei ein hohes Gut und die Landwirte nähmen die vielen Fragen der Bürger sehr ernst. „Wir öffnen Stalltore und geben Antworten. Wir wehren uns aber gegen Pauschalverurteilung und Diffamierung.“

Er betonte, dass an die Haltung und Nutzung von Tieren hohe Bedingungen geknüpft seien, die für alle Halter gleichermaßen gelten. Trunk wies darauf hin, dass der durchschnittliche Viehbesatz in Deutschland bei 70 Großvieheinheiten pro 100 Hektar

liege. „In unserem Landkreis stehen nur knapp die Hälfte der Tiere.“ Damit sei eine angemessene organische Düngung möglich und Äcker und Wiesen würden nicht zwangsläufig überdüngt. „Fakt ist aber auch, dass Lebensmittel aus Deutschland noch nie so sicher und preiswert waren wie in der Gegenwart. Sie zahlen heute nämlich genauso viel wie vor 20 Jahren.“

Angesichts dessen sei es für ihn völlig unverständlich, wenn Landwirtschafts-Minister Till Backhaus (SPD) verlange, gesunde Lebensmittel zu produzieren. „Ich kann mich nicht erinnern, dass wir je etwas anderes gemacht hätten.“ Er finde es richtig, dass sich sein Berufsstand den Fragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nicht verschließe, dass immer wieder über Tierschutz nachgedacht werde. „Wir haben den Ausstieg aus der Käfighaltung für Legehennen vollzogen. Wir verändern unsere Sauenhaltung, wir suchen nach praktikablen Alternativen zur Ferkelkastration und zur Enthornung von Rindern“, nannte Trunk Beispiele. Allerdings forderte er gleichzeitig, dass die Lösungen für die Landwirte immer auch in der Praxis nachhaltig umsetzbar sein müssten.

Rainer Tietböhl, Präsident des Bauernverbandes MV und Mitglied im Demminer Regionalverband, ermunterte zu öffentlicher Diskussion. „Die Arbeit der Bauern ist hervorragend. Es gibt keinen Grund, sich zu verstecken.“ Er gab zu bedenken, dass jeder Stall, der hier nicht gebaut werde, woanders hinkomme. „Und damit geben wir viel Wertschöpfung aus dem Land.“

Neue OZ online

01.03.2012, 23:23 [Fenster schliessen](#) [drucken](#)

Diesen Artikel finden Sie unter: <http://www.noz.de/lokales/61244358/biogasanlagen-in-meppen-auf-abstand>

Ausgabe: Meppener Tagespost

Veröffentlicht am: 01.03.2012

Biogasanlagen in Meppen auf Abstand

trg Meppen

trg Meppen. Die Stadt Meppen will die Planung und den Bau von Biogasanlagen in geordnete Bahnen lenken. Zusammen mit Planern aus Oldenburg arbeitet die Verwaltung an einem Konzept, das festlegen soll, wo im Stadtgebiet künftig Biogas erzeugt werden darf und wo nicht mehr. Ziele und Zwecke der Planung sind am Mittwochabend im Ratssaal vorgestellt worden.

Der Anbau von Mais als Biomasse führt zu Monokulturen, der Schwerlastverkehr auf den Feldstraßen steigt, Tiere und Pflanzen verlieren ihren Lebensraum, der Siedlungsbau hat weniger Möglichkeiten, der Reiz der Landschaft für Tourismus und Naherholung nimmt ab: All das sind nach Erkenntnissen der Verwaltung die markantesten Auswirkungen, die der Boom der Biogasanlagen mit sich bringt.

Daher soll nun die Standortwahl für privilegierte Anlagen gesteuert werden. Laut Stadtbaurat Dieter Müller gibt es in Meppen bisher 16 Biogasanlagen, drei weitere sind beantragt, fünf Anträge auf Erweiterung liegen vor.

Michael Meier, Diplom-Ingenieur vom Büro Nordwestplan in Oldenburg, skizzierte Einzelheiten: Auf der Suche nach geeigneten Flächen seien verschiedene Kriterien

festgelegt worden. So müssten die Standorte für Biogasanlagen mindestens 250 Meter von bestehenden oder geplanten Siedlungen, von Naherholungsgebieten und überregionalen Radwanderwegen entfernt sein. Der Abstand zu Naturschutzgebieten solle mindestens 100 Meter betragen. Nach Worten von Meier begründen sich diese Abstände aus der Optik der Biogasanlagen, „die eher in Richtung industrieller Anlagen geht“. So gehe es um den Schutz des Landschafts- und Ortsbilds; emissionsrechtlich gesehen gebe es keine genauen Vorgaben.

Welche Gebiete für Biogasanlagen infrage kommen und wie die Landwirte die bisherige Planung sehen, lesen Sie am Freitag in der Meppener Tagespost.

Nordkurier

Februar 28, 2012

Vermischte von Jana Otto

s



Bauern wehren sich gegen Diffamierung

Die Landwirte haben es satt, pauschal verurteilt zu werden. Bauernpräsident Rainer Tietböhl ermutigte sie, sich der öffentlichen Diskussion zu stellen.

Demmin/Jarmen/Loitz (nk)

Mehr Sachlichkeit in der Diskussion um landwirtschaftliche Anlagen forderten die Landwirte auf der Jahreshauptversammlung des Demminer Bauernverbandes ein, zu dessen Bereich auch die Ämter Jarmen-Tutow und Peenetal-Loitz gehören. „Wir kennen die Widerstände vor Ort, ob in Tellin, Lindenhof oder Gnevezow, wenn es um neue Stallbauten geht“, sagte Karsten Trunk, Landwirt aus Görmin und Vorstandsvorsitzender des Regionalverbandes. Das Recht zur freien Meinungsäußerung sei ein hohes Gut und die Landwirte nähmen die vielen Fragen der Bürger sehr ernst. „Wir öffnen Stalltore und geben Antworten. Wir wehren uns aber gegen Pauschalverurteilung und Diffamierung.“

Er betonte, dass an die Haltung und Nutzung von Tieren hohe Bedingungen geknüpft seien, die für alle Halter gleichermaßen gelten. Trunk wies darauf hin, dass der durchschnittliche Viehbesatz in Deutschland bei 70 Großvieheinheiten pro 100 Hektar liege. „In unserem Landkreis stehen nur knapp die Hälfte der Tiere.“ Damit sei eine angemessene organische Düngung möglich und Äcker und Wiesen würden nicht zwangsläufig überdüngt. „Fakt ist aber auch, dass Lebensmittel aus Deutschland noch nie so sicher und preiswert waren wie in der Gegenwart. Sie zahlen heute nämlich genauso viel wie vor 20 Jahren.“

Angesichts dessen sei es für ihn völlig unverständlich, wenn Landwirtschafts-Minister Till Backhaus (SPD) verlange, gesunde Lebensmittel zu produzieren. „Ich kann mich nicht erinnern, dass wir je etwas anderes gemacht hätten.“ Er finde es richtig, dass sich sein Berufsstand den Fragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nicht verschließe, dass immer wieder über Tierschutz nachgedacht werde. „Wir haben den Ausstieg aus der Käfighaltung für Legehennen vollzogen. Wir verändern unsere Sauenhaltung, wir suchen nach praktikablen Alternativen zur Ferkelkastration und zur Enthornung von Rindern“, nannte Trunk Beispiele. Allerdings forderte er gleichzeitig, dass die Lösungen für die Landwirte immer auch in der Praxis nachhaltig umsetzbar sein müssten.

Rainer Tietböhl, Präsident des Bauernverbandes MV und Mitglied im Demminer Regionalverband, ermunterte zu öffentlicher Diskussion. „Die Arbeit der Bauern ist hervorragend. Es gibt keinen Grund, sich zu verstecken.“ Er gab zu bedenken, dass jeder

Stall, der hier nicht gebaut werde, woanders hinkomme. „Und damit geben wir viel Wertschöpfung aus dem Land.“

Leserbrief zu „Bauern wehren sich gegen Diffamierung“ in Nordkurier/Demmin vom 28.2.2012

Bauern- oder Agrarindustrie-Verband?

Laut Bauernverbands-Präsident Tietböhl haben es „die Landwirte satt, pauschal verurteilt zu werden.“ Tatsache ist aber, dass Landwirte keineswegs pauschal verurteilt werden, sondern ganz im Gegenteil sogar mehr Bauernhöfe gefordert und lediglich agrarindustrielle Strukturen abgelehnt werden. Das Problem des so genannten Bauernverbands ist aber, dass er selber diesen Trennungsstrich selber nicht mehr zieht, sondern zu Lasten der Bauern die Agrarfabriken fördert und (vergeblich) schönredet.

Auch der an sich richtige Hinweis auf den durchschnittlich niedrigen Tierbesatz in Mecklenburg-Vorpommern ist irrelevant, wenn es um die massiven regionalen Probleme durch einzelne aber riesige Großmastanlagen geht.

Noch mehr daneben ist der Hinweis von Herrn Tietböhl, bei Verhinderung dieser Agrarfabriken würden diese dann anderswo gebaut und man gebe dadurch „viel Wertschöpfung aus dem Land“. Denn erstens werden solche Agrarfabriken auch anderswo verhindert und zweitens erbringen diese schon lange keine Wertschöpfung mehr wegen der ruinösen Überschuss-Anheizung für den nicht kostendeckenden „Weltmarkt“, wegen der dadurch verursachten langjährigen Verluste der Betriebe und wegen der damit verbundenen Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Schlimm, dass ein so genannter „Bauernverband“ solche Zustände zu Lasten vieler seiner Noch-Mitglieder verteidigt...

Eckehard Niemann, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – AbL, 29553
Varendorf,
0151-11201634

OZ

OZ/LOKAL/DBR vom 29.02.2012 19:15
Ferkelaufzucht mit 13 000 Plätzen geplant

Neubukow (OZ) - Die „Agrargenossenschaft Hellbach“ und ein niederländischer Investor planen nahe Neubukow eine Ferkelaufzuchtanlage mit ca. 13 000 bis 14 000 Plätzen. Das bestätigte gestern der „Hellbach“-Vorstandsvorsitzende, Diethelm Hinz. Derzeit befindet sich dieser Vorzugsstandort für die noch zu gründende gemeinsame Firma im Prüfungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz beim Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt. Geplant ist an dieser Stelle zudem eine kleine Biogasanlage. Es würden maximal insgesamt drei neue Arbeitsplätze entstehen, so Diethelm Hinz zur OZ.

Mehr dazu lesen Sie in der Donnerstagsausgabe Ihrer OSTSEE-ZEITUNG (Bad Doberaner Zeitung).

NWZ

Düngstrup
1.3.2012

Landvolk will besser in Öffentlichkeit auftreten

Ortslandvolkverband Franz-Josef Dasenbrock bleibt Vorsitzender – Lösung für ländlichen Wegebau gesucht



Der Vorstand (von links): Franz-Josef Dasenbrock, Ralf Stöver, Ina Rüdebusch und der neue Beisitzer Ralf Eilers BILD: Peter Kratzmann 

Die überregionalen Medien gerieten auf der Versammlung in die Kritik. Auch über die Genehmigungspraxis von landwirtschaftlichen Bauten sprach der Vorsitzende.

von Peter Kratzmann

Düngstrup - Die Stimmung im Ortslandvolkverband Wildeshausen ist nicht die beste. Während der Generalversammlung am Dienstagabend in der Gaststätte Schönherr in Düngstrup gaben die Landwirte in Wortmeldungen zu verstehen, dass die überregionalen Medien die Berichterstattung um ihren Berufsstand aufbauschen, wie im Dioxin-Skandal, beim EHEC-Erreger oder jüngst auch dem MRSA-Keim.

Oft würden gerade die getroffen, die am Ende unverschuldet in die Kritik geraten seien. „Es wird immer vergessen, dass hinter allem Existenzen stehen. Ist ein Betrieb erst in der öffentlichen Kritik, muss er zumindest mit erheblichen Einbußen rechnen“, bedauerte Ortslandvolk-Vorsitzender Franz-Josef Dasenbrock. Gleichzeitig sprach er aber den örtlichen Medien eine weitaus bessere und tiefere Betrachtung solcher Ereignisse aus. Als Quintessenz forderten einige Landwirte in der Versammlung, als Landvolk besser in der Öffentlichkeit aufzutreten, um den Berufsstand zu verteidigen. Das Thema soll beim Kreislandvolktag von den Wildeshausern angesprochen werden.

Daneben ging Dasenbrock in seinem Jahresbericht auf die Verhandlungen mit der Stadt ein, eine akzeptable Lösung für den ländlichen Wegebau zu finden. Unter dem Strich geht es darum, eine gerechte finanzielle Beteiligung der Landwirte beim Ausbau von Gemeindestraßen zu finden. Das Ortslandvolk lässt sich anwaltlich mit großem finanziellen Aufwand vertreten. Zuletzt sei an einem Wirtschaftswegebauverband gearbeitet worden.

Dasenbrock sprach auch die Genehmigungspraxis von landwirtschaftlichen Bauten durch den Landkreis an. Anträge würden nur zögerlich bearbeitet und die Auflagen erhöht. „Die

Summe des Ganzen hat dazu geführt, dass der Landkreis so handelt.“ Damit sprach der Vorsitzende die erhöhte Zahl von Bürgereinwendungen an. „Für einen Landwirt, der vorankommen will, müssen aber bestimmte Größen von Stallbauten sein.“

Die Vorstandswahlen brachten keine Veränderungen. Wiedergewählt wurden Franz-Josef Dasenbrock als Vorsitzender, Ralf Stöver als Stellvertreter und Ina Rüdibusch als Schriftführerin. Als Beisitzer erhielt Ralf Eilers das Vertrauen. In seinem Kassenbericht wies Gerd Hespe-Meyer auf ein Minus von knapp 800 Euro ein. Das Landvolk hat aber ein Finanzpolster in petto.

Gesprächsbereitschaft signalisierten die Mitglieder des Ortslandvolkverbandes in Richtung des Landkreises für eine Zusammenarbeit bei notwendigen Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen. Bäume an Straßen dürfen wegen der Unfallgefahr nicht mehr gepflanzt werden. Dafür werden Ersatzflächen gesucht.

STERN.DE

<http://www.stern.de/tv/sterntv/test-mit-erschreckenden-ergebnissen-stern-tv-findet-keime-in-biofleisch-1789634.html>

Erscheinungsdatum: 29. Februar 2012, 22:15 Uhr

29. Februar 2012, 22:15 Uhr

Test mit erschreckenden Ergebnissen *stern* TV findet Keime in Biofleisch

Es ist erschreckend: Auch in Biofleisch finden sich antibiotikaresistente Keime. *stern* TV hat ökologisch erzeugtes Hähnchen- und Schweinefleisch aus Supermärkten und Bioläden getestet.

Gefährliche Keime finden sich nicht nur in konventionellem Fleisch, auch Biofleisch ist betroffen: *stern* TV fand in 19 von 38 Stichproben ESBL-positive Keime - das sind Darmkeime, die schwere Infektionen auslösen können. In Schweinefleisch wurden die Keime in zwei von zehn Proben nachgewiesen. Besonders beunruhigend: In Hähnchenfleisch waren 17 von 28 Proben verseucht. Darunter sind auch Stichproben, die mit den strengen Siegeln von Demeter, Bio- und Naturland versehen sind.

Schutz vor Keimen *stern* TV hat Biofleisch auf gefährliche Keime untersucht. Ergebnis: In 19 von 38 Proben konnten ESBL-Keime - das sind Darmbakterien mit einer Antibiotikaresistenz - nachgewiesen werden.

Verbraucher sollten daher generell folgende [Hygienetipps bei der Fleischzubereitung](#) befolgen.

Experte überrascht vom Ergebnis

"ESBL ist nicht nur gegen eine, sondern gegen mehrere der wichtigsten Gruppen von Antibiotika resistent, nämlich Penicillin und Cephalosporin", erklärt Andreas Voss, einer der weltweit führenden Mikrobiologen und Hygieniker am Krankenhaus in Nijmegen. "Damit ist unser Arsenal an Antibiotika, die wir standardmäßig in Krankenhäusern benutzen eigentlich zu Nichte gemacht." Jährlich sterben etwa 200 Menschen an Infektionen durch ESBL-Keime.

Fritz Titgemeyer von der Fachhochschule Münster, der das Biofleisch für *stern* TV untersucht hat, ist überrascht von dem Ergebnis: "Ich hätte erwartet, dass im Biofleisch deutlich weniger ESBL zu finden sind. Die Haltungsvorgaben, Richtlinien und der dosierte Einsatz von Antibiotika sind in der ökologischen Landwirtschaft ja vorgeschrieben und werden auch umgesetzt."

Den Vorstandsvorsitzenden des Bundes für Ökologische Lebensmittelwirtschaft, Felix Prinz zu Löwenstein, erstaunt die Entwicklung dagegen nicht, schließlich finde Bioproduktion nicht in einem geschlossenen, hermetisch abriegelten System statt, so der Biolandwirt. Keime können durch Staub in der Luft übertragen werden. Und So gelangten die Keime von einem konventionellen Hof, der nur wenige hundert Meter entfernt liege, auch auf einen Biobetrieb.

Tonnenweise Antibiotika für Tiere

Zu Löwenstein sieht die Schuld bei der Massentierhaltung: "Die entscheidende Frage ist nicht, wo diese Keime gefunden werden, sondern wo sie herkommen", sagt er. "Und sie kommen aus einer Tierhaltung, die Tiere so hält, dass man sie nur mit mehreren Antibiotika-Gaben am Leben hält." Bereits Anfang Februar hatte *stern* TV [in konventionellem Fleisch in jeder dritten Probe Keime nachgewiesen](#).

In der konventionellen Massentierhaltung werden systematisch große Mengen Antibiotika verabreicht. 900 Tonnen pro Jahr bekommen die Tiere in Deutschland - dreimal so viel wie Menschen. Gesetzlich ist es erlaubt, einen ganzen Bestand mit Antibiotika zu behandeln, wenn einzelne Tiere krank sind. Verboten ist nur die dauerhafte und vorbeugende Behandlung.

Und auch Biotiere dürfen nur im Krankheitsfall mit Antibiotika behandelt werden. Und wenn sie nicht älter als ein Jahr werden, auch nur einmal im ihrem Leben. Ansonsten darf ihr Fleisch nicht mehr als Biofleisch bezeichnet werden. Das heißt zwar weniger Antibiotika, aber bedeutet nicht automatisch auch Fleisch ohne ESBL-Keime, wie der *stern* TV Test beweist.

MEHR ZUM THEMA

- [stern TV findet Keime in Biofleisch](#)

NATURLAND

Neue Wege beschreiten

Der Geflügelmarkt wird von wenigen großen Unternehmen und ihren Zuchtinteressen bestimmt. Ökologische Kriterien kommen dabei oft zu kurz. Unsere Aktion will neue Wege beschreiten und zusammen mit Geflügel-Betrieben, Bio-Läden und Bio-Kunden in der Praxis erproben.

Nicht mehr selbstverständlich: das vielseitige Huhn.

Es gibt nur noch wenige Hühnerrassen, die sich für die Vermarktung von Eiern und Fleisch gleichermaßen eignen. Zweinutzungshühner werden sie genannt. Unsere Zweinutzungshühner sind vielseitig, robust und besonders wohlschmeckend. Sie legen aber weniger Eier und setzen auch weniger ihres delikaten Fleisches an als hochgezüchtete Hybrid-Rassen. Deshalb sind sie heute vorwiegend für Hobby-Halter und Feinschmecker interessant.

Mit unserer Aktion möchten wir Zweinutzungshühner in den Bio-Handel bringen und Ihnen ein besonderes Geschmacks-Erlebnis ermöglichen.

Was der Markt fordert – und was wir ändern wollen.

Der große Markt (und auch der große Bio-Markt) wird von reinen Legerassen für die Eierproduktion – und reinen Mastrassen für die Fleischproduktion beherrscht. Diese Spezialisierung birgt Probleme: Hochleistungshühner eignen sich weniger für eine ökologische Haltung und gar nicht für die Zucht auf kleinen Betrieben.

Hier gibt es bisher kaum ganzheitlich ökologische Ansätze. Das wollen wir mit unserer Initiative und Ihrer Unterstützung ändern.

Pilotprojekt im Praxistest: ei care – we care.

Auf Initiative von Terra Naturkost und der Marktgesellschaft der Naturland Betriebe haben einige Bio-Betriebe im Berliner Umland ein Pilotprojekt entwickelt: Sie halten eine Zweinutzungs-Rasse französischen Ursprungs, deren Hühner genug Eier legen und deren Hähne genug Fleisch ansetzen, um für den Bio-Markt interessant zu sein. Die Tiere leben in kleineren Herden als sonst üblich, scharren im Auslauf, bekommen Getreide aus der Region, legen Eier oder wachsen zu kräftigen Junghähnchen heran. Jedes Küken, das aus einem ei care-Ei schlüpft, wird aufgezogen.

Alle beteiligten Betriebe arbeiten unabhängig von der marktbeherrschenden Geflügelwirtschaft, kennen sich persönlich – und freuen sich, auch ihre Bio

NDR

Stand: 26.02.2012 16:49 Uhr

Zahlreiche Schweine verenden bei Stallbränden



[Gleich zwei Brände in niedersächsischen Ställen musste die Feuerwehr am Wochenende löschen. \(Archivbild\)](#) Die Diskussion um den [Brandschutz in Tiermastställen](#) hat an diesem Wochenende neue Nahrung bekommen. Denn an gleich zwei Orten im Südwesten Niedersachsens kam zu verheerenden Bränden.

In Damme (Landkreis Vechta) verendeten in der Nacht zu Sonntag 120 Schweine bei einem Feuer in einem Maststall. Die Schadenshöhe liegt nach Angaben der Polizei bei rund 60.000 Euro. Menschen wurden nicht verletzt. Die Ursache für den Brand ist noch unklar.

Weitere Informationen



[Ein Papiertiger bewacht die Mastställe](#)

Bei Stallbränden sterben in Niedersachsen Tausende Tiere. Ein Grünen-Politiker sagt, das Land ignoriere geltendes Baurecht. Das Recht gilt zudem nur für neue Ställe. [mehr](#)

Feuer in Löniger Schweinestall

Bereits am Freitagabend waren bei einem Feuer in einem Mastbetrieb in Lönigen (Landkreis Cloppenburg) 35 Schweine gestorben. Der Brand war aus noch unbekannter Ursache in einem Stallgebäude ausgebrochen und rasch auf den anliegenden Stall übergegriffen. Der Schaden liegt nach ersten Schätzungen bei rund 800.000 Euro. Auch hier kamen keine Menschen zu Schaden.

19.000 Hühner starben bei Brand in Harpstedt

Am 8. Februar hatte ein [Großbrand in einem Hühnerstall](#) in Harpstedt (Landkreis Oldenburg) 19.000 Tieren das Leben gekostet. 4.000 Hühner verbrannten in den Flammen, weitere 15.000 mussten nach Angaben der Polizei notgeschlachtet werden. Es entstand ein Schaden in Höhe von einer Million Euro. Ausgelöst wurde der Brand vermutlich durch einen technischen Defekt.

Cellesche Zeitung

Autor: [Tore Harmening](#), am: 26.02.2012

[Kreuzweg beginnt in Wietze](#)

Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe sehen Kirchenvertreter die Herausforderung eine ethisch vertretbare Nahrungsmittelproduktion zu haben. Das machten sie bei Auftakt des Kreuzweges in Wietze deutlich.

•



Tierschutzplan: Landjugend kritisiert fehlende Mitbestimmung

TOP AGRAR ONLINE

[01.03.2012]

„Mit dem Tierschutz einen Schritt voraus!“ Unter diesem Titel hat sich der Arbeitskreis Agrar der Niedersächsischen Landjugend (NLJ) mit einem aktuellen Thema auseinandergesetzt. Dabei ging es um Fragen wie das Schwänze kupieren bei Ferkeln oder Einstreumaterialien bei Sauen im Abferkelbereich sowie die Auswirkungen der im Niedersächsischen Tierschutzplan diskutierten Änderungen. Die jungen Landwirte in der NLJ zeigten sich bereit zu mehr Transparenz, indem sie Verbraucher über bisherige Erfolge und Verbesserungen innerhalb der Tierhaltung informieren. Allerdings kritisierte der Arbeitskreis am Tierschutzplan die unzureichende Mitbestimmungsmöglichkeit der betroffenen Landwirte und die in ihren Augen kaum mögliche Umsetzbarkeit der vorgesehenen Maßnahmen. „Wir wollen gerne etwas für den Tierschutz tun. Aber nur einen Plan aus der Schublade holen und sagen: ‚Setzt den mal bis dato um‘, ist kein fairer Umgang mit den Landwirten!“ nannte Landesvorsitzender Markus Hauschild, selbst Landwirt, den wichtigsten Kritikpunkt.

EJZ

Landwirtschaft die »Schlüsselindustrie«

»Gute Aussichten« für Landwirte auf der Kreisverbandsversammlung des Bauernverbandes

fk Dünsche. Im Mittelpunkt der Kreisverbandsversammlung des Bauernverbandes Nordostniedersachsen (BVNON) standen am Montag in Dünsche die großen

Entwicklungslinien von Landwirtschaft und Bevölkerung. Die geschäftlichen Angelegenheiten des regionalen Bauernverbandes werden inzwischen nicht mehr auf der Kreisebene, sondern in Versammlungen des Regionalvereins aus Lüchow-Dannenberg, Uelzen und Lüneburg abgehandelt.

Die Wahlen zum Vorstand des Kreisverbandes verliefen denn auch unspektakulär. Kreislandwirt Adolf Tebel wird dem Kreisverband auch weiterhin vorstehen. Bei der Antwort der Agrarpolitik auf das weltweite Bevölkerungswachstum und den Hunger überall auf der Welt stehen zwei Überzeugungen gegeneinander. Die eine sieht die industrielle Agrarproduktion eher als Teil der Ursachen denn als eine Lösung. Sie fordert eine Förderung der kleinteiligen, verbrauchsnahe landwirtschaftlichen Produktion gerade in den armen Ländern. Der Export billiger Nahrungsmittel aus den Industrieländern trägt nach dieser Überzeugung zur Vernichtung der eigenen landwirtschaftlichen Produktion in diesen ärmeren und armen Ländern bei. Der Referent vom Montagabend hängt eindeutig einer anderen Überzeugung an. Dr. Harald von Witzke sprach über die Entwicklung der Weltmärkte für Agrarprodukte, und welche Chancen die deutsche Landwirtschaft darin hat. Nicht weniger, sondern im Gegenteil eine Ausweitung der Exporte der europäischen Agrarproduktion in ärmere Länder sieht er als Antwort auf den zunehmenden Hunger in der Welt. Von Witzke stellte die globalen Zahlen gegeneinander. Danach wachse die Weltbevölkerung bis zum Jahr 2050 auf mindestens zehn Milliarden Menschen. Für deren Ernährung müsse die weltweite Agrarproduktion bis dahin um 120 Prozent gesteigert werden. Diese steigende Produktivität kann seiner Überzeugung nach nur durch Forschung und technischen Fortschritt erreicht werden. »Die Landwirtschaft ist die Schlüsselindustrie des 21. Jahrhunderts,« stellte von Witzke seine Überzeugung heraus. Die Folgen von Mangelernährung wären riesige Auswanderungswellen und die weitere Rodung von wichtigen Wäldern. Was für die ärmeren Länder eine schlechte Nachricht ist, könnte für die europäischen Landwirte eine gute sein, erklärte von Witzke. Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln werde steigen. Das führe zu höheren Preisen. Die Zeit der Treitmühle sei in der Landwirtschaft jedenfalls vorbei. Die Preise für Agrarprodukte werden sich nach seiner Prognose innerhalb von zehn Jahren verdoppeln. Die Menschen in den Industrieländern könnten das leicht verdauen. Schließlich geben sie nur noch zehn Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel aus. Dramatisch werde es jedoch für die Bevölkerung ärmerer Länder, die kein Geld für die Importe haben. Europa habe die Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft in den zurückliegenden Jahren versäumt. Heute liege sie nur noch bei 0,6 Prozent jährlich. Die EU sei in Wirklichkeit ein »Nettoimporteur von Nahrungsmitteln«. Die importierte Menge entspreche einer Agrarfläche von 35 Mio. Hektar. Der Ökolandbau sei keine Lösung. Er würde die Probleme »verdoppeln«.

Verbandsvorsitzender Adolf Tebel nannte in seinem Jahresrückblick Schwerpunktthemen der Arbeit. Dazu gehörte der Konflikt um den Bau von Mastställen wie die Vorstellungen von Minister Lindemann zur Tierhaltung und die Kürzung von Vergütungen für den Solarstrom, den viele Landwirte auf den Dächern ihrer Scheunen und Ställe produzieren. Tebel wurde ebenso einstimmig wiedergewählt wie Henning Harms für den erweiterten Vorstand.

Bild: Dr. Harald von Witzke (von links) sprach sich bei der Kreisverbandsversammlung der Bauernverbandes Nordostniedersachsen dafür aus, die Agrarproduktion weiter zu steigern und die Exporte auszudehnen, um den Hunger in der Welt zu bekämpfen. Im Hintergrund: der wiedergewählte Kreislandwirt Adolf Tebel und die stellvertretende Geschäftsführerin Urte Rötze. Aufn.: K.-F. Kassel

Mehr Geld für die Zuckerrübe

Nordzucker AG und Rübenanbauer-Verband einigen sich auf deutliche Preiserhöhungen



rg Lüchow/Uelzen. Im vergangenen Jahr gehörten die Zuckerrübenanbauer in Lüchow-Dannenberg zu den wenigen Landwirten, mit denen es das Wetter gut meinte. Eine Rekordernte war die Folge, mehr als 250000 Tonnen Zuckerrüben von Lüchow-Dannenger Äckern kamen zur Verarbeitung ins Uelzener Werk der Nordzucker AG.

Und für diese Rüben gibt es nun deutlich mehr Geld als im Jahr zuvor: Der Lebensmittelkonzern und der Dachverband Norddeutscher Zuckerrübenanbauer einigten sich jetzt darauf, den Preis, den die Landwirte pro Tonne Zuckerrüben bekommen, auf durchschnittlich 35,5 Euro zu erhöhen. Inklusive aller Nebenleistungen bedeutet das einen Erzeugerpreis von durchschnittlich 47,22 Euro je Tonne Zuckerrüben.

In der Kampagne 2010 war noch ein Erzeugerpreis von etwas mehr als 32 Euro je Tonne Zuckerrüben gezahlt worden, bei einem Durchschnittszuckergehalt von 17,1 Prozent. Außerdem hatte Nordzucker wegen der schlechten Witterungsbedingungen und der winterbedingten Transportprobleme eine Erschwerniszulage gezahlt. Und damals wie heute übernahm die Nordzucker AG sämtliche Kosten des Verladens der Rüben und des Transportes zu seinem Uelzener Werk. Er freue sich, dass nach den langen Verhandlungen nun eine Einigung erzielt wurde, betonte Dr. Niels Pörksen, Agrarvorstand der Nordzucker AG. »Mit einem Erzeugerpreis von durchschnittlich 47,22 Euro je Tonne liegen wir auf einem sehr hohen Niveau.« Damit zahle man den Rübenanbauern »einen hervorragenden Preis« und bleibe »unserem Versprechen treu, dass wir in guten Jahren auch gute Rübenpreise zahlen«.

Auch der Dachverband Norddeutscher Zuckerrübenanbauer (DNZ) zeigte sich mit dem Verhandlungsergebnis zufrieden. Es sei nach langen Gesprächen ein »für alle Seiten tragbarer Verhandlungsabschluss zustande gekommen«, so DNZ-Vorsitzender Gerhard Borchert: »Nach den harten Einschnitten der vergangenen Jahre ist der Zuckerrübenanbau mit der 2011er-Ernte wieder deutlich attraktiver geworden. Aus unserer Sicht werden die Rübenanbauer mit dem ausgehandelten Preispaket angemessen an den Markterlösen für Zucker und Nebenprodukte beteiligt.« Man sei überzeugt davon, einen »Preisabschluss herbeigeführt zu haben, der sich - insgesamt betrachtet - in unserer

Branche sehen lassen kann», stellte Borchert heraus. Verbunden mit den hervorragenden Zuckererträgen, die bei durchschnittlich 18,1 Prozent lägen, leiste der Rübenanbau »in diesem Wirtschaftsjahr einen erfreulichen Einkommensbeitrag für unsere Betriebe».

Auch für das kommende Jahr erwartet der DNZ eine positive Entwicklung. Man habe sich mit der Nordzucker AG schon jetzt da-rauf geeinigt, dass für die ersten 20 Prozent der Rüben, die von den Landwirten über die vertraglich festgelegte Menge geliefert werden, 22,5 Euro je Tonne bei 16 Prozent Zuckergehalt gezahlt werden. Das bedeute einen Auszahlungspreis von durchschnittlich 30 Euro. Jetzt die Anbauflächen für Zuckerrüben auszudehnen, sei jedoch nicht empfehlenswert, so Gerhard Borchert.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) begrüßte indes die gelungene Einigung zwischen der Nordzucker AG und den Rübenanbauern. Die »faire Beteiligung an den hohen Gewinnen und Zuckerpreisen« sei für die »Zukunftssicherung der Bauernhöfe existenziell wichtig«, so der niedersächsische AbL-Landesvorsitzende Martin Schulz aus Quickborn.

Bild: Die Nordzucker AG zahlt den Zuckerrübenanbauern für die in der Rübenkampagne 2011 gelieferten Rüben deutlich mehr Geld als bislang. Mit bis zu 47 Euro je Tonne können die Landwirte alles in allem rechnen. Aufn.: R. Groß

NWZ

WARDENBURG, 3. März 2012

Landwirte spüren ein Imageproblem

Berufsbild Kreislandvolk sieht Bauern zu Unrecht unter Druck – Professionelle Medienarbeit angeregt



Geschäftsführer Bernhard Wolff (links) und 1. Vorsitzender Jürgen Seeger (5. von links) gratulierten den neuen bzw. ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern Franz-Josef Dasenbrock, Günther Lütje, Hajo Suhr, Diedrich Meyer und Gert Gramberg (von links).

BILD: Werner Fademrecht 

Der Benthullener Hajo Suhr wurde in den Vorstand gewählt. Er vertritt die Maschinen- und Beratungsringe.

von Werner Fademrecht

Wardenburg - Den Landwirten bläst derzeit kräftig der Wind ins Gesicht. Das wurde auf der Vertreterversammlung des Kreislandvolkverbands Oldenburg am Freitag im Wardenburger Hof deutlich. Die Genehmigungsverfahren für Biogasanlagen und Stallbauten seien deutlich schwieriger geworden, hinzu komme das schlechte Image, wenn über den

Medikamenteneinsatz in der Zucht berichtet werde, klagen die Landwirte.

Auf der Versammlung regten mehrere Mitglieder an, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit effektiver zu gestalten. „Wir brauchen unbedingt eine professionelle Kraft. Die einzelnen Landwirte und Ortsverbände sind dafür nicht geschult und überfordert“, argumentierte als einer mehrerer Fürsprecher Vorstandsmitglied Franz-Josef Dasenbrock. Keiner der Landwirte setze beispielsweise Medikamente aus wirtschaftlichen Gründen in der Tierhaltung ein, sondern nur zum Tierschutz. Das gelte es auch zu kommunizieren, so Dasenbrock.

1. Vorsitzender Jürgen Seeger kündigte an, den Vorschlag im Vorstand zum Thema zu machen. In seinem persönlichen Jahresrückblick beklagte er, dass die Landwirtschaft zu Unrecht ein Imageproblem hat, obwohl erst kürzlich die grüne Woche Besucherrekorde gefeiert habe. „Es wird Angst geschürt“, behauptet der 1. Vorsitzende und konstatiert lediglich einen Fehler im eigenen Lager. Die Landwirte hätten es rechtzeitig versäumt, die Gesellschaft bei den Veränderungen in der Landwirtschaft mitzunehmen. Beispielsweise treffe in der Zucht die Kritik an schlechten Bedingungen für die Tiere nicht zu: Objektiv sei „in den Tierställen der Landwirte das Klima besser als in vielen Wohnzimmern“, behauptet Seeger. Stallbaueegner sollten lieber mal vor der eigenen Haustür kehren. „Wir mischen uns auch nicht in andere Berufe ein.“ Geschäftsführer Bernhard Wolff erinnerte, in der Wortwahl etwas moderater, daran, dass die Landwirtschaft im besonderen Maße die Arbeitsplatzsicherung der im ländlichen Raum lebenden Menschen fördere.

Der Benthullener Hajo Suhr ist einstimmig als Vertreter Maschinen- und Beratungsringe in den Vorstand des Kreislandvolkverbands gewählt worden. Er löst Günther Lütje (Tweelbäke) ab, der nicht mehr kandidierte. Wiedergewählt wurden Gert Gramberg (Sandkrug), dessen Stellvertreter Diedrich Meyer (Wiemerslande) sowie Franz-Josef Dasenbrock (Wildeshausen) und Ralf Stöver (Bühren). Rechnungsprüfer ist u.a. Heiner Pörtner (Wardenburg).

NWZ zeigt einen Beitrag unter TV <http://www.NWZonline.de/tv>

TOP AGRAR ONLINE

Ab 2023 sind sämtliche Formen der Käfighaltung von Hennen untersagt

[02.03.2012]

Der Bundesrat hat heute beschlossen, dass die Kleingruppenhaltung von Legehennen in Deutschland schon ab 2023, in Härtefällen ab Ende 2025, komplett verboten werden soll. Die entsprechende Vorlage der Länderkammer muss die Bundesregierung nun bis zum 31. März als Verordnung erlassen. Der Bundesrat beschloss daher zugleich, nicht erneut beteiligt werden zu müssen, wenn die Bundesregierung die Verordnung erlässt, berichtet die Süddeutsche Zeitung dazu.

Hintergrund ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom letzten September, dass die zuvor beschlossene Übergangsfrist bis 2035 aus formalen Gründen nichtig sei. Geklagt hatte Rheinland-Pfalz. Mit dem aktuellen Beschluss des Bundesrates stellt sich die Kammer nun gegen Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner.

Der Deutsche Bauernverband kritisiert diese Entscheidung massiv und fordert Bundesministerin Aigner auf, den Vorschlag der Bundesländer nicht in Kraft zu setzen. Der Verband unterstützt die Haltung des Agrarministeriums, dass es dem Gesetzgeber nicht zustehe, eine Haltungsform zu verbieten, die den grundsätzlichen Anforderungen des Tierschutzgesetzes genüge.

Mit Bedauern nimmt der DBV zur Kenntnis, dass die Legehennenhalter mit der heutigen Entscheidung des Bundesrates weiterhin politischer Spielball zwischen Bund und Ländern bleiben. Die Entscheidung des Bundesrates sei auch keinem Verbraucher zu erklären und sicherlich nicht im Sinne des Tierschutzes in Europa, heißt es im DBV weiter.

Der Deutsche Tierschutzbund fordert unterdessen weiterhin ein sofortiges Ende der Käfighaltung. Verbandspräsident Schröder erklärte, jegliche Fristenregelung sei inakzeptabel. Das sieht auch die Fraktion der Linken so.

CDU-Abgeordnete halten Beschluss für "skandalös"

Franz-Josef Holzenkamp, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Landwirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Berichterstatter Dieter Stier halten diese kurze Übergangsvorschrift für verfassungsrechtlich mehr als bedenklich. Wissenschaftler hätten der Kleingruppe einen hohen Tierschutzstandard bescheinigt. Daher habe man sie auch als Ersatz für die mittlerweile untersagte konventionelle Käfighaltung eingeführt, so die beiden Politiker.

„Skandalös ist insbesondere, dass diejenigen Tierhalter, die ihre Ställe im Vertrauen auf politische Verlässlichkeit bis 2010 von der Käfighaltung auf die Kleingruppenhaltung umgestellt hatten, jetzt vor den Kopf gestoßen werden. Die vergleichsweise kurze Übergangsfrist bis zum Verbot ist ein erheblicher Eingriff in die Eigentumsrechte der Tierhalter“, empören sich Holzenkamp und Stier.

Der deutsche Alleingang ist nur Symbolpolitik

Auch FDP-Agrarsprecherin Christel Happach-Kasan geht davon aus, dass das endgültige Verbot der ausgestalteten Käfige und Kleingruppenhaltung für deutsche Eierproduzenten einen erheblichen Wettbewerbsnachteil auf dem europäischen Binnenmarkt bringen wird. "Schon der von rot-grün verfügte vorzeitige Ausstieg aus der Käfighaltung hat zu einem Abwandern der Produktion, aber nicht zu einem Ende der Käfighaltung im Sinne des Tierschutzes geführt", so die Politikerin.

Die heute im Bundesrat beschlossene Übergangszeit bis 2025 reicht ihrer Meinung nach für die Betriebe kaum aus, um die vorgenommenen Investitionen zu amortisieren. Zudem würden jetzt weiterhin über verarbeitete Lebensmittel Eier aus den inzwischen EU-weit verbotenen Haltungsformen nach Deutschland importiert. "Dies zeigt, dass deutsche Alleingänge Symbolpolitik sind, die den Tierschutz nicht voran bringen. (ad)

vgl.:

["Neue Übergangsfrist für Kleingruppenhaltung ist inakzeptabel"](#) (1.3.2012)

"Neue Übergangsfrist für Kleingruppenhaltung ist inakzeptabel"

[01.03.2012]

Die Geflügelwirtschaft läuft weiter Sturm gegen eine mögliche Übergangsfrist für Kleingruppenhaltungen bis 2023. Hintergrund ist ein Kompromissvorschlag der Länder Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, der auf Basis einer Stellungnahme des KTBL zustande gekommen ist.

Der Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG) kritisierte dies scharf und verwies auf eine Einschätzung von Prof. Hans-Wilhelm Windhorst, früher am ISAP der Universität Vechta tätig. Dieser kommt nach einer Analyse des KTBL-Gutachtens zu dem Schluss, dass die vorgesehene Übergangsfrist bis 2023 „deutlich zu kurz bemessen“ sei.

Windhorsts Auffassung nach lässt das KTBL „wesentliche kalkulatorische Größen einer sorgfältigen betriebswirtschaftlichen Berechnung gänzlich außer Acht“. Er kritisiert unter anderem die fehlende Berücksichtigung von Kosten für Sortierung oder Verpackung der Eier.

Darüber hinaus gehe das KTBL-Gutachten wiederholt von falschen Annahmen aus. So spiegle der von den Verfassern angenommene Eierpreis von 8 Cent bis 9 Cent eine „absolut unrealistische Erlössituation“ wider. Laut Marktinfo Eier & Geflügel (MEG) hätten die erzielbaren Erlöse für unsortierte Ware im Mittel der Jahre 2008 bis 2010 bei lediglich 6 Cent bis 7 Cent gelegen. Als bedenklich wertet Windhorst zudem, dass die sich abzeichnende Entwicklung bei den Weltmarktpreisen für Futterkomponenten in den Kalkulationen gar nicht berücksichtigt worden sei.

Auch DBV-Präsident Gerd Sonnleitner lehnt den Vorschlag entschieden ab. Seiner Ansicht nach entspricht dies nicht dem verfassungsrechtlich gebotenen Bestandsschutz. Auch das Bundesjustizministerium soll dahingehende Bedenken geäußert haben. Immerhin habe die Politik die Tierschutzgerechtheit der Kleingruppenhaltung bisher nicht gerichtlich in Frage gestellt.

Aller Voraussicht nach wird der Bundesrat am Freitag über die Zukunft der Kleingruppenhaltung entscheiden. (AgE/ad)

Aktuelles aus Land und Forst

Paradiesische Zustände ohne unsere Landwirtschaft?

01. März 2012

Landvolk Melle - "Ich bin dann mal weg", zitierte Clemens große Macke, CDU-Abgeordneter im niedersächsischen Landtag, Hape Kerkeling. Top Qualität zu niedrigsten Preisen, kontinuierlich verbesserter Tier-, Umwelt- und Naturschutz, so lauten die Anforderungen an die heutige Landwirtschaft. Und während die Landwirte Gesetzen, Auflagen, Vorschriften und freiwilligen Ansprüchen tagtäglich Rechnung tragen, wettern Verbraucher gegen die moderne Wirtschaftsweise. "Ihre Philosophie lautet: Die Anforderungen von morgen mit den Methoden von gestern bewerkstelligen", ist sich Gr. Macke sicher. Eine Landwirtschaft wie aus dem Kinderbuch, ein Mythos eben. Da wäre es doch wenig verwunderlich, wenn es dann von Seiten der Landwirte heißt: "Ich bin dann mal weg, ich habe keine Lust mehr." Das Osnabrücker Land ohne Landwirtschaft: Keine Geruchsimmissionen, keine großen Mastställe, die Natur sich selbst überlassen. Die rund

200 Besucher der Jahreshauptversammlung des Kreislandvolkverbandes Melle, darunter viele Vertreter aus Wirtschaft und Politik, kennen die Antwort auf die Frage längst. Unzählige Arbeitsplätze stünden auf dem Spiel; das ungepflegte Landschaftsbild würde nicht zur Attraktivität der Region beitragen, von der fehlenden Wertschöpfung ganz zu schweigen. Dennoch fordern viele Verbraucher einen Systemwechsel in der Landwirtschaft. "Obwohl es keine allgemeingültige Definition für Massentierhaltung und Agrarindustrie gibt, werden die Begriffe genutzt, um der modernen Landwirtschaft Paroli zu bieten", kritisierte Vorsitzender Hermann-Josef Bolte.

Bei Verfahren zur Genehmigung von Stallbauten habe die "Dagegen-Politik" Einzelner massive Folgen für das Entwicklungspotenzial landwirtschaftlicher Betriebe. Zwar sei die persönliche Unsicherheit mancher Mitbürger in gewissen Zügen nachvollziehbar, aber eine Schwarz-Weiß-Darstellung helfe niemandem weiter. Eine offene und unvoreingenommene Diskussion ist nach Einschätzung Boltes der einzig richtige Weg. "Wir müssen dem Verbraucher klarmachen, warum unsere Betriebe wachsen. Der Verbraucher fordert günstige Nahrungsmittel, sein Portemonnaie jedoch entscheidet und so kehrt sich die Verbrauchermeinung an der Ladentheke um und führt zu einem indirekten Votum der Konsumenten für die moderne landwirtschaftliche Erzeugung hochwertiger Nahrungsmittel", sagt Bolte.

Von der großen Bandbreite des Angebotes in der Landvolk-Geschäftsstelle Melle waren die Mitglieder nach dem Bericht des Geschäftsführer Heinrich Kinnius wieder einmal überzeugt. Auch 2012 sollen die Mitglieder eine gute und kompetente Beratung vor Ort erhalten.

Carina Buller

Landvolk Presse Dienst Tierschutzplan in Theorie und Praxis

01. März 2012

L P D - "Mit dem Tierschutz einen Schritt voraus!" Unter diesem Titel hat sich der Arbeitskreis Agrar der Niedersächsischen Landjugend (NLJ) mit einem aktuellen Thema auseinandergesetzt. Die jungen Menschen wollten sich eine fundierte Meinung bilden und haben dazu zunächst einmal realitätsnahe Einblicke in Praxis und Forschung genommen. Dabei ging es um Fragen wie das Schwänze kupieren bei Ferkeln oder Einstreumaterialien bei Sauen im Abferkelbereich sowie die Auswirkungen der im Niedersächsischen Tierschutzplan diskutierten Änderungen. Die jungen Landwirte in der NLJ zeigten sich bereit zu mehr Transparenz, indem sie Verbraucher über bisherige Erfolge und Verbesserungen innerhalb der Tierhaltung informieren. Allerdings kritisierte der Arbeitskreis am Tierschutzplan die unzureichende Mitbestimmungsmöglichkeit der betroffenen Landwirte und die in ihren Augen kaum mögliche Umsetzbarkeit der vorgesehenen Maßnahmen. "Wir wollen gerne etwas für den Tierschutz tun. Aber nur einen Plan aus der Schublade holen und sagen: 'Setzt den mal bis dato um', ist kein fairer Umgang mit den Landwirten!" nannte Landesvorsitzender Markus Hauschild, selbst Landwirt, den wichtigsten Kritikpunkt.

In der Praxis sah sich der Arbeitskreis einen modernen Milchviehstall an. Neben dem Stallmanagement wurden hier auch betriebswirtschaftliche Fragen zu einem Unternehmen in Form einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) erörtert. Im "Klimaraum" der Deula Nienburg ging es um Einflüsse des Stallklimas auf das Verhalten der Schweine. Eine falsch eingestellte Lüftungstechnik kann in 15 bis 20 Prozent der Fälle Ursache für Kannibalismus sein, erfuhren die Teilnehmer des Arbeitskreises. Entscheidend ist also auch hier das Management des Betriebsleiters. Eine ständige Erfolgskontrolle kann Fehlerquellen

vermeiden. "Mit Blick auf die lauter werdende Kritik der Verbraucher am nicht ausreichenden Tierschutz in der Landwirtschaft reicht es heutzutage bei weitem nicht mehr aus, nur die Produktionstechnik zu beherrschen. Als zukunftsorientierte junge Landwirte müssen wir bereit sein, uns gegenüber Bürgerinnen und Bürgern transparent zu zeigen und unsere Betriebe zu öffnen", fasste Hauschild seine Eindrücke zusammen. (LPD 18/2012)

Aktuelles aus Land und Forst Diskussionsstoff für Sauenhalter

01. März 2012

Tierschutzplan - Einen ganzen Strauß topaktueller Themen behandelte der Arbeitskreis Sauenhaltung bei seiner zweiten Sitzung in Verden. Intensiv diskutierten die Praktiker den niedersächsischen Tierschutzplan und die im Vorfeld geplanten Pilotprojekte zur Vermeidung des Schwanzbeißens bei Ferkeln.

Eine ähnlich weit reichende Entscheidung steht bei der Änderung des Tierschutzgesetzes mit dem Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration an. Die geplante Frist für deren Verbot zum 1. 1. 2017 ist aus Sicht des Arbeitskreises viel zu kurz, zumal dafür auf Europäischer Ebene unter bestimmten Bedingungen das Jahr 2018 gelten soll. Bisher hat das Agrarministerium die Bemühungen der Wirtschaft anerkannt und keine eigene Frist setzen wollen. Da es noch einen erheblichen Forschungs- und Entwicklungsbedarf zur Ebermast gibt, sollten zunächst die vom Bund in Auftrag gegebenen Forschungen abgewartet und ausgewertet werden. Ferner werden Eingriffe wie die Kastration auch zukünftig für einen Teil der kleinstrukturierten Betriebe notwendig bleiben, da aus der Sicht des Arbeitskreises nicht alle männlichen Schweine als Eberfleisch vermarktet werden können. Zunächst werden daher zugelassene Lösungen gefordert, die dem Landwirt eine Ferkelkastration mit Betäubung unter Praxisbedingungen in den landwirtschaftlichen Betrieben erlauben.

Und schließlich bot die von Niedersachsens Landwirtschaftsminister Gert Lindemann angestoßene Diskussion zur Minimierung des Antibiotikaeinsatzes Diskussionsstoff. Dem Arbeitskreis Sauenhaltung gehören Praktiker aus allen Bezirken des Landvolkes Niedersachsen an. Er vertritt die spezifischen Interessen der Ferkelerzeugung. Zum Vorsitzenden des Gremiums wurde jetzt Lars Prigge aus dem Bezirk Stade gewählt, er wird ebenso wie sein Stellvertreter Friedrich Steffen aus dem Bezirk Osnabrück künftig die Sauenhalter im Veredelungsausschuss des Landvolkes Niedersachsen vertreten.

Br

Sächsische Zeitung

Samstag, 11. Februar 2012
(Döbelner Anzeiger)

GERICHTSBERICHT

Illegale Einwanderer bei Friki aufgefliegen
Von Peter Schmieder

Ein Waldheimer soll falsche Ausweise besorgt haben. Eine Razzia beim Döbeler Geflügel-Produzenten deckte den Schwindel auf.

Vor dem Amtsgericht Döbeln ist am Freitag der Fall eines Ehepaars verhandelt worden, denen das gewerbliche Einschleusen von Ausländern vorgeworfen wurde. Der Angeklagte, ein Deutsch-Vietnamese aus Waldheim, soll illegal in Deutschland lebende vietnamesische Staatsbürger mit gefälschten Ausweisen versorgt haben, damit diese unter fremder Identität in der Geflügelfabrik der „Friki Döbeln GmbH“ arbeiten konnten. Einer Razzia des Zolls im April 2009 beendete das falsche Spiel. Die Vietnamesen arbeiteten nicht als Angestellte bei dem Lebensmittelunternehmen, sondern als Leiharbeiter.

Offenbar hatten sie monatelang Zutritt zu den Produktionsanlagen. Ob sie auch die entsprechenden Gesundheitspässe besaßen, ist zweifelhaft. Vertreter von „Friki“ sagten vor Gericht aus, von den Vorgängen erst durch die Ermittlungen des Zolls erfahren zu haben. Auch die Cloppenburgische Arbeitsvermittlung, damals unter „JM Personaldienstleistungen“ firmierend, will nichts gewusst haben.

Der angeklagte Deutsch-Vietnamese arbeitete als Vorarbeiter. Die Frau des 52-Jährigen, ebenfalls angeklagt, habe laut Anklage die Lohnschecks eingelöst, einen Teil des Geldes behalten und einen deutlich geringeren Lohn an die illegalen Einwanderer ausgezahlt. Mehr als 3 000 Euro soll das Paar so einbehalten haben, als Lohn für ihre Schleuserdienste. Der Mann ist des gewerblichen Einschleusens von Ausländern in acht Fällen angeklagt, sie nur der Beihilfe.

Mit beglaubigten Reisepass-Kopien von legal in Deutschland lebenden Landsleuten hatten sich die Einwanderer ausgewiesen. Ein Ermittler der Bundespolizei hatte als Zeuge ausgesagt, dass anhand der Fotos schon erkennbar gewesen sein müsste, dass es sich um verschiedene Personen handelte. Nur beim erstmaligen Arbeitsantritt habe man die Daten der Personen kontrolliert, so ein Vertreter von „Friki“, danach nicht mehr. Personengebundene Einlasskarten für das Tor seien nicht vorgesehen gewesen. „In der Regel hat nicht jeder Mitarbeiter so eine Chipkarte“, bestätigt der „Friki“-Offizielle. Die Leiharbeiter seien immer in Gruppen erschienen, meist zur Nacharbeit. Drei Chipkarten hätten gereicht. Versteckt in der Gruppe konnten sich die Vietnamesen ohne Aufenthaltsgenehmigungen zur Arbeit einschleusen.

Wie die Arbeiter entlohnt wurden, ist fraglich. Das wisse auch der Angestellte des Geflügelverarbeiters nicht. Es werde nur die Kilomenge des entbeinten Hühnchens ermittelt, an die Leiharbeitsfirma übertragen und dann für eine ganze Schicht abgerechnet. Was ein einzelner Leiharbeiter verdient, wisse er nicht, ob legal oder illegal. „Einzig die Menge ist ihnen wichtig. Ob acht, 13 oder 14 Leute geschickt werden, ist ihnen egal“, stellte Richterin Christa Weik fest. „Wir melden vorher nur den Personalbedarf an“, so der leitende „Friki“-Angestellte. Wie viele Arbeiter erscheinen, werde nicht geprüft.

Zeugen bleiben ungehört

Das Verfahren selbst schien schlecht vorbereitet. Wichtige Zeugen konnten nicht gehört werden, denn sie hätten sich womöglich selbst belastet. Da ist zum Beispiel die Betreiberin der Leiharbeitsfirma. Dass sie in den Fall verwickelt sein könnte, ist nicht auszuschließen. Obwohl geladen, musste auf ihre Aussage verzichtet werden. Wegen Steuerhinterziehung verurteilt, hätte der 48-Jährigen ein Prozess wegen Verstoßes gegen das Aufenthaltsgesetz gedroht.

Ähnlich der Fall einer 45-jährigen Vietnamesin aus Zwickau, ebenfalls als Zeugin geladen: Eine Kopie ihres Reisepasses soll eine der illegalen „Friki“-Arbeiterinnen benutzt haben.

Ein Verfahren wegen Missbrauchs von Ausweispapieren gegen sie wurde bereits eingestellt. Die Gründe dafür waren der Prozessakte nicht zu entnehmen. Auch ihr hätte eine Wiederaufnahme der Ermittlungen gedroht.

„Wenn sie sich selbst belastet, muss ich eine Wiederaufnahme anstrengen“, so Staatsanwalt Alexander Winterhalter. „Mit diesen Zeugen steht und fällt der Prozess“, stellt Richterin Weik ernüchtert fest. Nur die Aussage des Ermittlungsbeamten der Bundespolizei blieb übrig. Der hatte allerdings nur Akten gewälzt und vom Schreibtisch aus ermittelt. Konkretes Erkenntnisse gab es nicht.

Die Besitzer der echten Papiere hätten gesagt, diese verloren zu haben. Wer den illegalen Arbeitern die Papiere kopierte, blieb offen. Beweise für die Schuld des Angeklagten gab es nicht. Richterin Weik brachte es auf den Punkt: „Fakt ist: Acht Illegale sind bei 'Friki' gewesen.“ Fakt sei aber auch, „dass die Indizien nicht ausreichen, um die Angeklagten zu verurteilen.“ Beide wurden freigesprochen. Selbst die Staatsanwaltschaft hatte dies beantragt.

„Friki“ arbeitet weiter mit der nun umfirmierten Leiharbeitsfirma zusammen. Auch der Angeklagte ist noch für die Firma tätig.

LZnet, 02.03.12: http://www.lebensmittelzeitung.net/news/top/protected/Schmallenberg-Virus-Russland-verbietet-Rinderimporte_92190.html

Russland verbietet wegen Schmallenberg-Virus Rinderimporte

LZnet/dpa. Wegen des Schmallenberg-Virus verbietet Russland vom 20. März an die Einfuhr von lebenden Rindern aus der gesamten Europäischen Union. Zuvor hatte Moskau bereits den Import aus Deutschland und drei anderen EU-Staaten gestoppt.

Die Schafe, Rinder und Ziegen treffende Krankheit habe sich in Europa immer weiter ausgebreitet, teilte die russische Veterinärbehörde am Freitag nach Angaben der Agentur Interfax zur Begründung mit.

Russland hatte sich wiederholt über mangelnde Zusammenarbeit der EU-Behörden beschwert. Auch Schafe und Ziegen aus mehreren Staaten dürfen wegen des Virus nicht ins größte Land der Erde exportiert werden.

Landwirtschaftskammer Niedersachsen, 02.03.12:

<http://www.lwk-niedersachsen.de/index.cfm/portal/6/nav/206/article/8351.html>

Lage- und Preisbericht am 02.03.

Das hierzulande am Markt für Schlachtschweine verfügbare Angebot fällt auch nach dem Monatswechsel insgesamt nicht zu umfangreich aus.

Das am hiesigen Schlachtrindermarkt bereitgestellte Angebot an Jungbullen und weiblichen Kategorien ist auch zum Monatsbeginn sehr überschaubar.

Fortgesetzt stetige Futtergetreidenachfrage verhindert nachhaltige Preisschwächen. Raps tendiert mit Unterstützung höherer Sojakurse weiter fest. Der Speisekartoffelmarkt bleibt gut ausreichend versorgt.

Reduzierte Sauenherde

Die letzte Viehbestandserhebung innerhalb der EU von Dezember 2011 lässt einen Rückgang der Schweineproduktion im Jahre 2012 erwarten. Die 13 wichtigsten schweineproduzierenden Länder innerhalb der EU wiesen im Dezember eine leichte Reduzierung des gesamten Schweinebestandes von etwa 2 % auf. Wesentlich deutlicher wurde allerdings die Sauenhaltung eingeschränkt. Insgesamt ergab sich gegenüber der Vorjahreszählung ein Rückgang der Sauenherde von rund 400.000 Tieren. Das ist ein Minus von über 3 %. Die Anzahl der Jungsauen, die die zukünftige Größe der Sauenherde entsprechend beeinflussen, wurde sogar noch stärker, nämlich um 5 % verringert. Nach Berechnung der AMI beträgt das Volumen der 13 ausgewählten Länder der Staatengemeinschaft ca. 85 % des EU- Schweinebestandes. Am deutlichsten wurden die Sauenbestände dabei zuletzt in Frankreich (- 2,5 %), in Polen (-15,3 %), in Italien (- 8 %)

sowie in Tschechien (- 19,1 %) reduziert. Die Zahlen lassen hier ein kleineres Ferkelangebot erwarten, so dass das Schlachtaufkommen spätestens ab der Jahresmitte 2012 gegenüber dem Vorjahr fortgesetzt kleiner ausfallen dürfte. Schon die vorangegangenen Ergebnisse in der Frühjahrszählung deuteten einen rückläufigen Trend für den Jahresbeginn in 2012 an.

Stabile Schweinepreise

Das hierzulande am Markt für Schlachtschweine verfügbare Angebot fällt auch nach dem Monatswechsel insgesamt nicht zu umfangreich aus. Die recht lebhaft Order der Schlachtunternehmen konnte dabei aber weitgehend gedeckt werden. Auf der erreichten Basis fest tendierende Schweinepreise waren im Wochenverlauf die Folge. In der weiteren Entwicklung erwarten die Marktbeteiligten leicht erhöhte Angebotsstückzahlen sowie eine entsprechende Nachfrage. Ausgeglichene Marktverhältnisse und stabil tendierende Schweinepreise dürften damit vorherrschen. Für die Schlachtwoche vom 2. bis zum 8. März 2012 nennt die VEZG einen Schweinepreis in Höhe von 1,60 €/Indexpunkt. Das ist ebenso viel wie vor Wochenfrist.

Auf hohem Niveau angeglichen

Das am hiesigen Schlachtrindermarkt bereitgestellte Angebot an Jungbullen und weiblichen Kategorien fällt auch zu Monatsbeginn nur sehr überschaubar aus. Insbesondere gilt dies weiterhin für weibliche Gattungen und insbesondere für Schlachtkühe. Letztere stehen dabei vornehmlich im Interesse der Vermarkter. Aber auch Jungbullenqualitäten werden zumindest regional zügig geordert. Die Preise entwickeln sich hier entsprechend auf der erreichten Basis fest. Aber auch im übrigen Segment herrschten sehr stabile Preise vor. Insgesamt bewegen sich die Kurse am bzw. leicht oberhalb des Vorwochenniveaus. Am Donnerstag, 1. März 2012, nannte die VEZG bundesweit für QS-Ware einen R3-Jungbullenpreis in Höhe von 3,82 €/kg SG. Das war ebenso viel wie eine Woche zuvor. Für Kühe der Klasse O3 (310 kg) erreichten die Kurse 3,12 €/kg SG und damit 2 Cent mehr als vor Wochenfrist. (...)

AMI GmbH, Marktwoche Schweine, 29.02.2012:

Höheres Aufkommen an Schweinen

Ein größeres Aufkommen an schlachtreifen Schweinen steht einem leicht erhöhten Bedarf der Schlachtereien gegenüber. Schweine sind weiterhin nicht zu reichlich vorhanden. Die Nachfrage ist normal bis rege. Auch in den Niederlanden ist der Wettbewerb der Schlachtereien um die Tiere stark, weshalb auch weniger Schlachtschweine nach Deutschland kommen. Impulse werden im Fleischhandel erwartet, vielleicht auch durch wärmere Temperaturen zur Wochenmitte. Die Fleischnachfrage scheint hinter den Erwartungen zurückzubleiben, weshalb auch noch nicht mit Sicherheit gesagt werden kann, wann und wie hoch genau die Schweinepreise steigen. Die Entwicklung im Fleischexport lässt sich ebenfalls noch nicht genau und konkret abschätzen, da bei dem erhöhten Preisniveau vielfach vorsichtiger disponiert wird. Das Angebot an schlachtreifen Schweinen bleibt insgesamt, auch wenn mehr Schweine zur Verfügung stehen, nicht zu reichlich. Der Wettbewerb um die Schweine ist stark bis normal.

Im Süden, Osten und auch im Nordwesten Deutschlands wirbt man mit Aufgeldern zur Basisnotierung um Lieferanten. Teils ist diese Maßnahme auch den vorangegangenen Hauspreisaktionen geschuldet. Wenn es um die Nachfrage nach Schweinen geht, so wäre ein Preisanstieg im Handel mit Schweinen plausibel. Andererseits stottert der Fleischabsatz noch etwas.

Aktuelle Angebotszahlen						
	Woche bis			Fortschreibung bis		
	26.02.2012	19.02.2012	27.02.2011	26.02.2012	27.02.2011	
Wöchentlich erfaßte Schlachtungen: Gesamtdeutschland, vorl. Stück¹⁾						
Schweine aller Klassen (S-V)	986.355	950.291	1.061.017	7.631.762	8.005.300	
Sauen M	16.809	17.183	22.750	137.022	175.364	
1) Nach Wochenmeldungen aufgrund 1. FIGDV. - Rinder und Schweine: nach Schlachtgewicht und Handelsklassen abgerechnet;						
Preisentwicklung für Schlachtvieh (Euro, o. MwSt.)						
	Woche bis				Januar	
	04.03.12	26.02.12	19.02.12	06.03.11	2012v	2011
Frei Schlachtstätte, je Kilogramm SG						
	geschätzt	vorläufig				
Deutschland, gesamt:						
- Schweine S	1,64-1,65	1,64	1,63	-	1,57	-
- Schweine E	1,60-1,61	1,60	1,59	1,43	1,53	1,26
- Schweine U	1,48-1,49	1,48	1,47	1,32	1,42	1,16
- Schweine S-P	1,60-1,61	1,60	1,59	1,41	1,52	1,23
- Sauen M	1,39	1,36	1,36	1,14	1,26	0,99

* Quelle: AMI, Landesstellen

AMI GmbH, Marktwoche Rind, Kalb, Lamm, 29.02.2012:

Hohe Rinderpreise und relativ stabil

Die jahreszeittypische Preisschwäche der Erzeugerpreise für Jungbullen blieb trotz einer schwachen Rindfleischnachfrage im Februar aus. Offenbar ist das Aufkommen – gemessen am Bedarf – weiterhin knapp. Ozerlegebullen sind im Nordwesten favorisiert. Die Preise sind meist auf dem erreichten Niveau stabil. Lediglich im Süden scheint der Exportmarkt mit Jungbullenfleisch in Italien zu stottern. Schlachtereien sprechen von Preisdruck. Kühe und Färsen sind überall Mangelware, weshalb die relativ hohen Kurse nochmals leicht fester tendieren. Laut amtlicher Meldungen sind gegenüber dem Vorjahr von Januar bis Mitte Februar 5 % weniger Kühe geschlachtet worden.

AbL Landesverband NRW, PM, 01.03.12:

Gewinn- statt Mengenwachstum

Hochkarätiges Podium auf Veranstaltung der AbL NRW zu „Markt-Mengen-Zukunft“ empfiehlt Bauern, sich gegenüber Schlachthöfen und Molkereien zu bündeln

Die Landwirte sollten sich nicht nur um ihre Kosten kümmern, sondern viel mehr als bisher um die Preise für ihre Schlachttiere oder Milch. Darin war sich das Podium auf der Tagung „Markt-Mengen-Zukunft“ der *Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft NRW (AbL)* am 27. Februar in Legden im Westmünsterland einig.

Dr. Albert Hortmann-Scholten von der Landwirtschaftskammer Niedersachsen sagte voraus: „Die großen Wachstumsschritte der letzten Jahren werden so nicht mehr weitergehen. Wir brauchen auf den Betrieben nicht Umsatzwachstum, sondern ein Gewinnwachstum.“ Damit die Schweinehalter ihre gesamten Kosten bezahlen können, müssten sie für die Schweine 1,80 Euro je Schlachtgewicht bekommen. Gezahlt werden aber 15 bis 20 Cent je Kilo weniger.

Laut AbL war der Konzentrationsprozess in der Schweinehaltung überdurchschnittlich hoch. Allein in den letzten fünf Jahren hat ein Drittel der Sauenhalter aufgegeben. Trotzdem werden noch in mehr als 50 Prozent der Betriebe weniger als 100 Sauen gehalten.

„Es gibt sie noch die bäuerliche Landwirtschaft und es lohnt sich auch für diese Betriebe einzustehen“, so Hortmann-Scholten. Möglichkeiten sieht er durch eine bessere Organisation der Schweinehalter am Markt, da bisher nur etwa 25 Prozent der Schlachtschweine in Erzeugergemeinschaften verkauft werden.

Wyno Zwanenburg, Vorsitzender des Niederländischen Schweinehalter-Verbandes, zeigte anhand einer Studie der Rabobank auf, wer am Schwein verdient. Nach dieser Studie verdienen alle, vom Einzelhandel, den Schlachthöfen bis zur Futtermittelwirtschaft mit Kapitalverzinsungen zwischen 15 bis 22 Prozent, nur die Bauern liegen bei minus 3

Prozent. „Es geht nur in Zusammenarbeit mit Tierschutzorganisationen und Handelsketten, Verbesserungen für das Einkommen der Bauern und den Tierschutz zu erzielen“, so Wyno Zwanenburg.

Auch der **Sauenhalter Günther Völker von der AbL** unterstrich diese Position. Es müsse darum gehen, die Tierschutzfrage bewusst mit der Erlösverbesserung für die Landwirte zu verbinden. „Das muss von der Landwirtschaft selbst eingebracht werden“, forderte Völker. Der **Vorsitzende des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter (BDM) Romuald Schaber** war der vierte Referent. Es sei derzeit sehr unsicher, ob die stark angestiegene Milchherzeugung in der EU zu guten Preisen abgesetzt werden könne. Zurzeit fehlten den Erzeugern aber Instrumente, um die erzeugte Menge notfalls an einen sinkenden Bedarf anzupassen. Schaber sieht hier Erzeuger wie Politik in der Pflicht, Lösungen zu schaffen. **Bernd Schmitz, Vorsitzender der AbL NRW** zog Bilanz. „Die Probleme der übersättigten Märkte und das angebliche Heilmittel der Produktion für den Weltmarkt werden zunehmend auch in der Fleischerzeugung in Frage gestellt und diskutiert. Die Milchbauern hatten dieses schon im Milchstreik europaweit zum Thema gemacht. Wir brauchen intakte bäuerliche Strukturen, die in Zusammenarbeit mit den Interessen der Verbraucher und Verbraucherinnen eine nachhaltige Lebensmittelerzeugung gewährleistet, wo nicht nur die Menge über die Zukunft eines Betriebes entscheidet. Die Vielfalt der Betriebe muss die Zukunft sein für Bauern, Verbraucher und die Umwelt in der wir gemeinsam leben.“

AbL Landesverband Niedersachsen, PM, 02.03.12:

AbL enthüllt unkontrollierte Trockenkot- und Gülle-Flut aus Agrarfabriken

Auf eine wachsende Flut von Gülle und Geflügelmist aus Agrarfabriken, die bislang weitgehend unkontrolliert verteilt und ausgebracht werde, verweist die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Den niedersächsischen Agrarbehörden lägen hierzu offenbar intern seit längerem besorgniserregende Zahlen und Fakten vor, die jetzt endlich umfassend veröffentlicht werden müssten und aus denen rasch Schlussfolgerungen zu ziehen seien. Dies betreffe sowohl die Höhe der Nährstoff-Überschüsse aus neuen Großmastanlagen und Groß-Biogasanlagen als auch den Umfang legaler und illegaler Transporte aus den Niederlanden. Aus internen Unterlagen der Landwirtschaftskammer gehe nach Aussage von Insidern zudem hervor, dass derzeit kaum systematisch kontrolliert werde, welche Flächen doppelt mit Gülleausbringung belegt seien.

In Niedersachsen sei zwischen 2007 und 2010 die Zahl der Schweine um 800.000, die der Masthühner um 14 Millionen und die der Puten um 900.000 augestockt worden – im wesentlichen in Großanlagen und in ohnehin schon viehintensiven Regionen. Rechne man die Nährstoff-Überschüsse aus den Biogasanlagen hinzu, dann fehlten zu deren sinnvollen Verwendung als Dünger allein im Weser-Ems-Raum etwa 90.000 Hektar, in den Landkreisen Emsland und Grafschaft Bentheim 84.000 Hektar. Durch Klärschlämme erhöhten sich die regional nicht unterzubringenden Nährstoff-Überschüsse zusätzlich noch einmal erheblich.

Hinzu kämen noch 2 Millionen Tonnen von Gülle- und Trockenkot-Exporten aus den Niederlanden nach Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, die zusätzlich 230.000 Hektar belegten. Trotz scharfen Überwachungsdrucks in den Niederlanden gingen Experten davon aus, dass mindestens jeder zweite Transport illegal erfolge. Kontrollen durch deutsche Behörden erfolgten – wenn überhaupt – nur über Stichproben. Viele LKWs seien zudem massiv überladen, was zu zahlreichen Unfällen führe.

Während ein Vertreter der Landwirtschaftskammer Niedersachsen jüngst beim 12. Forum Emsländischer Landwirte das Problem als noch lösbar bezeichnete, diese Nährstoff-Überschüsse (für zusammen 600.000 Hektar Fläche) aus dem Westen Niedersachsens sinnvoll zur Düngung in die Ackerbaugebiete Ostniedersachsens zu „exportieren“, sollen der Kammerspitze angeblich ganz andere Einschätzungen vorliegen: Demnach gibt es erhebliche Probleme und strukturelle Defizite bei der ordnungsgemäßen Ausbringung der überschüssigen Nährstoffe auf eigenen und außerbetrieblichen Flächen sowie bei deren Abgabe an Vermittler oder Verteiler (wie z.B. Güllebörsen).

Laut Aussage von Insidern werde derzeit kaum systematisch kontrolliert, ob die Düngungs-Grenzwerte bei der regionalen und besonders der überregionalen Verbringung und Ausbringung eingehalten würden - insbesondere durch gewerbliche und flächenlose Tierhaltungs- und Biogasanlagen. Dies gelte auch für die Kontrolle der „Qualifizierten Flächen-Nachweise“ (QFN) für den Verbleib von Gülle, Hühnertrockenkot oder Biogassubstrat, den Investoren vor der Genehmigung ihrer Anlagen eigentlich erbringen müssten. Wenn die Nährstoffe an einen Vermittler wie eine Güllebörse abgegeben würden, dann sei bisher lediglich ein bloßer Abnahmevertrag anstelle eines wirklichen QFN erforderlich. Eine wirkliche Kontrolle, so eine kammerinterne Einschätzung, finde nur in wenigen Landkreisen statt.

Die Einhaltung der Düngeverordnung werde zwar formal durch die Landwirtschaftskammer überwacht, allerdings routinemäßig nur mit Stichproben von 2 bis 2,5% - und selbst diese Zahl könnten die überlasteten Prüfdienste nicht einhalten. Verstöße würden häufig gefunden. Dies liege auch an der wachsenden Zahl nicht der Düngeverordnung unterliegender (gewerblicher, flächenloser) Tierhaltungs- und Biogasanlagen, die durch den bisherigen Kontrollansatz nicht erfasst würden. Wenn bei Stichproben festgestellt werde, dass die Verwertung nicht gemäß den Vorgaben der Baugenehmigung erfolgte, werde von Baubehörden in der Regel oft nur ein neuer QFN mit neuem Abnahmevertrag gefordert. Über die Zuständigkeiten der Genehmigungsbehörden nach der Erstellung der Genehmigung bestünden hinsichtlich der Überwachung und Kontrolle oftmals Zuständigkeits-Probleme.

In Kammer und Agrarministerium gebe es deshalb offenbar Überlegungen, die Nachweispflichten bei der Baugenehmigung von Ställen und Biogasanlagen zu verschärfen. Durch eine Neuregelung von § 42 der Niedersächsischen Bauordnung könne die bisherige Verbringungsverordnung (mit Aufzeichnungs- und Meldepflichten der Gülle- und Mist-Ströme) ergänzt werden durch eine koordinierte Kontrolle der Bau- und Dünge-Behörden über die Aufbringung auf wirklich geeigneten Flächen. Eine Verordnungs-Ermächtigung könnte zudem auch alle bereits genehmigten Anlagen in ein Prüfsystem der Düngebehörden einbeziehen – was für viele gewerbliche Großanlagen erhebliche Probleme bringen könnte.

AbL-Landesvorsitzender Martin Schulz forderte die niedersächsische Landesregierung auf, nunmehr rasch für ein funktionierendes Kontrollsystem zu sorgen. Alles andere gehe zu Lasten der Umwelt und damit auch des Ansehens der Landwirtschaft, begünstige den weiteren Bau flächenunabhängiger Agrarfabriken und benachteilige die vielen ordnungsgemäß wirtschaftenden und düngenden Landwirte. „Es ist ein Skandal“, so Schulz, „dass man bisher eine Flut von agrarindustriellen Großmastanlagen genehmigt hat, ohne wirklich den Verbleib der anfallenden Trockenkot- und Güllemengen zu kontrollieren!“ Ohne den dauerhaft überprüfbar Nachweis, dass diese Nährstoffe auf eigenen oder anderen Flächen ordnungsgemäß eingesetzt werde, dürfe nun keine flächenunabhängige Großmastanlage mehr genehmigt werden. Die bisher erteilten Genehmigungen für Agrarfabriken seien entsprechend zu überprüfen. Dies wäre ein weiterer Schritt zu einem Verbot der Agrarfabriken und der darin praktizierten agrarindustriellen Qualhaltung – hin zu einer artgerechten Tierhaltung in mittelständischen, bäuerlichen Strukturen mit Flächenbindung und betrieblichen und regionalen Nährstoff-Kreisläufen.

Meppener Tageblatt / Neue Osnabrücker Zeitung, 28.02.2012:

<http://www.noz.de/lokales/61159075/zu-wenig-land-fuer-den-duenger>

Autor: [Tobias Böckermann](#)

Zu wenig Land für den Dünger

Der Region fehlen rund 84.000 Hektar

Meppen. **Im Emsland und der Grafschaft Bentheim** gibt es infolge der gestiegenen Nutztierzahlen immer mehr Wirtschaftsdünger, vor allem Gülle und Festmist. Die **Verwertung des Düngers in der Region selbst ist nicht mehr möglich: Alles in allem fehlen 83835 Hektar – Millionen von Tonnen Dünger werden deshalb exportiert.**

Das hat Franz Jansen-Minßen von der Landwirtschaftskammer Niedersachsen in seinem Vortrag zum 12. Forum emsländischer Landwirte (wir berichteten) deutlich gemacht. Jansen-Minßen berichtete, im Emsland und der Grafschaft Bentheim fielen schon seit vielen Jahren Nährstoffüberschüsse an. Dies gelte für alle sogenannten Veredelungsregionen in Niedersachsen, also auch für Vechta oder Cloppenburg. Allen gemein ist demnach ein hoher bis extrem hoher Viehbestand. Jansen-Minßen erläuterte, auf Basis der bei der Tierseuchenkasse Niedersachsen gemeldeten Bestandszahlen ergebe sich für das Emsland eine Viehdichte von 2,5 Großvieheinheiten (GV) je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Für die Grafschaft seien es 2,52 GV, in Cloppenburg 3,49 GV, in Vechta 4,07 GV. Zum Vergleich: In der Ackerbauregion Braunschweig liegt der GV-Wert bei 0,29. Eine Großvieheinheit entspricht rechnerisch einem 500 Kilogramm schweren Tier.

Diese Unterschiede hätten schon vor zwei Jahrzehnten bestanden, wenn auch nicht in dieser Ausprägtheit, sagte Jansen-Minßen. Schon damals habe die Landwirtschaft damit begonnen, auf freiwilliger Basis dafür zu sorgen, dass die Nährstoffe aus den viehreichen in die vieharmen Gegenden gebracht würden, wo man sie zur Düngung verwende. Von dort kam unter anderem Getreide in die Region zurück. Dieser Kreislauf habe lange gut funktioniert – nun zeige sich aber, dass angesichts der stark gestiegenen Tierzahlen und durch die Gärreste aus Biogasanlagen die vorhandenen Stoffströme gewachsen seien. Im Zuge gesetzlicher Änderungen habe man die Stoffströme inzwischen erfasst und dem Nährstoffbedarf pro Hektar und der Flächenausstattungen der Landkreise gegenübergestellt. In Niedersachsen ergebe sich eine Flächenversorgung aus Wirtschaftsdünger für den Nährstoff Phosphat von 65 Prozent. Im Emsland und der Grafschaft liege der Anteil aber schon bei 128 Prozent, in Cloppenburg bei 209 und in Vechta bei 246 Prozent. Hier wird also viel mehr Dünger produziert als benötigt.

Immer mehr Gärreste

Rechne man nun noch die Gärreste aus Biogasanlagen hinzu, die ebenfalls auf die Äcker ausgebracht werden, sehe die Lage noch dramatischer aus. Dann nämlich fehlen dem Emsland und der Grafschaft bei 228000 Hektar vorhandener landwirtschaftlicher Nutzfläche zusammen 83835 Hektar – deutlich mehr als bisher gedacht. Schließe man nun auch noch die Wirtschaftsdüngerimporte aus den Niederlanden mit ein, wo strenge Vorgaben zu massenhaftem Export führten, und nehme man noch die Nährstoffe aus Klärschlämmen hinzu, dann fehlten in Weser-Ems rund 600000 Hektar Fläche. Dies bedeute, dass 11,2 Millionen Tonnen Wirtschaftsdünger und Gärreste exportiert werden müssten, aus dem Emsland rund drei Millionen Tonnen. Diese Aufgabe sei anspruchsvoll, aber lösbar, sagte Jansen-Minßen.

Topagrar.com, 02.03.12:

<http://www.topagrar.com/news/Markt-News-China-will-Fleischerzeugung-ankurbeln-783289.html>

China will Fleischerzeugung ankurbeln

China will Anreize für eine verstärkte Fleischerzeugung im Land schaffen. Ein Fünfjahresplan versucht die Regierung, Importe aus dem Westen begrenzen. Bis zum Jahr 2015 soll die chinesische Fleischerzeugung gegenüber dem Stand von 2010 um 7 Prozent auf dann 85 Mio. t erhöht werden, berichtet Agra Europe. Überdurchschnittliche Zuwächse strebt die Regierung in Peking für Schweine- und Geflügelfleisch an. Dazu soll die Erzeugung modernisiert und die Produktivität erhöht werden. Nach Angaben von Agra Europe stammt weiterhin der Großteil der chinesischen Fleischerzeugung von kleinen Betrieben, deren Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung begrenzt sind. Der Fünfjahresplan sieht einen beschleunigten Strukturwandel in der gesamten Erzeugungs- und Verarbeitungskette vor. Zunehmend sollen chinesische Fleischerzeugnisse auf den Markt kommen, die dem westlichen Stil entsprechen, um die Importnachfrage zu verringern. China ist weitgehend Selbstversorger mit Fleisch. Nach den Zahlen der UN-Landwirtschaftsorganisation FAO hat die Volksrepublik 2011 etwa 3,5 Mio. t Fleisch importiert und

1,8 Mio. t exportiert. Der Saldo von 1,7 Mio. t angesichts einer Erzeugung von 80 Mio. t ist nicht groß. Allerdings sind die Schweinefleischimporte in den vergangenen Jahren gestiegen, vor allem über Hongkong. Nach den Zahlen der EU-Kommission haben EU-Länder 2011 rund 930.000 t Schweinefleisch und Fleischerzeugnisse nach China und Hongkong verkauft.

Topagrar.com, 01.03.12:

<http://www.topagrar.com/news/Markt-News-Suedkorea-importierte-mehr-Fleisch-723092.html>

Südkorea importierte mehr Fleisch

Die Fleischimporte Südkoreas haben im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr stark zugenommen. Die Schweinefleischimporte des Landes stiegen überproportional um 68 % auf gut 487.000 t. Besonders große Zuwächse wurden sowohl bei Lieferungen aus der EU (+91 %) als auch aus den USA (+99 %) und Kanada (+47 %) verzeichnet.

Nach der Erhöhung der Anzahl der für Südkorealieferung zugelassenen deutschen Betriebe ist Deutschland zum wichtigsten Lieferanten innerhalb der EU geworden. Mittlerweile sind 35 Lieferbetriebe aus Deutschland für den Export nach Südkorea zugelassen. Im Jahr 2010 waren es nur 5 Betriebe. Dementsprechend stiegen die Lieferungen aus Deutschland von 4.600 t auf 31.400 t im vergangenen Jahr. An zweiter Stelle folgte Spanien mit 31.300 t (+69 %). Stark gestiegen sind aber auch die Einfuhren aus Dänemark, die sich mit 25.500 t mehr als verdoppelt haben. Wechselkurseffekte haben die Exporte aus der EU zusätzlich begünstigt. Gemessen in US \$ stiegen die Importpreise für Schweinefleisch im Durchschnitt um fast 30 %.

Die enorm gestiegene Importnachfrage Koreas geht vor allem auf den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche im Herbst 2010 zurück mit einer enormen Reduzierung des koreanischen Schweinebestandes. Für 2012 wird zwar eine Erholung der heimischen Schweinefleischproduktion prognostiziert, die Importnachfrage bleibt jedoch weiterhin hoch, da die Versorgungslücke immer noch groß ist.

Die Einfuhren von Rindfleisch verzeichneten einen Anstieg um 18 % auf rund 308.000 t. Nahezu die Hälfte aller Lieferungen kam aus Australien (153.000 t). Die USA lieferten 115.000 t und Neuseeland 34.000 t.

Nds. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung, PM, 02.03.12:

Kleingruppenhaltung bei Legehennen:

Niedersachsens Kompromiss-Initiative erfolgreich - Minister Lindemann: „Einheitlicher Rechtsrahmen in Deutschland gewährleistet“

Berlin/Hannover. Die „Fünfte Verordnung zur Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung“, in der es primär um die Regelungen zur Kleingruppenhaltung von Legehennen geht, hat der Bundesrat in seiner heutigen Sitzung in Berlin beschlossen. Das Plenum folgt damit einem Kompromissvorschlag der Länder Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, nach der eine Übergangsfrist der Kleingruppenhaltung bei Legehennen bis 2023 - im Einzelfall längstens bis 2025 - festgelegt wird. Landwirtschaftsminister Gert Lindemann: „Der Bundesratsbeschluss schafft Rechtssicherheit für die Legehennenhaltung und verhindert einen Flickenteppich mit möglichen Wettbewerbsverzerrungen.“ Nun sei es wichtig, dass der Bund die Verordnung zügig umsetze.

Der Hintergrund: Durch einen Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes sind aus formalen Gründen die konkreten Regelungen an die Kleingruppenhaltung von Legehennen nur noch bis zum 31. März 2012 anwendbar. Eine vom Bund vorgelegte 5.

Änderungsverordnung mit einer Übergangsfrist bis 2035 hatte im Plenum des Bundesrates im September 2011 nicht die erforderliche Zustimmung erhalten. Der Kompromissvorschlag der Länder Niedersachsen und Rheinland-Pfalz wurde auf Grundlage eines neutralen Gutachtens des Kuratoriums für Technik und Bauwesen in der

Landwirtschaft (KTBL) zur tatsächlichen Nutzungsdauer der Kleingruppenhaltung entwickelt.

Deutscher Tierschutzbund, PM, 02.03.2012:

Bundesrat: Ende der Kleingruppenkäfige ab 2023 – Setzt Aigner die Verordnung in Kraft? Der Bundesrat hat heute dem „Kleingruppenkäfig-Kompromiss“ der Länder Niedersachsen und Rheinland-Pfalz zugestimmt. Gemeinsam hatten sie einen Antrag vorgelegt, der für das Ende der Kleingruppenkäfige eine Übergangsfrist bis 2023 – statt wie von Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner ursprünglich angedacht bis 2035 – vorsieht. In Härtefällen kann ein Weiterbetrieb der Käfige bis 2025 erlaubt werden. Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, dazu: „Die Bestandsschutzfrist, die nun mindestens elf Jahre beträgt, halten wir immer noch für nicht vertretbar. Aber natürlich begrüßen wir, dass es zu einem Kompromiss gekommen ist, mit dem zumindest verhindert wurde, dass die Hühner noch endlos in den Käfigen gequält werden. **Jetzt muss die Bundesministerin dies unverzüglich in Kraft setzen, damit den Eierbaronen keine Schlupflöcher bleiben.** Es gibt keine Argumente mehr dagegen, auch keine verfassungsrechtlichen, die Hühner-Käfigqual zu beenden.“

Das Bundesverfassungsgericht hatte nach einer Klage der Landesregierung Rheinland-Pfalz die Verordnung für die Haltung von Legehennen in Kleingruppenkäfigen für nichtig erklärt. Eine Neuregelung musste bis April gefunden werden. Die Struktur der Käfigsysteme bietet den Legehennen keine Möglichkeit, auch nur annähernd ihre artgerechten Verhaltensweisen auszuleben. Jeder, der die Käfige gebaut hat, wusste, dass dies in einem rechtlich unsicheren Raum passiert. Es gibt keine vernünftigen Argumente dafür, auf weitere Zugeständnisse zu pochen. Bereits im Vorfeld hatte das Bundesministerium Zweifel an der verfassungsrechtlichen Grundlage für eine Frist bis 2023 angemeldet. „Die überwältigende Mehrheit des Bundesrates will ein Ende bis 2023. Es wäre nicht erklärbar, wenn Ilse Aigner das nun nicht akzeptiert und die Verfassung als Begründung vorschiebt. Damit würde sie nicht nur die Hühnerqual verlängern, sie würde die Bundesländer ja auch zu Verfassungsbrechern erklären. Wenn der Atomausstieg in wenigen Jahren geht, dann muss das auch für Freiheit von Mitgeschöpfen möglich sein“, kommentiert Schröder.

Chronologie: Kampf für das Käfigverbot

Seit dem verstärkten Aufkommen der Käfige für Legehennen Mitte der 1960er Jahre kämpft der Deutsche Tierschutzbund gegen diese Haltung und für tiergerechtere alternative Haltungssysteme. Das Bundesverfassungsgericht (BVG) erklärte die Käfighaltung 1999 für verfassungswidrig, da sie nicht dem Gebot des Tierschutzgesetzes genügt. Betreiber von Käfigbatterien ignorierten das mittlerweile erlassene Verbot der Käfighaltung. Die CDU/CSU-/FDP-Bundesregierung und eine Bundesratsmehrheit machte das Verbot wieder rückgängig: 2006 trat eine geänderte Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung in Kraft, nach der Hühnerkäfige weiterhin erlaubt blieben. 2007 legte die rheinland-pfälzische Landesregierung die Normenkontrollklage gegen die sogenannten Kleingruppenkäfige ein. 2010 gab das BVG dieser Klage Recht.

DBV, PM, 02.03.12: <http://www.bauernverband.de/?redid=152813&mid=500750>

Bundesrat will die Kleingruppe bei Legehennen ab 2023 verbieten

DBV: Kein guter Tag für Tierschutz, Landwirte und Verbraucher

Der Bundesrat hat heute eine Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung für die Legehennen verabschiedet, mit der die Kleingruppenhaltung für Legehennen ab 2023 verboten werden soll. **Der Deutsche Bauernverband kritisiert diese Entscheidung massiv und fordert Bundesministerin Aigner auf, den Vorschlag der Bundesländer nicht in Kraft zu setzen.** In einem Schreiben an die Ministerpräsidenten der Länder kurz vor der Bundesratssitzung hat DBV-Präsident Gerd Sonnleitner die Bedenken des Bundesjustizministeriums zum heutigen Beschluss angesprochen und bekräftigt. Das Ministerium sieht Hindernisse für eine Verkündung der geplanten Änderungsverordnung,

da es dem Gesetzgeber nicht zustehe, eine Haltungsform zu verbieten, die den grundsätzlichen Anforderungen des Tierschutzgesetzes genüge.

Mit Bedauern nimmt man im DBV zur Kenntnis, dass die Legehennenhalter mit der heutigen Entscheidung des Bundesrates weiterhin politischer Spielball zwischen Bund und Ländern bleiben. Die Entscheidung des Bundesrates ist auch keinem Verbraucher zu erklären und sicherlich nicht im Sinne des Tierschutzes in Europa, heißt es im DBV weiter. Bekanntlich werden noch fast 100 Mio. Legehennen in Europa in alten Legebatterien gehalten, obwohl das seit 1. Januar 2012 für alle verboten ist. In Deutschland wollen die Bundesländer nun eine wesentlich tierschutzgerechtere Haltungsform abschaffen, die in Europa Standard werden wird. Dieser Widerspruch sei niemanden mehr zu erklären, so der DBV.

PRESSEMITTEILUNG der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen NR. 0188 Datum: 02.03.12:

Legehennen: Bundesrat kippt Übergangsfristen der Regierung

Zum heute im Bundesrat gefassten Beschluss, die Übergangsfristen für die Käfighaltung auf das Jahr 2023 festzusetzen, statt wie ursprünglich von der Bundesregierung vorgesehen auf 2035, erklärt Friedrich Ostendorff, Sprecher für Agrarpolitik:

Auch wenn der Beschluss nicht das sofortige Ende der Käfighaltung bedeutet, ist es gut, dass der Bundesrat die von der Regierung geplanten Übergangsfristen deutlich verkürzt hat. **Ministerin Aigner muss jetzt das unselige Gezerre um die Fristen beenden und die Verordnung zügig umsetzen. Dabei darf sie nicht weiterhin als Erfüllungsgehilfin der Geflügelwirtschaft und des Bauernverbandes agieren** und versuchen, das Ende der tierschutzwidrigen Käfighaltung zu verzögern.

Ilse Aigner sollte sich jetzt von den Scharfmachern in den Regierungsfractionen lösen und den maßgeblich von Rheinland-Pfalz und Niedersachsen geprägten Beschluss unterstützen.

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, PM, 01.03.12:

Diskussion um Legehennenhaltung ist unerträglich

Übergangsvorschriften bis zum Verbot mehr als bedenklich

Der Bundesrat entscheidet morgen über die Übergangsfristen bis zum Verbot der Kleingruppenhaltung für Legehennen in Deutschland. Dazu erklären der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Franz-Josef Holzenkamp, und der zuständige Berichterstatter Dieter Stier:

„Die aktuell im Bundesrat diskutierten Übergangsvorschriften bis zum Verbot der Kleingruppe in der Hennenhaltung sind verfassungsrechtlich mehr als bedenklich. Bis zum 31. Dezember 2023 (in Härtefällen bis 2025) soll nach dem Willen des Agrarausschusses des Bundesrates die Kleingruppe verboten werden. Die Grünen fordern sogar ein Verbot zum 31. Dezember 2018.

Die Kleingruppe - eine Haltungsform, der Wissenschaftler einen hohen Tierschutzstandard bescheinigen - sollte ursprünglich die alte Käfighaltung mit dem kleineren Platzangebot für Legehennen ablösen. Das Bundesverfassungsgericht hatte dann 2010 die Einführung der Kleingruppenhaltung über die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung aus rein formalen Aspekten gekippt. Jetzt versucht der Bundesrat, über den notwendig gewordenen Neubeschluss auch die Kleingruppenhaltung zu verbieten.

Skandalös ist insbesondere, dass diejenigen Tierhalter, die ihre Ställe im Vertrauen auf politische Verlässlichkeit bis 2010 von der Käfighaltung auf die Kleingruppenhaltung umgestellt hatten, jetzt vor den Kopf gestoßen werden. Die vergleichsweise kurze Übergangsfrist bis zum Verbot ist ein erheblicher Eingriff in die Eigentumsrechte der Tierhalter.

Wir fordern den Bundesrat daher auf, in seiner Sitzung an diesem Freitag seine Vorstellungen zu überprüfen und für deutlich längere Übergangsfristen zu stimmen.“

Europaabgeordnete MdEP Nadja Hirsch (FDP), PM, 01.03.12:

Hirsch [FDP]: Kleingruppenkäfige für Legehennen schnellstmöglich abschaffen
München, 1. März 2012 - Die Kleingruppenhaltung von Legehennen soll ab 2023 - in Einzelfällen ab 2025 - verboten werden. Dies wird morgen der Ausschuss für Agrarpolitik und Verbraucherschutz des Bundesrats empfohlen.

"Eine Übergangsfrist von 11 Jahren zur Abschaffung der Kleingruppenkäfige ist der deutschen Wirtschaft absolut zumutbar, auch wenn ich mir ein früheres Ende dieser Haltungsform gewünscht hätte", so Nadja Hirsch, FDP-Europaabgeordnete und Vizepräsidentin der Intergruppe für den Tierschutz im Europäischen Parlament. "Die ursprünglich von Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner geforderte Übergangszeit bis 2035 trägt die klare Handschrift der Landwirtschaftslobby. Dabei verkennt Aigner, dass immer mehr Verbraucher auf gesunde Lebensmittel von gesunden Tieren setzen. Daher appelliere ich an die Verbraucher, beim Eierkauf unbedingt auf mit der Ziffer 3 - für Kleingruppenhaltung - gekennzeichnete Eier zu verzichten."

Seit 2010 ist die konventionelle Käfighaltung (auch Legebatterien genannt) in Deutschland verboten. EU-weit ist dies seit 2012 der Fall. Seither wurde verstärkt auf Kleingruppenhaltung gesetzt, die aber nur minimale Verbesserungen für die Hennen mit sich bringt: Statt einem DIN A 4 Blatt haben die Tiere nun 1,5 DIN A 4 Blätter Platz und eine Sitzstange im Käfig. Artgerechtes Verhalten wie Picken und Scharren sind nahezu nicht möglich. Das Risiko für gesundheitliche Schäden sowie der Krankheitsübertragung bleibt groß.

Der Ausschuss des Bundesrates wird morgen dem Bundesrat die Überstellung der Empfehlung an die Bundesregierung empfehlen. Letztere hat nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts bis Ende März Zeit, die Kleingruppenhaltung neu zu regeln.

DBV, PM, 29.02.2012: <http://www.bauernverband.de/index.php?redid=152813&mid=500533>

Übergangsfrist für die Kleingruppenhaltung bis 2023 inakzeptabel

Gerd Sonnleitner und Graf Drechsel appellieren an die Vernunft des Bundesrates
Die Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes (DBV) Gerd Sonnleitner und des Zentralverbandes der Deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG) Graf Drechsel lehnen den Kompromissvorschlag der Länder Niedersachsen und Rheinland-Pfalz zur Kleingruppenhaltung entschieden ab. Dieser Vorschlag entspricht nach Ansicht beider Präsidenten nicht dem verfassungsrechtlich gebotenen Bestandsschutz. Auch das Bundesjustizministerium soll dahingehende Bedenken geäußert haben. Immerhin wurde die Tierschutzgerechtigkeit der Kleingruppenhaltung bisher nicht gerichtlich in Frage gestellt. Ferner ist das vom Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e.V. (KTBL) vorgelegte Gutachten zur Bemessung der Übergangsfristen für die Kleingruppenhaltung als Argumentationsgrundlage nicht geeignet, wie eine genaue Prüfung des Agrarexperten Professor Dr. Hans-Wilhelm Windhorst ergab. Angesichts der Tatsache, dass derzeit immer noch bis zu 100 Millionen Legehennen innerhalb der EU in den verbotenen Käfigen gehalten werden, ist der vorgelegte Kompromissvorschlag der Länder zur Kleingruppe keinem Landwirt zu vermitteln. Die Präsidenten appellieren an den Bundesrat, sich nicht auf diese fachlich unzureichend begründete und rechtlich bedenkliche Regelung einzulassen.

BUND Niedersachsen, PM, 01.03.2012: presse.nds@bund.net [<mailto:presse.nds@bund.net>]

Unmoralische Drohung der Geflügelwirtschaft, Politik darf sich nicht erpressen lassen
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Niedersächsische Geflügelwirtschaft droht damit, das Land Niedersachsen auf 50 Millionen Euro Schadensersatz zu verklagen, falls der Umbau der Legehennenhaltung in Käfigen, oft als „Kleingruppen- bzw. Kleinvolierenhaltung“ verniedlicht, bis zum Jahr 2023

abgeschlossen sein soll. Letzteres sieht zumindest eine Initiative unter anderem aus Niedersachsen vor, die morgen, am 2. März, im Bundesrat behandelt werden soll. Dem BUND geht das immer noch nicht schnell genug. „Schon seit mehr als zwanzig Jahren ist klar, dass Massentierhaltung von Legehennen in Käfigen mit dem Tier- und Umweltschutz nicht vereinbar ist und daher keine Zukunft hat“, sagt Tilman Uhlenhaut, Landwirtschaftsreferent des BUND in Niedersachsen. „Möglichst lange so weiter zu wirtschaften und nun die Politik unter Druck zu setzen, die höchst komfortable Übergangszeiten von mehr als zehn Jahren anbietet, das ist unmoralisch“, so Uhlenhaut weiter.

Teile der Geflügelwirtschaft haben die Zeit verschlafen und haben mit Ihren Produkten keinen Rückhalt mehr in der Bevölkerung. Anstatt auf die sich ändernden Verbraucherwünsche zu reagieren, versucht die Geflügel-Lobby seit Jahren, mehr Tier- und Umweltschutz in der Nutztierhaltung zu verhindern. Mit der Ankündigung hoher Schadensersatzdrohungen soll die morgige Entscheidung der Politik beeinflusst werden. Der BUND verurteilt diese Art von Lobby-Arbeit. Er fordert eine tiergerechte und umweltschonende Nutztierhaltung statt des weiteren Ausbaus der Massentierhaltung. (...)

Topagrar.com, 02.03.12: <http://www.topagrar.com/news/Schwein-News-Britische-Supermarktkette-uebernimmt-Vion-Fleischwerk-722994.html>

Britische Supermarktkette übernimmt Vion-Fleischwerk

Der britische Supermarktbetreiber Morrisons kauft dem Fleischvermarkter Vion UK ein Fleischwerk in Winsford im Nordwesten Englands ab. In der knapp ein Hektar großen Anlage werden Schweine- und Lammfleisch für den Einzelhandel verarbeitet und abgepackt. Wie die Lebensmittelzeitung berichtet, wurde ein Kaufpreis nicht genannt. Das Werk mit derzeit 300 Mitarbeitern könne um eine Rindfleischverarbeitung erweitert werden und sei auch darüber hinaus ausbaufähig, teilte Morrisons mit. Die Übernahme ist die jüngste in einer Reihe von Akquisitionen, mit denen der Supermarktbetreiber seine Wertschöpfungs- und Lieferketten optimieren und stärkere Kontrolle über die Qualität seiner Produkte erhalten will. Dazu will Morrisons in den kommenden drei Jahren insgesamt rund 240 Mio. € in die vertikale Integration investieren.

Topagrar.com, 01.03.12:

<http://www.topagrar.com/news/Schwein-News-Petition-zum-Erhalt-des-Dispensierrechts-722124.html>

Petition zum Erhalt des Dispensierrechts

Deutschlands Tierärzte wollen das Dispensierrecht behalten.

Im Rahmen der Antibiotika- und Resistenz-Diskussion der letzten Wochen gerät auch das Dispensierrecht der Tierärzte erneut ins Kreuzfeuer der Kritik. Einige Politiker argumentieren, dass das Apothekenrecht der Tierärzte einer der Hauptgründe für den vermeintlich hohen Antibiotika-Verbrauch in der Nutztierhaltung sei. Sie plädieren daher für die strikte Trennung von tierärztlicher Beratung und dem Verkauf von Arzneimitteln. Denn wer am Verkauf von Arzneimitteln verdiene, habe natürlich kein Interesse, den Arzneimittelverbrauch einzuschränken.

Die Befürworter des Dispensierrechts halten dagegen, dass die sofortige Behandlung erkrankter Tiere nur dann gewährleistet sei, wenn der Tierarzt auch gleich das passende Arzneimittel mitbringe. Der Vertrieb über Apotheken führe lediglich zu einer Verteuerung und Verzögerung der Behandlung kranker Tiere, biete darüber hinaus aber keine Vorteile. Inzwischen wurde beim Deutschen Bundestag eine Petition zur Beibehaltung des Dispensierrechts der Tierärzte eingereicht. Bislang haben fast 10.000 Personen online gegengezeichnet. Damit das Thema im Petitionsausschuss behandelt wird, muss die Petition bis zum 9. März jedoch von mindestens 50.000 Personen unterstützt werden. Wenn auch Sie sich dafür aussprechen wollen, dass das Dispensierrecht in der jetzigen Form erhalten bleibt, können Sie sich [hier online eintragen](#)

Topagrar.com, 01.03.12:

<http://www.topagrar.com/news/Schwein-News-QS-Unangekündigte-Kontrollen-ab-2013-723005.html>

QS: Unangekündigte Kontrollen ab 2013

Bestandsaufzeichnungen werden ebenfalls kontrolliert.

Ab 2013 werden bei QS unangekündigte Kontrollen, sogenannte Spotaudits für alle Tierhalter verbindlich eingeführt. Bereits in diesem Jahr macht QS auf Initiative der deutschen Geflügelbranche den ersten Schritt und führt rund 1.200 Spotaudits durch. Wie QS in seinem Infobrief berichtet, haben die unangekündigten Kontrollen bereits im Februar begonnen und erstrecken sich auf Standorte in Deutschland, die auf der Stufe Landwirtschaft-Geflügel im QS-System angemeldet sind. Die Kosten dafür übernimmt die Geflügelwirtschaft.

Die für die Spotaudits eingesetzte Checkliste wurde auf der Sitzung des Fachbeirats Geflügel im Januar beschlossen. Danach richten die Auditoren besonderes Augenmerk auf folgende Punkte:

Tierschutz: Überwachung und Pflege, Haltungsanforderungen (Klima, Licht, Notstrom- und Alarmanlage), Besatzdichte/Bestandsaufzeichnungen, Ver- und Entladeeinrichtungen.

Hygiene: Gebäude und Anlagen, Hygieneschleusen, Abfallentsorgung, biosichernde Maßnahmen (Einstreu- und Kadaverlagerung, Schädlingsbekämpfung).

Arzneimittel: Lagerung von Arzneimitteln und Impfstoffen.

Futtermittel: Sicherheit und Sauberkeit von Futtermitteln und Wasser, Hygiene der Tröge, Futterlinien und Tränken, Hygiene der Futtermittellagerung.

Wie bei allen Audits gilt auch bei den Spotaudits: Bei Verstößen gegen die Anforderungen müssen Korrekturmaßnahmen eingeleitet werden. Bei schweren Verstößen drohen Sanktionen bis hin zum Entzug der Lieferberechtigung ins QS-System.

Ostsee-Zeitung, 29.02.2012: http://www.ostsee-zeitung.de/mecklenburg/index_artikel_komplett.phtml?

[SID=d3e4530090f8564d5dc5bd6eb297d7b5¶m=news&id=3380746](http://www.ostsee-zeitung.de/mecklenburg/index_artikel_komplett.phtml?SID=d3e4530090f8564d5dc5bd6eb297d7b5¶m=news&id=3380746)

OZ/LOKAL/DBR vom 29.02.2012 19:15

Ferkelaufzucht mit 13 000 Plätzen geplant

Neubukow (OZ) - Die „Agrargenossenschaft Hellbach“ und ein niederländischer Investor planen nahe Neubukow eine Ferkelaufzuchtanlage mit ca. 13 000 bis 14 000 Plätzen. Das bestätigte gestern der „Hellbach“-Vorstandsvorsitzende, Diethelm Hinz. Derzeit befindet sich dieser Vorzugsstandort für die noch zu gründende gemeinsame Firma im Prüfungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz beim Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt. Geplant ist an dieser Stelle zudem eine kleine Biogasanlage. Es würden maximal insgesamt drei neue Arbeitsplätze entstehen, so Diethelm Hinz zur OZ. Mehr dazu lesen Sie in der Donnerstagsausgabe Ihrer OSTSEE-ZEITUNG (Bad Doberaner Zeitung).

Ostsee-Zeitung, 27.02.2012:

http://www.ostsee-zeitung.de/mecklenburg/index_artikel_komplett.phtml?param=news&id=3378856

Succow: Gequälte Tiere auf engstem Raum schrecken ab

(OZ) - **OZ:** Sie sind Ökologe. Warum beschäftigt Sie das Thema Landwirtschaft?

Michael **Succow:** Ich bekomme immer häufiger Hilferufe aus Dörfern in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, in denen große Hähnchen- oder Schweinemastanlagen gebaut werden sollen. Immer mehr Bürger sind der Meinung: Dieses Land ist zu schade, um durch industriemäßige Agrarnutzung ruiniert zu werden. Nicht nur umweltbewegten Menschen wollen, dass wir gemeinsam etwas dagegen unternehmen.

OZ: Der Bauernverband meint, die Proteste kommen von kleinen Gruppen, die aber kräftig Lärm machen. Wie ist Ihr Eindruck?

Succow: Ich bin überzeugt, dass inzwischen die Mehrheit der Bevölkerung die industriemäßige Agrarproduktion für nicht mehr verantwortbar hält. Im Januar war ich in Berlin zur Grünen Woche beim Protestzug vor dem Kanzleramt dabei. Unter dem Motto „Wir haben es satt – Bauernhöfe statt Agrarindustrie“ forderten die Demonstranten von Kanzlerin Angela Merkel eine Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik. Das waren 23000 Menschen, keine Splittergruppe. Neu ist, dass aus der Landwirtschaft nicht nur Ökobauern dabei waren, sondern auch viele Milchbauern, die im Bund Deutscher Milchviehhalter organisiert sind.

OZ: Warum sind Sie gegen industrielle Agrarnutzung?

Succow: Sie führt zu ökologischer, aber auch sozialer Verödung ganzer Landstriche. Industriemäßige Anlagen kommen mit ganz wenig Beschäftigten aus. Zwangsläufig gehen Arbeitsplätze verloren, Auf dem Lande fühlen sich immer mehr Menschen nicht mehr gebraucht. Das führt zu sozialen Fehlentwicklungen. Auch dazu, dass vor allem im ländlichen Raum Neonazis Fuß fassen. Außerdem schreckt der Anblick der Großanlagen ab – Stacheldraht und nachts erleuchtete, hohe Mauern, gequälte Tiere auf engstem Raum. Das erinnert an Zuchthäuser. Wer kann, zieht weg.

OZ: Sie sprechen von der Natur als Kapitalstock. Was meinen Sie damit?

Succow: Wir sollten uns bewusst machen, dass die Natur unser Reichtum ist. Die Ostseeküste, die vielen Seen, die Wälder mit Adlern, Kranichen, Schwänen – all das macht Mecklenburg-Vorpommern zu einem begehrten Wohn- und Urlaubsland, zu einem aussichtsreichen Standort für Gesundheitswirtschaft und Regionalentwicklung. Wir haben es nicht nötig, Zerstörung durch die Agrarindustrie hinzunehmen.

OZ: Der Bauernverband meint, dass die Landwirtschaft billig produzieren muss, um wettbewerbsfähig zu sein. Was sagen Sie zu diesem Einwand?

Succow: Es kann nicht gesund sein, dass ständig mehr Brathähnchen für drei oder vier Euro auf den Markt geworfen werden, billiger als Hunde- und Katzenfutter. Deutsche Autos sind im Ausland ein Synonym für Qualität, für hochwertige Produkte. Das muss auch für hier erzeugte Nahrungsmittel gelten. Außerdem ist diese so genannte billige Produktion für die Allgemeinheit sehr teuer. Schadstoffe aus Tierfarmen kommen irgendwann im Grundwasser an. Solche Grundwassereinbrüche gibt es bereits, sie zu beheben, dafür müssen wir als Steuerzahler aufkommen. Der fruchtfolgelose Maisanbau zur Energiegewinnung in Biogasanlagen ruiniert nicht nur die Böden, sondern ist auch Energieverschwendung. Die großen Landmaschinen verbrauchen viel Treibstoff, Kunstdünger und Unkrautvernichtungsmittel müssen mit großem Energieaufwand hergestellt werden.

OZ: Was halten Sie von dem häufig angeführten Argument, dass der Hunger in der Welt allein mit ökologischer Landwirtschaft nicht besiegt werden kann?

Succow: Ich bin der festen Überzeugung: Die Lösung globaler Ernährungsprobleme findet entweder nachhaltig-ökologisch und regional statt oder überhaupt nicht. Deutschland verfügt nur über ein Prozent der Welt-Agrarfläche. Es ist unsinnig, damit die Welt ernähren zu wollen. Für das in Deutschland verbrauchte Hühner- und Schweinefutter sind 2,4 Millionen Hektar Sojaanbaufläche nötig. Soja importieren wir zum Beispiel aus Brasilien, wo dafür die Regenwälder gerodet werden. Es ist belegt, dass 90 Prozent der Rodungen im Amazonasgebiet insbesondere dem Sojaanbau dienen.

OZ: Das würde bedeuten, dass die deutsche Agrarwirtschaft auch im Ausland Landschaft zerstört. Kennen Sie solche Beispiele aus eigener Erfahrung?

Succow: Ja, meine Stiftung arbeitet in Äthiopien an einem Landnutzungsprojekt zur Stabilisierung ländlicher Räume. Dort behindern zum Beispiel Milchpulverimporte die eigenständige Regionalentwicklung. Im Sudan betreiben Investoren zweifelhafte Landraub-Machenschaften auf riesigen Flächen. Sie vertreiben sie die indigenen Völker von ihren angestammten Siedlungsplätzen.

OZ: Sie plädieren für eine Allianz der Vernünftigen gegen industriemäßige Agrarnutzung. Wen wollen Sie dafür gewinnen?

Succow: Naturschützer, Hoteliers, Politiker, die Gesundheitswirtschaft, aufgeklärte, ökologisch wirtschaftende Landwirte – alle, die die subventionierte Unvernunft nicht mehr mittragen wollen.

OZ: Was schlagen Sie stattdessen vor?

Succow: Eine ökologisch orientierte Landnutzung, die sich in Naturzusammenhänge einordnet und Lebensfülle zulässt. Äcker, über denen Lerchen jubeln, mit gesunden, humushaltigen Böden, die gutes Grundwasser bilden können. Kulturlandschaft hat etwas mit Kultur zu tun, mit einer Geisteshaltung. Landwirt zu sein heißt, die Landschaft zu bewirten. Landschaft ist ein Organismus, den wir stabilisieren müssen, nicht degradieren.

OZ: So spricht der Visionär und Wissenschaftler. Fühlen Sie sich damit von der Landespolitik verstanden?

Succow: Ja. Ich denke, dass bei unserer Landesregierung ein Umdenkprozess eingesetzt hat. Ein Gespräch mit Ministerpräsident Erwin SELLERING hat mir Mut gemacht.

Interview von Elke Ehlers

Topagrar.com, 01.03.12: <http://www.topagrar.com/news/Schwein-News-Belgien-Bauernbund-mit-oekologischem-Fussabdruck-zufrieden-720356.html>

Belgien: Bauernbund mit ökologischem Fußabdruck zufrieden

Vor allem der Futterimport aus Übersee schlägt sich im CO₂-Fußabdruck für Schweinefleisch nieder.

Die wichtigsten Ansatzpunkte zur Verringerung des ökologischen Fußabdrucks der Erzeugung von jeweils 1 kg Milch, Rindfleisch und Schweinefleisch in Belgien haben Wissenschaftler der Universität Gent in Kooperation mit der Consulting Environmental Resources Management (ERM) im Auftrag der flämischen Regierung identifiziert. Der kleinste Fußabdruck ergab sich für 1 kg Schweinefleisch nach der Zerlegung mit 4,8 kg bis 6,4 kg CO₂-Äquivalenten. Dabei entfiel der Löwenanteil den Wissenschaftlern zufolge mit 54 % auf das zugekaufte Kraftfutter; die zweitwichtigste Emissionsquelle war der Wirtschaftsdünger mit 27 %.

Der flämische Boerenbond zeigte sich in einer Pressemitteilung zufrieden mit den von den Forschern entwickelten Methoden zur Bestimmung des Kohlendioxid-Fußabdrucks. „Wie in der Wirtschaft muss auch im flämischen Tiersektor die Nachhaltigkeit verbessert werden“, sagte Verbandspräsident Piet Vanthemsche. Die Verringerung der Klimagas-Emissionen sei eine wichtige Herausforderung. Die Untersuchungsergebnisse seien eine gute Grundlage für die Entwicklung weiterer praxisorientierter Ansätze zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen in der Tierproduktion. Dabei seien bereits in der Vergangenheit gute Resultate erzielt worden, etwa durch die Gülleinjektion, emissionsarme Ställe, alternative Futtermischungen, eine bessere Futterverwertung und die Erhöhung der Rentabilität je Tier. (AgE)

Elite-Magazin online, 02.03.12: <http://www.elite-magazin.de/newsticker/Belgien-will-CO2-Emissionen-der-Tierproduktion-verringern-783441.html>

Belgien will CO₂-Emissionen der Tierproduktion verringern

Die wichtigsten Ansatzpunkte zur Verringerung des ökologischen Fußabdrucks der Erzeugung von jeweils 1 kg Milch, Rindfleisch und Schweinefleisch in Belgien haben Wissenschaftler der Universität Gent in Kooperation mit der Consulting Environmental Resources Management (ERM) im Auftrag der flämischen Regierung identifiziert. Wie der in der vergangenen Woche veröffentlichten Studie zu entnehmen ist, beläuft sich der CO₂-Fußabdruck von Vollmilch auf 0,90 kg bis 1,23 kg CO₂-Äquivalente. Wichtigster Ansatzpunkt zur Verringerung der Emission von Treibhausgasen ist hier die Pansenfermentation, der mit 35 % der größte Anteil am ökologischen Fußabdruck zukommt. Auf die Futterproduktion und auf den entstehenden Wirtschaftsdünger entfallen 24 % und 14 %.

Für Rindfleisch nach der Zerlegung berechneten die Forscher einen Wert von 22,2 kg bis 25,3 kg CO₂-Äquivalenten. Auch hier lieferten die höchsten Anteile die Pansenfermentation

mit 48 %, die Futterproduktion mit 26 % und die Mistproduktion mit 15 %. Der kleinste Fußabdruck ergab sich für 1 kg Schweinefleisch nach der Zerlegung mit 4,8 kg bis 6,4 kg CO₂-Äquivalenten.

P R E S S E E I N L A D U N G

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V.
Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm/Westfalen.T.02381-9053-171
www.abl-ev.de

An die Redaktionen

Berlin/Hamm,02.03.12

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V. möchte ich Sie herzlich zu unserer nächsten Pressekonferenz einladen.

Das Thema:

**Eine Form organisierter Kriminalität?
Die Tätigkeit des Treuhandnachfolgers Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft (BVVG)
Vorstellung einer Studie über die ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990**

Am Freitag, den 9.März 2012, 10.30 Uhr
Hotel Albrechtshof, Weinstube, Albrechtstr. 8, 10117 Berlin
(100 Meter vom S-Bahnhof Friedrichstraße)

Als Gesprächspartner stehen Ihnen zur Verfügung:

Dr. Jörg Gerke, Buchautor und ostdeutscher Sprecher der AbL

Dr. Michael Beleites, ehemaliger Bürgerrechtler und Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes im Freistaat Sachsen

Zum Hintergrund:

Die Tätigkeit der Treuhand nach der Wende ist Gegenstand kritischer Betrachtungen, wie beispielsweise in einer Studie der Universität Münster, die 2010 öffentlich gemacht wurde. Um die Tätigkeit der BVVG ist es in der Öffentlichkeit vergleichsweise still, obwohl durch deren Privatisierung staatliche Subventionen in einem zweistelligen Milliarden Euro-Bereich für wenige Großagrarien in Ostdeutschland, aber nicht für die überwiegende Mehrheit der ostdeutschen Bauern bewegt werden. Eine aktuelle Studie dazu von Dr. Jörg Gerke beleuchtet, in welchem Ausmaß Gesetze und Verordnungen umgangen und welche aktive Rolle dabei Bundesministerien, Staatsanwaltschaften, Gerichte und die Generaldirektion Landwirtschaft der EU-Kommission spielen. Die Brisanz liegt darin, dass die von Dr. Gerke dargestellten Sachverhalte durch interne Papiere der Ministerialebene aus dem Bundesfinanzministerium und dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bestätigt werden. Diese Studie werden wir auf der Pressekonferenz vorstellen, mit dem Autor Dr. Jörg Gerke, sowie dem ehemaligen Bürgerrechtler und Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde in Sachsen, Michael Beleites, der auch das Vorwort zu dieser Studie geschrieben hat. Schließlich werden wir auch auf einen besonderen aktuellen Fall beim Verkauf von ehemaligen BVVG-Flächen hinweisen, bei dem es um Veruntreuung in einer Größenordnung von mehreren Millionen Euro geht. Wir freuen uns, eine Vertreterin/einen Vertreter Ihrer Redaktion begrüßen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Georg Janßen

AbL – Bundesgeschäftsführer, T.0170-4964684

PRESSEMITTEILUNG der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Legehennen: Bundesrat kippt Übergangsfristen der Regierung

Zum heute im Bundesrat gefassten Beschluss, die Übergangsfristen für die Käfighaltung auf das Jahr 2023 festzusetzen, statt wie ursprünglich von der Bundesregierung vorgesehen auf 2035, erklärt Friedrich Ostendorff, Sprecher für Agrarpolitik:

Auch wenn der Beschluss nicht das sofortige Ende der Käfighaltung bedeutet, ist es gut, dass der Bundesrat die von der Regierung geplanten Übergangsfristen deutlich verkürzt hat. Ministerin Aigner muss jetzt das unselige Gezerre um die Fristen beenden und die Verordnung zügig umsetzen. Dabei darf sie nicht weiterhin als Erfüllungsgehilfin der Geflügelwirtschaft und des Bauernverbandes agieren und versuchen, das Ende der tierschutzwidrigen Käfighaltung zu verzögern.

Ilse Aigner sollte sich jetzt von den Scharfmachern in den Regierungsfractionen lösen und den maßgeblich von Rheinland-Pfalz und Niedersachsen geprägten Beschluss unterstützen.

From: presse.nds@bund.net [mailto:presse.nds@bund.net]

Sent: Thursday, March 01, 2012 3:13 PM

Subject: Unmoralische Drohung der Geflügelwirtschaft, Politik darf sich nicht erpressen lassen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Niedersächsische Geflügelwirtschaft droht damit, das Land Niedersachsen auf 50 Millionen Euro Schadensersatz zu verklagen, falls der Umbau der Legehennenhaltung in Käfigen, oft als "Kleingruppen- bzw. Kleinvolierenhaltung" verniedlicht, bis zum Jahr 2023 abgeschlossen sein soll. Letzteres sieht zumindest eine Initiative unter anderem aus Niedersachsen vor, die morgen, am 2. März, im Bundesrat behandelt werden soll.

Dem BUND geht das immer noch nicht schnell genug. "Schon seit mehr als zwanzig Jahren ist klar, dass Massentierhaltung von Legehennen in Käfigen mit dem Tier- und Umweltschutz nicht vereinbar ist und daher keine Zukunft hat", sagt Tilman Uhlenhaut, Landwirtschaftsreferent des BUND in Niedersachsen. "Möglichst lange so weiter zu wirtschaften und nun die Politik unter Druck zu setzen, die höchst komfortable Übergangszeiten von mehr als zehn Jahren anbietet, das ist unmoralisch", so Uhlenhaut weiter.

Teile der Geflügelwirtschaft haben die Zeit verschlafen und haben mit Ihren Produkten keinen Rückhalt mehr in der Bevölkerung. Anstatt auf die sich ändernden Verbraucherwünsche zu reagieren, versucht die Geflügel-Lobby seit Jahren, mehr Tier- und Umweltschutz in der Nutztierhaltung zu verhindern. Mit der Ankündigung hoher Schadensersatzdrohungen soll die morgige Entscheidung der Politik beeinflusst werden.

Der BUND verurteilt diese Art von Lobby-Arbeit. Er fordert eine tiergerechte und umweltschonende Nutztierhaltung statt des weiteren Ausbaus der Massentierhaltung.

Hintergrund

Die jahrelange Diskussion zur Käfighaltung mündete 1999 in der Richtlinie 1999/74/EG und anschließend in das Verbot, das endgültig 2012 europaweit greifen soll.

Der Versuch der industriellen Geflügelwirtschaft, dieses Verbot der Käfighaltung durch sogenannte Kleingruppenhaltung (Käfighaltung mit ein bisschen mehr Platz und "Möblierung") zu umgehen, führte 2006 zu einer Verordnung, die diese Art der tierquälerischen Haltung erlaubte. Die Verordnung hat noch bis zum 31.3.2012 bestand. Das Bundesverfassungsgericht stoppte diese Regelung 2010 (2 BvF 1/07 - Beschluss vom 12. Oktober 2010). Es erklärte die Kleingruppenhaltung für verfassungswidrig und forderte die Bundesregierung auf, eine andere Regelung zutreffen

Im September letzten Jahres hat Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner nun einen Verordnungsentwurf vorgelegt, nach dem die Kleingruppenhaltung erst 2035 ihre Zulassungen verlieren soll. Dieser Vorschlag wurde im Bundesrat abgelehnt. Die Bundesländer Niedersachsen und Rheinland-Pfalz haben jetzt einen Kompromissvorschlag für die Bundesratssitzung am 2.3.2012 vorgelegt, nach dem 2023 Schluss mit dieser Art tierquälerischer Haltung sein soll. Dies wird durch eine gutachterliche Stellungnahme des Kuratoriums für Technik in der Landwirtschaft (KTBL) als möglich angesehen.

Rückfragen zum Thema an:

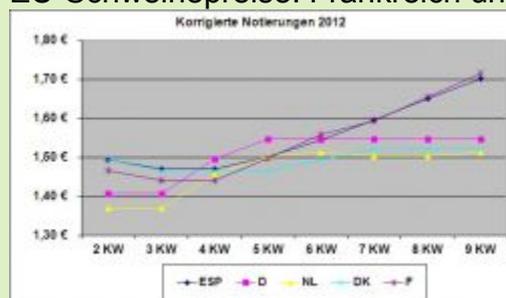
Tilmann Uhlenhaut
Referent für Landwirtschaft
BUND Landesverband Niedersachsen
Tel. 0157-74499120

Stephan Held
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
BUND Landesverband Niedersachsen
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Tel. (0511) 965 69 - 39/-0
E-Mail: Stephan.Held@nds.bund.net
Internet: www.bund-niedersachsen.de

ISN, 28.02.12:

http://www.schweine.net/eu_schweinepreise_frankreich_und_spanien_setzen_ho.html

EU-Schweinepreise: Frankreich und Spanien setzen Höhenflug fort



Die aktuelle Woche ist wieder von steigenden bzw. stabilen Preisen auf den EU-Schweinemärkten gekennzeichnet. Schon in der fünften Woche in Folge konnten sowohl Spanien als auch Frankreich die Erzeugerpreise für Schweine deutlich steigern. In Spanien

stiegen die Notierungen um + 5 Cent auf umgerechnet 1,70 EUR/kg, in Frankreich um + 6 Cent auf 1,71 EUR/kg. Mit der jüngsten Preissteigerung in Frankreich werden hier die höchsten Kurse seit der Umstellung auf den Euro erzielt. Begründet wird dieses gute Preisniveau mit dem außerordentlich knappen Angebot, sowie mit der gestiegenen globalen Nachfrage nach Schweinefleisch. Auch aus Österreich wird berichtet, dass man sich an ein vergleichbares wetteifern um schlachtreife Schweine zu dieser Jahreszeit nicht erinnern könne. Folglich stieg der Preis in Österreich um + 3 Cent. Eine geringe Preissteigerung um + 1 Cent wurde aus den Niederlanden gemeldet. Stabile Notierungen sind derzeit in Deutschland, Belgien und Dänemark zu beobachten. Auch in diesen Ländern liegt das Angebot an Schlachtschweinen derzeit deutlich unter den Zahlen des Vorjahres, jedoch gelingt es den Schlachtunternehmen dem Vernehmen nach nur schwer, Preissteigerungen gegenüber den Abnehmern durchzusetzen.

Tendenz für den deutschen Markt: Händler berichten, dass die Nachfrage derzeit das verfügbare Angebot an Schlachtschweinen übersteigt. Sollte sich an dieser Situation im Wochenverlauf nichts ändern, dürften steigende Erzeugerpreise die Folge sein.



Topagrar.com, 27.02.2012, <http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Weniger-Schweine-in-Europas-Staellen-719743.html>

Weniger Schweine in Europas Ställen

In den meisten Ländern der Europäischen Union sind die Schweinebestände im vergangenen Jahr abgestockt worden. Laut Angaben des EU-Statistikamtes belief sich der Schweinebestand im Dezember 2011 in der EU ohne Belgien, Griechenland, Großbritannien und Zypern auf 136,4 Mio. Tiere; das waren 2,3 Mio. Stück oder 1,6 % weniger als bei der vergleichbaren Bestandserhebung 2010. Ohne die Änderung der Erfassungsmethodik in Deutschland, die für einen Zuwachs der hiesigen Tierzahl um 1,9 % sorgte, wäre der Bestandsrückgang in Europa noch größer ausgefallen.

Die stärksten Abnahmeraten werden von Eurostat für osteuropäische Mitgliedsländer ausgewiesen. So hat sich die Schweinepopulation in Polen binnen Jahresfrist um 1,7 Mio. Tiere oder 11,6 % verringert. Für Litauen, Slowenien, die Slowakei und Tschechien wurden ebenfalls Minusraten von mehr als 10 % festgestellt. Demgegenüber blieb die Zahl der Schweine in den größeren Produzentenländern Spanien, Frankreich, Dänemark, Italien und den Niederlanden relativ stabil. Dies galt jedoch nicht für die Kategorie der weiblichen Muttertiere, deren Bestand in der Summe der 23 Länder, die an Eurostat meldeten, um 430 000 Tiere oder 3,5 % im Vergleich zu Dezember 2010 abnahm.

Überdurchschnittlich stark eingeschränkt wurde die Zuchtsauenhaltung in Osteuropa: In Polen fehlten gegenüber dem Vorjahr mehr als 200 000 Tiere oder 15,3 %; in Slowenien, Litauen und Tschechien wurden zwischen 15 % und 20 % weniger Sauen gehalten. In den westlichen Staaten nahm der betreffende Bestand besonders deutlich in Italien mit 7,9 % und Finnland mit 8,2 % ab. Eine Verringerung der Zuchtsauenzahl zwischen 1,7 % und 3,7 % verzeichneten Deutschland, Frankreich, Österreich und Dänemark, während in den Niederlanden ein leichter Zuwachs erfolgte. (AgE)

Topagrar.com, 26.02.2012, <http://www.topagrar.com/news/Schwein-News-Belgien-Schweinehalter-schreiben-rote-Zahlen-718316.html>

Belgien: Schweinehalter schreiben rote Zahlen

Die belgische Schweinehaltung hat schwierige Jahre hinter sich. Gerade 2011 war ein Jahr mit hohen Verlusten. Dies ist einem Bericht der Abteilung „Überwachung und Untersuchung“ des Ministeriums für Landwirtschaft und Fischerei zu entnehmen.

Wie die Fachzeitung Boerderij Vandaag berichtet, weist der Report für 2011 eine von der normalen Dynamik abweichende Entwicklung auf: Durch die hohen Vorkosten hätte die Rentabilität der Schweinehaltung im vergangenen Jahr deutlich mehr unter Druck gestanden. Zwar sei auch 2010 kein gutes Jahr für die schweinehaltenden Betriebe gewesen, im Vergleich zu 2009 hätten sich die Ergebnisse aber nochmals erheblich verschlechtert. (mk)

Taz.de, 27.02.12: <http://www.taz.de/Mitsprache-der-Kommunen-bei-Massenstaellen/88559/>

Mitsprache der Kommunen bei Massenställen

Der Zersiedelung vorbeugen

Beim Bau von Ställen für Massentierhaltung soll Gemeinden nun ein größeres Mitspracherecht eingeräumt werden. Das behindert den Fortschritt, findet der Bauernverband.
von Svenja Bergt

BERLIN taz | Die Bundesregierung will den Bau von Massenställen neu regeln. So hat das Bundesbauministerium jetzt einen Entwurf für eine Gesetzesnovelle zur Stellungnahme an Länder und Verbände geschickt – in Abstimmung mit dem Landwirtschaftsministerium, wie eine Sprecherin von Ministerin Ilse Aigner (CSU) betont.

Der Entwurf sieht unter anderem vor, dass vor dem Bau großer Anlagen künftig ein Bebauungsplan aufgestellt werden muss – das würde das Mitspracherecht der Kommunen bei der Errichtung von Massenställen stärken. Nur Anlagen, die unter den Grenzen für eine Umweltverträglichkeitsprüfung liegen, dürften noch ohne Bebauungsplan genehmigt werden.

„Die Anzahl der errichteten und beantragten Betriebe hat in den letzten Jahren stark zugenommen“, heißt es in der Begründung zu der Novelle. Massenställe sind im Baurecht bevorzugt: Eigentlich soll außerhalb von Gemeinden nicht gebaut werden, um einer Zersiedelung vorzubeugen. Die Ställe gehören zu den Ausnahmen, bei denen doch gebaut werden darf, was Tierschützern seit langem ein Dorn im Auge ist.

Kritik an dem Gesetzentwurf kommt vom **Bauernverband**. „Mit einem Bebauungsplan wird es nicht mehr möglich sein, Ställe zu bauen“, sagt Sprecher Michael Lohse. Da komme es der Erfahrung nach sofort zu Protesten von Bürgerinitiativen.

Grünen finden geplante Neureglung schwach

Zwar gebe es derzeit aus Regionen, in denen sich Anlagen befinden, auch Klagen, beispielweise über Geruchsbelästigungen oder verschmutzte Gewässer, etwa wenn Gülle zu konzentriert auf die Felder gebracht werde. „Aber hier müssen die Länder die vorhandenen Gesetze konsequent anwenden“, sagt Lohse. Die Novelle in ihrer jetzigen Form führe dazu, dass einfach alte Anlagen weiter betrieben würden anstelle von neuen, moderneren Anlagen.

Den Grünen ist die geplante Neuregelung dagegen zu schwach. Denn beispielsweise bei Mastgeflügel ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung mitunter erst ab 85.000 Tieren Pflicht. „Die Grenzen sind noch viel zu hoch“, sagt **Friedrich Ostendorff, Agrarexperte der Grünen**. Wer die Hürde umgehen wolle, bleibe eben hundert Tiere unter der Grenze. Er fordert, die Grenzen mindestens zu halbieren. Zudem müsse festgelegt werden, dass mehr als die Hälfte des notwendigen Futters auf Flächen angebaut wird, die zum Betrieb gehören. Diese Ergänzung sieht auch ein Papier aus dem Bundesumweltministerium vor. „Eine Tierhaltung, die nicht in einem ausgewogenen Verhältnis zum Pflanzenbau steht, führt zu einer Reihe negativer Umweltauswirkungen“, heißt es zur Begründung. Als „deutlich besser“ bezeichnet auch Ulrich Jasper von der **Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)** die Ergänzungen aus dem Umweltministerium.

Dass die Ministerien überhaupt an einer Änderung des Baurechts für Tierställe arbeiten, ist auch auf den Druck aus den Kommunen zurückzuführen: In der Vergangenheit war es wiederholt zu Fällen gekommen, in denen geplante Massenställe zu anhaltenden Protesten aus der Bevölkerung führten und die Kommunen sich mehr Handlungsmöglichkeiten wünschten, um den Bau von Massenställen abzulehnen. Das Gesetz soll nach der derzeitigen Planung Mitte des Jahres verabschiedet werden.

Topagrar.com, 27.02.2012, <http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Landvolk-kritisiert-Entwurf-zur-Baugesetzbuch-Novelle-719707.html>

Landvolk kritisiert Entwurf zur Baugesetzbuch-Novelle

Der kürzlich vorgelegte Entwurf der Bundesregierung für das neue Baugesetzbuch ist nach Einschätzung des Landvolkes Niedersachsen „unausgegoren und nicht zielführend“. Er werde keine Konflikte lösen, sondern viele Höfe vor neue Probleme mit unkalkulierbaren Folgen stellen, betonte Verbandspräsident Werner Hilse und ergänzte: „Ganz gleich ob die Betriebsleiter zusätzliche Einkommenschancen nutzen möchten, ihrem Nachfolger den Einstieg erleichtern oder aus Tierschutzgründen neue Haltungsverfahren umsetzen wollen, die Realisierung von Investitionsabsichten in der Tierhaltung wird für viele Bauern unkalkulierbar werden“.

Besonders hart würden sich die im Entwurf neu aufgeführten Grenzen für den privilegierten Stallbau auf kleine und mittlere Familienbetriebe mit geringer Flächenausstattung auswirken. Diese Familien hätten den wirtschaftlichen Erfolg ihres Hofes oft eng an die Tierhaltung geknüpft und seien zur Verwertung des Wirtschaftsdüngers Kooperationen mit Ackerbaubetrieben eingegangen, erläuterte Hilse. Für sie bestehe nun bei jeder Investitionsabsicht die Gefahr, aus der Privilegierung herauszufallen.

Dabei sei es nach den aktuellen Plänen völlig nachrangig, ob Ställe aus Gründen des Tier- oder Umweltschutzes um- oder auch neugebaut werden sollten. Die Betriebe könnten über den Flächenerwerb die Privilegierung nicht zurückerlangen. „Dieser Weg ist nicht nur teuer, sondern wegen der sich weiter verschärfenden Flächenknappheit auch versperrt“, unterstrich der Landvolkpräsident. (AgE)

Topagrar.com, 28.02.2012, <http://www.topagrar.com/news/Schwein-News-Tillmann-Hohe-Exporterloese-sind-kein-Selbstlaeufer-720379.html>

Tillmann: Hohe Exporterlöse sind kein Selbstläufer

Bei der Mitgliederversammlung der Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN), welche vergangene Woche in Osnabrück stattfand, spielte das Thema Export eine große Rolle. So erläuterte Josef Tillmann, Geschäftsführer von Tönnies Lebensmittel, dass rund die Hälfte des bei Tönnies erzeugten Schweinefleisches mittlerweile an Kunden im Ausland verkauft werde, weshalb die Ausfuhren eine immer wichtigere Rolle spielen würden. Die Exportdiversifizierung und das Vordringen in neue Märkte seien strategisch erwünscht und im vollen Gange; dies erfordere jedoch die intensive Pflege persönlicher Kontakte und koste das Unternehmen auch finanziell einiges an Vorleistungen. Das müsse auf Erzeugerseite berücksichtigt werden, wenn eine stärkere Gewinnbeteiligung an den höheren Exporterlösen eingefordert werde. Tillmann betonte zudem, dass Deutschland keine Insel sei und sich Exporterfolge nur einstellen würden, wenn auf Weltmarktpreisniveau angeboten werden könne. (AgE)

ISN, 29.02.12:

http://www.schweine.net/russland_will_in_2_jahren_eigenbedarf_an_schweinef.html

Russland will in 2 Jahren Eigenbedarf an Schweinefleisch decken

Wie die Internetseite russland.ru berichtet, wird Russland binnen zwei Jahren seinen Bedarf an Schweinefleisch vollständig decken, so die russische Landwirtschaftsministerin Jelena Skrynnik am Freitag bei einer Beratung in Barnaul (Westsibirien).

Laut Skrynnik werde Russland jährlich je sechs Milliarden Rubel (ca. 152 Mio €) für die Modernisierung von Betrieben der Schweinefleischproduktion bereitstellen. Ferner teilte sie mit, derzeit importiere Russland jährlich bis zu 600.000 Tonnen Schweinefleisch-Nebenprodukte.

Bei der Beratung der Ministerin mit Agrarproduzenten Sibiriens wurden unter anderem aussichtsreiche Richtungen des neuen Staatsprogramms für 2013 bis 2020 erörtert. Besonderes Augenmerk richtete Skrynnik auf die Förderung von Kleinbetrieben in der Region Altai. Darüber hinaus unterstrich sie, die Region beginne ab 2012 mit dem Programm zur Entwicklung von Familienfarmen. Für diesen Zweck sollen aus dem föderalen Haushalt 34 Millionen Rubel (circa 0,86 Mio €) und aus dem regionalen 20 Millionen Rubel (circa 0,506 Mio €) ausgegeben werden. 🌍

Schweine.net, 28.02.2012,

http://www.schweine.net/nrw_und_ns_schlachten_fast_zwei_drittel_aller_schw.html

NRW und NS schlachten fast zwei Drittel aller Schweine Deutschlands

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden 2011 laut vorläufigen Zahlen, 59,5 Mio. Schweine geschlachtet, das ist ein Zuwachs von 850.000 Tieren gegenüber 2010 (+ 1,4 %), teilt der Landvolk-Pressedienst mit.

Die Hochburgen der Schweinefleischerzeugung bleiben mit großem Abstand Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. In beiden Ländern werden zusammen mit 64 % fast zwei Drittel aller Schweine in Deutschland geschlachtet. Die Entwicklung der Schlachtungen fielen in 2011 unterschiedlich aus: in Nordrhein-Westfalen liegt die Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr bei + 2,1 % sowie in Niedersachsen bei +2,5 %. Hingegen schrumpfte die Erzeugung in Bayern (- 2,0 %) und in Schleswig Holstein (-4,8 %).

Topagrar.com, 29.02.12:

<http://www.topagrar.com/news/Schwein-News-USA-exportieren-Fleisch-in-Rekordhoehe-720394.html>

USA exportieren Fleisch in Rekordhöhe

Die Fleischbranche in den Vereinigten Staaten kann auf ein sehr erfolgreiches Exportjahr 2011 zurückblicken. Nach Angaben der US-Exportorganisation für Fleisch (USMEF) wurde im vergangenen Jahr soviel Schweine-, Rind- und Lammfleisch an Kunden im Ausland verkauft wie niemals zuvor. Der Erlös der Rotfleischausfuhren summierte sich auf die neue Höchstmarke von 11,5 Mrd. \$ (8,7 Mrd. €). Der aktuellen Handelsstatistik des Washingtoner Landwirtschaftsministeriums (USDA) zufolge wurden 2011 von den USA bezogen auf das Schlachtgewicht (SG) 2,36 Mio. t Schweinefleisch exportiert, womit das Ausfuhrvolumen im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 20 % gesteigert werden konnte. Verantwortlich dafür war die rege Fleischnachfrage in Asien: Die US-Lieferungen nach Südkorea verdoppelten sich auf 206.000 t, die Ausfuhren nach China stiegen um mehr als das Vierfache auf fast 303.000 t; gleichzeitig wurde nach Japan mit 671.000 t soviel Schweinefleisch verschifft wie in keinem Jahr zuvor. (AgE)

LZnet, 27.02.2012:

http://www.lebensmittelzeitung.net/news/markt/protected/Tierwohl-Verbraucher-fuer-Siegel_92049.html

Verbrauchermehrheit findet Tierwohl-Siegel gut

Drei Viertel der Konsumenten sprechen sich für ein Tierschutz-Label auf Eiern, Fleisch- und Milchprodukten aus. Ein wichtiges Kriterium sind die Haltungsbedingungen. Ergebnis einer Forsa-Umfrage.

LZnet. Eine große Mehrheit der Bundesbürger würde sich beim Lebensmitteleinkauf von einem Siegel für geprüftes Tierwohl leiten lassen und sieht die Landwirte in der Hauptverantwortung für das Wohlergehen der Tiere. Dies sind die zentralen Ergebnisse einer repräsentativen Forsa-Umfrage unter 1.000 Deutschen ab 14 Jahren im Auftrag der Unternehmensberatung Engel & Zimmermann AG, Gauting bei München.

Dabei sprachen sich 74 Prozent für ein entsprechendes Label aus; nur 23 Prozent wäre das Siegel nicht so wichtig, das Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner für Fleisch-, Eier- und Milchprodukte mit besonders hohem Tierschutzstandard plant. Frauen (80 Prozent) würden sich dabei mehr als Männer (68 Prozent) an der Kennzeichnung beim Einkauf orientieren.

Auf die Frage, was die Verbraucher in erster Linie unter "Tierwohl" verstehen, gab ein Großteil gute Haltungsbedingungen an: 90 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass mehr Platz im Stall unter den Begriff fällt, für 89 Prozent ist mehr Auslauf besonders wichtig. Artgerechte Tiertransporte (87 Prozent) und stressfreie Schlachtung (82 Prozent) sind für viele ebenfalls assoziiert mit dem Wohlergehen von Nutztieren. Eine längere Aufzucht finden zwei Drittel wichtig.

Hauptverantwortlich für das Tierwohl sind nach Ansicht der Verbraucher die Landwirte (41 Prozent). Erst danach werden die Verbraucher selbst (26 Prozent) und der Staat (20 Prozent) in der Pflicht gesehen; Hersteller (sechs Prozent) und Händler (drei Prozent) werden deutlich weniger genannt.

"Die Sensibilität der Verbraucher für Tierhaltungs- und Lebensmittelthemen steigt, sie erwarten zunehmend einen offeneren Dialog", resümiert Engel & Zimmermann-Vorstand Frank Schroedter. "Landwirtschaft, Fleischindustrie und Handel müssen vor diesem Hintergrund unbedingt glaubwürdig kommunizieren und dem Konsumenten aufzeigen, welche Tierhaltungsstandards er zu welchem Preis erwarten kann."

Topagrar.com, 27.02.2012, <http://www.topagrar.com/news/Schwein-News-forsa-Studie-Verbraucher-fordern-Tierwohl-Label-718240.html>

forsa-Studie: Verbraucher fordern Tierwohl-Label

Eine große Mehrheit der Bundesbürger würde sich beim Lebensmitteleinkauf von einem Siegel für geprüftes Tierwohl leiten lassen und sieht die Landwirte in der Hauptverantwortung für das Wohlergehen der Tiere. Dies sind die zentralen Ergebnisse einer repräsentativen forsa-Umfrage unter 1.000 Deutschen. 74 % der Befragten sprachen sich für ein entsprechendes Label aus; für nur 23 % wäre ein Siegel nicht so wichtig.

Auf die Frage, was die Verbraucher in erster Linie unter dem Begriff Tierwohl verstehen, gab ein Großteil gute Haltungsbedingungen an: 90 % der Befragten sind der Meinung, dass mehr Platz im Stall unter den Begriff fällt, für 89 % ist mehr Auslauf besonders wichtig. Artgerechte Tiertransporte (87 %) und eine stressfreie Schlachtung (82 %) sind für viele Bundesbürger ebenfalls mit dem Wohlergehen der Nutztiere verknüpft.

Hauptverantwortlich für das Tierwohl sind nach Ansicht der Umfrageteilnehmer die Landwirte (41 %). Erst danach werden die Verbraucher selbst (26 %) und der Staat (20 %) in der Pflicht gesehen; Hersteller (6 %) und Händler (3 %) werden deutlich weniger genannt. „Die Sensibilität der Verbraucher für Tierhaltungs- und Lebensmittelthemen steigt, sie erwarten zunehmend einen offeneren Dialog“, resümiert Frank Schroedter, von der Unternehmensberatung Engel & Zimmermann, die die Studie in Auftrag gegeben hatte. „Landwirtschaft, Fleischindustrie und Handel müssen vor diesem Hintergrund unbedingt glaubwürdig kommunizieren und dem Konsumenten aufzeigen, welche Tierhaltungsstandards er zu welchem Preis erwarten kann.“ (mk)

PRESSEMITTEILUNG der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen NR. 0163 Datum: 27. Februar 2012

Verbraucherinnen und Verbraucher wollen Tierwohllabel

Zur heute veröffentlichten Forsa- Studie zu einem Tierwohllabel erklärt Friedrich Ostendorff, Sprecher für Agrarpolitik:

Obwohl die große Mehrheit der Menschen in Deutschland ein Label für tiergerechte Haltungsformen will, ist Verbraucherministerin Aigner nach wie vor nicht bereit zu handeln. Die Forsa-Umfrage zeigt, dass drei Viertel der Verbraucherinnen und Verbraucher sich beim Einkauf tierischer Produkte nicht ausreichend informiert fühlen. Frau Aigner muss die Verbraucherinnen und Verbraucher endlich in die Lage versetzen, selbst zu entscheiden, welche Produkte sie kaufen wollen. Wir fordern seit langem ein Tierschutzlabel, das ähnlich der Eier-Kennzeichnung Aufschluss über die Haltungsform gibt.

Die Industrie hat den Bedarf bereits erkannt und Verbraucherministerin Aigner mit eigenen Tierwohllabels überholt. Die ewig Gestrigen in Industrie und Regierungskoalition befürchten zu Recht, dass bei einer flächendeckenden Einführung eines Tierwohllabels Produkte mit dem gesetzlichen Standard in den Regalen bleiben.

Denn die Forsa-Umfrage zeigt auch, dass etwa 90 Prozent der Bevölkerung erkannt haben, dass Tierhaltung in Deutschland nicht per se tierschutzgerecht ist. Völlig zu Recht werden mehr Platz und Auslauf gefordert. Frau Aigner sollte das Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher endlich nutzen und die Mindeststandards in der Tierhaltung auf ein akzeptables Niveau anheben. Wir werden uns weiterhin für die

Einführung einer klaren Kennzeichnung artgerechter Haltungsverfahren in Form eines Tierschutzlabels einsetzen.

Topagrar.com, 27.02.2012, <http://www.topagrar.com/news/Schwein-News-ISN-Tierwohls-grosse-Herausforderung-der-Zukunft-720287.html>

ISN: Tierwohl als große Herausforderung der Zukunft

Das stramme Wachstum der deutschen Schweineproduktion wird sich trotz bester infrastruktureller Voraussetzungen in den kommenden Jahren nicht in dem Maße fortsetzen wie in der letzten Dekade. In dieser Einschätzung waren sich alle Teilnehmer einer Podiumsdiskussion einig, zu der die Interessengemeinschaft der Schweinehalter (ISN) anlässlich ihrer Mitgliederversammlung vergangene Woche nach Osnabrück geladen hatte. Der ISN-Vorsitzende Heinrich Dierkes kritisierte, dass durch höhere Tierschutzaufgaben an der Kostenschraube gedreht werde, wodurch gerade die von Tierschützern favorisierten kleineren Betriebe zur Aufgabe gezwungen würden.

Sein ISN-Beiratskollege Carsten Spieker befürchtet ebenfalls rückläufige Produktionszahlen aufgrund von Betriebsstilllegungen in der Ferkelerzeugung. Er verwies auf das steigende Interesse von US-Schlachthöfen an einer Zulassung für den EU-Markt, da man für diesen aufgrund strengerer Tierhaltungsregelungen einen Rückgang der Erzeugung erwarte. Bestätigt wurde dieses Szenario vom Marktanalysten der niederländischen Rabobank, Albert Vernooj, der eine Abnahme des EU-Selbstversorgungsgrades für Schweinefleisch von derzeit 109 % auf 103 % im Jahr 2020 prognostizierte. Positiver beurteilte dagegen der Geschäftsführer von Tönnies Lebensmittel, Josef Tillmann, die Aussichten. Für Deutschland erwartet er in den nächsten Jahren einen leichten Produktionszuwachs, der weniger in den jetzigen Schweinehochburgen, sondern in viehärmeren Bundesländern wie Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt erfolgen könne. Auch der Werksleiter des Futtermittelherstellers GS agri, Hans Lübbe, sieht noch Potenzial für die gut aufgestellte Schweineerzeugung in Deutschland, doch werde durch äußere Einflüsse wie die abnehmende Akzeptanz der Bevölkerung und steigende Anforderungen der Gesellschaft die Expansion in Zukunft kleiner als in der Vergangenheit ausfallen.

Als große Herausforderung für die gesamte Vermarktungskette wurde in Osnabrück die augenblickliche Diskussion um Tierwohl und Nachhaltigkeit in der Veredlungswirtschaft eingestuft. Der ISN-Vorsitzende Dierkes bemängelte das Informationsdefizit in weiten Teilen der Gesellschaft über moderne Produktionsabläufe in der Schweineproduktion, was letztlich den Nährboden für Misstrauen bilde. Die ISN sei jederzeit bereit, mit ihrem Sachverstand an Problemlösungen mitzuarbeiten, wobei eine praxisgerechte Umsetzbarkeit das Ziel sein müsse. Man unterstütze beispielsweise den Aufbau eines bundesweiten, von Wirtschaftsseite getragenen Antibiotikamonitorings in Kooperation mit den Tierärzten, um verlässliche Daten zu erhalten. Ohne genaue Kenntnis des Sachstandes seien Festlegungen auf pauschale Reduktionsquoten reiner Populismus und als nicht zielführend abzulehnen, so Dierkes. Bei der Diskussion um Nachhaltigkeit und die Einführung von Tierwohllabeln sei unbedingt auf die höheren Produktionskosten zu achten. Aus Sicht der ISN werde bei Kalkulationen oft der höhere Arbeitsaufwand außer Acht gelassen. Es sei die große Frage, ob breite Bevölkerungsschichten einen spürbaren Aufpreis an der Ladentheke akzeptieren würden, zumal Wunsch und Wirklichkeit an der Kasse oft auseinander liefen. (AgE)

Agrarheute.com, 28.02.2012, <http://www.agrarheute.com/jungsauen-zucht>

Schweinezucht: Mehr Zukauf als Besamung

Über 60 Prozent der größeren Schweinezuchtbetriebe kaufen Jungsauen zu, um den Tierbestand konstant zu halten. Erst ab 1.000 Muttersauen wird die Besamung wieder beliebter.

Bei einer bundesweit ausgeführten Marktstudie zum Remontierungsverfahren von Schweinezüchtern stellte sich heraus, dass mehr als 60 Prozent der größeren Schweinezuchtbetriebe Jungsauen zukaufen.

Dies ist das Ergebnis einer Befragung von 450 Schweinezüchtern mit mehr als 400 Muttersauen, die Ende 2011 durch AgriDirect Deutschland zu diesem Thema durchgeführt wurde. Über 60 Prozent (%) aller befragten Züchter kauft regelmäßig neue Jungsauen, um den Tierbestand konstant zu halten.

Die in diesem Zusammenhang am häufigsten genannten Bezugsquellen sind Schweinezuchtorganisationen Danzucht (22 %),

Topigs (10,4 %) und

Schweinezuchtverband Baden-Württemberg (ebenfalls 10,4 %).

Ab 1.000 Muttersauen wird wieder mehr Besam

Schweinezuchtbetriebe mit mehr als 1.000 Muttersauen entscheiden sich dagegen mit überdurchschnittlichen 49,2 Prozent für die Methode der Eigenremontierung über den Zukauf von Sperma. Die wichtigsten Lieferanten hierfür sind BHZP und

Topigs (beide mit 16,1 %) vor

Danzucht (14,9 %).

Insgesamt besamen 28,2 Prozent der deutschen Schweinebetriebe mit eingekauftem Sperma und nur 7,6 Prozent mit Sperma aus eigenem Tierbestand.

ZDG, Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft e.V., PM, 28.02.12 - 18:24

Wissenschaftler kritisiert gravierende Mängel im KTBL-Gutachten:

„Frist bis 2023 für Kleingruppe ist deutlich zu kurz bemessen“

Berlin (ots) - Aus Sicht der Wissenschaft weist die Stellungnahme des Kuratoriums für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) zur betriebswirtschaftlichen Nutzungsdauer in der Kleingruppenhaltung derart gravierende Mängel auf, dass die auf dieser Grundlage geforderte Übergangsfrist bis zum Jahr 2023 für die bestehenden Kleingruppenhaltungen „deutlich zu kurz bemessen“ ist. Zu diesem Schluss kommt Prof. Dr. Hans-Wilhelm **Windhorst** vom Institut für Strukturforschung und Planung in agrarischen Intensivgebieten (ISPA) der Universität Vechta nach genauer Analyse der Stellungnahme. „Das KTBL lässt wesentliche kalkulatorische Größen einer sorgfältigen betriebswirtschaftlichen Berechnung gänzlich außer Acht“, kritisiert Windhorst unter anderem die fehlende Berücksichtigung von Kosten für Sortierung oder Verpackung der Eier. Darüber hinaus gehe das KTBL-Gutachten wiederholt von falschen Annahmen aus: So spiegele der von den Verfassern angenommene Eierpreis von 8 bis 9 Cent eine „absolut unrealistische Erlössituation“ wider. Laut Marktinfo Eier & Geflügel (MEG) hätten die erzielbaren Erlöse für unsortierte Ware im Mittel der Jahre 2008 bis 2010 bei lediglich 6 bis 7 Cent gelegen. Äußerst bedenklich sei auch, dass die sich abzeichnende Entwicklung bei den Weltmarktpreisen für Futterkomponenten in den Kalkulationen gar nicht berücksichtigt worden sei. Ausgehend von diesen handwerklichen Fehlern zieht Windhorst die Aussagekraft der gesamten Untersuchung in Zweifel:

„Wenn in einem Gutachten dieser Tragweite von einer Reihe offensichtlich falscher Annahmen ausgegangen wird, können die daraus gezogenen Schlussfolgerungen nicht richtig sein.“ Entsprechend enttäuscht reagieren Leo Graf von Drechsel als Präsident des Zentralverbandes der Deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG) und Dr. Bernd Diekmann als Vorsitzender des Bundesverbandes Deutsches Ei (BDE) auf die verunglückte Ausarbeitung des KTBL.

„Als Argumentationsgrundlage zur Bemessung der Übergangsfristen für die Kleingruppenhaltung taugt diese KTBL-Stellungnahme jedenfalls nicht“, fordern Graf Drechsel und Diekmann mit Nachdruck von allen Beteiligten, das Gutachten in der aktuellen politischen Diskussion unberücksichtigt zu lassen. Auf die Ausarbeitung des KTBL gestützt hatten sich insbesondere die Bundesländer Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, die in ihrem Antrag an den am kommenden Freitag (2. März) tagenden Bundesrat

Übergangsfristen für bestehende Kleingruppenhaltungen bis lediglich zum Jahr 2023 fordern.

„Dieser Forderung ist mit dem Nachweis der handwerklichen Fehler der KTBL-Studie der Boden entzogen“, stellt Graf Drechsel fest. Diekmann ergänzt mit bitterem Unterton: „Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sich die Politik vorsätzlich und vorschnell eines unzureichenden Gutachtens bedient, um sich selbst an einer seriösen und fundierten Entscheidungsfindung vorbeizumogeln.“

In diesem Kontext betont die deutsche Geflügelwirtschaft abermals ihre Kompromissbereitschaft. Auch wenn der ursprünglich von Bundesministerin Ilse Aigner vorgelegte Verordnungsentwurf eine Frist bis Ende 2035 vorgesehen habe, sei die deutsche Eierwirtschaft für einen realistischen Mittelweg offen. 2023 sei allerdings keinesfalls der richtige Weg: „Die Politik darf die Familien deutscher Legehennenhalter, die in diese moderne Haltungsform investiert haben, nicht bestrafen“, sagt ZDG-Präsident Graf Drechsel. BDE-Vorsitzender Diekmann fügt hinzu: „Es ist bedauerlich, dass sich Deutschland ohne Not von diesem guten und tiergerechten System verabschiedet.“

Originaltext: Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft e.V.

Topagrar.com, 28.02.2012, <http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Lyon-begruesst-Klage-gegen-elektronische-Ohrmarken-720446.html>

Lyon begrüßt Klage gegen elektronische Ohrmarken

Deutsche Schaf- und Ziegenhalter bekommen mit ihrer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen die elektronische Einzeltierkennzeichnung Rückendeckung aus Schottland. Der liberale britische Europaabgeordnete George Lyon begrüßte deren rechtliches Vorgehen vergangene Woche ausdrücklich.

Offenbar hat Lyon Vertrauen in die Deutschen, denn in einer Pressemitteilung erinnert er daran, dass die Veröffentlichung der Personennamen von Direktzahlungsempfängern schließlich auch auf Betreiben deutscher Landwirte vom EuGH unterbunden worden sei.

„Diese Klage hat das Zeug, den Urhebern des umstrittenen Kennzeichnungssystems einen Knüppel zwischen die Beine zu werfen“, so der Schotte. Eventuell werde die Europäische Kommission zu einer vollständigen Überarbeitung gezwungen.

Lyon nannte die Entwicklung einen Silberstreif am Horizont für schottische Farmer, „die seit langem wissen, dass das System undurchführbar ist und geändert werden muss“. Er rief die schottischen Schaf- und Ziegenhalter auf, die Klage aufmerksam zu verfolgen, um bei Bedarf zusätzliche Erfahrungsberichte einbringen zu können.

Das Verwaltungsgericht Stuttgart hatte dem EuGH die Frage vorgelegt, ob die Einzeltierkennung mit elektronischen Ohrmarken mit den Grundrechten der EU vereinbar ist. Die Klage war von der Vereinigung Deutscher Landesschafzuchtverbände (VDL) angestrengt worden. (AgE)

ISN, 28.02.2012:

http://www.schweine.net/belgien_flaemische_regierung_will_co2_emissionen_d.html

Belgien: Flämische Regierung will CO₂-Emissionen der Tierproduktion verringern

Die wichtigsten Ansatzpunkte zur Verringerung des ökologischen Fußabdrucks der Erzeugung von u.a. Schweinefleisch in Belgien haben Wissenschaftler der Universität Gent in Kooperation mit der Consulting Environmental Resources Management (ERM) im Auftrag der flämischen Regierung identifiziert, wie Agra-Europe berichtet.

Wie der in der vergangenen Woche veröffentlichten Studie zu entnehmen ist, ergab sich der kleinste Fußabdruck für 1 kg Schweinefleisch nach der Zerlegung mit 4,8 kg bis 6,4 kg CO₂-Äquivalenten. Dabei entfiel der Löwenanteil den Wissenschaftlern zufolge mit 54 % auf das zugekaufte Kraftfutter; die zweitwichtigste Emissionsquelle war der Wirtschaftsdünger mit 27 %.

Der flämische Boerenbond zeigte sich in einer Pressemitteilung zufrieden mit den von den Forschern entwickelten Methoden zur Bestimmung des Kohlendioxid-Fußabdrucks. „Wie in der Wirtschaft muss auch im flämischen Tiersektor die Nachhaltigkeit verbessert werden“,

sagte Verbandspräsident Piet Vanthemsche. Die Verringerung der Klimagas-Emissionen sei eine wichtige Herausforderung. Der Verband habe bei der Entwicklung der Methodik mitgewirkt und halte diese im Gegensatz zu den bisher verfolgten Ansätzen für angemessen.

Parameter wie Wurfgrößen, Futtermittelverwertung sowie Mast- und Milchleistungen der Tiere seien ausschlaggebend für den Ausstoß von klimaschädlichen Gasen. Auch die Produktionsweise, das Betriebsmanagement sowie regionale Produktionsschwerpunkte seien zu berücksichtigen. Die Untersuchungsergebnisse seien eine gute Grundlage für die Entwicklung weiterer praxisorientierter Ansätze zur Reduzierung der Treibhausgas-Emissionen in der Tierproduktion.

Dabei seien bereits in der Vergangenheit gute Resultate erzielt worden, etwa durch die Gülleinjektion, emissionsarme Ställe, alternative Futtermischungen, eine bessere Futtermittelverwertung und die Erhöhung der Rentabilität je Tier. Allerdings sollte bei den weiteren Bemühungen ein ausschließlicher Fokus auf die Verkleinerung des CO₂-Fußabdrucks vermieden werden, denn dies könne beispielsweise dem „Wasser-Fußabdruck“ und der Produktivität schaden.

LID, 27.02.2012: <http://www.lid.ch/de/aktuell/agronews/detail/article/2012/02/27/tierschutz-keine-ammoniak-loesungen-auf-kosten-des-tierwohls/>

Tierschutz: Keine Ammoniak-Lösungen auf Kosten des Tierwohls

27.02.2012 - (lid) – Der Schweizer Tierschutz (STS) will verhindern, dass zur Reduktion von Ammoniak-Emissionen Nutztiere wieder in geschlossenen Ställen gehalten werden müssen.

Eine Reduktion der Ammoniak-Emissionen auf Kosten der Tiere kommt für den STS nicht in Frage. (Cécile Jaquet/landwirtschaft.ch)

Auch für den STS sei klar, dass eine Reduktion der Ammoniak-Emissionen notwendig ist, so die Organisation in einer Medienmitteilung. Man wehre sich aber gegen die Fokussierung auf Rinder- und Schweineausläufe bei der Problemlösung. Zur Reduktion der Emissionen werden eine Optimierung bei der Güllelagerung und – ausbringung sowie eine Reduktion des Eiweißanteils beim Futter vorgeschlagen.

Der Auslauf ins Freie sei nicht verhandelbar und eine artgerechte, bäuerliche und standortangepasste Tierhaltung nicht umweltschädlich. Das Problem sei nicht die Haltung von Tieren, sondern das regionale Zuviel an Tieren. Der STS fordert deshalb vom Bund eine Förderung der Tierhaltung in viehschwachen Gegenden und andererseits eine Regulierung in Gebieten, wo nach Ansicht des STS zu viel Vieh gehalten wird. Weiter kritisieren die Tierschützer, dass die Emissionswerte in Ausläufen und Laufhöfen nur auf Annahmen und Schätzungen sowie teils ausländischen Modellen basieren. Konkrete Messverfahren hingegen seien bisher erst diskutiert worden

Chamer Zeitung, 24.02.2012: <http://www.chamer-zeitung.de/>

Das rülpsende Rind heizt nicht dem Klima ein

„Wir messen die Kühe immer daran, was sie nicht gut können: Getreide verdauen“, sagt Dr. Anita Idel und fordert ein Umdenken.

Frau Idel, wie kommt es, dass die Kuh so einen schlechten Ruf als Klima-Killer hat?

Idel: Kühe rülpsen Methan, das 25-mal klimaschädlicher ist als CO₂. Eigentlich kein Problem für die Atmosphäre, aber: Wir haben innerhalb von 50 Jahren die Zahl der Rinder und Büffel auf der Erde verdoppelt - auf 1,4 Milliarden. Die ersten 700.000 standen artgerecht auf dem Grünland, aber die zweite Hälfte erhält zunehmend Ackerfutter. Für unsere Erde waren Klimagase so lange kein Problem, bis die Industrialisierung kam.

Ist die Kuh als Klima-Killer also eine Mär?

Idel: Es kommt darauf an, wie wir sie füttern. Die Kuh steht aber seit Jahrzehnten an einem anderen Pranger, nämlich als „schlechter Futtermittelverwerter“. Aber nur weil wir sie daran messen, wofür sie nicht gemacht ist, nämlich Getreide, Mais und Soja zu verwerten. Die Kuh kann genial Gras verdauen, darauf hat sie sich in Jahrtausenden spezialisiert.

Deshalb: Mehr Gras in die Kuh, sonst werden die Tiere - global betrachtet - zu unseren Nahrungskonkurrenten.

Können Sie das näher erklären?

Idel: Weniger als die Hälfte des weltweit angebauten Getreides landet auf dem Teller. Zwei Drittel der Proteine in europäischen Futtertrögen sind importiert. Wir füttern unseren Kühen Kraftfutter - überwiegend von Feldern, deren Böden durch die Monokulturen extrem erosionsgefährdet sind. Wir verfüttern unsere Welt. Also hilft es nicht, bei der 1,4-milliardsten Kuh anzusetzen und zu experimentieren, wie die weniger Methan rülpst, sondern die Tierzahlen auf das zu reduzieren, was der Boden hergibt.

Dafür müssten wir Deutsche vermutlich weniger Fleisch essen, oder?

Idel: Das spielt eine zentrale Rolle. Wir in Europa sind nunmal seit Jahrzehnten Vorbild - für Wachstum und Wohlstand. Wir können nicht erwarten, dass die Schwellenländer wie Brasilien, China und Indien einen besseren Weg gehen als wir, solange wir zu viel konsumieren und mehr produzieren, als wir verbrauchen, mit Ressourcen aus dem Süden - von Agrarflächen aus Brasilien, Argentinien und Paraguay. Wir „verbrauchen“ diese Flächen dort für „unser“ Tierfutter und runieren zusätzlich mit billigen Exporten lokale Märkte von Klein- und Kleinstbauern der Dritten Welt. Eigentlich hängt Europa am Tropf... Wenn wir nicht mehr auf Kosten anderer leben wollen, müssen wir auf dem eigenen Teller anfangen. Das bedeutet auch Verzicht.

Und was kann der heimische Landwirt in Schlammering, Döbersing oder Pemfling tun?

Idel: Egal wohin mich meine Vorträge führen, schau ich mir immer vorab die Region an. Welche Landschaft gibt es dort? Und für den Landkreis Cham sehe ich durchaus Möglichkeiten, mehr Weideviehhaltung zu betreiben. Wir müssen darüber nachdenken, was der Betrieb X braucht, um seine Kühe auf die Weide bringen zu können: Ideen sowie Geld für die Umsetzung. Das geht von der gemeinsam genutzten Weidemelkanlage bis hin zu temporären Straßensperrungen. Meistens gibt es irgendwo schon Mutige, die mit erfolgreichen Beispielen vorangehen. Nochmal: Wenn alle so leben wie wir bisher, brauchen wir 2,5 Erden. Es ist viel möglich, wenn die Gesellschaft das will. Stichwort Tourismus: Die Kuh auf der Weide gehört auch zum Gesamtkunstwerk. Keine Familie will Urlaub auf der Bauernhoffabrik mit Maismonokulturen. – Zurück zur klimakillenden Kuh: Die höchsten landwirtschaftlichen Emissionen gehen von synthetischem Stickstoffdünger aus. Bei der Düngung der großen Monokulturen entsteht Lachgas. Das ist 295-mal klimaschädlicher als CO₂.

Noch ein kurzes Statement zur anstehenden EU-Agrarreform, immerhin haben Sie drei Jahre lang am Weltagrarbericht mitgearbeitet.

Idel: Ich bin für eine Wertschätzung nachhaltiger Landwirtschaft - auch mit EU-Geldern. Das heißt: öffentliches Geld für öffentliche Leistungen. Deshalb bin ich dagegen, dass 80 Prozent der EU-Subventionen an nur 20 Prozent der Betriebe fließen. Allerdings zeigt der Maisanbau ja auch, wie leicht sich die Landwirtschaft mit Geld lenken lässt. Statt Wasser tausender Brunnen nachträglich von Nitrat- und Pestizidrückständen reinigen zu müssen, lasst uns Anreize schaffen für das Vorbeugen: Mehr Weidewirtschaft, hin zu einer grasbasierenden, weniger energieintensiven Landwirtschaft. Wir brauchen Visionen - auch Mischbeweidung muss sich wieder lohnen.

Das Interview führte Jasmin Kraus.

„Die Kuh ist kein Klimakiller“ - so lautet der Vortrag [1], den Dr. Anita Idel [2] am Donnerstag vor interessierten Landwirten in Schlammering gehalten hat. Eingeladen zu dem Info-Abend hatte die Arbeitsgemeinschaft noch produzierender Landwirte in Ostbayern (AnpLO). Die Tierärztin, Mediatorin und Lead-Autorin des Weltagrarberichts aus Berlin stand vorab der Chamer Zeitung Rede und Antwort zu ihren globalen Thesen.

[1] <http://www.ovb-online.de/-1613540.html>

[2] <http://www.metropolis-verlag.de/820/book.do>

Topagrar.com, 29.02.2012: <http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-720603.html>
Antibiotika in der Schweinehaltung auf dem Rückzug!

Medien und Politik haben in den letzten Wochen massiv den Antibiotika-Einsatz kritisiert. Dies geschieht oft mit dem Hinweis auf multiresistente Keime sowohl beim Tier als auch beim Menschen. Auch wenn die Resistenzen im Humanbereich nicht hauptsächlich aus den Ställen kommen, wird die politische Diskussion auf die Tierhaltung gelenkt. Doch das genaue Gegenteil ist der Fall. In deutschen Schweineställen etwa ist der Einsatz von Antibiotika leicht rückläufig, da die Branche in den letzten Jahren für bessere Rahmenbedingungen gesorgt hat. Die **Fachzeitschrift SUS** nennt dazu Beispiele: Bereits vor vielen Jahren haben Markenfleischprogramme freiwillig auf antibiotische Leistungsförderer verzichtet. Im Jahr 2006 wurden die letzten Leistungsförderer gesetzlich verboten. Dieses Verbot wird u.a. von QS überwacht.

Mit dem flächendeckenden Einsatz der Mykoplasmen-Impfung, zum Teil der PRRS-Impfung und vor allem der Circo-Impfung ist der Gesundheitsstatus in der Mast deutlich verbessert worden. Dies hat zu weniger Verlusten und einem deutlich geringeren Medikamenten-Einsatz geführt.

In der Mittel- und Endmast werden kaum noch Tetracycline eingesetzt, die früher einen hohen Anteil der Umsätze ausmachten. Hintergrund ist die Verlängerung der Wartezeit bei entsprechenden Behandlungen auf 42 Tage seitens der großen Schlachthöfe.

Seit etwa zehn Jahren werden die Medikamentenverbräuche auf den Betrieben dokumentiert. Derzeit wird eine zentrale Datenbank diskutiert, in der die abgegebenen Antibiotika-Mengen registriert werden sollen. Das Ziel sind zeitnahe Auswertungen sowie Betriebsvergleiche zum Medikamenten-Einsatz.

Sicherlich sind weitere Anstrengungen nötig, um den Antibiotikaeinsatz zu minimieren, schreibt die SUS weiter. Wichtig sei jedoch, dass die Politik jetzt die Schweinehalter unterstützt und nicht pauschal den Einsatz von Antibiotika erschwert oder gar verbietet. Auch aus Tierschutzgründen müssten kranke Schweine nach Diagnose durch den Tierarzt weiterhin antibiotisch behandelt werden.

Angst vor MRSA

Methicilin-resistente Staphylococcus aureus (MRSA) werden als „multiresistente Krankheitskeime“ bezeichnet. Sie rufen bei Menschen Schwächen des Immunsystems und Blutvergiftungen hervor. MRSA-Keime treten auch beim Schwein auf. Es ist jedoch zu differenzieren: Die MRSA-Varianten in Krankenhäusern sind in den meisten Fällen nicht identisch mit denen in der Schweinehaltung.

Das heißt: Die Ärzte müssen intensiv in Sachen Krankenhaushygiene geschult werden! Gleichzeitig ist aber auch eine systematische Hygiene zur Bekämpfung von Problemerregern in Schweineställen unverzichtbar. Der Lernprozess auf beiden Seiten ist noch lange nicht abgeschlossen. (ad)

Zeit.de, 28.02.2012, <http://www.zeit.de/2012/09/Fleisch-Maesten>

Die Mäster... ..haben den Turbo eingeschaltet – mit Praktiken, die Tierschützer entsetzen. Harrie van Gennip will in Deutschland ganz groß ins Schweinegeschäft einsteigen. Ursprünglich hatte der Investor aus den Niederlanden beabsichtigt, in Haßleben in der Uckermark einen Stall mit 85.000 Mastplätzen zu bauen. Doch die Bevölkerung wehrte sich. Jetzt sollen es nur noch 67.000 Plätze werden, was den Gegnern des Projekts aber noch immer zu viel ist. »In den Niederlanden dürfen sie nicht mehr wachsen. Deswegen kommen sie zu uns«, schimpft Sybilla Keitel von der Bürgerinitiative Kontra Industrieschwein.

Sie findet das ganze System, in dem [lebende, fühlende Wesen](#) zum Produktionsmittel degradiert werden, »obszön«: Die engen »Abferkelbuchten«, in denen sich die Sauen kaum bewegen können, weil sie sonst ihre eigenen Ferkel erdrücken. Oder die zuweilen in drei Etagen übereinandergestapelten »Flatdecks« für die Jungtiere, auch »Ferkelbatterien« genannt. Und das künstliche Dämmerlicht, damit sich die Tiere möglichst wenig bewegen und in 180 Tagen ihr Schlachtgewicht von 90 Kilogramm erreichen: jeden Tag 200 Gramm mehr Fett und Fleisch.

Männliche Ferkel durchlaufen eine besondere Prozedur. Ein Arbeiter packt eines an den Hinterbeinen. Dann zwei Schnitte mit einem Messer in die blassrosa Haut, dort, wo die Hoden verborgen sind. Das höchstens sieben Tage alte Tier schreit erbärmlich. Die Samenleiter müssen mit einer Klinge durchtrennt werden, doch manchmal werden die dünnen Stränge einfach abgerissen. Es muss schnell gehen. Zeit ist Geld. Die Wunde bleibt offen. Erst jetzt wird dem Ferkel ein Mittel gespritzt, das für einige Stunden den Wundschmerz lindern soll. Doch seine Qualen sind noch nicht zu Ende.

In einem zweiten Arbeitsgang wird ihm noch der Ringelschwanz mit einem heißen Messer abgeschnitten, und die Eckzähne werden mit einer Schleifmaschine bearbeitet. Beides soll verhindern, dass sich die Tiere gegenseitig die Schwänze abbeißen. Dazu neigen sie, weil sie ihr natürliches Verhalten in den eintönigen, auf maximale Effizienz getrimmten Riesenställen nicht ausleben können.

Die archaisch anmutenden Praktiken sind Alltag bei deutschen Schweinezüchtern. Ohne Betäubung. Millionenfach. Denn anders als in Großbritannien oder Dänemark, wo die Zucht unkastrierter Schweine üblich ist, akzeptiert der deutsche Handel bislang kein Fleisch, das einen »Ebergeruch« aufweisen könnte. Dabei entwickeln nur relativ wenige Tiere einen störenden Geruch. Außerdem bemerken die Kunden meist gar nicht, dass sie Eberfleisch essen.

So mischt der Fast-Food-Konzern McDonald's seit Januar 2011 seinen Schweinefleischprodukten das Fleisch unkastrierter männlicher Tiere unter, ohne dass es deshalb zu Beschwerden kam. Es ginge also auch ohne flächendeckende Kastration. Oder zumindest mit einer Betäubung, wie in der Schweiz und den Niederlanden. Doch laxer Tierschutzgesetz und Großzügigkeit bei Kontrollen sparen Geld. Sie sind ein Standortvorteil.

Auch andere niederländische Unternehmer als Harrie van Gennip drängen in die Bundesrepublik. Denn ihr Heimatland ersäuft buchstäblich in einem Meer von Gülle. Wachstum ist dort kaum noch möglich. Deutschland ist ein gutes Land – für Investoren. Überall werden neue Ställe gebaut, vor allem für Schweine und Geflügel. Allein für Masthähnchen seien zurzeit 900 neue Stalleinheiten mit je 40.000 Tieren geplant, heißt es im kritischen Agrarbericht 2011, herausgegeben von der [Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft](#). So viel könne der Markt vermutlich gar nicht aufnehmen, eine »Hähnchenblase« drohe. Gleichzeitig wächst der Widerstand gegen die [Massentierhaltung](#) und Turbomast. Mehr als 100 größere Bürgerinitiativen sind im Netzwerk »Bauernhöfe statt [Agrarindustrie](#)« zusammengeschlossen, das erst jüngst bei einer Großdemonstration in Berlin unter dem Slogan »Wir haben es satt« Tausende von Menschen auf die Straße brachte.

Für [Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner](#) ist hingegen jeder neue Stall ein Erfolg. Die CSU-Politikerin will aus Deutschland eine führende Fleischexportnation machen, die es mit Anbietern wie Brasilien und den USA aufnehmen kann. Damit ist sie schon ziemlich weit gekommen: Seit 2005 ist die Ausfuhr von Fleisch und Wurstwaren aus Deutschland um fast 60 Prozent gestiegen, auf einen Rekordwert von 3,7 Millionen Tonnen im Jahr 2010. Mittlerweile wird in der deutschen Fleischindustrie bereits jeder fünfte Euro im Export verdient.

Um dieses Wachstum zu ermöglichen, wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche gesetzliche Restriktionen gelockert, etwa die Flächenbindung, die für Zuchtbetriebe ausreichende Ackerflächen für eigenes Futter vorsah. Auch Tierschutzstandards seien verwässert worden, sagt Reinhild Benning, Agrarexpertin des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND).

Aigner hält dagegen. Umwelt- und Tierschützer kämpften die Schlachten der Vergangenheit. »Die Landwirtschaft hat sich längst geändert zugunsten von Verbrauchern, Tieren und Umwelt«, gab die Ministerin den Berliner Demonstranten mit auf den Nachhauseweg. Das stimmt, jedenfalls zum Teil. [So manchem Schwein geht es](#) heutzutage in einem großen und gut geführten Stall bedeutend besser als seinen Artgenossen, die früher ihr Dasein in dunklen Koben verbringen mussten. Manchmal ist das heute noch so.

Die Fortschritte kommen nur langsam voran. Im harschen Wettbewerb auf dem Fleischmarkt zählt jeder Cent. Bei gerade einmal sechs Cent liege der Durchschnittsgewinn pro Masthuhn derzeit, so der Agrarexperte **Eckehard Niemann**. Wer da nicht jede Möglichkeit der Effizienzsteigerung und Kostenminimierung ausnutze, gerate angesichts solcher Minimargen schnell in die Verlustzone.

Unter dem Diktat der economy of scale ist der Trend zu Großbetrieben deshalb ungebrochen. Seit 2001 ging die Zahl der Schweinehalter um satte 70 Prozent zurück, die Zahl der Hähnchenmäster um mehr als die Hälfte. Gleichzeitig wuchs die Zahl der gemästeten Tiere: 2010 bevölkerten 27 Millionen Schweine und 67,5 Millionen Masthühner deutsche Ställe. Tendenz: weiter steigend. In der Geflügelmast sind Ställe mit 40.000 Tieren mittlerweile die Norm.

Wenige große Konzerne liefern sich einen erbitterten Kampf um Marktanteile. Im Laufe der Zeit sind Konglomerate aus Brütereien, Zucht-, Mast- und Schlachtbetrieben entstanden, zu denen oft auch noch Hersteller von Futtermitteln gehören.

In der Sprache der Branche wandelt sich das Masthähnchen zur »Besatzdichte« von 30 Kilo Lebendgewicht je Quadratmeter in der Kurzmast. Pro Tier entspricht das in etwa der Größe eines DIN-A4-Blattes. Solche Mastbedingungen können die Tiere nur [mit regelmäßigen Antibiotikagaben](#) überstehen. Im Januar 2011 veröffentlichte die Tierrechtsorganisation Peta Deutschland Videoaufnahmen von der brutalen Räumung eines Stalles mit schlachtreifen Hähnchen, ein Prozess, der im Züchter-Fachjargon »Ausstallung« genannt wird. Das erledigen oft schlecht bezahlte »Rollkommandos«, die wenig zimperlich zu Werke gehen. Fangmaschinen, wie sie in anderen Ländern eingesetzt werden, sind den meisten Mästern zu teuer.

Viele Missstände sind allerdings so offenkundig, dass selbst dem Deutschen Bauernverband (DBV) Zweifel an der gängigen Praxis gekommen sind. Zwar läge den Landwirten das Wohl ihrer Tiere sehr am Herzen, doch mit zunehmender Größe der Ställe sei die normalerweise enge Beziehung zum Tier bei einigen wenigen Landwirten offenbar verlorengegangen, sagte DBV-Generalsekretär Helmut Born. Der niedersächsische Landwirtschaftsminister Gert Lindemann legte im April 2011 einen »Tierschutzplan« vor, der einigen tierquälerischen Praktiken ein Ende setzen soll, darunter der betäubungslosen Ferkelkastration, dem Schwänzekupieren bei Schweinen oder dem Schnabelkürzen bei Hühnern. Auf der Grünen Woche Ende Januar in Berlin kündigte auch Landwirtschaftsministerin Aigner an, das betäubungslose Kastrieren bis 2017 verbieten zu wollen.

Edmund Haferbeck von Peta Deutschland hält wenig von solchen Reformversuchen. Er hofft darauf, dass das System irgendwann »implodiert«, an seinen eigenen Widersprüchen zerbricht. Für ihn persönlich gibt es nur die »Nulllösung«: Abkehr von der Massentierhaltung, idealerweise eine vegane Lebensweise. Die Agrarindustrie habe längst alle ethischen Grenzen überschritten.

Jedes Jahr stammen schätzungsweise 30 bis 50 Millionen männliche Küken aus der Produktionslinie der Legehennen. Zur Mast taugen sie deshalb auch nicht. Sie werden vergast oder geschreddert.

Pressemitteilung

Zoonosen - Monitoring und Bekämpfungsstrategien müssen ausgeweitet werden

Zu den heute im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) und Bundesamt für Risikoforschung (BfR) dargestellten Ergebnissen des Zoonose-Monitorings 2010 erklären Friedrich Ostendorff, agrarpolitischer Sprecher und Nicole Maisch, verbraucherschutzpolitische Sprecherin:

Wir fordern die Bundesregierung auf, das Zoonosen-Monitoring auszuweiten und mit den entsprechenden finanziellen Mitteln auszustatten. Zwar wurde die Resistenzsituation entlang der ganzen Lebensmittelkette untersucht, jedoch fehlt bisher eine Differenzierung der meisten Ergebnisse nach Tierhaltungsform. Wir brauchen endlich valide Untersuchungen über den Zusammenhang von Tierhaltungsform und der Entstehung von Antibiotikaresistenzen. Auch zur Kontaminierung von Lebensmitteln mit dem ESBL-Keim brauchen wir künftig dringend belastbare Daten. Die Belastung mit ESBL-Keimen wurde im vorliegenden Monitoring überhaupt nicht untersucht.

Zoonosen werden zu einer immer größeren Gefahr für die menschliche Gesundheit. Die Resistenzsituation bei den untersuchten Keimen hat sich im Vergleich zum Monitoring von 2009 weiter zugespitzt. Ursache ist die permanente Antibiotikazufuhr in Tierhaltungen. Wir fordern die Bundesregierung auf, in Koordination mit den Ländern die nötigen Anstrengungen zu unternehmen, um eine Datenlage zu gewinnen, die der zugespitzten Situation gerecht wird.

Lisa Stüve

Mitarbeiterin

Friedrich Ostendorff MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Agrarpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: +49 - (0)30 - 227 - 77050

Fax: +49 - (0)30 - 227 - 76049

www.friedrich-ostendorff.de

SVZ

Wir reden hier über ungelegte Eier"

26. Februar 2012 | 21:55 Uhr | Von: Jens Griesbach



22 Hühner auf nur einem Quadratmeter: Jutta von Kuick von der Bund-Ortsgruppe und der Wardower Harald Hagen demonstrieren die ihrer Meinung nach schlimmen Haltungsbedingungen in der industriellen Hähnchenmast. Foto: Jens Griesbach

Bild 1 von 2

Die riesige Hühneraufzuchtanlage in Bergfeld steht schon - trotz vieler Proteste. In Wammshagen und Wardow sollen Großanlagen zur industriellen Produktion von Masthähnchen folgen. Und in Suckwitz und Hägerfelde (siehe Beitrag unten) sind Schweinemastanlagen geplant. Ob Hühner oder Schweine - der Widerstand gegen die Massentierhaltung auf den Dörfern formiert sich. Die Bedenken der Gegner sind ähnlich: Angst vor Lärm, Gestank, erhöhter Verkehrsbelastung

und vor allem vor angeblich gefährlichen Keimen, die durch das Zusammenpferchen vieler Tiere auf engstem Raum entstehen sollen. So auch in Wardow. Die Bund-Ortsgruppe unter Leitung von Jutta von Kuick lud deshalb Freitagabend zu einer Info-Veranstaltung über die zwischen Wardow und Kobrow geplante Hähnchenmastanlage ein. Hier will die Agrarproduktivgenossenschaft Wardow (APG) in zwei großen Ställen Platz für knapp 80 000 Tiere schaffen.

Informationsbedarf in Gemeinde hoch

Investor Christian Heine von der APG war trotz Einladung nicht erschienen, so dass die Gegner der Mastanlage in der Diskussion die Überhand hatten. Dass der Informationsbedarf aber immens hoch ist, bewies das total überfüllte Feuerwehrhaus. Mehr als 50 Wardower hörten interessiert die Ausführungen zu den Gefahren der industriellen Tierproduktion u.a. von Bund-Geschäftsführerin Corinna Cwielag sowie Eckehard Niemann von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. Sein Motto: "Bauernhöfe statt Agrarfabriken". Niemann koordiniert bundesweit 160 Bürgerinitiativen gegen solche Anlagen. Sein Vorwurf an den anwesenden Wardower Bürgermeister Günter Schink: die Gemeinde habe die Bürger bisher unzureichend informiert. "Ich fordere die Gemeinde auf, ein klares Nein zur Hähnchenmast abzugeben", so Niemann.

Schink nahm den Ball auf: "Wir reden hier über ungelegte Eier. Bis heute ist kein Bauantrag gestellt. Wir alle kennen noch nicht die Details." Man dürfe nicht den zweiten vor dem ersten Schritt machen. Eine Information stehe zunächst dem Investor zu. Die Gemeindevertretung könne sich so eine Anlage durchaus vorstellen, habe auch bereits eine ähnliche besichtigt. Schink stellte jedoch klar: "Ich will hier nichts mit Gewalt gegen die Bürger durchboxen, aber wir als Gemeinde werden bei dem Vorhaben auch nur angehört. Wenn sich der Investor an geltendes Recht hält, wird er eine Baugenehmigung bekommen." Er registrierte jedoch den hohen Gesprächsbedarf in Bezug auf die Hähnchenmast in der Gemeinde. Deshalb halte er eine Einwohnerversammlung für sinnvoll. "Dabei sollten auch Alternativen zu der geplanten Anlage diskutiert werden", so Schink.

Auch die Zuhörer forderten eine öffentliche Sitzung. Wolfgang Grimme von der Bund-Ortsgruppe setzte in gegenseitigem Einverständnis den Termin zur Fortführung der Diskussion auf den 23. März fest. Der Bürgermeister habe gemerkt, dass die meisten Wardower gegen die Hähnchenmast seien, unterstrich Jutta von Kuick. "Ich freue mich, dass so viele gekommen sind. Die Dorfgemeinschaft hat ihre Zusammengehörigkeit bewiesen." Konkretes Ergebnis: nach der Veranstaltung gründete sich spontan eine Bürgerinitiative mit sieben Leuten gegen die Anlage in Wardow. "Es geht weiter", so Jutta von Kuick.

Antibiotika in der Tierhaltung schufen multiresistenten Erreger

Washington - Mindestens ein Stamm des gefährlichen multiresistenten Keims *Staphylococcus aureus* (MRSA) ist durch Antibiotika in der Tierhaltung entstanden. Das hat ein internationales Forscherteam herausgefunden. Die sogenannte CC398-Variante des Bakteriums sprang vom Menschen auf Nutztiere über und wurde erst dort resistent gegen verschiedene Antibiotika. Nun infiziert dieser multiresistente MRSA-Stamm wieder Menschen - mit teilweise tödlichen Folgen. Der Erreger sei inzwischen sowohl in den USA als auch in Europa verbreitet, wie die Forscher im Fachmagazin "mBio" berichten.

"Die Rekonstruktion der Entwicklung des MRSA-Stamms CC398 war so ähnlich, als würde ich einem Superkeim bei der Geburt zusehen - faszinierend und beunruhigend zugleich", sagt Erstautor Lance Price vom Translational Genomics Research Institute in Flagstaff. Es sei nun klar, dass dieser gefährliche Krankheitserreger des Menschen erst in den Nutztieren seine Resistenzen erworben habe. Der MRSA-Stamm CC398 ist gegen Tetracycline und Methicillin resistent, zwei wichtige in der Humanmedizin eingesetzte Antibiotikagruppen.

Die meisten Infektionen mit der CC398-Variante des Bakteriums *Staphylococcus aureus* ereigneten sich bisher bei Menschen, die regelmäßig mit Nutztier in Berührung kamen. Der Stamm sei in den USA aber auch bereits auf 47 Prozent der untersuchten Fleischproben aus dem Handel entdeckt worden, sagen die Forscher.

"Wir können dafür weder die Natur noch die Bakterien verantwortlich machen", betont Mitautor Paul Keim von der Northern Arizona University. Es sei allein unser leichtsinniger Umgang mit Antibiotika, der nun auf uns zurückfalle - und der auch bei anderen Bakterien zu solchen Resistenzen führen könne.

Nach Ansicht der Forscher unterstreichen ihre Ergebnisse, wie riskant der verbreitete Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung ist. "Staphylococcus gedeiht am besten dort, wo Lebewesen eng gedrängt und unter schlechten hygienischen Bedingungen leben. Gibt man dann noch Antibiotika dazu, ist das Problem programmiert", sagt Price.

Für ihre Studie hatten die Forscher das Erbgut von 88 *Staphylococcus aureus*-Proben aus 19 Ländern und vier Kontinenten analysiert. Die Bakterien waren aus Menschen und verschiedensten Nutztieren, darunter Schweinen, Puten und Hühnern isoliert worden. Die Analyse ermöglichte es den Wissenschaftlern, die Verwandtschaftsbeziehungen zwischen den Stämmen zu rekonstruieren. Dabei konnten sie feststellen, wann und wo das ursprünglich gegenüber Antibiotika empfindliche Bakterium seine Resistenzen entwickelte.

Die kugelförmigen Bakterien der Art *Staphylococcus aureus* sind normalerweise relativ unschädlich, sie finden sich auf Haut und Schleimhäuten von rund einem Drittel aller Menschen. Bei Schwerkranken oder Immungeschwächten können diese Keime jedoch schwere Infektionen und Blutvergiftungen auslösen, wenn sie über Wunden in das Blut gelangen und sich im Körper ausbreiten. Sind die Keime dann resistent gegenüber gängigen Antibiotika, kann dies für die Betroffenen den Tod bedeuten.

Quelle: <http://news.de.msn.com/panorama/panorama.aspx?cp-documentid=160610751>

AbL-Pressemitteilung

AbL unterstützt kirchlichen Kreuzweg der Schöpfung

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) unterstützt den vom Bistum Hildesheim und der Evangelischen Landeskirche Hannover durchgeführten „Kreuzweg der Schöpfung“ mit seinen Stationen am Rothkötter-Geflügelschlachthof Wietze sowie an den Atommüll-Lagern Asse, Schacht Konrad und Gorleben. Alle diese Orte symbolisierten laut Landesbischof Ralf Meister „Grenzüberschreitungen unseres Konsums“ und seien Orte, „an denen das Leiden der Schöpfung sichtbar wird“. Bei der ersten Station in Wietze, an der mehrere hundert Menschen teilnahmen, wandte sich Meister gegen die Verurteilung anderer Menschen und gegen eine politische Instrumentalisierung dieses Kreuzweges, sprach sich aber auch sehr deutlich gegen die laufende „Entgrenzung“ des Umgangs mit den Tieren aus und forderte von Verbrauchern, Beschäftigten und Unternehmern eine neue Form der Verantwortung gegenüber den Mitgeschöpfen.

Noch deutlicher hatte die Evangelische Landeskirche zuvor in einem Positionspapier „höchste Standards“ in der Tierhaltung gefordert und die „zu großen Einheiten bzw. industriellen Formen“ der Nutztierhaltung kritisiert. Angesichts der Mitgeschöpflichkeit der Tiere müsse „bezweifelt werden, dass man in Großeinheiten und Großschlachtenanlagen, wie sie heute bestehen oder geplant werden, dem Tierwohl und den sozialen und umweltethischen Anforderungen gerecht werden“ könne: „Darum sollten die bestehenden Anlagen gründlich überprüft und neue Anlagen nur dann genehmigt werden, wenn sie den genannten Maßstäben und Standards uneingeschränkt Rechnung tragen. Zu vermeiden ist eine nationale und internationale (Land)wirtschaftspolitik, die zwangsläufig von industrieller Technologie und Philosophie bestimmte Großhaltungen zur Folge hat. Technologie muss generell wieder „dienende“ Funktion übernehmen. Es ist ein Wandel notwendig, der zielgerichtet und unverzüglich zu Formen der Tierhaltung und Tiernutzung im Sinne von Tierwohl, Menschengesundheit und Nachhaltigkeit führt.“ Die Kirche forderte ein neues Leitbild, das ohne falsche Romantisierung „landwirtschaftliche Unternehmen von agroindustriellen Tierfabriken unterscheidet.“

Der niedersächsische AbL-Vorsitzende Martin Schulz bedankte sich für dieses Engagement der Kirchen für eine artgerechte Tierhaltung in lebensfähigen bäuerlichen Strukturen und forderte zugleich das Niedersächsische Landvolk (Landesbauernverband) zu einer Besinnung und fairen Diskussion anstelle von Polemik auf: In seinem „Info Öffentlichkeitsarbeit“ vom 28.2.2012 habe das Landvolk versucht, den Umwelt- und Nachhaltigkeitsbeauftragten des Bistums Hildesheim, Jürgen Selke-Witzel, als Mitorganisator der Kreuzwegs in eine parteipolitische Ecke zu drängen und zu isolieren. Man habe dagegen angebliche Proteste von Landwirten und „treuen Mitgliedern von katholischen und und evangelischen Kirchengemeinden“ instrumentalisiert.

Demgegenüber verwies Schulz auf die Zustimmung sehr vieler Bäuerinnen und Bauern und Kirchenmitglieder zu diesem Kreuzweg. Dies zeige den Diskussionsbedarf auch innerhalb der Landwirtschaft über den zukünftigen Weg zu einer artgerechten und gesellschaftlich akzeptierten Tierhaltung. Diese sei nur in mittelständisch-bäuerlichen Strukturen möglich - im Interesse des Erhalts bäuerlicher Strukturen dürfe der objektive Unterschied zwischen Landwirten und Agrarindustriellen nicht beiseite geredet werden.

Die AbL äußerte die Hoffnung, dass Landesbischof Meister die Position der Kirche beim angekündigten Gespräch mit dem Landvolk-Präsidium deutlich machen könne, ebenso wie Pastor Friebe vom Kirchlichen Dienst auf dem Lande (KDL) bei einer Veranstaltung des Deutschen Bauernverbands im März in Bonn. Angesichts der Macht der Agrarindustrie-Lobby erinnerte die AbL in diesem Zusammenhang aber auch an die Äußerung Georg von Frundsbergs gegenüber dem mutigen Luther vor dem Reichstag zu Worms: „Mönchlein, Du gehst einen schweren Gang...“

3.950 Zeichen

29.02.2012

FOCUS ONLINE

Nobelpreisträger vermutet Viren in Rindfleisch können Darmkrebs verursachen

Sonntag, 04.03.2012, 14:29



Colourbox Rohes Rindfleisch weckt den Argwohn eines Krebsforschers
Nobelpreisträger Harald zur Hausen vermutet im FOCUS, dass Viren in rohem Rindfleisch Darmkrebs auslösen könnten. Das gilt aber auch für gebratenes Fleisch. Gefährdet sind offenbar vor allem Menschen, die ihr Steak noch blutig mögen.
Der Mediziner vom Deutschen Krebsforschungszentrum in Heidelberg sagte dem FOCUS, im Verdacht stünden vor allem sogenannte TT-Viren, die sehr häufig in Rindern vorkämen. Diese Viren fänden sich nicht nur in lebenden Tieren, sondern auch in nicht durchgebratenem Fleisch. Sie stellten eine Gefahr für den Menschen dar, weil sie Temperaturen bis zu 70 Grad standhielten. Die Mitte eines „rare“ oder „medium“ zubereiteten Steaks erreicht zwischen 40 und 70 Grad. Nur wenn das Fleisch „well done“ gegart und längere Zeit höheren Temperaturen ausgesetzt wurde, sterben die Erreger ab.

Wissenschaftlich stützt sich zur Hausen, der schon lange kein rohes Fleisch mehr isst, auf mehr als 100 Bevölkerungs-Studien. „Die Ergebnisse besagen, dass das Darmkrebsrisiko um 20 bis 30 Prozent steigt, wenn man rotes Rindfleisch verzehrt“, sagte er FOCUS. In der westlichen Welt werde Rindfleisch häufig jedoch nicht durchgegart, sondern in der Regel

auf dem Grill oder in der Pfanne „medium“ gebraten. Im Verhältnis zu Regionen wie Indien oder Teilen Afrikas, in denen gar kein oder wenig Rindfleisch gegessen wird, sei die Darmkrebsrate sehr hoch.

Langwierige Forschung nötig

Forscher sind seit Langem davon überzeugt, dass chemische Stoffe, die beim Grillen oder Braten entstehen, Krebs erregend wirken. „Diese Stoffe sind aber nicht alleine an der Krebsentstehung beteiligt“, so zur Hausen. Im Zusammenspiel mit den Viren könnten die Krebs erregenden Stoffe jedoch Tumore wachsen lassen.

Zur Hausen hatte Papillomviren als Auslöser für Gebärmutterhalskrebs nachgewiesen und war 2008 dafür mit dem Nobelpreis für Medizin geehrt worden. Als Nächstes will er im Zellversuch den Beweis führen, dass TT-Viren Darmkrebs hervorrufen. Erwartungen an einen schnellen wissenschaftlichen Beweis dämpfte zur Hausen. Bei dem Nachweis für Gebärmutterhalskrebs seien 20 bis 25 Jahre Forschungsarbeit notwendig gewesen, um alle Fakten zu sammeln.

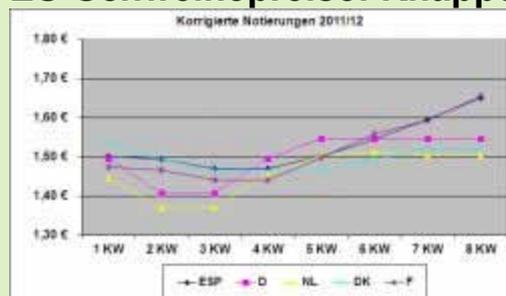
sk

...

Nobelpreisträger vermutet: Viren in Rindfleisch können Darmkrebs verursachen - weiter lesen auf FOCUS Online: http://www.focus.de/gesundheit/news/darmkrebs-forscher-vermutet-krebserreger-in-rindfleisch_aid_720424.html

ISN, 21.02.12: http://www.schweine.net/eu_schweinepreise_knappes_angebot_stabile_pre_1.html

EU-Schweinepreise: Knappes Angebot, stabile Preise



Der Schweinemarkt ist europaweit von einem knappen Angebot gekennzeichnet. Die Folge sind stabile bis deutlich steigende Notierungen. Insbesondere in Frankreich und Spanien ist das Angebot nicht ausreichend, um die gute Nachfrage zu decken. In Folge dessen stiegen die Preise in diesen Ländern jeweils deutlich um + 6 Cent. Aus beiden Ländern hört man von positiven Impulsen auf den Fleischmärkten, besonders für Exportware. Mit diesen Preissteigerungen führen Frankreich und Spanien die europäische Rangliste mit deutlichem Vorsprung an. Auch in Italien konnten die Preise mit + 5 Cent deutlich zulegen. In Belgien stiegen die Preise um umgerechnet + 3 Cent. In den nördlichen Ländern Europas herrschen vorwiegend stabile Preisverhältnisse vor. In Deutschland, den Niederlanden, Dänemark und Österreich gab es keine Preisänderungen. In Deutschland haben die großen Schlachtunternehmen ihre Preise jedoch auf das Niveau des Vereinigungspreises angepasst und für diese Woche keine Hauspreise verkündet.

Tendenz für den deutschen Markt:

Das unterdurchschnittliche Angebot festigt das derzeitige Preisniveau. Auch die Karnevalstage dürften hieran nichts ändern. Aus dem Exportgeschäft für Fleisch sind positive Signale zu hören, was die Prognosen zusätzlich weiter aufhellen lässt. Daher sind für die kommende Woche mindestens stabile Preise zu erwarten.

[EU-Schweinepreisvergleich 21.02.2012](#)

AMI GmbH, Marktwoche Schweine, 22.02.12:

Bedarf an Schweinen nimmt wieder zu

Das Szenario weiter drohender Hauspreise löste sich Ende vergangener Woche auf. Am Schlachtschweinemarkt nimmt das Aufkommen an Schweinen moderat zu. Nachdem

Hauspreise vom Tisch sind und auch die Witterung wieder spürbar milder ist, scheint sich der Handel mit schlachtreifen Schweinen zu normalisieren. Der Absatz schlachtreifer Tiere verläuft problemlos, da keineswegs zu viele Schweine vorhanden sind. Die Folge ist ein zumindest ausgeglichener Markt mit festen Preisen. Die Nachfrage nach schlachtreifen Schweinen ist flott. Nach der Faschings- bzw. Karnevalszeit wird auch im Fleischhandel mit einer leicht besseren Nachfrage gerechnet. Knackpunkt im Fleischgeschäft scheinen im Moment die Erlös- und Verwertungsmöglichkeiten beim Schinken zu sein. In Erwartung besserer Absatzmöglichkeiten nimmt der Bedarf an Schweinen wieder zu. Auch im Export dürfte so langsam wieder mehr Schwung zu erwarten sein.

Aktuelle Angebotszahlen						
	Woche bis			Fortschreibung bis		
	19.02.2012	12.02.2012	20.02.2011	19.02.2012	20.02.2011	
Wöchentlich erfaßte Schlachtungen: Gesamtdeutschland, vorl. Stück¹⁾						
Schweine aller Klassen (S-V)	950.291	918.528	1.075.911	6.645.407	6.944.283	
Sauen M	17.183	16.163	24.471	120.213	152.614	
<i>1) Nach Wochenmeldungen aufgrund 1. FIGDV. - Rinder und Schweine: nach Schlachtgewicht und Handelsklassen abgerechnet;</i>						
Preisentwicklung für Schlachtvieh (Euro, o. MwSt.)						
	Woche bis				Januar	
	26.02.12	19.02.12	12.02.12	27.02.11	2012v	2011
Frei Schlachtstätte, je Kilogramm SG						
	geschätzt	vorläufig				
Deutschland, gesamt:						
- Schweine S	1,64-1,65	1,63	1,63	-	1,57	-
- Schweine E	1,60-1,61	1,59	1,58	1,43	1,53	1,26
- Schweine U	1,48-1,49	1,47	1,47	1,32	1,42	1,16
- Schweine S-P	1,60-1,61	1,59	1,58	1,41	1,52	1,23
- Sauen M	1,36	1,36	1,32	1,14	1,26	0,99

Agrarheute.com, 22.02.2012, <http://www.agrarheute.com/schweinepreise-fest>

Schweinemarkt: Preise stabil

Wien/Berlin - Das europaweit unterdurchschnittliche Schlachtschweineangebot sorgt für feste Preise auf den Märkten. Dieser positive Trend wird auch für die kommende Woche erwartet.

Stabile bis steigende Preise sind auch diese Woche am EU-Schweinemarkt festzustellen. Während Frankreich mit plus fünf Cent und Spanien mit plus sechs Cent ein sehr positives Zeichen setzen, überwiegen sonst meist unveränderte Notierungen. Quer durch die Länder wird von einem knapp versorgten Schlachtschweinemarkt berichtet.

Das gilt auch für Deutschland, wo die Hauspreis-Strategie der großen Schlachtunternehmen diese Woche nicht fortgesetzt wurde, da das Angebot nicht groß genug war, um echten Preisdruck auszuüben. Die Notierung der Vereinigung der Erzeugergemeinschaften für Vieh und Fleisch (VEZG) bleibt daher ebenfalls stabil. In Österreich liegen Angebot und Nachfrage am Schweinemarkt derzeit gleichauf. Die einige Prozent unter dem Durchschnitt liegende Menge deckt sich mit einem teilweise verhaltenen Bestellwesen, berichtet die Schweinebörse.

Ähnliche Situation für kommende Woche erwartet

Die Fleischbranche versucht mit verringerten Schlachtzahlen, beim Umsetzen der für diese Jahreszeit überdurchschnittlichen Schweinepreise erfolgreich zu sein. Ähnliche Verhältnisse werden auch in der kommenden Woche erwartet. Die Konsequenz aus dieser Situation ist eine unveränderte Notierung. Der Mastschweinepreis bleibt diese Woche somit bei 1,55 Euro (Berechnungsbasis: 1,45 Euro je Kilogramm).

Das europaweit unterdurchschnittliche Schlachtschweineangebot dürfte weiter für stabile Verhältnisse sorgen. Das aktuelle Preisniveau sollte demnach dieses Jahr nicht in Nachkarnevals-Turbulenzen geraten, erwarten die Experten der Österreichischen Schweinebörse. Auch die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN) geht für die kommende Woche von festen Preisen aus, sie verweist in diesem Zusammenhang auf positive Signale aus dem Exportgeschäft für Fleisch.

Topagrar.com, 22.02.2012, <http://www.topagrar.com/news/Markt-News-Schweinehalter-rechnen-mit-weiterem-Anstieg-der-Produktion-717101.html>

Schweinehalter rechnen mit weiterem Anstieg der Produktion

Deutsche Schweinehalter bleiben Optimisten. Das wurde auch gestern auf der Mitgliederversammlung der Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN) in Osnabrück deutlich. Rund 450 Schweinehalter verfolgten deshalb aufmerksam die Podiumsdiskussion, die unter dem Motto stand: „Selbstversorgungsgrad zwischen 80 und 160 % - wie geht es weiter?“

Josef Tillmann Geschäftsführer bei Tönnies Lebensmittel machte sich wenig Sorgen um den Produktionsstandort Deutschland. Er glaubt sogar an ein moderates Wachstum in den nächsten Jahren. Allerdings nicht in den Veredelungszentren, sondern eher in Regionen, in denen der Viehbesatz geringer ist.

Hans Lübbe, Werksleiter bei der Genossenschaft GS-Agri, sah das ähnlich. Er stellte fest, dass die Schweineerzeugung in der EU aktuell zwar unter Druck steht und auch die Futterabsätze rückläufig sind. Grundsätzlich sehe er aber den Standort Deutschland gut aufgestellt, denn die Infrastruktur im vor- und nachgelagerten Bereich sei so gut wie in kaum einen anderen Land. Er hält deshalb auch ein gewisses Wachstum in Veredelungszentren für möglich.

Etwas skeptischer beurteilt Albert Vernooij von der Rabobank die Situation. Er verwies auf die ständig steigenden Anforderungen, in der Produktion. Der Anstieg der Kosten werde sich in der EU auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Für die gesamte EU geht er deshalb von einem Rückgang des Selbstversorgungsgrads um etwa 5 % auf dann 103 % bis 2020. Für Deutschland prognostizierte er allenfalls eine stabile Erzeugung.

Ferkelerzeuger Carsten Spieker aus Lienen (NRW) widersprach den freundlichen Prognosen ebenfalls. Er verwies auf die wirtschaftlichen Probleme vieler Ferkelerzeuger. Etliche Berufskollegen hätten das vergangene Jahr nicht überstanden, weshalb die Ferkelpreise derzeit recht freundlich tendieren. Mit dem Blick auf die Pflicht zur Gruppenhaltung würden sich aber noch zahlreiche Ferkelerzeuger Ende 2012 vom Markt verabschieden. Das derzeitige Produktionsniveau sei deshalb kaum zu halten, denn ohne Ferkel gebe es auch keine Schlachtschweine. Er erwartet bis 2015 einen Rückgang des Selbstversorgungsgrads in der EU auf unter 100 %.

In einer spontanen Umfrage unter den anwesenden Schweinehaltern waren die Optimisten allerdings in der Überzahl. Rund 60 % der teilnehmenden Erzeuger gaben an, dass sie in den nächsten fünf Jahren in Deutschland einen Anstieg des Selbstversorgungsgrads von derzeit 115% auf 120 bis 130 % erwarten. (ab)o

ISN, 22.02.12: http://www.schweine.net/deutlich_weniger_fleischverarbeiter_in_belgien.html

Deutlich weniger Fleischverarbeiter in Belgien

Der Strukturwandel in der belgischen Fleischverarbeitung ist in den vergangenen Jahren rasch vorangeschritten, so Agra-Europe. Seit dem Jahr 2000 hat sich die Anzahl dieser Unternehmen um 40 % auf nunmehr 546 verringert. Wie der Internetdienst Vilt weiter berichtete, wirtschaften von den verbliebenen Firmen 205 in der Verlustzone. Über zehn weitere Betriebe seien keine Finanzinformationen erhältlich.

Unter dem Strich sei deshalb davon auszugehen, dass derzeit nur 331 Unternehmen oder 36 % wirtschaftlich gesund seien. Der belgische Verband der Fleischverarbeiter Fenavian führe diese Entwicklung auf die abnehmende Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Betriebe und die gleichzeitig zunehmende ausländische Konkurrenz zurück; die Kosten der belgischen Unternehmen seien im Vergleich zu den Wettbewerbern in anderen europäischen Ländern sehr hoch, so dass sich der Großhandel lieber dort eindecke. Darüber hinaus klage der Verband über die staatliche Bevormundung seiner Mitglieder und über die strengen gesetzlichen Anforderungen, die die Branche zu erfüllen habe.

Topagrar.com, 22.02.2012, <http://www.topagrar.com/news/Schwein-News-Daenemark-Trotz-Krise-mehr-Schweine-717168.html>

Dänemark: Trotz Krise mehr Schweine

Um gut 810 000 Schweine haben die dänischen Landwirte ihre Produktion 2011 erhöht. Diese aktuelle Zahl habe selbst Experten überrascht, schreibt die dänische Fachzeitung Maskinbladet. Denn im vergangenen Jahr hätten einige Betriebe die Produktion eingestellt, teilweise freiwillig, teilweise erzwungen. Auch vor dem Hintergrund des ab 2013 geltenden Verbotes der Anbindehaltung von Sauen hatte man offenbar nur eine moderate Produktionssteigerung erwartet.

Aufgrund der höheren Produktion, stieg auch der dänische Ferkelexport in 2011 um ca. eine halbe Million Tiere im Vergleich zum Vorjahr. Darüber hinaus legten auch die inländischen Schlachtungen um rund 700.000 zu. Der Export von Sauen und Schlachtschweinen fiel dagegen auf insgesamt nur noch 500.000 Tiere.

Für 2012 sieht die Branchenorganisation Landbrug & Fødevarer einen weiteren Anstieg der Ferkelexporte voraus. Man erwarte ein Plus von ca. 500.000 Ferkeln. Schlachtsauen werden voraussichtlich weiter stabil bei rund 10.000 Tieren pro Monat liegen, während der Export von Schlachtschweinen auf monatlich etwa 20.000 sinken dürfte (2011: gut 30.000 Tiere/Monat). (ks)

ISN, 22.02.12: http://www.schweine.net/nl_cov_plant_landesweites_fleischlabel.html

Niederlande: neues Label soll Fleischabsatz fördern

COV erwägt Fleisch-Exportwerbung mit neuem Holland-Label

Der niederländische Zentralverband der Fleischwirtschaft (COV) diskutiert zurzeit die Einführung eines neuen Holland-Labels für die Fleischwerbung Ausland, berichtet Agra-Europe. Wie aus Meldungen der niederländischen Fachpresse weiter hervorgeht, dürfte das Zeichen bereits im laufenden Jahr eingeführt werden, wenn die Mitglieder des Verbandes zustimmen.

Bislang könnten die Verbraucher in der Europäischen Union und in Drittländern das Fleisch aus den Niederlanden nicht erkennen. Vor allem in Deutschland und Frankreich drohten Absatzeinbußen als Folge der geplanten EU-weit verpflichtenden Kennzeichnung der nationalen Herkunft von Frischfleisch weil die dortigen Konsumenten heimische Produkte bevorzugten. Dem könnte mit einer werblichen Unterstützung des Holland-Labels begegnet werden. Darüber hinaus könnte so auch in Drittländern niederländische Ware von Konkurrenzprodukten wie kanadischem Rindfleisch und dänischem Schweinefleisch abgegrenzt werden. Das Zeichen solle die gleichzeitige Nutzung firmenindividueller Labels ermöglichen. Eine Rückkehr zur Gemeinschaftswerbung sei nicht vorgesehen, so Agra-Europe weiter.

Topagrar.com, 22.02.12:

<http://www.topagrar.com/news/Schwein-News-Rumaenien-Mehr-Schlachtungen-716292.html>

Rumänien: Mehr Schlachtungen

In Rumänien sind im vergangenen Jahr deutlich mehr Tiere geschlachtet worden als 2010. Wie das Nationale Institut für Statistik (INS) in Bukarest berichtete, erhöhte sich das Schlachtaufkommen von Schweinen im Jahresvergleich um 15,8 % auf 5,545 Mio. Tiere. Die Bedeutung von Hausschlachtungen nahm zuletzt deutlich zu, der Anteil der gewerblichen Schlachtungen sank von zuvor 60,6 % auf nur noch 52,5 % im vergangenen Jahr. Die Erzeugung von Schweinefleisch erhöhte sich insgesamt um 8,6 % auf rund 454.400 t Schlachtgewicht (SG). (AgE)

FAZ, 22.02.12:

Ansteckend?

Rinder werden apathisch, fressen nicht, geben keine Milch mehr, „liegen“ am Ende „fest“ – sie stehen einfach nicht mehr auf. Und nicht eine einzelne Kuh, sondern viele Tiere eines Betriebs sind betroffen: Dieses Szenario galt jahrelang unter Kritikern der intensiven Nutztierhaltung als schlimmstes Ergebnis einer tierschutzwidrigen Hochleistungsmilchwirtschaft. Andere prangerten nicht das System an, sondern sahen die Schuld bei überforderten Landwirten: Eine Elftausend-Liter-Kuh sei durchaus so zu halten, dass sie nicht leide. Nur hätten eben nicht alle Betriebe das Zeug dazu. Beide Sichtweisen haben in den Agrar- und Veterinärwissenschaften lange Zeit für Konflikte gesorgt. Doch seit etwa zwei Jahren macht eine dritte These die Runde: Betroffene Bauernhöfe seien schlicht von einer neuen Seuche heimgesucht. Auch der Erreger ist schon dingfest gemacht: das Bakterium **Clostridium botulinum**, das normalerweise mit seinem Toxin akute Lähmungen hervorruft. Die Veterinäre, die es in maladen Herden gefunden haben wollen, gehen davon aus, dass der Keim sich im Darm der Wiederkäuer ansiedelt und eine chronische Form von Botulismus verursacht. Zu allem Überfluss sollen sich auch Menschen anstecken können. Einzelne Wissenschaftler bestätigen das vor den Kameras von Enthüllungsjournalisten. Denn die Medien haben sich auf die neue Zoonose gestürzt, und auch beim Bundestag und bei diversen Landtagen gingen „Kleine Anfragen“ ein. Fast ist man versucht, an eine neue BSE-Krise zu glauben. Dabei ist die Botulismus-Panik ein Lehrstück: Bisher wurden von den Befürwortern der neuen These alle Regeln des Wissenschaftsbetriebs beiseitegeschoben. Laborergebnisse sind nicht reproduzierbar, oder es wurde nicht die Methode verwendet, die als Goldstandard gilt. Doch der Keim ist willkommen: Die Debatte über ihn schiebt brisantere Fragen beiseite, etwa die, ob Personal in der Landwirtschaft nicht gut genug ausgebildet und bezahlt wird oder die Tier-schutzkontrollen nicht effektiv genug sind. Fragen, deren politische Klärung wohl länger dauern würde, werden jetzt an die Wissenschaft weitergereicht: Das Landwirtschaftsministerium fördert ein Forschungsprojekt des Friedrich-Loeffler-Instituts und der Tierärztlichen Hochschule Hannover, das den vorsichtig formulierten Titel „Bedeutung von Clostridium botulinum bei chronischen Krankheitsgeschehen“ trägt. Zu hoffen ist, dass die emotionale Debatte durch die Ergebnisse eine klarere Richtung bekommt. Die Humanmediziner haben sich derweil selbstbewusst und recht kühl zu der ganzen Angelegenheit positioniert: Die Deutsche Gesellschaft für Neurologie teilte mit, dass ein humaner chronischer Botulismus bisher nicht belegt sei. Kein unabhängiges Labor habe jemals in Proben der angeblich betroffenen Landwirte das Bakterium oder sein Gift nachgewiesen. huch

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.02.2012 Seite N1

Topagrar.com, 22.02.2012, <http://www.topagrar.com/news/Rind-News-Schmallenberg-Virus-weiter-auf-dem-Vormarsch-716963.html>

Schmallenberg-Virus wandert nach Süden

Jetzt wurde das Schmallenberg-Virus zum ersten Mal auch in Italien festgestellt. Wie das Gesundheitsministerium in Rom mitteilte, wurde die Viruserkrankung bei einer Ziege in der Provinz Treviso im Norden Italiens bestätigt.

Bisher war das durch Mücken übertragene Virus in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Belgien und Großbritannien aufgetreten. In Deutschland sind nach aktuellen Zahlen des Friedrich-Loeffler-Instituts (FLI) 668 Betriebe in 15 Bundesländern betroffen. Davon sind 36 rinderhaltende Betriebe, 601 schafhaltende Betriebe und 31 Betriebe mit Ziegenhaltung.

Nds. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung, PM, 22.02.12:

Kleingruppenhaltung bei Legehennen: Niedersachsen schlägt Übergangsfrist bis 2023 vor

Initiative des Landes geht morgen in den Agrarausschuss des Bundesrates

Hannover. Eine gemeinsame Bundesratsinitiative zur Kleingruppenhaltung bei Legehennen bringen jetzt Niedersachsen und Rheinland-Pfalz auf den Weg: Auf Grundlage eines Gutachtens des Kuratoriums für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) haben sich die beiden Länder auf eine Übergangsfrist bis Ende 2023 - im Einzelfall längstens bis 2025 - verständigt. Das KTBL hatte die normale Nutzungsdauer der Stallausrüstung und den Amortisationszeitraum auf in der Regel zirka elf Jahre beschrieben. Mit dem „Vorschlag einer fünften Verordnung zur Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung“ befasst sich am morgigen Donnerstag der Ausschuss für Agrarpolitik und Verbraucherschutz des Bundesrates, bevor das Plenum des Bundesrates am 2. März darüber abstimmen soll.

„Die Rechtsänderung ist wichtig und zielführend - ohne eine neue Verordnung würde aufgrund fehlender konkreter Regelungen bundesweit ein Flickenteppich an Entscheidungen zur Kleingruppenhaltung entstehen“, so Landwirtschaftsminister Gert Lindemann. Die Folge seien Wettbewerbsverzerrungen sowie eine Verunsicherung der Verbraucher. Minister Lindemann weiter: „Mit dem gemeinsamen Vorschlag berücksichtigen wir die Belange des Tierschutzes sowie die Interessen der Tierhalter, die die Kleingruppenhaltung aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen vor rund zwei Jahren in Betrieb genommen und somit ein Recht auf Bestandsschutz und auf Rechtssicherheit haben.“

Der Hintergrund: Durch einen Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes aus formalen Gründen sind die konkreten Regelungen an die Kleingruppenhaltung von Legehennen nur noch bis zum 31. März 2012 anwendbar. Eine vom Bund vorgelegte 5.

Änderungsverordnung mit einer Übergangsfrist bis 2035 hatte im Plenum des Bundesrates im September 2011 nicht die erforderliche Zustimmung erhalten. Auf der Basis des oben genannten neutralen Gutachtens zur tatsächlichen Nutzungsdauer der Kleingruppenhaltung ist nun mit der gemeinsamen Bundesratsinitiative ein Kompromiss formuliert worden, über den am Donnerstag der Bundesratsausschuss entscheiden wird. Mit Verwunderung hat das Landwirtschaftsministerium in diesem Zusammenhang die Aussagen des Zentralverbandes der Deutschen Geflügelwirtschaft, die Fristsetzung sei unwissenschaftlich, zur Kenntnis genommen - zumal sich der Verband in der Vergangenheit selbst in vielen Fällen auf die exzellente Expertise gerade des KTBL berufen hat.

Topagrar.com, 21.02.2012, <http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Uebergangsfrist-fuer-die-Kleingruppe-bis-2023-716608.html>

Übergangsfrist für die Kleingruppe bis 2023

Bestehende Kleingruppenhaltungen für Legehennen sollen in Deutschland noch bis zum 31. Dezember 2023 weiterbetrieben werden dürfen. In Ausnahmefällen sollen die Behörden eine Verlängerung bis Ende 2025 zulassen können. Darauf haben sich Vertreter der Landwirtschaftsministerien von Niedersachsen und Rheinland-Pfalz verständigt. Beide Länder waren von der Agrarministerkonferenz mit der Kompromissuche beauftragt worden, nachdem der im Verordnungsentwurf des Bundeslandwirtschaftsministeriums vorgesehene Bestandsschutz bis 2035 im Bundesrat keine Mehrheit bekommen hatte. Die rot-grün regierten Länder bestanden bislang auf einer Übergangsfrist von lediglich acht Jahren. Die nach EU-Recht zulässigen ausgestalteten Käfige sollen nach dem niedersächsisch-rheinland-pfälzischen Vorschlag hierzulande schon Ende 2020 verboten werden. Der Agrarausschuss der Länderkammer wird in dieser Woche zu einer Sondersitzung zusammenkommen und den Kompromiss beraten. Sollte der Ausschuss -

wie zu erwarten ist - den Vorschlag übernehmen, könnte die entsprechende Verordnung am 2. März 2012 in der Länderkammer beschlossen werden. Damit könnte die Fünfte Verordnung zur Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung mit den geänderten Vorschriften zur Legehennenhaltung am 1. April 2012 in Kraft treten. (AgE)

LZnet, 22.02.12:

http://www.lebensmittelzeitung.net/news/top/protected/Kaefigeier-CC-verkauft-keine-mehr_91954.html

C+C verkauft Käfigeier keine mehr

LZnet/hof. Metro, Fegro/Selgros, Handelshof, Peter Mattfeld & Sohn sowie Edeka C+C verkaufen keine Käfigeier mehr bzw. bieten derzeit die letzten Bestände an. Dies berichtet die Tierschutzorganisation Albert-Schweitzer-Stiftung, die nach eigenen Angaben seit Monaten Überzeugungsarbeit bei den Unternehmen leistet.

Die großen Supermarktbetreiber würden schon länger keine Käfigeier mehr im Sortiment führen, anders sehe es bei den C+C-Händlern aus. Diese würden nach wie vor mit Eiern aus legalen "Kleingruppen" und Import-Eiern beliefert.

Die Tierschutzorganisation hofft, dass Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner bald ein komplettes Verbot für Käfighaltung in Deutschland verkündet. Die derzeitige Übergangsfrist bis 2029 sei "indiskutabel". Die Albert-Schweitzer-Stiftung fordert ein komplettes Käfigverbot bis spätestens zum Ende des Jahrzehnts.

Topagrar.com, 22.02.2012, <http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Kleinvoliere-Kritik-an-Uebergangsfristen-717002.html>

Kleinvoliere: Kritik an Übergangsfristen

Mit deutlicher Kritik und Unverständnis reagiert der im Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG) organisierte Bundesverband Deutsches Ei (BDE) auf den Vorstoß der Bundesländer Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, Übergangsfristen für bestehende Kleingruppenhaltungen faktisch nur bis Ende 2023 zuzulassen. „Das kommt einer Enteignung der rund 150 deutschen Legehennenhalter gleich, die Millionen in diese erst seit 2006 existierende moderne Haltungsform investiert haben“, missbilligt ZDG-Vizepräsident und BDE-Vorsitzender Dr. Bernd Diekmann die aus Sicht der Eierwirtschaft nicht nachvollziehbare Initiative der beiden Bundesländer. Als „willkürlich und deutlich zu kurz gegriffen“ kritisiert er die von Niedersachsen und Rheinland-Pfalz ins Spiel gebrachte Frist bis Ende 2023. Diekmann formuliert den klaren Appell der deutschen Eierwirtschaft an Bundesministerin Ilse Aigner, dem Vorschlag der Länder nicht zu folgen und vielmehr der Bewertung juristischer Experten aus dem eigenen Hause zu trauen. Das Bundesministerium hatte gegenüber der Eierwirtschaft die Auffassung vertreten, eine kürzere Frist als bis Ende 2029 sei wegen verfassungsrechtlicher Bedenken aufgrund des grundgesetzlich geschützten Eigentums (Artikel 14 GG) nicht haltbar. Zwar sei eine kürzere Übergangszeit als die ursprünglich vom Bundesministerium formulierte Frist bis Ende 2035 durch keine sachliche Argumentation zu rechtfertigen, schildert Diekmann seine Bedenken, macht aber zugleich die Gesprächsbereitschaft der Eierwirtschaft deutlich: „Mit einem realistischen Kompromiss könnte die Eierwirtschaft notfalls leben.“

Schweizerbauer.ch, 22.02.12:

http://schweizerbauer.ch/htmls/artikel_27853.html

Mobilfunk

Übereinstimmung von Kälberblindheit und Aufbau von Mobilfunkantennen

Wo eine Mobilfunkantenne steht und wie stark ihre Sendeleistung ist, interessiert nicht nur Handybesitzer. Forscher haben einen möglichen Zusammenhang der Kälberblindheit - des so genannten nukleären Katarakts oder Grauer Star - mit solchen Antennen festgestellt.

In einem noch laufenden Projekt untersuchen Veterinärmediziner der Universität Zürich seit 2005 nukleäre Katarakte bei neugeborenen Kälbern, welche in der Nähe von Handy-Antennen gehalten werden.

Präzedenzfall in Winterthur

In einem breiten Versand an Medien und eidgenössische Parlamentarier nimmt die Organisation Funkstrahlung.ch Bezug auf diese ersten wissenschaftlichen Erkenntnissen. Als Präzedenzfall nennt sie einen Bauern bei Winterthur ZH, dessen Kälber nach Aufstellen der Antennenmasten gehäuft erkrankten - nach Abbruch der Antenne einige Jahre darauf, sei dies nicht mehr geschehen.

Sie appelliert an die Behörden, nun zu handeln. Sie dürften «nicht fahrlässig mit vorsorglichen Massnahmen zuwarten, bis die allerletzten wissenschaftlichen Zweifel ausgeräumt sind».

«Auffallende zeitliche Übereinstimmung»

Projektleiter Bernhard Spiess von der Vetsuisse-Fakultät betonte am Mittwoch gegenüber der Nachrichtenagentur sda, tatsächlich habe man eine interessante und «auffallende zeitliche Übereinstimmung» zwischen dem Aufstellen der Antennenmasten und dem Auftreten der Katarakte festgestellt.

Einen kausalen Zusammenhang zwischen Handyantennen und der Erblindung habe man allerdings nicht beweisen können. Und als Wissenschaftler halte er sich «streng an Fakten», sagte Spiess. Die Forscher planen eine Weiterführung ihrer Studie, wie Spiess sagte. Neu wolle man Kühe mit jeweils «einer definierten Menge» Antennenstrahlung konfrontieren». Davon versprechen sie sich genauere Aussagen. Allerdings seien dafür die Finanzen noch nicht vorhanden.

Antennen verursachen Stress im Auge

Nukleärer Katarakt oder Grauer Star bei Kälbern entsteht in jener Phase der Trächtigkeit, in der sich die Augenlinse bildet. Im Rahmen ihrer Studie untersuchten die Wissenschaftler mehr als 250 zufällig ausgesuchte Tiere aus der ganzen Schweiz kurz nach deren Schlachtung sowie gut 50 Kälber des Bauern bei Winterthur ZH.

Verschiedenste Ursachen für die Erblindung konnten ausgeschlossen werden. Dagegen erkannten die Forschenden Anzeichen für erhöhten oxidativen Stress in den erkrankten Augen. Und gemäss Literatur besteht laut den Ausführungen in der Projektbeschreibung der Verdacht, «dass Strahlung von Mobilfunkantennen im Auge oxidativen Stress auslösen kann».

Erkrankung im Mutterleib

Anhand der Ohrenmarken konnten sie von allen Kälbern genau feststellen, wo deren Mütter während der Trächtigkeit waren. Erste Resultate zeigten einen Zusammenhang zwischen dem Standort des (ungeborenen) Kalbes im 1. Drittel der Trächtigkeit und der Sendeleistung der nächststehenden Mobilfunkantenne sowie der Gesamtsendeleistung aller umliegenden Antennen, so die Forscher.

Der Graue Star bei Kälbern ist laut Spiess nicht selten in der Schweiz: «Rund ein Drittel aller Schlachtkälber haben einen Katarakt.» Und da es heute «fast kein Kalb mehr ohne Handymasten in der Nähe» gebe, erschwere dies nochmals das Belegen eines Zusammenhangs.

sda [22.02.2012 12:08]
